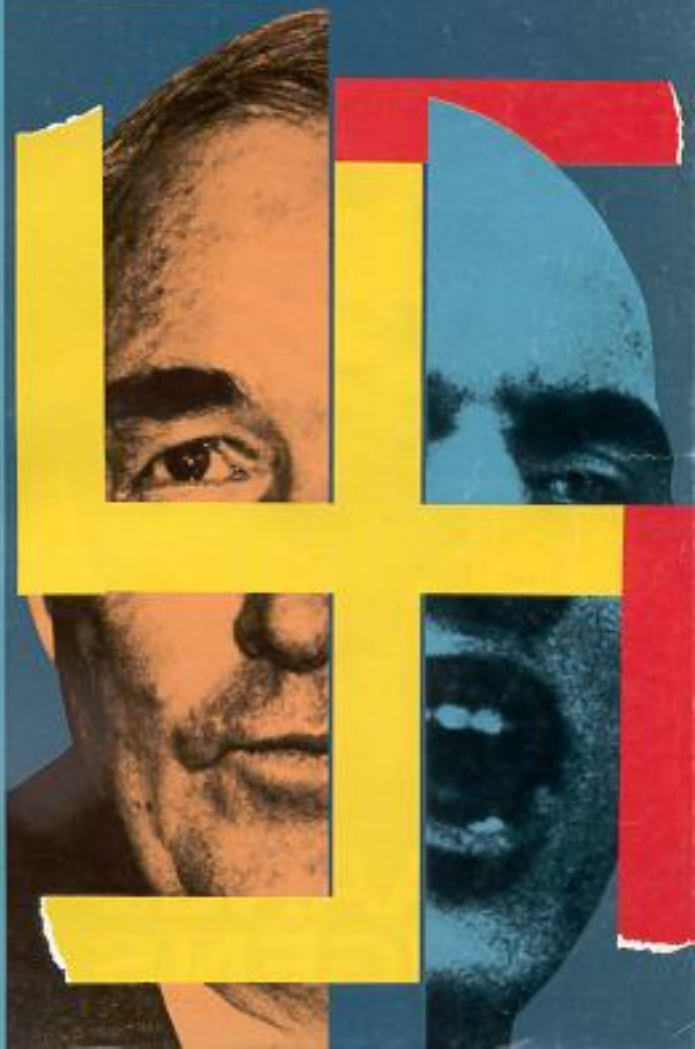
Heft 6 Juni 1989 6,- DM

C 4143 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Streit: Was tun gegen die neuen Faschisten?
- Kreuzberg: Seid einig, einig, einig
- Freimaurer Tucholsky, Ossietzky
- Mit Glasnost für den Führer
- § 218: Frauen als »fetales Umfeld«



in konkret Juni 1989

von konkret

an konkret

Behüt' dich Gott... von Hermann L. Gremliza

Straße frei für die Polizei! von Thomas Ebermann
Wie schnell das geht Noch 1907 wußte die oppositionelle Westberliner AL ganz genau, warum am 1 Mai in Kreuzberg die Scheiben klirrten Nach ein paar Wochen rosa-grüner Regierungs-»Verantwortung« spielten die Alternativen und ihre Regierungszeitung »TAZ« diesmal beim Kreuzberger 1 Mai schon die Hilfspolizei

Memminger Pranger von Claudia Burgsmüller

»Eine ganz lebendige Demo von Oliver Tolmein, Kreuzberger Autonome
Am Morgen nach der Kreuzberger Nacht vom 1. Mai wetteiferten »Republikaner«, CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne und AL um den besten Ausdruck des Abscheus vor den »Chaoten«, dem »roten Mob«. In einem Gespräch mit drei Mitgliedern der Vorbereitungsgruppe der »Revolutionären 1. Mai-Demonstration« ging Oliver Tolmein dem Verdacht noch, daß die totale Gemeinsamkeit der Demokraten nur besinnungslos oder böswillig entstehen kann

Ganz von unten von Karl Heinz Roth
Thesen zum Thema »Arbeiterklasse und Intelligenz – Kein Schnee von vorgestern«, vorgetragen auf einer Tagung der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte über Antonio Gramsci und die Aktualität der Klassenanalyse, die der italienische Kommunist in Mussolinis Knast erarbeitet hat

Herr/Frau Foetus? von Theresia Degener
Wider die Personalisierung der Embryonen – eine Replik auf das Streitgespräch »Krüppelschläge: Wie weit reicht das Selbstbestimmungsrecht der Frau« in KONKRET 4/89

Vom Atlantik bis an die Wolga von Bernd Siegler
Deutsche Hegemonie über eine Großmacht Europa ist das politische Ziel der rechtsextremistischen Parteien, die sich jetzt zur Europa-Wahl stellen. Ihre gegen die »Wodka-Cola-Kultur« der alten Großmächte gerichtete Ideologie findet sich auch in programmatischen Erklärungen von CDU/CSU- und SPD-Politikern

Buch des Monats - Labor und Feldherrnhügel von Georg Fülberth
Ernest Mandel: Das Gorbatschow-Experiment. Ziele und Widersprüche, Athenäum Verlag, Frankfurt am Main 1989, 288 Seiten, 38 Mark

Silberpfeil und Blitzkrieg von Frank Fabel
Daimler-Benz ist in den Motorsport zurückgekehrt. In bewußter Anknüpfung an die Silberpfeil-Legende rasen wieder silbrige Mercedes-Geschosse um die Rennstrecken der Welt. Zum vierten Mal in der Firmengeschichte paart sich das Rennsport-Engagement mit einer Ausweitung der Rüstungsproduktion. Zufall?

Die Firma mit dem Gö-Ring von Klaus Croissant
Weil die Salzgitter AG jene »uneingeschränkte Verfügungsbefugnis« über das Werksgelände behalten will, die ihre Vorgängerin dazu nutzte, die SS auf dem Firmengelände ein KZ für Zwangsarbeiter betreiben zu lassen, soll der Opfer der »Vernichtung durch Arbeit« nicht am Ort ihrer Leiden gedacht werden dürfen Und überhaupt »Ein klassischer Zusammenhang« zwischen Großindustrie und Nazi-

Regime sei »nicht gegeben« Den Herren kann hier Nachhilfe erteilt werden

Termine

Happy Birthday von Michael Schilling

Konkret-Streitgespräch:Was tun mit den neuen Faschisten? von Verena Krieger, Reinhard Kühnl, Claus Leggewie, Detlef zum Winkel, Dora

Zum Streitgespräch in der KONKRET-Redaktion: Verena Krieger ist ein der Sprecherinnen des Bundesvorstands der grünen Partei; Reinhard Kühnl ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg; Claus Leggewie lehrt Politikwissenschaften in Göttingen und hat ein Buch über die »Republikaner« geschrieben; Detlef zum Winkel, Journalist aus Frankfurt, schreibt u.a. für KONKRET und den »Arbeiterkampf«; Dora arbeitet im Antifa-Bündnis in Westberlin und kommt aus dem autonomen Spektrum

Das Wunder Österreich Ein Sittenbild von Michael Scharang

Das Wunder bleibt von Hans-Christian Ströbele

In ihrem Buch »tazsachen« (Konkret Literatur Verlag) haben Oliver Tolmein und Detlef zum Winkel die Geschichte der Berliner »tageszeitung« beschrieben und politisch bewertet. Mit dem Ergebnis ihrer Untersuchung ist Ströbele, Mitgründer des alternativen Zeitungsprojekts und Mitglied des Vereins »Freunde der Tageszeitung«, nicht einverstanden: »Bannstrahl vom hoben linken Podest«

Großburgwedel und die Gelbe Flut von Franz Lerchenmüller

Während hierzulande die Gebärfreudigkeit mittels Prämien, Anti-Abort-Stiftungen und ganzseitigen Anzeigen stimuliert wird, damit die Renten auch in 50 Jahren noch finanziert werden können, soll der Inder doch bitteschön auf seine Alterssicherung in Form zahlreicher Nachkommen verzichten: zehn Anmerkungen und fünf notwendige Ergänzungen zur Apokalypse

Die Umschuldung von Oliver Tolmein

Daß sein Held als Bevölkerungsbiologe für die Nazis arbeitete und deren Atombombenprogramm unterstützte, stört den sowjetischen Schriftsteller Daniil Granin wenig – schließlich hat Timofejew-Ressowski sich Stalin verweigert. Der von bundesdeutschen Linken hochgelobte biographische Bericht »Der Genetiker« zeigt, wie auf dem Altar des Antistalinismus die historische Wahrheit geopfert wird

Hammer und Sichel von Berndt W. Wessling

Allenfalls am Rande und geradezu unwillig wird von Historikern und Biographen die Tatsache erwähnt, daß Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky prominente Mitglieder von Freimaurerlogen gewesen sind. Dabei hat maurerisches Gedankengut ihr schriftstellerisches und politisches Engagement wesentlich mitgeprägt

Mach's mit Martini von Georg Heinzen

Wie kommt der Eisschrank aus dem Pepsi-Cola-Spot in Jonathan Kaplers Film »Angeklagt«, und was hat Woody Allen mit der 5-Minuten-Terrine von Maggi zu tun? Einige Bemerkungen zur Dialektik von Vor und Hauptprogramm im Kino

»Vive de Gaulle« von Peter Körte

Während »Tee im Harem des Archimedes« des algerischen Regisseurs Charef hierzulande zum Kultfilm wurde, sind die übrigen Kino-Produktionen der in Frankreich lebenden arabischen Minderheit bei uns nahezu unbekannt geblieben. Das Hamburger Low Budget Film Forum hat sich vorgenommen, dieses Defizit auszugleichen

Sinn ohn´ Form - Gegenöffentlichkeit von Jan Schmidt

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

»Im Herz der Bestie« von Revolutionäre Zellen

Am 9. Mai 1989 haben die Revolutionären Zellen Anschläge auf das Verwaltungsgericht Düsseldorf und das Oberverwaltungsgericht Münster durchgeführt. Sie haben damit ihre 1986 begonnene Anschlagserie für »freies Fluten« und gegen die restriktive Ausländer- und Asylpolitik fortgesetzt. Im folgenden dokumentieren wir die Erklärung, mit der sie ihre Aktionen begründet haben

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

konkret 06/89, S. 4

von konkret

Wenn mal gar nichts besseres zu tun sein sollte, bliebe immer noch die »Aufarbeitung« bzw. »Hinterfragung« jener Kollektion von Epitheta, mit denen KONKRET und/oder sein Herausgeber geschmückt werden. Kleine Auswahl aus jüngerer Zeit:

Stalinistisch, klerikal, Imam-Gehabe, genialer Querulant, Langweiler, Ligatschow-Verehrer, RAF-Propagandisten, reformkommunistisch, Alt-68er, Krauses Karlchen, linientreu, Gewaltapostel, spätleninistisch, abgeschmetterte grüne Fundis, Oberlehrer, Prozeßhansel, heimatvertriebene Linke, Dogmatiker, Querdenker, reine Lehre, Mufti, Streitwert-Experte...

und so weiter, ohne Grazie, in infinitum. Ein Vorschlag zur Güte: Ob sich die beteiligten Damen und Herren wohl mal zusammensetzen und einigen könnten – auf sowas wie querulationsdogmatische Gewaltreformer/KL (Krausisten-Leninisten)? Oder muß man das auch noch selber machen?

Kein Beitrag in dieser Ausgabe zum Hungerstreik der politischen Gefangenen: Es war alles gesagt. Und nichts getan. Deshalb haben die Gefangenen ihre Aktion abgebrochen, ohne ihr Ziel, die Zusammenlegung in eine oder zwei große Gruppen, erreicht zu haben. Sie mußten sich schließlich mit Zugeständnissen der SPD-regierten Länder abfinden, die den humanitären Mindestforderungen nicht genügen; in den Haftanstalten der unionsregierten Länder ändert sich gar nichts. Die Abschaffung der Isolationshaft und die Herstellung überlebbarer Haftbedingungen sind im Rechtsstaat BRD von Gefangenen auch unter Einsatz ihres Lebens nicht zu erkämpfen: Keine der in den Parlamenten vertretenen Parteien hat sich bedingungslos für das eingesetzt, was selbst dem offiziellen Gutachter im ersten Stammheimer Prozeß, Prof. Wilfried Rasch, notwendige Voraussetzung für das psychische und physische Überleben der Gefangenen erschien. Auch die liberale Bürgerpresse hat, ihrem von der freiwilligen Selbstzensur im Deutschen Herbst geprägten Selbstverständnis entsprechend, sich tatsächlich so aufgeführt, wie sie sich gerne nennen läßt: als vierte Staatsgewalt.

Unbemerkt von dieser geht der Hungerstreik der gefangenen Frauen im sozialdemokratischen »Reformknast« Plötzensee weiter (KONKRET 5/89). Der pinkgrüne Senat von Westberlin ist bislang nicht bereit, ihre Haftbedingungen auch nur um einen Deut zu verbessern. Der »Behandlungsvollzug« an den sozialen Gefangenen muß nach dem Ende des Hungerstreiks der politischen Gefangenen Thema bleiben. Auch in KONKRET.

Auf den Seiten 86 bis 89 dokumentieren wir den Text, mit dem die »Revolutionären Zellen« sich zu ihren Anschlägen auf zwei Verwaltungsgerichte bekennen. Text wie Anschläge waren in der Heftplanung nicht vorgesehen, weshalb das Schreiben aus sozusagen pyrotechnischen Gründen in jenem Heftteil erscheint, der für gewöhnlich Feuilleton genannt wird.

Hinweise: Die Habermas-Kritik »Wie die kritische Theorie gesellschaftsfähig wurde« von Christoph Türcke (KONKRET S/89) wird demnächst in erweiterter Fassung zu lesen sein in dem Sammelband: »Unkritische Theorie. Essays gegen Habermas«, herausgegeben von Gerhard Bolte, Dietrich zu Klampen Verlag, Lüneburg, Oktober 1989.

Von Wolfgang Pohrt, dessen Beiträge (wie jede Schrift, die etwas taugt) mit wachsender Distanz zu ihren Anlässen an Gewicht gewonnen haben, legt die Edition Tiamat »Ein Hauch von Nerz« vor: eine Sammlung von 22 »Kommentaren zur chronischen Krise«, die meisten von ihnen aus KONKRET. Man lese nach.

konkret 06/89, S. 6

an konkret

Niveau

KONKRET 5/89 »Der Meister« von Christoph Türcke

Wenn ihr jeden Monat einen Artikel von Christoph Türcke bringt, abonniere ich euch wieder, versprochen! Eure Zeitschrift bekommt ja dadurch richtig Niveau.

Raymond Obmann

Bremen

Glückwunsch für KONKRET 5/89, eine wirklich gelungene Komposition aus linkem Scharfsinn und Rotzigkeit, erfrischend Altenburgs Tirade als Antwort auf die z. Zt. breitgetretenen Befindlichkeiten der 30-jährigen.

Einzig Rose Gaugers Weinerlichkeiten waren überflüssig, und nur Gaby Gottwalds mitleidsloses dazwischenfahren hat mein Einschlafen schon zur Hälfte dieses »Streitgespräches« verhindert. Angenehm auch, daß nicht mehr mit den AutorInnen, sondern nur noch mit den Themen auf der Titelseite geworben wird; gestiegenes KONKRET-»Selbstbewußtsein«?

Hans-Peter Hubert

Berlin

Verdorben

KONKRET 4/89 »Ein Mordbefehl?!« von Karlheinz Deschner

Ob gute Taten oder Verbrechen religiös begründet werden, kann nicht den Wert einer Religion bestimmen: Verbrechen erhalten mehr Aufmerksamkeit, das verzerrt das Urteil. Darf ein Angehöriger einer Religion Taten im Namen einer anderen Religion nicht Verbrechen nennen, weil Angehörige der eigenen Religion Verbrechen begangen haben? Kaum jemand glaubt heute noch, daß die Menschen durch die Religion besser werden, dann können sie aber auch nicht durch eine schlechte Religion verdorben werden.

Dirk Müller-Westing

Lüneburg

»Daß die Religion als Maske der niederträchtigsten Absichten dient, ist so alltäglich, daß es Niemand wundern darf« (Schopenhauer, 1833).

Hans Wittek

Leutkirch

Schwiegermutter-Mörder

KONKRET 5/89 »Dem Staate feind« von Hermann L Gremliza

Herzlichen Glückwunsch – Sie sind nunmehr am Terminalpunkt Ihrer journalistischen »Laufbahn« angekommen!

Kurzes Resumée Ihrer Schreibe: Wer seine Schwiegermutter umbringt, weil er sie nicht mag, ist im Gefängnis ein sozialer Gefangener; begründet er den Mord politisch, so ist er ein politischer Gefangener !

Das macht: Das noch nicht entstalinisierte linke Winkelblättchen KONKRET ist zu einem Verlautbarungsorgan für die Mörderbanden »Rote Armee Fraktion« und »2. Juni« herabgesunken.

Bravo.

Wolfgang Kurth

Magstadt

Gongschlag aus Moskau

KONKRET S/89 »Gaunerische Manöver« von Joachim Hetscher – Entgegnung auf Rainer Butts »Sie werden die letzten sein« in KONKRET 4/89

Die von Stalins Schergen Ermordeten heißen bei J. Hetscher »physisch Liquidierte«, aus dem Mord an Millionen Kleinbauern wird eine »überstürzte Kollektivierung« und »der Mangel an zuverlässigen Informationen« bezüglich der »Zahl der Opfer« bereitet ihm »Schwierigkeiten« beim Erstellen der »historischen Bilanz des Stalinismus«.

Ihm bedeutet der »moralische Bruch mit Stalin, keine Geschichte« zu haben und »ohne Geschichte auch keine Identität«. Er vergißt, daß sich unter den Opfern des Stalinismus eine große Zahl (auch deutscher) Kommunisten befindet. Oder kommen die als Identitätsstifter für ihn nicht in Frage? Auch wenn J. Hetscher glaubt (hofft?), daß »es wohl keine endgültige Stalinismus-Aufarbeitung geben wird«, ich wünsche ihm, daß er nach dem Ende »einer von Stalin geprägten Ära« trotzdem die Vorzüge des »Wohlfahrtsausschusses« genießen darf.

Uwe Süßenberger

Darmstadt

Rainer Butt stellt unvoreingenommen Fragen. Natürlich auch die entscheidende, ob ein Gesellschaftssystem Sozialismus genannt werden kann, daß spätestens ab 1934 eine Politik des Massenmords an der KPdSU und Millionen von Menschen zuläßt. Wenn, wie Rainer Butt richtig schreibt, ein Kennzeichen des Stalinismus die Abwesenheit der Macht der Arbeiterklasse ist, muß gefragt werden, welche Klasse/Schicht dann die Macht hat.

Hetscher passen solche Fragen nicht – er kennt offensichtlich schon Antworten. In dichtem Bodennebel wird versucht, diese Tatsache zu verstecken. Da wird das Märchen von den nicht existierenden Quellen aufgewärmt. Die vorhandenen Quellen werden von ihm abgelehnt, weil sie von Voraussetzungen ausgehen, die offensichtlich andere sind als die eigenen. Benannt werden die sowjetischen, letztlich entscheidenden Quellen als nicht zugänglich – ohne zu fragen, warum bestimmte Archive immer noch nicht geöffnet sind.

So verkommt die Stalin-Diskussion unter westdeutschen KommunistInnen zum bloßen Warten auf den Gongschlag aus Moskau. Und wenn er nicht kommt – na ja, dann war es wohl nicht so wichtig. Fertige Legenden existieren ja bereits.

Andras Voigt

Lüneburg

Arschklar

KONKRET 5/89 »Ihr mich auch! (Eine Tirade)« von Matthias Altenburg

Seit Ihr mit der Entdeckung des Punk nicht ein bißchen spät dran? Vor zehn Jahren hätte der Artikel gepaßt; heute ist Kritik am Zeitgeist zwar immer noch richtig, aber fast schon zeitgeistgemäß.

Olaf Haarkamp

Bochum

Altenburg, der hier in Frankfurt, wie ich höre, auch der Ballermann von Bornheim genannt wird, sollte endlich einen Waffenschein für seine Schreibmaschine beantragen.

Peter Rose

Frankfurt

Daß du ausgerechnet den Konsumschmock und Yuppie-Helden Alf zu deinem Hoffnungsträger machst, ist überraschend und entlarvend zugleich. Es wird dadurch jedenfalls arschklar, daß du dein eigenes flaches Geseiere weder kapierst noch ernstnimmst. Vermutlich hast du sogar einen solchen »Haufen Scheiße mit Augen« im Auto (VW-Golf?) hängen, oder – schlimmer – auf der Kaffeetasse prangen. Nicht nobel geht die Welt zugrunde, sondern mit Fernseh-Scheißdreck-Masseneinlullung wie Denver und Lindenstraße, sowie selbstverständlich den hirnlosen Dumpfquack-Figuren wie Alf.

Christof Kurthen

München

Schiefe Ebene

KONKRET 4/89 Streitgespräch »Krüppelschläge« – Wie weit reicht das Selbstbestimmungsrecht der Frau?

Man wird sich – auch in der Linken – notwendigerweise auf die »schiefe Ebene« begeben und den Versuch starten müssen, das Abrutschen zu verhindern. Das könnte meines Erachtens sinnvoller geschehen, indem man dafür eintritt, den Katalog dessen, was pränatal diagnostiziert werden kann, drastisch einzuschränken, und indem verhindert wird, daß unkontrolliert Pränataldiagnostik durch niedergelassene Ärzte gemacht werden kann. Schon wenn der Gesetzgeber oder die Ärztekammern die Chorionzottenbiopsie und die Amniozentese an eine vorherige medizinische und soziale Beratung koppeln würden, nähme die Zahl der Abtreibungen aus eugenischen Gründen ab. Schon wenn KONKRET es übers Herz bringen würde, die Macker einmal vorzuführen, die Frau und Kind sitzen lassen, wenn das Kind ein behindertes ist, wäre mehr gewonnen als durch die Suggestion, eine Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts der Frauen könne der schleichenden Eugenik Einhalt gebieten.

Ursula Daalmann

Redaktion »demokratisches gesundheitswesen«

Bonn

Die Selbstverständlichkeit, daß Krüppel ein Recht darauf haben, ihr Leben zu leben, mit einer Diskussion um den § 218 zu verbinden, erweist sich hier als unmöglich: zu sehr reden die Teilnehmer(innen) aneinander vorbei.

Als Krüppelfrau kann ich Hanne Witkofskis Gefühl eigener Bedrohung gut verstehen, die Zahl der Fruchtwasseruntersuchungen gerade bei geplanten Schwangerschaften ist in den letzten Jahren tatsächlich gestiegen. Es besteht schon ein großer Unterschied zwischen einem Abbruch, weil mit dem Kind nicht »alles in Ordnung« ist, d. h.: ein behindertes Kind grundsätzlich nicht erwünscht ist, und dem ungünstigen Zeitpunkt einer Schwangerschaft.

Für Krüppel jedenfalls ist dieser Unterschied buchstäblich existenziell wichtig, nicht nur für die so verhinderten, sondern vor allem für die, die hier und jetzt für ihr Selbstverständnis kämpfen. Zu wissen, daß die Tendenz steigt (auch von »fortschrittlichen« Frauen/Paaren), ein gesellschaftliches Problem zu verkleinern, indem die betroffene Gruppe verkleinert wird, bedrückt mich

Annette Wenthur

Berlin

konkret 06/89, S. 8

Hermann L. Gremliza

Behüt' dich Gott...

Ob es so schön gewesen wäre, mag strittig bleiben; daß es nicht hat sollen sein, ist nicht mehr zu leugnen. Zwar gibt es noch Leute, die zeitraubende Bücher und dicke Parteikonferenzen mit der Frage füllen, was Gorbatschow eigentlich wolle – als bestimme das Gekräusel der Schaumkrone die Richtung der Sturmflut. Eine vorerst letzte Reverenz aber vor jener politischen Wissenschaft, die zu vertreten auch dieser bemerkenswerte Generalsekretär behauptet, sollte endlich gebieten, sich selbst und anderen einzugestehen: Das Projekt realer Sozialismus ist perdu.

Die Sowjetunion treibt, ob irgendwelche Politbürokraten das möchten oder nicht, ins andere, kapitalistische (für Empfindliche: ins freiheitlich-sozialistische) Lager; selbst ein Putsch der Roten Armee könnte die Dynamik der Entwicklung nur stören, nicht brechen. Polen, Ungarn, Jugoslawien, demnächst die Tschechoslowakei und Bulgarien sind ihr voraus oder werden folgen. In China marschieren die Studenten, die künftige Bourgeoisie, unterm Beifall der Massen übern Platz des himmlischen Friedens, während das jugendliche Lumpenproletariat in seinen *riots* bereits ein Stück absehbarer Zukunft seiner Klasse lebt: Bronx von Shanghai.

Was tun? Nichts, oder doch nur das, was stets zu tun gewesen wäre: die Entwicklung nach ihren Bedingungen zu analysieren, anstatt ihr die Wünsche intellektueller fellow *travellers* überzustülpen. Zunächst einmal also zur Kenntnis zu nehmen, daß die realsozialistische Befreiung der Massen von Zwangsarbeit unterm Diktat des Kapitals die Produktivität so sehr gehemmt hat, daß die wachsenden Bedürfnisse nach Konsum, aber auch nach sozialen Leistungen, nicht befriedigt werden konnten; daß das Recht auf Faulheit ein schönes Ziel ist, das unterm Wunsch nach besserem Leben schnell verblaßt. Auf Cuba, beispielsweise, stehen die Söhne der von viehischer Ausbeutung in den Plantagen befreiten Sklaven auf der Baustelle zu viert rauchend und plaudernd um einen Fünften herum, der wie abwesend mit der Kelle den Speis umrührt; nach Schluß der Veranstaltung, die sie dennoch Arbeit nennen, blicken sie begierig auf die Waren, die das US-Fernsehen ihnen vorführt, und schieben, daß sie die entbehren, auf den Sozialismus. Fidel Castro aber kommt ihnen mit Geschichte und Moral.

Es heißt nicht Moralisieren, die Gründe für das Ende des Versuchs, Sozialismus in einem Lande zu etablieren und ihn mit Hilfe der dort errungenen Staatsmacht in anderen zu verbreiten, auch in den Ressourcen zu suchen, über welche die andere Seite verfügt, und in der Skrupellosigkeit, mit der sie ihre reichen Mittel anwendet. Die militärische Intervention nach der Leninschen Revolution, der Pakt, den nicht Stalin, sondern die Westmächte de facto mit Hitler gegen die Sowjetunion geschlossen hatten, der vierzigjährige ökonomische, propagandistische und militärtechnische Krieg, den die kapitalistische Internationale danach gegen das Reich des Bösen und seine Verbündeten geführt hat: das alles sei nicht vergessen.

Und doch: War denn anderes zu erwarten? Mußte eine revolutionäre Partei, die sich diesem Gegner stellte, nicht wie selbstverständlich mit allem rechnen, wenn sie sich ihre eigenen Analysen von dessen Charakter glaubte? (Was freilich selten genug vorkommt, wie zuletzt die politischen Gefangenen der BRD mit ihrem Hungerstreik demonstrierten.) Wenn aus dem Ende etwas gelernt werden soll, müssen die eigenen Fehler gefunden und debattiert werden. Von der Sowjetunion lernen, heißt, von einem Debakel lernen.

Marx, um mit dem prominentesten Sektierer des Kommunismus zu beginnen, hatte sich die Erlösung des Proletariats aus dem Elend nicht so gedacht, daß die Verelendeten, weil ihre Avantgarde die äußeren Verhältnisse umgestürzt hat, am Tag danach die neuen Menschen seien, edel, hilfreich und gut. Am Tag nach der Oktoberrevolution mußten sie es sein, und weil sie es sein sollten, aber nicht waren, mußte man sie dazu machen: auf Standbildern und in Umerziehungslagern. Der falsche Heroismus des Proletkults, in dem die Avantgardisten sich der Miserabilität des Proletariats anschmeichelten und die eigene zu feiern begannen, reduzierte die Revolution auf einen historischen Akt, Voraussetzung einer geordneten Verwaltung, nicht befreiender Arbeit und Kämpfe.

Was dennoch in den Köpfen blieb an revolutionären Versprechungen, wurde vertagt, die erzwungene Einsicht in die Notwendigkeit, daß es die Bürokratie bequem habe, als revolutionäre Geduld verkauft. Das Verlangen nach Kritik und Selbstkritik der Staats- und Parteiführer, Emanzipation der Frau, Verachtung des Militarismus, radikaler Selbstbestimmung der Arbeitskollektive galt als »im Prinzip« richtig, aber nicht so und vor allem nicht jetzt, wo der Feind gerade auf solche Zeichen der Schwäche lauere. Und weil er immer lauert: nie.

Entfremdung, die zentrale Kategorie der marxistischen Theorie, wurde aus der politischen Diskussion verbannt, weil sie die widerstandslose Unterwerfung unter die Produktionsziele gestört hätte. Auch der nachrevolutionäre Prolet, der am Sonntag sein idealisiertes, überlebensgroßes Denkmal bestaunen durfte, fuhr am besten, wenn er die Parteiführer als (bestenfalls etwas gütigere) Nachfolger der gestürzten Fabrikherren verstand. Von Aufhebung der Arbeitsteilung, allseitiger Entfaltung, Aneignung der Produkte durfte bald nicht einmal mehr in ihrer verballhornten Form eines »Prinzips Hoffnung« die Rede

sein. (Der Vorwurf ist gewiß sektiererisch. Aber wenns darum gehen soll, wie eine kommunistische Gesellschaft zu machen sei, dürften die Moskauer, die Budapester und tutti quanti in Zukunft einen etwas bescheideneren Ton anschlagen, oder?)

Ersatzweise durfte das Proletariat dort, wo es den Bedürfnissen der Verwaltung und der Produktion nicht in die Quere kam, bleiben, was es unterm Zaren war: chauvinistisch, nationalistisch, abergläubig. Die widerlichen Stammesfehden religiös oder rassistisch verblendeter Georgier, Armenier, Aserbeidschaner oder Balten belegen, was in den mehr als siebzig Jahren nach dem roten Oktober *nicht* geschehen sein kann. Um einen in jener Gegend nicht sehr geschätzten Autoren zu zitieren: »Der Mensch, das ist die Welt des Menschen, Staat, Sozietät. Dieser Staat, diese Sozietät produzieren die Religion, ein verkehrtes Weltbild, weil sie eine verkehrte Welt sind.« Und damit es richtig weh tut: »Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, *wie sie der Geist geistloser Zustände ist.«* Aufklärung? Kann ja die bürgerliche Illusion sein, den Geist über die Zustände zu heben. Aber wer hätte gedacht, daß Religionskriege nicht nur eine vorindustrielle, sondern auch eine postsozialistische Erscheinung sein würden?

Geistlose Zustände: Die Sowjetunion, das »Vaterland der Werktätigen«, wird sich also demnächst der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds anschließen und der Westeuropäischen Gemeinschaft assoziieren, zusammen mit dem gottbehüteten Polen, Ungarn, der CSSR, Bulgarien. China wird auf seinem eigenen Weg (diesmal zum Kapitalismus) bestehen. Nicaragua geht an die USA, El Salvador an die SPD. Cuba wird, der Vorschlag Piwitts setzt sich in diesem Fall durch, als Soziotop unter politischen Artenschutz gestellt. Da fehlt doch noch wer? Ja, da fehlt noch wer. Außer Albanien.

konkret 06/89, S. 10

Thomas Ebermann

Straße frei für die Polizei!

Wie schnell das geht Noch 1907 wußte die oppositionelle Westberliner AL ganz genau, warum am 1 Mai in Kreuzberg die Scheiben klirrten Nach ein paar Wochen rosa-grüner Regierungs-»Verantwortung« spielten die Alternativen und ihre Regierungszeitung »TAZ« diesmal beim Kreuzberger 1 Mai schon die Hilfspolizei

Eine Prognose erweist sich als falsch: Die Erwartung, die rot-grüne Regierung Berlins samt ihrer sie tragenden Vereine und Milieus geräte in Zerreißproben, wenn in den Straßen Kämpfe toben, ist blamiert.

Das Gegenteil ist richtig: »An diesem 1. Mai wird Rot-Grün wachsen« (»taz« 3.5.). Die regierungstreue Linke hat endlich wieder Aufgaben für sich entdeckt, nach den emotional wenig befriedigenden Versöhnungen mit Alliierten, Wirtschaft und Staat ist endlich ein Feind erwachsen, in dessen Bekämpfung man sich voll reinknien kann: die »Kreuzberger Randalierer«. Rot-Grün wächst zusammen in staatlichen Krisenstäben, in denen geplant wird, wie der gemeinsame Feind dämonisiert, von Sympathisanten isoliert und letztlich zum Abschuß freigegeben wird. Die Alternativen leisten Übersoll. Vielleicht weil ihre sozialdemokratischen Freunde ihnen plausibel machen können, daß die Polizei bezweifelt, die jetzige Regierung habe wirklich die bessere Methode, in Kreuzberg und der ganzen Stadt für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Wahrscheinlich ist das jedoch nicht der Hauptgrund. Wahrscheinlich ist es grundehrlicher Haß auf diejenigen, die die Zufriedenheit der alternativen Regierungen nicht teilen, weil sich an ihrer Lage nichts geändert hat. Grundehrlicher Haß, weil man sich und die gerade erst gewonnene Stellung als Regierungspartei gefährdet sieht, und nur noch fähig ist, jede politische und soziale Revolte unter diesem Aspekt einzuordnen. Die regierungstreue Linke Berlins hat die legitime Kritik an (einzelnen) Aktionsformen, wie sie von Autonomen mitgeprägt werden, eingestellt zugunsten pauschaler Diffamierung. Das lohnt eine genaue Betrachtung.

Geräumt wird erst am 2. Mai

Nach dem 1. Mai erfahren wir einiges über die hektische Geschäftigkeit, die in den Wochen zuvor geherrscht haben muß. Die »taz« (3 .5.) berichtet von den »vielen Gesprächen, die es vor dem ersten Mai zwischen den Veranstaltern (des Straßenfestes am Lausitzer Platz) und der Polizei gegeben hatte.« Wer viele Gespräche (wie viele wohl?) führt, muß viel zu besprechen gehabt haben. Muß sich auf zahlreiche Details verständigen wollen, muß ein »gemeinsames Problem« gegen einen »gemeinsamen Feind« lösen wollen. Muß sich wechselseitig Zusagen »abringen«. Muß »Vertraulichkeit« vereinbaren. Die größte aller Selbstverständlichkeiten solcher »vielen Gespräche« muß sein, Revolte im Viertel zu verhindern, friedlichen Verlauf zu gewährleisten. Im sicheren Gefühl, daß die Kritik dieser Zielsetzung in den letzten Jahren schwächer geworden ist (es galt vor einigen Jahren noch als skandalös, daß der rechteste Rand der Anti-AKW-Bewegung mit der Polizei diese Zwecksetzung diskutierte) plaudert die »taz« ein kleines Detail der getroffenen Vereinbarungen aus: »Polizei, so hatten es Einsatzleiter und Veranstalter verabredet, sollte weder bei der Demonstration noch beim Fest in Kreuzberg sichtbar postiert werden. Auch für die erwarteten Hausbesetzungen war man sich einig geworden. Geräumt werden sollte erst (! !) am 2. Mai und nur mit möglichst geringem Polizeiaufgebot...« Das ist undementiert und darf als wahr unterstellt werden. Der Zeitpunkt und die Modalitäten polizeilicher Räumung besetzter Häuser werden von Veranstaltern eines linken Straßenfestes mit der Polizei ausgehandelt; gibt es da für eine Szene, über deren Behandlung Einigkeit erzielt wurde, keinen Grund, haßerfüllt und ignorant zu

sein? Nebenbei formulierten die Veranstalter nicht nur ihren Anspruch auf den Ablauf ihrer Demo und ihres Straßenfestes, sondern Hegemonie über alles, was im ganzen Stadtteil läuft: Anspruch auf einen ruhigen, friedlichen 1. Mai in ganz Kreuzberg ! Ist es absurd zu spekulieren, über was noch Einigkeit erzielt wurde? Unter welchen Bedingungen hielten die Verhandler den Einsatz von Tränengas für legitim? Wann ist der Einsatz von Wasserwerfern angebracht? Wie dürfen wir eigentlich die Formulierung »Vereinzelte (!) Vermummungen sollten kein Anlaß zum Eingreifen sein« (»taz« 3.5.) verstehen? Wann hört »vereinzelt« auf?

Jedenfalls ist leicht zu ahnen, wie die Enttäuschung über das Mißlingen des eigenen Plans für einen friedlichen I . Mai umkippt in den Ruf nach mehr polizeilicher Härte. Avantgardistisch auf diesem Gebiet ist die Stellungnahme der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN): »Allerdings fragen wir uns auch, warum die Polizei nicht schon bei den Ausschreitungen während der Demonstration eingegriffen hat, sondern erst auf dem Lausitzer Platz...« Das muß bei der empörenden Beschädigung eines Sex-Shops gewesen sein!

In der Nacht zum 2. Mai trafen sich als Großer Krisenstab u.a. Innensenator Pätzold, Bürgermeister Momper und die AL-Größen Ströbele und Wolf. Es kann nur noch um Feinheiten gegangen sein, die große Linie war vorher festgelegt worden. Beide Regierungsparteien sind seit dem 2. Mai durch eine zunächst absurd anmutende ideologische Konstruktion vereint: Die Kreuzberger Randale war zugleich nicht politisch und gegen die Berliner Regierung gerichtet!

Momper mochte »politischen Protest in den gestrigen Ausschreitungen nicht erkennen«, vielmehr seien sie »der Ausbruch eines blindwütigen Hasses gegen den Staat und gegen den rot-grünen Senat« gewesen. Harald Wolf Bom Geschäftsführenden Ausschuß der AL diagnostizierte Aktionen, »die letztlich ohne politische Zielsetzung waren und wo Militanz zum reinen Selbstzweck geworden ist«, um im gleichen Atemzug von »gezielter politischer Provokation« zu sprechen. Der Kreuzberger AL-Abgeordnete Jesse hält das ganze »für einen ganz schlimmen Versuch, die Politikansätze von Rot-Grün zu zerstören...«

Die auffällige Widersprüchlichkeit hat einen tieferen Sinn. Wer den Kreuzberger Aktionen ihren politischen Charakter abspricht, macht ihre Akteure zu puren Kriminellen. Wo »Militanz zum reinen Selbstzweck« geworden ist, ist Strafgerichtsbarkeit gefragt. Und da es in der Bundesrepublik bekanntlich per staatlichem Definitionsmonopol keine politischen Gefangenen gibt, muß jeder politische Täter seines Motivs beraubt werden. Die Haltung Wolfs ist denkbar einfach: Was ihm nicht als akzeptabel erscheint, ist nicht politisch. Eine Straßenschlacht mit der Polizei ist nicht Ausdruck des Aufbegehrens gegen staatliche Repression und hierdurch zementierte soziale Ungerechtigkeit. Es gibt keinen Grund für Rebellion, also lohnt sich nicht die Auseinandersetzung

mit den Akteuren, mit ihren richtigen und falschen Auffassungen und Aktionsformen. Wer den Grund für Rebellion nicht länger in der sozialen Wirklichkeit sucht, muß jede »Randale« unter dem Gesichtspunkt des Schadens oder Nutzens für die Regierung sehen. Das ist borniert, hat aber einen rationalen Kern. Die AL und ihr Milieu wären allzu gerne zum großen Schaulaufen durch die BRD angetreten, als Garant für sozialen Frieden in Berlin. Da wäre doch glatt die Frage aufgekommen, ob z.B. die GAL im Hamburger Senat nicht Garant sein könnte dafür, daß die Hafenstraße sich mit IKEA möbliert und ihre politischen Aktivitäten auf das Sammeln von Unrat am Elbstrand umpolt.

Ein Teil der Kreuzberger Szene hat sich undankbar gezeigt. Sie hat ein Angebot ausgeschlagen. Eine modifizierte Polizeitaktik sollte sie mit Wohlverhalten honorieren. Sie sollte den blöden Spruch »Ohne Bullen keine Krawalle« vorexerzieren. Der Spruch bedeutet, daß Randale nur losgehen darf, wenn uniformierte Beamte in Sichtweite sind und kräftig provoziert haben. Der Getränkemarkt, der schon am 1. Mai '87 und '88 geöffnet worden war, unter dem Beifall der damals noch nicht regierenden Alternativen, sollte verschont bleiben, weil die Beamten im Versteck hockten.

»Ohne Bullen keine Krawalle« – das ist so spießig wie »ohne Kontrolleure kein Schwarzfahren«, »ohne Überwachungskameras kein Ladendiebstahl«, »ohne Stempeluhr keine Unpünktlichkeit«, »ohne Gefängnismauern keine Flucht« oder pauschaler: »Ohne Ordner keine Unordnung«. In Wahrheit löscht kein unbewachter Getränkemarkt den Durst, und keine modifizierte Polizeitaktik sollte den begründeten Haß auf soziale Deklassierung und politische Unterdrückung mindern. Da alle Linken mal gewußt haben, daß soziale Deklassierung und Perspektivlosigkeit neben Lethargie und Resignation auch berechtigte Revolte hervorbringen, gerade auch Formen von Revolte, die grob, bisweilen wenig zielgerichtet und zügellos erscheinen, müssen AL und linke Regierungspresse (»taz«) geradezu übermächtige Anstrengungen unternehmen, sich von dieser schlichten Erkenntnis zu emanzipieren. Das geschieht durchaus explizit.

»Die Ursachen jetzt wieder in Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Deklassierung zu suchen, ist. . . formelhaft und zu kurz gegriffen« (»taz« 3.5.), weswegen man es bei der Feststellung belassen kann, der Krawall »war gewollt, gewünscht, gesucht« – was die Ursache geradezu tiefschürfend analysiert.

Auch der schon erwähnte Abgeordnete Jesse weiß: »Es war nicht der Aufschrei der sozial Schlechtergestellten, es war eindeutig der Versuch, die rot-grüne Koalition zu sprengen« – und das können bekanntlich nur Leute mit prallgefüllter Brieftasche wollen.

Beliebt ist auch, sich demonstrativ dumm zu stellen: »Sie (die Gewalt) ging von Menschen aus, deren Motive wir nicht teilen oder nicht einmal kennen.« Um die wir uns ab jetzt einen Dreck scheren – wäre ehrlicher. »Es gibt für uns keinerlei Rechtfertigung dieser Gewalt, sie ist für uns auch nicht mehr verständlich«. (Beide Zitate entstammen dem »Kreuzberger Manifest«, für das gegenwärtig Unterschriften gesammelt werden – siehe weiter unten). Gerade das demonstrative Nicht-verstehen-wollen, die Ignoranz gegenüber Motiven und sozialer Lage, war bisher die Domäne konservativ-reaktionärer Politik. Es wird von »links« übernommen, sobald die Opfer kapitalistischer Wirklichkeit sich nicht als wehrlos und bemitleidenswert an die neue Regierung wenden, die ihnen zwar keine Veränderung ihrer Lebensverhältnisse dafür aber umso mehr Verständnis für ihr trauriges Schicksal zugesagt hatte. Als die Konservativen noch regierten, war der AL das wichtigste noch »verständlich«:

»Wer sich verwundert zeigt über den 'Bürgerkrieg' in SO 36, ist entweder blind oder zynisch. Die soziale und kulturelle Verelendung und die politische Ausgrenzung gerade in diesem Kiez hätten schon viel früher zu solch einer Eskalation führen können. Die Massenarbeitslosigkeit trifft vor allem Jugendliche, ältere und ausländische Menschen und heißt oft genug Rausschmiß aus der Gesellschaft. Viele existieren gerade 'noch so' von einem Minimum an Sozialhilfe von vielen als Almosen empfunden, und gefragt bei politischen Planungen und Entscheidungen werden sie schon gar nicht, ob es um Erhöhung von Kita-Gebühren oder Mieten, oder ob es um die Gestaltung ihres Wohngebietes geht. Was erwarten die politischen Verantwortlichen eigentlich von Menschen, die zu einem Leben ohne Hoffnung gezwungen sind, mit einem in

glatt-lackiertem Wohlbehagen schwelgenden 750-Jahre alten Berlin vor Augen? Alles weist darauf hin, daß sich einmal diejenigen, die sonst immer zu kurz kommen, selber bedient haben, und daß die anfänglichen, in Kreuzberg fast üblichen kleineren Scharmützel nach dem 1. Mai-Fest eine Hemmschwelle bei Menschen niedergerissen haben, die sonst nur in Sprachlosigkeit verharren und nur das Ducken gelernt haben.« (Erklärung des AL-Delegiertenrates zum 1. Mai '87, als ungefähr das gleiche los war.)

Alle geschilderten Tatsachen bestehen zweifellos fort, außer daß Berlin jetzt 752 Jahre alt ist. Auch die Erwartungen der neuen »politischen Verantwortlichen« entsprechen denen der alten, wenn auch erst seit neuestem: »Der 1. Mai '87 hatte sehr viele Aspekte von sozialer Explosion. Dieses Mal war es eine politische Provokation« (Harald Wolf, AL-Sprecher).

Ist die Kreuzberger Revolte erst einmal ihrer sozialen Ursachen und sind die Akteure ihrer politischen Motive beraubt, brechen alle Dämme und es darf abgekotzt werden. Endlich darf man sagen, was man empfindet. Man sah eine »Fiesta furiosa für Suffkis, Hirnis und Randalos, die bei steigendem Hormonpegel mal wieder die Sau rauslassen mußten« (»taz« 5.5.). Untermenschen werden geschildert, in Begriffen, die bisher der »Bild«-Zeitung eigen waren, Karikaturen gezeichnet, die mit denen der »Welt« unbemerkt austauschbar wären. Elitäre intellektuelle Überheblichkeit darf abgelassen werden: »Wer im SFB den Originalton von Akteuren der Kreuzberger Nacht gehört hat, konnte den dichten Nebel in den Köpfen nicht übersehen.« Der Herr Zeitungsredakteur sah am Radio sitzend Nebel in den Köpfen! Aber wir wissen ja, was er meint: Geisteskranke.

In einem Leserbrief schreibt der liebe Holger: »Für mich ist der Zeitpunkt gekommen, diesen Mob endgültig auszugrenzen«, und hätte er ausmerzen geschrieben, wäre seine politische Heimat wenigstens offenkundig.

Jede noch so böswillige Assoziation scheint erlaubt. Eine »taz«-Journalistin sieht sich »erinnert an bourgeoise Festessen (!), wo das geleerte Champagnerglas an der Wand zerschellt«, weil junge Leute die erbeuteten Bierflaschen nicht austrinken, sondern halbvoll auf die Straße schmeißen. Das soll nicht nur all diejenigen wütend machen, die ihren Hausmüll brav getrennt sammeln und die leeren Flaschen in den Glascontainer tragen, sondern wohl auch den Übergang zum neuen Feindbild erleichtern, wo er doch die Eigenschaften alter Feinde hat. Die prassen ja schlimmer als ... wo wir doch alle gelernt haben, daß Mundraub nur bürgerlich legitimiert ist, wenn man Brot und Äpfel klaut, niemals Schampus und Lachs!

So maßlos die Dämonisierung der Kreuzberger Akteure, so bombastisch aufgeblasen die angeblichen Auswirkungen ihres Tuns. »Das Ergebnis sind Zerstörungen des Lebensraums Kreuzberg...« »Wir wollen verhindern, daß Kreuzberg nach (!) der Welle der spekulationsbedingten Zerstörung nun eine Welle politisch motivierter Zerstörung erlebt.« (Beides aus dem »Kreuzberger Manifest«, inzwischen von vielen Personen und Initiativen unterzeichnet.) Die »taz« spricht vom »Kaputtschlagen eines Stadtteils« und die AL Kreuzberg mobilisiert zu einer eilig einberufenen Veranstaltung unter dem Titel »Gegen die Zerstörung des Bezirks«.

Kaum eine Stellungnahme macht es darunter, und wüßte man nicht, daß der diesjährige Sachschaden ungefähr dem der letzten Mairandalen entspricht, man könnte glauben, halb Kreuzberg liegt in Schutt und Asche, die andere Hälfte müsse gerettet werden.

Alternative Polizeistrategen

Die Kreuzberger AL-Veranstaltung und das »Kreuzberger Manifest« sind zwei Produkte einer (im Krisenstab) offensichtlich besprochenen Konzertierten Aktion zwischen SPD und Alternativen, wobei der AL die Schmutzarbeit zufällt. Bereits am 2. Mai hatte der Innensenator die *Linke* aufgefordert, »sich zu den Ereignissen offensiv zu verhalten. Er regte ein 'Kiezplenum gegen Gewalt und für ein friedliches Zusammenleben in Kreuzberg' an«. »Gegen die Zerstörung des Bezirks« mag dem Innensenator damals noch zu verwegen erschienen sein.

Die AL übernimmt die vom Innensenator formulierte Aufgabenstellung am selben Tag. Ihr Sprecher Wolf fordert »klare Distanzierungen« ... »auch gerade der Teile der Linken, die dem rot-grünen Senat und der AL kritisch gegenüberstehen«. Im Stadtteil müßten Initiativen und die AL Kreuzberg »ein politisches Klima schaffen, das so etwas wie letzte Nacht nicht toleriert«. Weiter: »Wenn es Leute gibt, die es darauf anlegen, und wenn es gleichzeitig ein Potential von Leuten gibt, die aus unterschiedlichen Gründen – sei es als Zuschauer (!), sei es halb sympathisierend – daran teilnehmen, lassen sich derartige Dinge durch keine Polizeistrategie verhindern.«

Da haben wir die eigentlich neue Qualität grün-alternativer Politik. Die AL hat die innere Sicherheit zu ihrer ureigensten Aufgabe gemacht. Polizeistrategie, so die richtige Erkenntnis, kann nur greifen, wenn die Träger der Revolte minimiert, vor allem aber jeder – auch der bloß zuschauenden – Sympathisantenschaft beraubt sind.

Mit »Deeskalieren« hat das alles absolut nichts mehr zu tun, denn sollte der Versuch auch nur halbwegs gelingen, den Bullen auch nur ein einziges Mal die dämonisierten »Randalierer« isoliert vor die Flinte zu führen, ganz ohne Halb-Sympathisanten und Zuschauer, dann wird gemetzelt werden wie nie zuvor. Jede Unterschrift unter das »Kreuzberger Manifest« bereitet diese Situation mit vor, denn man unterschreibt: »Wir weisen auch auf die Mitverantwortung (!) der

vielen Schaulustigen hin, die durch ihre Anwesenheit (!) den Gewalttätern eine willkommene Kulisse und Rückzugsmöglichkeit geboten haben, ohne ihnen entgegenzutreten.«

Zukünftig soll es nur noch einen einzigen Grund für jeden anständigen Linken geben, sich bei Randale *nicht* in den eigenen vier Wänden einzuschließen. Hilfsdienste für die Staatsmacht: »Wir werden überlegen, ob wir bei dem nächsten Anlaß uns zwischen die Angreifer und die Angegriffenen, das waren am 1. Mai 1989 die Polizei und die geplünderten Geschäfte und zerstörten Autos, stellen werden« (»Kreuzberger Manifest«).

Die »taz« hat recht, »Innensenator Pätzold war erfolgreich... Der 1. Mai 1989 hat einen deutlichen Bruch in die bisher immer vorhandene diffuse Solidarität mit den Krawallen gebracht.« Auch der Regierungschef ist nicht unzufrieden, daß die »Linke von Kreuzberg. . . den Autonomen die Solidarität aufkündigt – eine Differenzierung, auf die. . . der Regierende Bürgermeister Momper ausdrücklich hingewiesen hat« (»FR« 9.5.). Er und sein Innensenator werden wenig Wert legen auf die praktische Realisierung der angekündigten alternativen Bürgerwehr, Hauptsache die AL organisiert weiterhin Veranstaltungen, auf deren Podien niemand sitzt, »der den Steinewerfern nicht die Leviten liest« – wochenlang! Den militärischen Teil schaffen die Bullen allein.

Und von dem Tag, wo aufgemischt wird in Kreuzberg, wird man eines bestimmt sagen können: Den Republikanern haben wir's aber gezeigt. Dann noch die Hafenstraße in Hamburg niedermachen, den Hungerstreikenden jedes Zugeständnis verweigern und Asyl- und Ausländergesetze verschärfen – und den Rechtsradikalen gehen die Argumente aus; sie ständen mit dem Rücken zur Wand. Und das ist doch heutzutage das Wichtigste – eben!

P.S. Das Gesabbel von der »Deeskalierenden Polizeistrategie« hat seinen Zweck erfüllt. Berlins grün-rote Regierung kritisiert mittlerweile die Polizei, wegen zu großer Zurückhaltung. »Wenn die von ihm bevorzugte Polizeibegleitung des (Demonstrations-)Zuges wegen der Örtlichkeit in diesem Fall nicht möglich gewesen sei, hätte die Polizei eben gleich an den Zug herangehen müssen«, meinte der Innensenator vor dem Innenausschuß des Berliner Parlaments.

Da mußte die AL beweisen, daß auch sie die Polizei noch kritisieren kann, wenn auch von rechts:

»Die AL-Abgeordnete Lena Schraut hielt der Polizeiführung vor, sie hätte auf Ausschreitungen gefaßt sein müssen. Immerhin sei es in den vorangegangenen beiden Jahren am 1. Mai ebenfalls zu schweren Krawallen gekommen. Ferner seien bereits am Vorabend zwei Geschäfte geplündert und ein Haus besetzt worden, und außerdem sei die autonome Szene wegen des RAF-Hungerstreiks mobilisiert gewesen. Deshalb 'hätten doch sämtliche Alarmglocken klingeln müssen', warf die Abgeordnete der Polizeispitze vor.«

konkret 06/89, S. 13

Claudia Burgsmüller

Memminger Pranger

Vor Memmingen hatte ich geglaubt, daß es neben den Vergewaltigungsverfahren kaum noch einen Schauplatz des Geschlechterkrieges in Strafverfahren geben könnte, auf dem mit ähnlicher Wucht Gewaltstrukturen offengelegt und Frauenleben mißachtet werden.

Haß und Geringschätzung sprechen nicht erst aus der Verurteilung des Gynäkologen Theissen zu 2 Jahren und 4 Monaten Freiheitsstrafe, die nicht mehr zur Bewährung ausgesetzt werden können. In 36 Fällen soll er illegal abgetrieben (§ 218 StGB) sowie 39 Mal gegen das vorgeschriebene Beratungs- und Feststellungsverfahren (§§ 218a, 219 StGB) verstoßen haben. 77 der von den karrieresüchtigen Staatsanwälten angeklagten Abbrüche waren kurz zuvor eingestellt worden, nachdem das Verfahren auch seine letzte Legitimität verloren hatte. Richter Ott, der auffällig im Leben der Zeuginnen schnüffelte, entpuppte sich selbst als »treibende Kraft« eines Schwangerschaftsabbruchs bei einer früheren Freundin und wurde wegen Befangenheit ausgeschlossen.

Derlei Demaskierung von Gericht und Staatsanwaltschaft ist zur Zeit die wichtigste Waffe, um »Memmingen« zu isolieren, um der geplanten Verunsicherung und Einschüchterung von Ärztinnen, BeraterInnen und Frauen entgegenzuwirken. Mauz (»Spiegel«) spricht vom Urteil als Kriegserklärung und sieht die bayerische Strafjustiz samt katholischer Kirche marschieren. Erstaunlich, wie viele von politischer Justiz sprechen! Der konsequenten Entsolidarisierung mit dem Urteil jedoch haben sich schon diejenigen, die als erste gefordert wären, sich mit dem Kollegen zu solidarisieren, verweigert: Die Mehrheit des 92. Ärztetages. Unterstützung dagegen erfährt Theissen von Frauen, Parlamentarierinnen wie Zuschauerinnen, die ihn am Tag der Urteilsverkündung »mit Blumen überhäufen«.

Welcher Widersinn, sich 1989 hinter einen Gynäkologen stellen zu müssen, gegen dessen Entscheidungsmacht im reformierten Paragraphen 218 auch ich Mitte der 70er Jahre demonstrierte! Seiner Zunft haben wir ebenso wie Pfarrern und Richtern jeglichen Verfügungsanspruch über die Lebenssituation ungewollt Schwangerer bestritten ! Daß einer zum »Märtyrer« der Frauen wird, haben wir keinem Gynäkologen abverlangt ! Auch taugt Theissen nicht als »Symbolfigur« im gegenwärtigen Kampf gegen den Paragraphen 218 und will es selbst wohl am wenigsten.

Bleibt die Frage, wofür ihm die Unterstützung der Frauen gebührt und weshalb ihm Männerjustiz und eigener Stand mit unnachgiebiger Härte begegnen. Der Vorsitzende wirft ihm in der mündlichen Urteilsbegründung »anarchische Ausuferungen« vor. Theissen hat sich mit den Frauen gemein gemacht und steht zu seinen Regelverletzungen. Er hat sich geweigert, das im geltenden Strafrecht so subtil und gewaltsam geknüpfte Netz der sozialen Kontrolle über schwangere Frauen mit zu sichern. Als dem Verräter männlicher Herrschaftsrechte gebührt ihm Ächtung durch den Männerbund.

Nur kurz spekuliere ich, wie Theissen, der den Frauen Entscheidungsspielraum zugestand, um ihnen bürokratische Hindernisläufe und Gesundheitsgefährdungen bei möglichst frühzeitigem Abbruch zu ersparen, hätte gerettet werden können. Es ist die *Opferwerdung* des Mannes, die ihn bewahrt hätte. Beim Vorsitzenden schon klingt die Enttäuschung über die »Schwachheit« des Angeklagten an: Mit Dankbarkeit und Anhänglichkeit hätten ihm die Patientinnen zur dringend benötigten Selbstbestätigung verholfen! Doch um sich zu exkulpieren, hätte er deutlicher die Wildentschlossenen schildern müssen, die ihn mit Liebesentzug zur Regelverletzung gebracht oder gar erpresserisch bedroht hätten. Der Freispruch wäre ihm schließlich sicher gewesen, wenn er den Sinneswandel bekundet und eingestanden hätte, nicht mannhaft gehandelt zu haben.

Für seine Verweigerung wurde er nicht nur mit sozialer Vernichtung, Freiheitsstrafe, sondern auch mit einem 3jährigen Berufsverbot bestraft. Nicht zuletzt droht ihm der Entzug der Approbation. Ich erinnere an die beiden Berliner Gynäkologen, die eine Anästhesieärztin während des Nachtdienstes vergewaltigt hatten und in 2. Instanz rechtskräftig freigesprochen wurden, obwohl ein »dringender Tatverdacht« gegen sie fortbestand. Gegen sie hatte ich als Vertreterin der Ärztin ein Berufsverbot beantragt, das in beiden Verfahren versagt wurde. Auch überschlug sich die zuständige Senatsverwaltung förmlich, nach erfolgtem Freispruch das Ruhen der Approbation wieder aufzuheben, ohne erst die schriftliche Urteilsbegründung abzuwarten. Beide Männer haben – nach einem Ortswechsel – ihre Karriere ungehindert fortgesetzt. Einer ist Oberarzt in Mönchengladbach, der andere in Bayern. Die hochqualifizierte Frau blieb jahrelang arbeitslos und steckt nun in einer ungeliebten ärztlichen Verwaltungstätigkeit ! Die patriarchale Logik erscheint perfekt: Berufsverbot für den Verräter, aber nicht für die Ärzte, die männliche Zugriffsrechte in Kliniken sicherten.

Gegen die Arroganz der Memminger Rechtsprechung, sich als fachlich unzuständige Profession ein eigenes Prüfungsrecht über die ärztlichen Indikationsstellungen anzumaßen, könnte jetzt in der Revisionsinstanz der Bundesgerichtshof ein Zeichen setzen. Mit deutlicher Grenzziehung könnte er die Versuche stoppen, eine gesetzgeberische Reform (1976) mit Hilfe geneigter Richter außer Kraft zu setzen.

Wünschenswert dagegen wäre die Memminger Entschlossenheit, sich in »ärztliche Erkenntnisse« einzugraben, bei sogenannten Kunstfehlerprozessen, wo die Zurückhaltung der juristischen Profession gegenüber den bekittelten Herrschaften schier grenzenlos scheint (siehe Bernbeck!).

Für Frauen wird nach Memmingen die Indikationsfeststellung zur unkalkulierbaren patriarchalen Wohltat, was eklatant rechtsstaatlichen Grundsätzen widerspricht. G. Schöller hat in der »taz« vom 5.5.89 beschrieben, daß es allein die Schwachen, die sich selbst unter die »väterliche« Kontrolle zurückbegeben, sind, deren Not unter Umständen anerkannt wird; keine Chance dagegen für »starke, emanzipierte« Frauen, bei denen offensichtlich nicht auf soziale Kontrolle durch Mutterschaft verzichtet werden kann. Fatale Erinnerungen auch hier an Prozesse, in denen jenen vergewaltigten Frauen der Opferstatus aberkannt wird, die sich wehrhaft, intelligent und stark als Zeuginnen zeigen und nicht weinen, schamhaft nach Worten ringen und ihre Beschädigungen präsentieren.

Die Geschlechtsrollenstereotypen in richterlichen Köpfen und Emotionen sind die gleichen. Auch die Zeuginnen in Verfahren nach Paragraph 218, die einen Einblick in ihre Intimsphäre verweigern, haben keine Chance.

Wehrhaftigkeit ist von den Frauen jedoch schon im Vorfeld derartiger Bewertungen gefordert: Staatsanwälte setzen sich skrupellos über das mehrfach geschützte Vertrauensverhältnis zwischen Ärztinnen und Patientinnen hinweg (Schweigepflicht, Zeugnisverweigerungsrecht) und eröffnen sich den direkten Zugang in das Privat- und Intimleben der Patientinnen, wenn sie deren Patientendaten beschlagnahmen, so als gälten die Urteile des BVerfGs zum Datenschutz nicht für ungewollt schwangere Frauen. Dieser Zugriff in Memmingen oder Rheinland-Pfalz ist verfassungswidrig, da er unverhältnismäßig in die Intimsphäre der Frauen eingreift, um eine Strafverfolgung nach Paragraph 218 für eine Tat zu initiieren, deren Unrechtsgehalt vom Gesetzgeber gering bewertet wurde. Zeuginnen sollten hier ihre Aussage verweigern und sich rechtliche Unterstützung suchen. Die Alternative zu dieser Offensive ist der Pranger wie in Memmingen.

Zwar mögen noch öffentliche Proteste in Neuwied/Koblenz ein neues Memmingen verhindern, doch das Netz der Beherrschungsversuche gegenüber Frauen und denen, die sich ein Stück weit mit ihnen gemein machen, ist enger geworden.

konkret 06/89, S. 14

Oliver Tolmein, Kreuzberger Autonome

»Eine ganz lebendige Demo

Am Morgen nach der Kreuzberger Nacht vom 1. Mai wetteiferten »Republikaner«, CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne und AL um den besten Ausdruck des Abscheus vor den »Chaoten«, dem »roten Mob«. In einem Gespräch mit drei Mitgliedern der Vorbereitungsgruppe der »Revolutionären 1. Mai-Demonstration« ging Oliver Tolmein dem Verdacht noch, daß die totale Gemeinsamkeit der Demokraten nur besinnungslos oder böswillig entstehen kann

KONKRET: Die offizielle Version der Ereignisse am 1. Mai ist bekannt: Etliche hundert, zum großen Teil alkoholisierte Autonome haben nach einer Demonstration aus dem Fest am Lausitzer Platz heraus die sich defensiv verhaltende Polizei angegriffen, haben blindwütig Geschäfte und Autos zerstört und so ihrem Haß auf den rot-grünen Senat Ausdruck verliehen. War es so?

Carlo: Überhaupt nicht. Es gab dieses Jahr, wie schon 1988, eine »Revolutionäre Mai-Demonstration«, die mittags losging und von einer zurückhaltend operierenden Polizei begleitet wurde. Das hat uns Spielraum für selbstbestimmte Aktionen gegeben. Dabei wurden Strukturen, mit denen wir uns tagtäglich auseinandersetzen müssen, z.B. Sexshops und Spielhöllen, angegriffen. Das betrifft Bereiche, zu denen seit langem und in sehr verschiedener Weise auch von Stadtteilgruppen gearbeitet wird, so daß wir da jetzt keine langen Begründungen liefern müssen. Es gab auch Umverteilungsaktionen in Supermärkten, wobei versucht wurde, den Alkohol rauszuhalten, Leuten mit Alk wurde aufgrund der schlechten Erfahrungen in den letzten beiden Jahren klargemacht, daß sie damit auf der Demo nichts zu suchen haben. Nachdem die Demo beendet war, gingen die Leute, weil sie Lust zu feiern hatten, in Richtung Lausitzer Platz zu dem Fest. Unterwegs kamen wir an dem gerade besetzten Autonomen Zentrum, fünf Minuten zu Fuß vom Fest entfernt, vorbei. Dort kam es dann zu dem ersten offensiven Polizeieinsatz...

KONKRET: ... also ein Wechsel in der Polizeitaktik im Vergleich zur Demobegleitung vor der Auflösung?

Carlo: Ja. Aber wir sind trotzdem zum Fest durchgekommen. Gegen 17 Uhr kam es wie fast immer, wenn in Kreuzberg größere Menschenmengen zusammenkommen, zu Aktionen gegen Getränke-Hoffmann. Auch dabei wurde so gut es ging darauf geachtet, daß es nicht zum großen Besäufnis kam, der meiste Alkohol aus den sowieso schon recht leeren Regalen wurde also vernichtet. Ein paar Minuten später trafen dort dann die ersten vier bis fünf Wannen ein, und es kam zu kleineren Auseinandersetzungen, bei denen die Bullen zurückgeschlagen wurden. Nach weiteren zehn Minuten kamen zwei Hundertschaften Verstärkung. Um die fernzuhalten wurden dort, also etwa vierhundert Meter vom Fest entfernt, Barrikaden gebaut. Die meisten haben sich dann wieder aufs Fest zurückgezogen und nach unseren Erfahrungen wäre es normal gewesen, daß dann Schluß ist: Es gab jetzt keine erkennbaren Strukturen und keine Auseinandersetzungen mehr. In der Situation sind die Bullen dann aber vorgerückt und haben dann Tränengasgranaten in das Fest geschossen, die ersten trafen den Kinderspielplatz. Daraus entwickelten sich dann die in den Medien breit ausgewalzten, harten Konfrontationen. Das unterscheidet sich von dem Szenario 1987, wo Bullen, nachdem sie sich vor dem leergeräumten Getränke-Hoffmann in Schlachtordnung postiert hatten, aus dem Fest heraus angegriffen worden sind.

KONKRET: Ihr meint also, daß an diesem l.Mai die Eskalation von der Westberliner Polizei ausging. Wie erklärt ihr euch dann aber, daß auch viele KreuzbergerInnen, die 1987 angesichts der Randale zumindest klammheimliche Freude empfanden, 1989 euch die Verantwortung für die gewaltsame Beendigung des Festes zuschieben und sich teilweise sogar mit der Polizei solidarisieren?

Fritz: Da spielt sicher eine wichtige Rolle, daß viele den rot-grünen Senat anders als die Regierung bei den vorigen Mai-Aktionen als Hoffnungsträger sehen.

Regina: Diesmal waren wir sowohl auf der Demo, als auch beim Fest sehr viel offensiver. Wir haben den Raum genutzt, die täglichen Herrschaftsstrukturen anzugreifen, und das hat sicher auch erstmal einen Schock ausgelöst.

Carlo: Ich denke, es hat mehrere Gründe. Daß der Senat Hoffnungsträger ist, ist ein ganz wichtiger. Kreuzberg ist von einer Alternativstruktur geprägt, die hier von einer alternativen akademischen Mittelschicht aufgebaut worden ist. Und diese Mittelschicht, deren Partei größtenteils die AL ist, identifiziert ihre Interessen mittlerweile anders als zu Zeiten der CDU-Regierung mit denen des Senats. Sie sehen die Leute, die so aggressiv wie dieses Jahr die Polizei bekämpft haben, also nicht mehr als ihre Leute an. Das hat seinen Grund auch darin, daß der Widerstand dieses »historische Projekt« Rot-Grün insgesamt angreift, weil es nur eine reformistische Perspektive hat. Der Konflikt ist also grundsätzlicher. Das reformistische Projekt versucht den Widerstand auf allen Ebenen zu zerstören und zielt darauf, unsere Basis-Organisierung zu verhindern. Die Ereignisse am 1. Mai bieten da nur den Anlaß.

Diese grundsätzliche Orientierung von SPD und AL wird in den diversen Appellen und Flugblättern, die jetzt von mit ihnen sympathisierenden Gruppen oder Organisationen, wie z.B. den in der AL organisierten »Grünen Panthern« oder dem SPD-nahen Verein SO 36, herausgegeben werden, auch ganz deutlich. Da wird versucht, die Strategie der Kiezberuhigung jetzt mit einer staatsangebundenen AL im Rücken und einer scheinbar einstimmigen öffentlichen Meinung an der Seite einen

entscheidenden Schritt voranzubringen. Die Massivität und Einhelligkeit, mit der in dieser Richtung agiert wird, hat sogar dazu geführt, daß ein Teil der Leute, die am 1. Mai selbst aktiv dabei waren, hochgradig verunsichert ist. Wir sehen uns da mit einer neuen Situation konfrontiert, weil plötzlich nach so einem Straßenkampf nicht mehr Sympathie für uns überwiegt. Eine Aktion, die bisherigen Aktionen entspricht, stößt plötzlich auf ganz andere, auf Militanz ablehnende Reaktionen. Insofern erfüllt die frisch an die Regierung gekommene SPD ihre alte historische Aufgabe: Das, was sich in der Stadt an linksradikaler Opposition entwickelt und zunehmend organisiert hat, was, wie sich bei den Anti-IWF-Aktionen angedeutet hat, Wirkung und Sympathie weit über das eigene Spektrum hinaus erzielen konnte, soll als »Umfeld« von »Gewalttätern« ausgetrocknet werden.

KONKRET: Aber gerade wenn ihr die Reaktionen auf die Ereignisse am 1. Mai als Ausdruck eines Grundwiderspruchs zwischen etablierter alternativer Mittelschicht, die durch die AL mittlerweile an der Herrschaft beteiligt wird und davon profitieren kann, und staatsfeindlicher Linker seht und nicht nur als Folge der tatsächlichen Ereignisse, hättet ihr doch auf so eine Zuspitzung der Auseinandersetzung vorbereitet sein und das in die Planung eurer I .Mai-Aktionen einbeziehen müssen.

Regina: Für uns kann es aber nicht nur darum gehen, eine falsche Politik zu kritisieren, sondern wir wollen eine revolutionäre Politik praktisch durchsetzen. Und das haben wir versucht, in der Demonstration auszudrücken.

Carlo: Das ist sicher im Prinzip richtig. Wir müssen aber sehen, daß diese Strategiedebatte über die Bedingungen radikalen Widerstands angesichts eines sozialdemokratisch-alternativ geführten Senats noch ganz am Anfang steht. Zum anderen war es von uns auch nicht geplant oder gar organisiert, daß es zu so vehementen Auseinandersetzungen am 1. Mai kommen würde. Geplant waren Hausbesetzungen, die auch verteidigt werden sollten. Damit wollten wir uns das Recht nehmen, Raum für selbstbestimmte Strukturen im Kiez zu schaffen und Wohnraum zu sichern. Die Ereignisse, über die jetzt überall diskutiert wird, haben sich aber aus einer Eigendynamik heraus entwickelt. Sicher waren Teile des Widerstands aktiv, und aufgrund unserer deutlich verbesserten organisatorischen Strukturen waren die Bedingungen, unter denen sich die Auseinandersetzungen entwickelt haben, natürlich besser als vor Jahren. Aber es war nicht die von langer Hand geplante Straßenschlacht gegen den rot-grünen Senat.

Fritz: So ein riot, der sich in erster Linie gegen die Bullen gerichtet hat, läßt sich überhaupt nicht organisieren. Wir, also die Autonomen und Antiimperialisten, die sich als Widerstand begreifen, haben in der Auseinandersetzung sicher eine Rolle gespielt, aber wir haben nicht Monate vorher Organisationsstrukturen geschaffen, um am l.Mai die Bullen aus Kreuzberg rauszuhauen. An den Auseinandersetzungen waren schließlich auch ganz viele junge Leute, türkische Kids und Leute so aus dem Kiez beteiligt. Da hat eine neue Generation auf der Straße agiert, die ihre eigene Sprache der Revolte findet – und die artikulieren sich eben anders, als sich manche autonome Politstrategen das wünschen. Daß es so militant abgelaufen ist, hängt vor allem wohl damit zusammen, daß auf einmal erkannt worden ist, was für eine Stärke wir haben und das dadurch ganz aktuell die Chance bestand, daß, was uns sonst kaputt macht, zu bekämpfen.

KONKRET: Aber stark wart ihr doch nur in der kurzen Phase der überraschenden militanten Auseinandersetzung. Politisch habt ihr euch als schwach erwiesen, weil die Interpretation der Ereignisse und damit die Möglichkeit, sie im Rahmen einer strategischen Auseinandersetzung zu verwerten, in der Hand des Senats liegt. Ihr konntet also bestimmen, was auf der Straße passiert, aber nicht, wie das in die Köpfe der Leute transportiert wird.

Regina: Das sehe ich anders. Also erstmal sind wir mit einem gigantischen und sehr schnell arbeitenden Staats- und Medienapparat konfrontiert, der massiv gegen uns hetzt. Jetzt, wo von uns Stellungnahmen kommen, beginnt diese Kampagne schon zu zerbröckeln. Das ist auch klar, weil ja viele Leute im Kiez sehen, daß es so, wie es berichtet wird, nicht stimmt. Die haben auch nicht vergessen, daß am 20. April Ansätze zur Selbstorganisierung von Antifas durch die Bullen angegriffen wurden, sie haben im Kopf, wie der neue Senat mit den Hausbesetzungen umgegangen ist. Deswegen können wir ihnen auch vermitteln, daß sich unter dem neuen Senat so wenig ändern wird, wie unter dem alten. Das Ziel des neuen Senats ist es genauso, Widerstand zu zerschlagen, wenngleich er das nicht in erster Linie durch den Einsatz von Polizeiknüppeln versucht, sondern stattdessen Integrationsstrategien entwickelt.

Fritz: Viele Leute aus der alternativen Mittelschicht, die zu Zeiten der Häuserkämpfe vor acht Jahren selber noch dabei waren, haben mittlerweile was zu verlieren. Die gucken aus den Fenstern ihrer ausgebauten Fabriketagen, sehen entsetzt die Gewalt auf der Straße und brüllen: Nein, dieses Auto nicht anzünden, das ist doch meins.

KONKRET: Das würde ich aber auch tun...

Fritz: Naja gut, um mein Auto würde ich auch kämpfen. Aber die Situation einer türkischen Familie, die mit sechs Leuten in drei Zimmern wohnt, kaum Geld und schon gar keine Perspektiven hat, ist eine grundsätzlich andere – und es waren eben auch viele Kids aus diesen Verhältnissen, die am 1. Mai gekämpft haben.

Regina: In der Kampagne nach dem 1. Mai ist ein wichtiger Punkt auch dieser Klassenhaß von oben, der vor allem von ehemaligen Linken gegen uns gewendet wird. Das hat sich zum ersten Mal ganz deutlich ja während der Kübel-Aktion vor zwei Jahren gegen den neuen Mittelstand gezeigt.

KONKRET: Eure Beschreibung des »linken Spießertums«, wie es in einem der Nach-Mai-Flugblätter heißt, halte ich an vielen Punkten für richtig. Die Entlarvung von deren »Verrat an der Revolution« kann doch aber nicht die Antwort auf die Kritik an den 1. Mai-Aktionen sein, zumal diese Kritik ja auch von anderen Leuten geteilt wird: Carlo hat ja gesagt, daß selbst Leute, die bei den Aktionen mitgemacht haben, verunsichert sind. Ihr müßt euch doch überlegen, wie ihr eure politischen Inhalte vermitteln könnt. Und da hilft es nicht, zu beklagen, daß die Medien lügen und eine Hetzkampagne gegen Linksradikale betreiben, weil das nunmal die Bedingungen sind, die wir hier vorfinden, und die man vorher berücksichtigen kann und berücksichtigen muß.

Carlo: Das ist richtig. Ich denke, wir müssen ganz sorgfältig hinschauen. Politisch bestimmt waren, wenn auch auf unterschiedliche Weise, die Demonstration, waren die Hausbesetzungen und war das Fest. Was sich dann entwickelt hat, war nicht politisch von uns bestimmt. Aber wir distanzieren uns von diesen so nicht vorausgesehenen und geplanten Auseinandersetzungen nicht. Wir können uns nicht davon distanzieren, weil wir erstens Teil davon sind, wenn es gegen die Bullen im Kiez geht, zweitens ist so ein riot, wie er sich entwickelt hat, Ausdruck der Realität im Kiez, und es macht keinen Sinn, sich von der Realität zu distanzieren. Zudem ist das ja außer von einem Teil von uns vor allem auch von den Teilen der Klasse getragen worden, mit denen wir uns perspektivisch eine gemeinsame Organisierung wünschen...

KONKRET: ...es geht ja nicht darum, daß ihr euch von einer Realität distanziert, sondern daß ihr sie beeinflußt...

Fritz: Es hat sich im Vergleich zu 1987 schon einiges verändert: Die Auseinandersetzungen hatten ein klares Ende, was verhindert hat, daß ab einem bestimmten Zeitpunkt nachts die Bullen die Leute abgreifen konnten. Die Leute zogen sich also in ihren Gruppen fast geschlossen zurück. Es gab am zweiten Tag nicht mehr die kleinen Scharmützel, bei denen wiederum hauptsächlich wir gefährdet sind, es sind auch, entgegen dem Eindruck, der verbreitet worden ist, sehr viel weniger kleine Laden als 1987 zu Bruch gegangen. Die Auseinandersetzungen sind größtenteils auf die Polizei konzentriert geblieben. Dadurch ist verhindert worden, daß es, wie 1987, im gesamten Kiez zu Zerstörungen kommt. Und außerdem hat Alkohol eben eine viel geringere Rolle gespielt. Das war nicht zufällig so, sondern das war Ergebnis eines Lernprozesses.

Carlo: Trotzdem ist die Situation, in der wir uns jetzt befinden, extrem kompliziert. Wir sind aufgrund der Ereignisse, von denen wir uns nicht distanzieren können und wollen, einer Schlammschlacht der großen Koalition, die von den Republikanern bis zur Alternativen Liste reicht, ausgesetzt: Die wollen uns ein für allemal isolieren. Die Chance, die sich uns trotz dieser schwierigen Ausgangssituation bietet, ist, daß die Leute sehen können, wer wo mit wem steht. Das und die Konsequenzen, die daraus für die Orientierung unserer politischen Arbeit zu ziehen sind, müssen wir in der nächsten Zeit ins Zentrum unserer Überlegungen stellen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß viele Leute das, was die Medien vorgeben, überzeugend finden und sich diese Sichtweise aneignen. Das drückt auch eine Schwäche von uns aus. Wir müssen versuchen, sie zu überwinden, indem wir auf die veränderte Situation reagieren und nicht in den Fehler verfallen, einfach nur zu wiederholen, was wir schon immer gesagt haben, und die Leute, die das nicht sofort überzeugt, abzuschreiben. Das heißt konkret, daß wir eine heftige Debatte über reformistische Strategien initiieren müssen, über die Staatseinbindung von Teilen der Linken und die Erfahrungen, die wir damit schon haben: also Momper als eine Art Westentaschenausgabe der Vaterfigur der sozialliberalen Koalition 1969, Willy Brandt, darstellen lernen.

Fritz: Dabei muß man auch sehen, daß die Heftigkeit der Auseinandersetzung, und die hat wesentlich dazu beigetragen, daß viele Leute verschreckt worden sind, eine neue Qualität hat, sowas haben die Leute hier einfach auch noch nicht erlebt. Daher kommen dann so Reaktionen, wie: Da haben mir zum ersten Mal auch die Bullen leid getan. Mich erinnern die Auseinandersetzungen hier insofern an die Sachen, die in England, in Brixton und in Toxteth 1981 und 1987 abgelaufen sind. Und da kann man nicht sagen: Ja, ich bin für Revolte, aber bitte nicht so heftig und nicht vor meiner Haustür.

KONKRET Und die Unbestimmtheit vieler Aktionen, die sich gegen Einzelhandelsgeschäfte, gegen die Wagen von Taxiunternehmen oder kleine türkische Läden gerichtet haben?

Carlo: Da muß ich dir widersprechen. Die Verwendung von Autos zum Barrikadenbau war z.B. keineswegs unbestimmt: Es gab einfach keine Bauwagen, und wenn die Bullen hier mit einer für den Bürgerkrieg gerüsteten Truppe, mit Panzerwagen und Wasserwerfern auffahren, dann kannst du dich nicht einfach mit dem Pflasterstein in der Hand auf die freie Strasse stellen. Diese Hochrüstung des Bullenapparats wird jetzt zwar überall zugunsten der angeblichen Deeskalationsstrategie ignoriert, aber als wir gehandelt haben, war sie eindeutige und nicht zu übersehende Realität. Es sind vier Läden, bei denen es »unsinnig« scheint, also kleine Geschäfte, kaputtgemacht worden. »Scheint« sage ich deswegen, weil möglicherweise die Kids, die die angegriffen haben, durchaus einen Grund hatten z.B. den Tabakladen zu attackieren – wir wissen ja nicht, was die mit dem Besitzer dort für Erfahrungen haben, ob der sie vielleicht mal rausgeschmissen hat oder was.

Fritz Insgesamt ist natürlich bei 2000 Leuten, die militant agieren, klar, daß es nicht widerspruchsfrei über die Bühne geht. Es gibt immer wieder Leute, die ungeschickt agieren. Daß Aktionen, die sich auf einer Tankstelle abspielen, wo die Möglichkeit besteht, daß Feuer übergreift und gefährliche Situationen entstehen können, unterbunden werden müssen, war klar, und dafür ist auch von anderen Militanten gesorgt worden.

KONKRET: Nur daß solche Racheaktionen und Abrechnungen politisch kaum zu vermitteln sind. Mich interessiert, wie ihr auf Dauer damit umgehen wollt, daß euch politisch aufs Konto gebucht wird, und zwar negativ, was ihr tatsächlich gar nicht alleine bestimmen könnt.

Regina: Ich würde sagen, daß der l.Mai nicht zu Lasten unserer Ansätze gegangen ist. Der l.Mai hat die Verhältnisse hier polarisiert und die alternative Politik ganz anders in Frage gestellt, als das, was vorher an Aktionen gelaufen ist. Das ist bei den Leuten wirklich anders angekommen, als die Medien das verbreiten. Immer mehr verstehen, daß die Reformpolitik keine gesellschaftliche Perspektive hat, und wir müssen jetzt vor allem dafür sorgen, daß die Selbstorganisierung weiter in Gang kommt...

KONKRET: Das ist doch ein seit Jahren in Diskussionen im linksradikalen Spektrum zu hörender Allgemeinplatz. Aber trotz der angeblich erkannten Sackgasse, in die die Reformpolitik führt, setzen die Leute darauf, und im Zusammenhang mit dem 1. Mai 1989 wahrscheinlich noch mehr als vor zwei Jahren. Wie wollt ihr euch angesichts der jetzt drohenden gesellschaftlichen Isolierung politisch verhalten?

Carlo: Die Antifa-Arbeit ist, glaube ich, ein ganz gutes Beispiel für diese Selbstorganisierung, wie wir sie anstreben und wie sie sich gerade jetzt weiterentwickeln muß. Da haben sich Gruppen an den Schulen gebildet, da sind Bündnisse geschlossen worden, es gibt Ansätze, Anlaufpunkte im Kiez zu schaffen, wo sich Jugendliche überhaupt organisieren können. Das war ein Grund dafür, am l.Mai das BEWAG-Gebäude zu besetzen, damit eine Kultur von unten und eine Selbstorganisierung laufen können.

KONKRET: Aber gerade das Beispiel Hausbesetzung zeigt doch auch, daß entscheidend für euren Erfolg das gesellschaftliche Klima ist, in dem ihr operiert. Ihr könnt ein Haus zwar militant besetzen, mit Militanz alleine halten könnt ihr es nicht, da braucht ihr immer die Unterstützung von Gruppen, die ganz andere Positionen vertreten als ihr. Dieses gesellschaftliche Klima ist aber durch den I .Mai schlechter für euch geworden.

Fritz: Unterstützung und Bündnisse wollen wir aber nicht mit irgendwelchen letztlich staatstragenden Organisationen, sondern mit Leuten, also von unten. Die anderen Zweckbündnisse bringen uns letzten Endes gar nichts.

Carlo: Die Bündnisse kommen immer zustande, wenn wir auf der Straße eine gesellschaftliche Kraft darstellen. Darauf zielt auch unsere Politik, und nicht darauf, in erster Linie bündnisfähig zu werden. Wir müssen eine selbstorganisierte, auch, aber nicht nur, zur Militanz fähige Kraft werden. Und das passiert im Stadtteil auf den Straßen, in der Zusammenarbeit mit Jugendgangs, die antifaschistisch arbeiten, ohne daß irgendwelche Linke das groß beachten. Und wenn wir so eine Kiezkraft entwickeln können, dann kann der Staat dem nichts entgegensetzen, wenn wir uns die Häuser und Jugendzentren nehmen, weil wir dann nämlich viel fester verankert sind. Und diese Verankerung gibt es, wenn auch nur ansatzweise, auch jetzt schon. Was die Medien nämlich nicht berichten, ist, daß uns Leute bei den l.Mai-Aktionen, wenn wir weg mußten, in die Häuser reingelassen haben, auf Fluchtwege hingewiesen und uns so unterstützt haben. Das müssen wir ausbauen, indem wir den Stadtteil als komplexes politisches Handlungsfeld begreifen lernen, ohne uns allerdings kreuzbergmäßig ghettoisieren zu lassen.

KONKRET: Auf der Straße erscheint die Militanz, weil sie Stimmung macht, als das wichtigste Mittel der Politik. Tatsächlich ist sie das beschränkteste, der militärischen Übermacht des Staates hoffnungslos unterlegen.

Carlo: Sie ist *ein* politisches Mittel: nicht mehr und nicht weniger. Daß die Medien sie zum einzigen Inhalt stilisieren, ist nicht unser Bier.

Regina: Die 1. Mai-Demo hat sich in ihrer Militanz gegen selbstgewählte Ziele gerichtet: Der Kampf gegen Sexshops und Spielsalons, Banken und Supermarktketten ist jetzt verankert und für viele nachvollziehbar. Der Angriff darauf ist wesentlicher Bestandteil unserer eigenen Kraft und nicht der Versuch, immer wieder eine diffuse »Breite« über Bündnisse zu schaffen – dabei verliert man sich selber und seine Ziele sehr leicht.

Fritz: Die 1. Mai-Demo war insgesamt gesehen keine militante Demo: Es gab gezielte Aktionen, aber es war auch eine ganz lebendige Demo, wo sehr unterschiedliche Leute ihren Widerstand ausgedrückt haben: in Sprechchören, mit Transparenten, Strassentheater und eben Aktionen. Widerstand ist nicht nur Steineschmeißen und Bullen bekämpfen.

konkret 06/89, S. 18

Karl Heinz Roth

Ganz von unten

Thesen zum Thema »Arbeiterklasse und Intelligenz – Kein Schnee von vorgestern«, vorgetragen auf einer Tagung der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte über Antonio Gramsci und die Aktualität der Klassenanalyse, die der italienische Kommunist in Mussolinis Knast erarbeitet hat

Vor 60 bis 70 Jahren durchlebte die Arbeiterklasse der damaligen Metropolen einen dramatischen Umbruch. Als »Amerikanismus« gefeiert, bewirkte der Übergang zur Montagekette und zur sozialwissenschaftlich abgesicherten Selektion von Hochlohn-Belegschaften das Entstehen einer neuen Generation von FabrikarbeiterInnen, der tiefe Auswirkungen auf Arbeitsleistung, Massenkonsum, Alltagskultur sowie familiäre und sogar Geschlechtsbeziehungen hatte. Forcierte Arbeitsteilung, repressives »personnel management« und eine brutale »open shop«-Politik machten damals, ausgehend von den Ford-Betrieben in Detroit, Schule. Bezeichnend für diese Ära der gewalttätigen Zurichtung ganzer Arbeitergenerationen zu Massenarbeitern ist aber auch ihre manipulative Umdeutung zu einem »Golden Age« durch die erstmals voll entwickelten Massenmedien. Was in den USA unter der Regie einiger Industriekapitäne anfing, wurde später im faschistischen Italien und in Nazideutschland zum gesamtgesellschaftlich proklamierten Leistungs- und Rationalisierungsmodell ausgeweitet.

Antonio Gramsci, der organisatorische Kopf der Turiner Rätebewegung und spätere Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens, hat diesen Umbruch seiner Epoche in seltener Klarheit auf den Begriff gebracht. Der Fordismus war für ihn ein Gesamtkonzept zur Erzeugung einer neuen Generation von Fabrikarbeitern, neu in der Technik der Arbeitsleistung, neu im Konsum der von ihnen hergestellten Produkte, neu in den Strukturen eines sozial-technisch-repressiven Angriffs auf die multinationale Vielfalt und die Militanz einer mobilen Arbeiterbewegung. Gramsci untersuchte ihn nicht von den ökonomischen Prozessen aus, sondern er wählte die inneren Beziehungen zwischen den Disziplinierungseffekten durch die Arbeit an der Montagekette und der Sozialhygiene des »personnel management« als Eckpunkte seiner Analyse von »Amerikanismus und Fordismus«. Das war ihm möglich, weil er unmittelbar an seine Erfahrungen als Organisator der Automobilarbeiter von Turin und an seinen Umgang mit Proletariern anknüpfen konnte, die in die USA ausgewandert waren. Ohne diese direkte Auseinandersetzung mit dem kollektiven Arbeiterwissen wäre es ihm nie gelungen, die wesentlichen Charakterzüge dieser Epoche in seinen Gefängnisheften herauszuarbeiten .

Als Gramsci in einem Kerker Mussolinis seine Gedanken über »Amerikanismus und Fordismus« zu Papier brachte, war der große Boom des sogenannten Golden Age gerade zu Ende. Viele Merkmale dieser Epoche stehen unserer Zeit sehr nahe, obwohl gerade die 80er Jahre in der Vulgärsoziologie von heute als historische Überwindung des fordianischen Gesellschaftsmodells gelten. Nachdem wir zwei Tage lang Gramsci als historische Figur rekonstruiert und ein Kernstück der Gesellschaftsanalyse dieses unorthodoxen Kommunisten diskutiert haben, möchte ich ergänzend zu Sergio Bologna einige Thesen zur Charakterisierung der aktuellen Umbrüche in der bundesdeutschen Gesellschaft vortragen.

1. Fordmethoden als Initialzündung zu einem intensivierten Fordismus – die BRD seit I973

In der zweiten Augusthälfte des Jahres 1973 kehrten viele türkische Arbeiter verspätet vom Jahresurlaub in die Kölner Fordwerke zurück. Die Konzernleitung antwortete mit fristlosen Massenentlassungen. Daraufhin legte die überwiegend aus Türken bestehende Belegschaft der Hauptmontagehalle die Arbeit nieder. Innerhalb weniger Tage hatten sich fast alle ausländischen und eine kleine Gruppe deutscher Arbeiter – insgesamt etwa 12.000 – ihrem Vorbild angeschlossen. Es war ein fröhlicher Streik mit betriebsinternen Umzügen und Abteilungsbesetzungen. Gefordert wurden die Wiedereinstellung der Entlassenen, eine Mark Stundenlohn mehr für alle, die Abschaffung der verhaßten Funktionsmeisterstellen, die Verlangsamung der Bandgeschwindigkeiten. Dieser Streik wurde am 30. August auf eine sehr typische Weise zerschlagen, nämlich nicht durch einen massiven Polizeieinsatz von außen, sondern durch die Mobilisierung der Betriebsleitung bis hinunter zu den Meistern, des Werkschutzes und des Betriebsrates. Da wurde ein Stück historischer Kontinuität geschaffen, das sofort erinnert an das Massaker an den Detroiter hunger marchers von 1932 und an den Überfall auf die Gründer der amerikanischen Automobilgewerkschaft 1937 bei Ford in Detroit. Mit dieser typisch fordianischen Gewaltaktion »aus eigener Kraft« wurde ein ganzer Zyklus von Arbeiterkämpfen in der BRD beendet, der 1969 mit den Septemberstreiks begonnen hatte. Diese Etappe von Arbeiterkämpfen war einmalig gewesen in der gesamten BRD-Geschichte. Sie ist heute fast völlig aus unserer Erinnerung gelöscht.

Dabei ergibt sich im Rückblick, daß die Zerschlagung dieses Streiks so folgenreich war wie die Niederlage 1980/81 bei Fiat in Turin, und daß die Erfahrung dieser Niederlage hierzulande viel nachhaltiger mit Verdrängungsprozessen und Fluchtmechanismen überlagert ist als in Italien. Indem sie einen Augenblick lang den Schleier von den nachnazistischen Normierungen des Verhältnisses von Arbeit und Kapital weggezogen hatte, hatte die neuartige proletarische Basisbewegung eine umfassende Systemkrise zum Ausbruch gebracht. Auf sie erst folgte dann die ökonomische Krise, die

bald den Legitimationsrahmen für einen umfassenden und bis heute andauernden Angriff auf alle Segmente der bundesdeutschen Arbeiterklasse geliefert hat:

a) Der demographische Angriff auf die multinational gewordene Arbeiterklasse: 1973/74 wurde in mehreren Etappen ein Einwanderungsstopp in Gang gesetzt. Er begann mit einem Vermittlungsstopp für ausländische Arbeitskräfte. Die Ausländercommunities unterliefen ihn, indem sie ihre Familien durch den Zuzug von Frauen und Kindern komplettierten. Die BRD-Behörden konterten mit vielschichtigen Zuzugsbeschränkungen, die zuletzt nicht mehr nur die Arbeiter, sondern ihre gesamten Familienstrukturen betrafen. Das waren die administrativen Grundlagen der heute fest etablierten Ausländerfeindlichkeit.

b) Der sozialpolitische Angriff: Auf die Karte der rassistischen Klassenspaltung folgte eine über das staatliche Sozialbudget organisierte Selektion der gesamten Arbeiterklasse, die genau der Ausgrenzung aller Leistungsschwachen und Unangepaßten durch die Betriebsleitungen entsprach. Die Folgen dieses seit Mitte der siebziger Jahre laufenden Angriffs auf die sogenannten Lohnnebenkosten sind heute deutlich sichtbar. Die soziale Ausgrenzung aller Unproduktiven, »Anbrüchigen« und Alten lieferte die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine existentielle Verunsicherung auf Massenbasis, die generell die Neubestimmung der Klassenbeziehungen anstrebt, zugleich aber auch die Voraussetzungen für eine nicht mehr für möglich gehaltene Ausgrenzung durch Massenverarmung geschaffen hat.

c) Der technologische Angriff: Seit 1974 erleben wir einen technologischen Angriff, der zunächst genau auf die militanten Segmente jener Arbeiterkämpfe von 1969 bis 1973 zielte, nämlich auf die Zersetzung der Endmontage. Es wurden Alternativen zur bisherigen Einzweck-Mechanisierung eingeführt. Zusätzlich wurde auch in der BRD mit der Dezentralisierung der Produktion begonnen, ganze Abteilungen wurden in sogenannte Niedriglohnländer ausgelagert. Diese technikpolitische Zersetzung eines spezifischen Segments von Massen- und Emigrationsarbeitern wurde dann in den folgenden Jahren auf die gesamten Betriebsbelegschaften ausgeweitet. Unmittelbar nach der Niederlage von 1973 begann eine Ära der Massenentlassungen, die oft über ein Drittel der bisherigen »Stammbelegschaften« betrafen. Der Rest wurde dann mit umfassenden Restrukturierungsvorhaben konfrontiert. Aus den »Stammbelegschaften« sind »flexible Mindestbelegschaften« geworden, die inzwischen mit einem auf die Hälfte reduzierten Personalbestand genauso viel produzieren wie in den Vorkrisenjahren.

d) Der arbeitsmarktpolitische Angriff: Die entlassenen Belegschaftsgruppen fanden sich nach dem Auslaufen der Sozialpläne auf den regionalen Arbeitsmärkten wieder. Diese Entwicklung, die sich zunächst auf einige besondere Krisenregionen konzentrierte, wurde seit Ende der 70er Jahre bundesweit durchgesetzt. Wir stehen seither dem einmaligen Phänomen gegenüber, daß aus einer quasi rotierenden Arbeitslosigkeit eine dauerhafte Massenarbeitslosigkeit hervorgegangen ist, während gleichzeitig aber auch das Arbeitszeitvolumen kontinuierlich zunimmt. Es ist somit überhaupt keine Arbeitslosigkeit im klassischen Sinn zu konstatieren, sondern es kam zu einer strategisch eingesetzten Zersplitterung der Arbeitsmärkte und zu dem Versuch, durch die Teilprivatisierung von Arbeitsmärkten vom gesamten Arbeitsmarkt her eine völlig neue Ausbeutungssituation durchzusetzen.

2. Die neue Zusammensetzung der Arbeiterklasse seit dem Boom der achtziger Jahre

Seit 1982/83 begann auch in der BRD ein neuer Aufschwung, der auf der fast restlosen Zerstörung der Ansätze von neuer Arbeiterbewegung basierte. Im Gegensatz zu Italien, Frankreich und England verlief dieser Reorganisationsprozeß der Ausbeutung von Arbeitskraft nicht ruckartig, sondern in einer langen und abgestuften Periodik von mehr als 15 Jahren.

Verrückterweise ist es kaum möglich, die seit Mitte der 80er Jahre voll durchgesetzte neue technische und soziale Zusammensetzung der Arbeiterklasse statistisch zu dokumentieren. Ich habe versucht, für meinen Beitrag ganz banale sozialstatistische Daten zusammenzutragen, um beispielsweise zu klären, wie groß der Anteil der »flexiblen Mindestbelegschaften« ist, jenes Überbleibsels von »zentraler Arbeiterklasse«, wie sie die operaistische Theorie nennt. Signifikante Angaben waren nicht zu finden. Das gilt noch mehr für die neue Reserveschicht von ArbeiterInnen mit befristeten Arbeitsverträgen bis zu 18 Monaten, inzwischen immerhin etwa zwei Drittel aller Neueinstellungen. Auch über den Anteil der neuen prekären Schicht von Gelegenheitsarbeitern, die aus der Rationalisierungswelle herausgefallen sind oder als Jugendliche überhaupt keinen festen Arbeitsplatz mehr finden, gibt es noch nicht einmal einigermaßen fundierte Schätzungen. Ganz zu schweigen von den sogenannten neuen Selbständigen, einschließlich ihrer Übergänge zu den niedrigentlohnten Alternativbetrieben, die erst seit neuestem massiv ins Spiel kommen, aber schon seit Beginn der 80er Jahre eine ungeheure ideologische Kontrollfunktion bei der Wiederherstellung der Arbeitsmoral ausüben. Wie groß ist schließlich der Anteil der wirklich Dauerarbeitslosen, der Illegalen, der Invaliden, der verarmten SozialrentnerInnen, die noch mit 70 Jahren arbeiten gehen, also jener neuen proletarisierten Unterschicht, der wir überhaupt nur noch dann begegnen, wenn wir uns innerhalb dieses neuen Proletariats bewegen? Niemand hat es bis heute dokumentiert. Ich kann nur auf Schätzungen zurückgreifen, die aus Materialien vor allem aus unserem regionalen Hamburger Zusammenhang zusammengestellt sind.

Bezogen auf die gesamte Arbeiterklasse gibt es heute vielleicht noch 50 Prozent von »flexibilisierten Mindestbelegschaften« im Sinn der alten zentralen Arbeiterklasse. Sie sind quasi umrahmt von einer Reserveschicht mit befristeten Arbeitsverträgen aller Übergangsformen – etwa 15 Prozent. Hinzu kommen regional mobilisierte und von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz rotierende Jobberschichten – ebenfalls etwa 15 Prozent. Der Sektor der »neuen Selbständigen« und der in Alternativbetriebe Integrierten macht etwa 5-10 Prozent aus, ist aber seit neuestem stark im Anwachsen begriffen. Die Arbeitslosen und Illegalen aller Schattierungen belaufen sich je nach Region auf 10-15 Prozent.

Ein völlig neues Universum von Arbeiterklasse ist entstanden, das in keinem Kontext zum Begriff von Arbeiterklasse der 60er und 70er Jahre mehr steht. Das neue Proletariat ist tief zersplittert. Seine Arbeitszeit ist flexibilisiert wie nie zuvor. Sein »Lohngitter« ist außerordentlich weit »gespreizt«, wie ein Arbeitgeberfunktionär kürzlich stolz verkündet hat. Genauso differenziert wie die Einkommen sind die Elemente der sozialen Grundsicherung für Krankheit, Invalidität und Alter. Es stellt sich die Frage, wo in diesem neuartigen Universum, das wirklich niemand mehr genau zu analysieren vermag und dessen technische und soziale Klassenzusammensetzung nicht mehr untersucht wird, die Gewinner und wo die Verlierer sind, von der Frage nach den neuralgischen Punkten ganz zu schweigen.

Wir sind inzwischen in einer Konstellation gelandet, wo die Strategie des »open shop« in eine Strategie des völlig entrechteten »open job« umschlägt. Der technologische Angriff, der zunächst die Massenarbeiterschichten zersetzte, ist von den Unternehmern generalisiert worden im Sinn einer allgemeinen Flexibilisierung der gesamten Produktionskette mit entsprechender Ausweitung der Transportsektoren. Er hat längst auch die höher qualifizierten Schichten der Arbeiterklasse erfaßt bis hin zu den Technikern. Aus den numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen ist das CAD/CAM-System entwickelt worden, die auf MTM-Basis entwickelten neuen Arbeitsplatzmerkmale werden inzwischen mit personenbezogenen Datenerfassungssystemen gekoppelt, die aus den flexibilisierten Kernbelegschaften atomisierte Einzelkämpfer machen. Sie fühlen sich buchstäblich eingekreist, umstellt, in den informatisierten Mensch-Maschine-Systemen wie im Käfig gefangen. So haben es mir Leute aus einer Daimler-Benz-Belegschaft wörtlich gesagt. Sie fühlen sich eingesperrt und ausgegrenzt zugleich, obwohl sie es immer auch mit anderen Segmenten des Proletariats zu tun haben, die weitaus ausgegrenzter sind als sie selbst.

Das alles sind Aspekte, die kaum mehr in einem breiteren politischen Kontext diskutiert werden. Das Wort haben jetzt empirische Sozialwissenschaftler und unternehmensbezahlte Publizisten, die in prinzipieller Fremdheit den Arbeitersubjekten gegenüber ihre Analysen verfertigen und entweder vom »Verschwinden« der Arbeiterklasse räsonieren oder aber die frohe Kunde verbreiten, daß eine höherqualifizierte Schicht von Rationalisierungsgewinnern im Entstehen sei. Die Arbeiterklasse ficht derlei wohl kaum an. Aber wir, die überwiegend aus den Sphären der educated society herkommenden Linken, haben einen hohen Preis zu zahlen, wenn wir uns mit diesen und anderen »postfordianischen« Theorien die ohnehin schon vollzogene Abkehr vom Klassenstandpunkt auch noch durch ein wohlfeiles soziologisches Herrschaftswissen garnieren lassen.

3. Das Ende der integrierten Arbeiterbewegung – und keine Alternative bisher

Diese Abkehr wird natürlich auch dadurch erleichtert, daß wir es in der BRD mit einer besonders häßlichen und integrierten Arbeiterbewegung zu tun haben, die ja auch 1973/74 nicht unerheblich zur Niederschlagung einer ihr unbequem gewordenen multinationalen Basisbewegung in den Betrieben beigetragen hat. Wer soll sich dann darüber aufregen, daß die Arbeitgeber inzwischen auch unverhohlen die Axt an die Gewerkschaften legen? Aber allein schon deshalb, weil eine neue, der gewandelten Klassenzusammensetzung Rechnung tragende Arbeiterbewegung nicht in Sicht ist, sollten wir uns mit den Phänomenen auseinandersetzen, die gegenwärtig die bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung an den Rand des Ruins treiben. In diesem Zusammenhang möchte ich nur einige besonders markante Aspekte hervorheben:

a) Entmachtung des Gewerkschaftskolosses: Seit Anfang der achtziger Jahre haben die Unternehmer ihre bisherigen Partner im sozialen Befriedungs- und Produktionspakt als ausgesprochenen Hemmklotz für ihre weitergehenden Deregulierungsziele ausgemacht. Einige Industriegewerkschaften, z.B. die IG Textil, wurden im Verlauf der Rationalisierungs- und Verlagerungsmaßnahmen stehend K.O. geschlagen. Andere, so die IG Chemie, wurden in einem schleichenden Transformationsprozeß in ein korporatistisches Anhängsel der I.G. Farben-Nachfolger umgewandelt. Dem DGB, der Gewerkschaftsholding, wurde über den Umweg Gewerkschaftsunternehmen (Fall Neue Heimat) das Fürchten beigebracht. Der letztere Fall ist eine Ironie der Geschichte von besonderer Art: Von Unternehmerseite wurde ein Schlußstrich unter das traurige Kapitel historischer Kontinuität gesetzt, das darin besteht, daß die Neue Heimat 1940 als Beitrag der Deutschen Arbeitsfront zu den nazistischen Europaplänen von 1940 zusammenfusioniert worden war. Im Gegensatz zu anno dazumals möchte das bundesdeutsche Kapital diesmal im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt von 1992 wirklich freie Hand haben...

Es stellt sich die Frage, was mit den vielen 68er Linken geschehen ist, die sich seinerzeit in die bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung integriert haben. Warum haben sie nicht versucht, die Gewerkschaftsbewegung von innen heraus

von ihren Kontinuitäten abzukoppeln und zu erneuern? Nun haben die Unternehmer, wenn auch in entgegengesetzter Absicht, diese Kontinuität zerschlagen.

b) Zerstörung der bundesweiten Tarifsysteme: Inzwischen ist es offenkundig geworden, daß die Unternehmerverbände die überregionale Regelung von Löhnen, Arbeitszeiten und allgemeinen Arbeitsbedingungen zugunsten betriebsnaher Arbeitsverträge angreifen. Wo immer sie können, züchten sie konzernloyale Gesamtbetriebsräte heran, um die Lohnquote weiter zu drücken, die Arbeitszeiten auf Mehrschichten- und Wochenendarbeit hin zu verlängern und überhaupt die Arbeitsbedingungen den erweiterten technologischen Ausbeutungsbedingungen anzupassen. Bisher leisten die IG Druck und Papier und die IG Metall noch hinhaltenden Widerstand. Aber damit könnte es schon im kommenden Jahr vorbei sein, wenn die Arbeitgeberverbände in der Metalltarifrunde 1990 angreifen. Wenn sie mit ihrem Konzept der Massenaussperrungen Erfolg haben, würde ihnen ein Durchbruch gelingen, der an die Folgen des Ruhreisenstreiks vom November 1928 heranreicht. Eine solche Entwicklung würde einen Schlußstrich unter die bisherige arbeits- und sozialpolitische Deregulierungspolitik setzen und zu einer Ära unbeschränkter Klassenherrschaft überleiten.

c) Das Scheitern der Organisationsversuche der neuen Linken: Was hat das alles noch mit der Neuen Linken der BRD zu tun? Die Zeit, wo diverse neoleninistische Gruppierungen mit freilich historisch obsoleten Konzepten den Gang in die Arbeiterklasse antraten, ist lange vorbei. Sie hatten nie einen historisch reflektierten Kontext zur realen Arbeiterklasse gefunden, die Wechselbeziehung von Klassenzusammensetzung und langfristiger organisatorischer Perspektive war nie wirklich Thema. Statt einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit dem viel zu kurz greifenden Fabrik-Entrismus entfernten sie sich so rasch wieder, wie sie gekommen waren, und überhöhten die ungelösten Probleme einer selbst auferlegten sektiererischen Rigidität mit Gattungsfragen. Die Abkehr vom Klassenstandpunkt schrieben sie selbst dann noch fest, als sie selbst immer stärker in den Strudel der neuen Proletarisierung hineingerieten. Dieser unverhofft aufgezwungene Bezug zu den Rändern der neu konstituierten Arbeiterklasse verhalf zu keiner Neuorientierung, sondern zur Formulierung korporatistischer Eigeninteressen, die sich dann in Konzepten der Alternativökonomie niedergeschlagen haben.

Allerdings müssen wir auch selbstkritisch an die eigene Brust klopfen und fragen, was aus dem undogmatisch-linksradikalen Spektrum dieser Jahre geworden ist. Hat es genügt, daß wir den Weg zur alternativ-staatsloyalen neuliberalen Mittelschicht abgelehnt haben? Auch wir haben den Blick auf die Gesamtperspektive von Klassenentwicklung verloren und zu einer gefährlichen Selbstgettoisierung der autonomen Szene der Jobber- und Arbeitslosen-Subkulturen beigetragen. Allerdings haben einige Jobberzusammenhänge versucht, ihre eigene Lage zu analysieren und im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Klassenumschichtung zu handeln. Aber auch ihr Blick blieb zu eng auf historische Vorbilder fixiert. Es ist einfach unmöglich, beispielsweise das Modell der US-amerikanischen Industrial Workers of the World aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg exklusiv auf das Jobber-Segment des heutigen proletarischen Konstituierungsprozesses zu übertragen.

4. Abkehr der linken Intelligenz vom neuen Proletariat?

Eine neu konstituierte Arbeiterklasse, die, abgesehen von einigen linksgewerkschaftlichen Restkadern, schweigt, sich dumpf unterwirft und keinerlei organisatorische Bezugspunkte mehr aufweist, ist alles andere als attraktiv. Das Schweigen, nur hin und wieder von kaum wahrnehmbaren Akten des Aufbegehrens unterbrochen, wird deshalb leicht als Konsens mit den reorganisierten Verwertungsstrategien der Kapitalfunktionäre mißdeutet. Nur wer sich die Schleichwege noch offenhält, bleibt davor bewahrt, zu resignieren oder den sozialistischen Umschwung abstrakten antiimperialistischen Theorien gutzuschreiben.

Fluchtwege gibt es auf jeden Fall genug. Nur dürften sie nichts mit dem real existierenden und vor unser aller Augen extrem polarisierten Klassenverhältnis zu tun haben. Stattdessen breitet sich eine neue rosa-grüne Mittelstandskultur aus, die zwar nichts mehr zur Rekonstruktion der sozialen, politischen und kulturellen Hegemonie der Klasse beiträgt, dafür aber umso gewaltigere Innovationspotentiale für den Kapitalismus der neunziger Jahre bereithält. Wer sozialwissenschaftlich etwas auf sich hält, wird auch noch allerlei zur neuen postfordianischen Regulationstheorie zu sagen haben. Er kann dann einem Gleichgewichtsmodell frönen, das den »sozialen Konflikt« explizit als Impulsgeber für kapitalistische Innovationsprozesse ausweist. Trotzdem kann er dem Modell der Abschottung von allen Widerwärtigkeiten der Klassenrealität ohne Wenn und Aber zustimmen, weil es als statisches Gleichgewichtsmodell keinerlei Handlungsebenen mehr ausweist. Sogar die publizistischen Nachfolger des Zeitschriftenprojekts »Autonomie« haben sich kürzlich dazu bekannt, daß der Marxsche klassentheoretische Ansatz inzwischen obsolet geworden sei. Und auch die letzte noch intakte Domäne von Klassenorientierung, die Arbeitergeschichtsschreibung, scheint in eine Handvoll nostalgischer Forschungsreservate verbannt worden zu sein.

Antonio Gramsci hat allen Grund gehabt, der Frage nachzugehen, warum sich die Intelligenzschicht seiner Generation unmittelbar nach der Niederlage der revolutionären Arbeiterbewegung in Scharen ab- und bald darauf dem faschistischen Hegemoniemodell zuwandte. Auch auf diesem Gebiet hat er seinen Gefängnisheften erstaunliche Einsichten anvertraut.

Die Geschichte der deutschen Intelligenz hat, abgesehen von einigen kulturpolitischen Einsprengseln der Weimarer Zeit, bis 1968 solche linksintellektuellen Anwandlungen nicht gekannt. Die »soziale Frage« war für die deutsche Intelligenz bis dahin ein Thema, das sie so gut wie ausschließlich im Sinn der Zähmung und der Zerstörung von Arbeiterkultur und proletarischer Identität abhandelte. Nach einem sehr lieblosen und oberflächlichen Flirt hat sich die educated society der 70er Jahre wieder ihren Eigeninteressen zugewandt. Und die scheinen, so lehrt uns jedenfalls die historische Kontinuität, bei den herrschenden Klassen allemal besser aufgehoben zu sein.

5. Prognosen für die neunziger Jahre

Ist, alles in allem, die Frage nach dem Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz tatsächlich Schnee von vorgestern? Ich glaube es nicht, denn ich gehe davon aus, daß es sehr bald einen neuen Zyklus von proletarischen Kämpfen geben wird. Sie werden aus einer gesellschaftlichen Entwicklung hervorgehen, die von weiteren Umschichtungen in den Arbeitsverhältnissen geprägt ist. Nach einem mehrjährigen wirtschaftlichen Aufschwung hat sich die Massenarbeitslosigkeit nicht verringert, sondern vertieft. Neue Jobber-Arbeitsmärkte sind entstanden, für viele Lohnabhängige ist das Provisorium Gelegenheitsarbeit zum Dauerzustand geworden. Der Kern der Arbeiterklasse wird verstärkt durch neue Technologien, Rationalisierungsschübe und gewaltige Umstrukturierungen bis hin zum Transportsektor umgestülpt und in den Strudel eines Deregulierungsprozesses hineingerissen, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Die »Deregulierung« ehemals stabiler Arbeits- und Einkommensverhältnisse ist die Kehrseite eines neuartigen Proletarisierungsschubs, der die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in ihren Grundfesten erschüttert, aber auch die Parkplatz-Arbeitsmärkte der Fach- und Hochschulen zunehmend unter Druck setzt. So wird auch die technische und sozialwissenschaftliche Intelligenz betroffen: Die reelle Subsumtion technischer Fähigkeiten unter das informatisierte Kapital wird weiter fortschreiten, während sich die großen Konzernkonglomerate die sozialwissenschaftlichen Kompetenzen zunehmend direkt aneignen. Die Polarisierung innerhalb der Intelligenz wird sich verschärfen und gerade in den Zeiten der fortschreitenden Integration ihrer rosa-grünen Meinungsträger das Bündnisproblem mit der Arbeiterklasse neu auf die Tagesordnung setzen.

Wenn diese Annahmen zutreffen, dann werden sich auch neue Widerstandsformen herausbilden. Sollte die IG Metall im kommenden Jahr ihren Tarifkampf für die 35-Stunden-Woche verlieren, dann werden sich genauso wie im Transport- und Medienbereich an den neuralgischen Punkten der flexibilisierten Produktion neue Formen von autonomer basisgewerkschaftlicher Militanz herausbilden. Das wiederum könnte der Anfang zu einem neuen Bündnis zwischen flexibilisierten Mindestbelegschaften und Technikern sein, das möglicherweise eine interessante öko-operaistische Variante der Bemühungen um die sogenannte Produktionskonversion hervorbringt. Unabhängig davon werden in einigen Sektoren neuartige Formen des Jobber-Kampfs entstehen, die sich mit den ohnehin schon vorhandenen sozialen Aneignungskämpfen des neuen Subproletariats um Miete, Wohnen und das nackte Existenzrecht verbinden.

Es wird also, wenn nicht alles täuscht, in den kommenden Jahren recht lebendig zugehen, jedenfalls lautstärker und lebhafter als in den letzten zwei bis drei Jahren. Dennoch besteht zu Optimismus kein Anlaß. Und das aus zwei Gründen:

Erstens: In den kommenden Jahren wird sich der Deregulierungsangriff des europäischen Kapitals auf die BRD konzentrieren. Im Gegensatz zu England, Frankreich und Italien haben die sozialen Basisbewegungen und die Reste der institutionalisierten Arbeiterbewegung noch keine endgültige Niederlage erlitten. Wie in den zwanziger Jahren haben die herrschenden Klassen der BRD einen »Nachholbedarf«, um nicht zuletzt auch im Hinblick auf den kommenden EG-Binnenmarkt nachzuziehen.

Zweitens: Eine Homogenisierungsperspektive der prognostizierten verschärften Klassenauseinandersetzungen ist keineswegs in Sicht. Die Konstellationen innerhalb des neuen proletarischen Universums sind ungeheuer zerklüftet. Sie werden sich in bezug auf die jeweiligen Kampfformen weiterhin fundamental voneinander unterscheiden: hier letzte gewerkschaftliche Nachhutgefechte, dort neue öko-operaistische Rätemodelle für eine selbstverwaltete Produktion, Jobberaktionen gegen Zeitleihfirmen und verleger-kapitalistische Subunternehmen neben Häuserkämpfen und Getto-Aufständen. Die Vermittlung hin auf ein gemeinsames Ziel, und sei es auch nur eine gemeinsame Zwischenetappe, wird wohl kaum zu leisten sein.

Und dennoch sehe ich genau hier eine Aufgabe für revolutionär gebliebene oder werdende Intellektuelle. Sie sollten sich darum bemühen, das weitgehend ausgelöschte Klassengedächtnis zu reaktivieren und die trotz der Geschichtswerkstätten grassierende regionale Geschichtslosigkeit überwinden zu helfen. Sie sollten ihre ganze Phantasie darauf verwenden, direkte Beziehungen zu allen Segmenten des neu entstandenen Proletariats herzustellen. Sie sollten neu lernen, sich innerhalb dieses zerklüfteten Universums zu bewegen, in den besetzten Häusern, den Arbeitslosen- und Jobberinitiativen und in den linksgewerkschaftlichen Zirkeln der flexibilisierten Kernbelegschaften präsent zu sein. Sie sollten sich überall aufhalten und zu einer informellen Vernetzung all dieser himmelweit voneinander entfernten Lebens- und Kampfformen beitragen. Nur so können die elementaren Voraussetzungen geschaffen werden, um wieder reale und praxisbezogene Klassenanalyse zu betreiben und von da aus zu einer homogenisierenden Perspektive beizutragen.

Wenn sie dazu bereit sind, warten auf sie bald Aufgaben, die ihr gesamtes technisches und sozialwissenschaftliches Können herausfordern. Auf sie warten Untersuchungen über die Struktur der regionalen Jobbermärkte, der Zeitleihfirmen, des Zusammenspiels von behördlicher und privater Arbeitsmarktplanung, der internationalen Struktur der Großkonzerne, der zerstörerischen Auswirkungen neuer Technologien, der Boden- und Wohnraumspekulation, der neuen Behandlungstechniken in den Knästen, der statistischen Manipulation sozialpolitischer Daten – alles unabdingbar für eine Widerstandsperspektive, die von ganz unten ausgeht und zur Reorganisation einer Arbeiterbewegung »from the bottom up« beiträgt. Vielleicht gelingt es dann doch noch, den Siegeszug einer fordistisch intensivierten Strategie der Klassenherrschaft aufzuhalten.

konkret 06/89, S. 22

Theresia Degener

Herr/Frau Foetus?

Wider die Personalisierung der Embryonen – eine Replik auf das Streitgespräch »Krüppelschläge: Wie weit reicht das Selbstbestimmungsrecht der Frau« in KONKRET 4/89

Franz Christoph: »Frauen exekutieren abgestufte Lebenswertigkeiten«
Susanne von Paczensky: »Angst vor behinderten Kindern ist eine Urangst«

Einem behinderten Mann, der vor Jahren einmal die These aufgestellt hat, wenn ein behinderter Mann eine nichtbehinderte Frau vergewaltige, könne das auch als Befreiungsakt gesehen werden, steht es nicht gut an, heute zu bezweifeln, daß die Behindertenbewegung überhaupt noch mit der Frauenbewegung zusammenarbeiten kann, weil »Frauen abgestufte Lebenswertigkeiten an Föten exekutieren«. Franz Christoph scheint mit der Frauenbewegung, so oder so, seine Schwierigkeiten zu haben.

Die Diskussion um die eugenische Indikation des Paragraphen 218, die durch die Ausbreitung humangenetischer Beratung und pränatale Diagnostik eine ungeheure Aufwertung erhalten hat, ist allerdings notwendig. Innerhalb des Teils der Frauenbewegung, der sich mit Gen- und Reproduktionstechnologie beschäftigt, hat es dazu bereits erste weiterführende Ansätze gegeben. Nichtbehinderte und behinderte Feministinnen haben sich an diesem Thema auf etlichen Veranstaltungen die Köpfe heiß geredet. Es wurde und wird scharf und kontrovers diskutiert. Der qualitativ neue Ansatzpunkt dieser Diskussionen ist, daß über den eigenen Bewegungstellerrand hinausgeschaut wird und scheinbare Gegensätze als solche kritisiert werden.

Es kann in der Debatte weder darum gehen, behinderte Feten nach Lebensschützermanier »zu retten«, noch darum, Frauen, die aufgrund eugenischer Indikation abtreiben, als Faschistinnen zu brandmarken. Vielmehr ist es notwendig, eine politische Entwicklung zu stoppen, die sich gegen die Interessen von Frauen und behinderten Menschen als gleichberechtigte Bevölkerungsteile richtet. Daß sich an dieser Entwicklung auch Betroffene beteiligen, ist nichts neues in der Geschichte der sozialen Bewegungen.

Durch die Technologisierung und Medikalisierung der Schwangerschaft ist der Selbstbestimmungsbegriff ins Wanken geraten. Doch es ist nicht die Frauenbewegung, die den Umwandlungsprozeß ideologisch bestimmt. Die Entwicklung der Humangenetik und ihrer Pränataldiagnostik hat zu einer Personalisierung des Fetus geführt. Bereits in den ersten Schwangerschaftswochen wird dieser per Ultraschall sichtbar und Schnittstelle für Schnittstelle analysierbar. Humangenetiker haben etliche Bücher und Aufsätze über verdächtiges fetales Zucken und andere »Verhaltensweisen« geschrieben. Mithilfe der Gentechnologie und anderer Methoden haben sich die Möglichkeiten, fetale »Defekte« zu entdecken, sprunghaft vermehrt. Die Entwicklung »fetaler Therapien«, also der Operation des Fetus im Mutterleib, markiert den vorläufigen Endpunkt einer Medizin, die den Fetus zum Patienten macht.

Mit der Aufwertung des Fetus geht die Abwertung der schwangeren Frau zum »fetalen Umfeld« einher. Schwangerschaft wird zum medizinischen Produktionsprozeß, bei dem Frauen allenfalls die Produktionsmittel stellen, die Produktionsleitung liegt längst in den Händen der GynäkologInnen und HumangenetikerInnen. Frauen werden erst wieder zum Subjekt, wenn der Produktionsprozeß »schief läuft«, das zu gebärende Kind möglicherweise behindert zur Welt käme, wenn es also um den Schwangerschaftsabbruch geht. In ihre »Verantwortung« wird diese Entscheidung gestellt. Frau soll selbst bestimmen, ob sie austrägt, was »ihr das Gesetz nicht zumuten will«, wie es der BGH in einer Entscheidung aus dem Jahre 1984 formulierte.

Diese Art von Selbstbestimmung liegt absolut auf der Linie der Neo-Eugenik. Die Ideologie operiert nicht mehr mit Begriffen wie »Volksgesundheit« oder »Volksschädigung«. In den Vordergrund wird das selbstverantwortliche Individuum mit eigenen wirtschaftlichen und sozialen Interessen gerückt. Die Neo-Eugeniker ziehen sich auf das Vorfeld dieser Entscheidung zurück. Sie bieten scheinbar neutrale Informationen an, die Frauen Entscheidungshilfen in der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechtes geben sollen – nicht ohne vorher zur Trennung von Fetus und Frau als zwei Rechtssubjekten, mit jeweils eigenen widerstreitenden Interessen beigetragen zu haben.

Die »stürmische« Nachfrage von Frauen nach pränataler Diagnose, auf die sich Humangenetiker so gerne berufen, ist heute Realität. Sie wurde aber erst durch das stürmische Angebot humangenetischer Beratung und Diagnose geschaffen. Sie wurde durch die zunehmende Verschlechterung öffentlicher Leistungen für behinderte Menschen und deren Familien vorangetrieben. Behinderung ist heute nicht nur teuer, sondern auch ganz offiziell zur »Zumutung« gemacht worden. Das wurde durch die BGH-Urteile bestätigt, mit denen ÄrztInnen zum Schadensersatz in Höhe des Unterhalts für das behinderte Kind verurteilt wurden, dessen Abtreibung sie durch zu lasche pränatale Beratung vermasselt haben: »Der Beklagte (der Arzt) (hat) durch seine Nachlässigkeit der Mutter etwas aufgezwungen, was ihr das Gesetz nicht zumuten wollte und was sie deshalb zu vermeiden berechtigt gewesen wäre.« Im gleichen Urteil prägte der BGH auch den Begriff

des »auflklärungsrichtigen Verhaltens« der Schwangeren, womit die »Schadensabwendung« durch Schwangerschaftsabbruch gemeint ist.

Damit ist ein richterliches Werturteil über das Leben behinderter Menschen ausgesprochen, auch wenn das von BefürworterInnen der Rechtsprechung bestritten wird. Es ist dasselbe Werturteil, das der eugenischen Indikation überhaupt zugrunde liegt und das während der gesetzgeberischen Beratung auch so formuliert wurde. Von »Kretinen« und »Monstern« war da die Rede, deren Geburt den Frauen nicht zugemutet werden sollte. Die Einführung der eugenischen Indikation allein beweist bereits, daß es beim Paragraphen 218 von Anfang an auch um eugenische, bevölkerungspolitische Interessen ging. Denn rein rechtlich gesehen ist sie überflüssig. Genau wie bei der sozialen Indikation wird auf die Zumutbarkeit für die Schwangere abgestellt, (im nazistischen Erbgesundheitsgesetz ging es dagegen um den Grad der Behinderung); die eugenische Indikation könnte also ohne weiteres als soziale Indikation behandelt werden.

Der Grund für die Einführung der eugenischen Indikation liegt in dem damaligen Stand der medizinischen Technik. Es gab noch keine Chorionzottenbiopsie, mit der bereits in der 8. Schwangerschaftswoche eine Chromosomenanalyse durchgeführt werden kann. Die Funktion der eugenischen Indikation liegt darin, für diese Fälle des Schwangerschaftsabbruchs – und nur für diese – eine entsprechend verlängerte Frist, innerhalb derer abgetrieben werden darf, zu legalisieren.

Wie wenig es dabei um das feministische Selbstbestimmungsrecht geht, zeigen zwei andere rechtliche Diskussionen, die im Zuge der BGH-Rechtsprechung um Schadensersatz für die nicht verhinderte Geburt eines behinderten Kindes an Bedeutung gewinnen. Namhafte BGB-Kommentatoren diskutieren längst darüber, ob nicht auch Eltern, die bewußt ein behindertes Kind zeugen, d. h. obwohl sie wissen, daß sie einen »genetischen Defekt« haben, ihrem behinderten Kind gegenüber schadensersatzpflichtig sind. Von »rechtswidrigem Geschlechtsverkehr« und vom »werdenden Persönlichkeitsrecht« des Fetus, »normal geboren zu werden«, wird da munter diskutiert. Der BGH hat ein Recht des behinderten Kindes auf Nichtexistenz bislang abgelehnt. Diese Rechtfertigung aber, darüber besteht unter JuristInnen Konsens, kann noch nicht als »gefestigt« angesehen werden. Das Embryonen-Schutz-Gesetz, das noch zu verabschieden ist, wird diesbezüglich sicherlich Flankenschutz bieten. Nach ihm soll »rücksichtsloses« Verhalten von Schwangeren, das sich fetal schädigend auswirkt, erstmals unter Strafe gestellt werden.

Die zweite Diskussion betrifft die Frage der Mitwirkungspflicht von Schwangeren bei Pränataldiagnostik und Fetaltherapie. Auch hier erweist sich der Paragraph 218 als nützliches Instrument gesundheitspolitischer Kontrolle. Da die Voraussetzungen der eugenischen Indikation auf »ärztlicher Erkenntnis« beruhen müssen, ist z. B. Rechtsprofessor Detlev Krauß der Ansicht, daß sich eine schwangere Frau »allen diagnostischen Verfahren, die ein Arzt für sinnvoll hält«, unterziehen muß. Er vertritt die wohl gängige Rechtsmeinung: »Das Gesetz gewährt der Schwangeren Schutz vor einer unzumutbaren Beeinträchtigung ihres künftigen Lebens durch ein geschädigtes Kind – es verlangt jedoch dabei deren opferbereite Mitwirkung zur Vermeidung von Fehldiagnosen zum Schutz des Ungeborenen, von dem die Gefahr einer solchen Beeinträchtigung nicht ausgeht.«

Und es verlangt die Unterstützung der Experimente der Pränatalmediziner, müßte angefügt werden. Diese nämlich sind zur Erforschung und Weiterentwicklung auf die Mitwirkung möglichst vieler schwangerer Frauen angewiesen. Oftmals werden dabei Frauen, die sich zu einem eugenischen Abbruch entschließen, noch als Versuchskaninchen benutzt. Das wird in Standardwerken der Pränatalmedizin ganz offen zugegeben: »Während einer ersten Phase des Experimentierens wurden in 11 Fällen vor einer Abruptio (aus genetischen Gründen) mit dem Einverständnis der Patientinnen insgesamt 40 Hautproben zu Trainings- und Kontrollzwecken entnommen...« (Holzgreve, Pränatale Medizin, 1987).

Mit Hilfe des Paragraphen 218 werden Frauen also zunehmend in die eugenische Pflicht genommen. Über den psychischen und physischen Streß, dem sich schwangere Frauen damit aussetzen, über die neue »Schwangerschaft auf Probe«, ist bereits einiges veröffentlicht worden. Realität ist aber auch, daß Frauen mitmachen. Eine zunehmende Anzahl der pränatal diagnostischen Fälle beruht auf der sogenannten »Angst-Indikation«. Damit ist gemeint, daß außer der Angst vor einem behinderten Kind keine weiteren Indikationen zur Pränataldiagnostik vorliegen. Das sind die Fälle, bei denen sogar die Humangenetiker stöhnen, daß »die Frauen ihnen die Bude einrennen«. Woher diese Angst kommt, wer sie ausgelöst hat, ist eine andere Frage. Susanne v. Paczensky ist zuzustimmen, wenn sie sagt, das Schlimme sei, daß sich Frauen dem Druck der Pränataldiagnose nicht mehr entziehen können.

Grundsätzlich anderer Meinung bin ich jedoch in der Qualifizierung dieser Angst als menschliche »Urangst«, der der »Urwunsch« des Menschen nach einem nichtbehinderten Kind korrespondiere. Es gibt viele Gründe, warum sich Menschen fortpflanzen wollen. In Gesellschaften ohne soziale Sicherungssysteme ist ein Hauptmotiv das der sozialen Sicherung. In westlichen Industrieländern tritt demgegenüber der Wunsch, sich selbst zu reproduzieren, in den Vordergrund: »Das Kind ist ganz der Papa/die Mama«.

Als wir ein Buch über unsere Situation als behinderte Frauen schrieben, stellten wir uns selbst die Frage, was wir denn tun würden, wenn wir wüßten, wir bekämen ein behindertes Kind. Die Antwort war je nach unserer eigenen Behinderung

unterschiedlich. Die blinde Frau konnte sich sehr gut vorstellen, ein blindes Kind zu bekommen, die Rollifrau schwärmte von einem Kind in einem ganz kleinen süßen Rollstuhl, und ich selbst fand (und finde) Kinder ohne Arme am schönsten. Wenn Nichtbehinderte von solchen Phantasien erfahren, schlagen sie die Hände über den Kopf: »Aber das könnt ihr doch euren Kindern nicht zumuten!« Dabei ist es nur Ausdruck ein und derselben Wunschvorstellung, »sich selbst zu reproduzieren«. Über den Sinn und Unsinn solcher Vorstellungen mag gestritten werden. Der Wunsch nach einem »gesunden« Kind jedenfalls ist kein menschlicher »Urwunsch«, er ist die zur gesellschaftlichen Norm gewordene Wunschvorstellung Nichtbehinderter, sich selbst zu reproduzieren. Die gesellschaftliche Diskriminierung behinderter Menschen sorgt dafür, daß diese Norm unhinterfragt bleibt. Eine Norm überdies, die sich vorzüglich in den Zeitgeist der rationalisierten Minimierung von Lebensrisiken einfügt – ein weiterer, auf das Individuum abstellender Ansatzpunkt der Neo-Eugenik.

Wenn Frauen unhinterfragt behinderte Kinder ablehnen, und wenn sie diese Entscheidung mit dem feministischen Selbstbestimmungsrecht begründen, dann beteiligen sie sich an dieser neo-eugenischen Diskriminierung. Frauen sind nämlich nicht allein deshalb Behindertenfreundinnen, weil sie es sind, die seit jeher die gesellschaftliche Pflege für behinderte und alte Menschen geleistet haben. Frau-Sein ist, wie Behindert-Sein, allein noch kein Programm. Programm wird es erst, wenn Betroffene ihre Lage kollektiv zu ändern versuchen. Und das sind in diesem Fall Mütter behinderter Kinder und behinderte Leute, die in den vergangenen Jahren die sozialen Kämpfe um ambulante Dienstleistungen, integrierte Bildungssysteme, familienentlastende Dienste etc. geführt haben und heute noch führen.

Wenn Frauen in bezug auf die eugenische Abtreibung heute von Selbstbestimmung reden, dann haben sie vor allem eines übersehen: daß die Aufwertung der eugenischen Indikation erst durch die Fremdbestimmung von Frauen und die Personalisierung des Fetus durch PränatalmedizinerInnen und HumangenetikerInnen ermöglicht wurde.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma kann allerdings nicht in dem von Hannelore Witkofsh formulierten »Gebärzwang für Krüppel« oder der etwas abgemilderten Forderung nach »gleichem Recht für alle Föten« gesucht werden. Sie mag sich beruhigen. Denn das »eugenische Denken in den Köpfen von Frauen« führt nicht zur »Ausrottung von Krüppeln«. Nur fünf bis zehn Prozent aller Behinderungen beruhen auf einem »pränatalen Defekt«, der Rest entsteht durch die berühmten »Kunstfehler« während der Geburt, durch Unfälle, toxische Belastung am Arbeitsplatz und vieles mehr. Fremdbestimmung kann nicht durch Fremdbestimmung aufgehoben werden. Und die Personalisierung des Fetus entspricht weder den Interessen der Schwangeren, noch denen der Behinderten.

Dorothea Brockmann hat in diesem Zusammenhang die These »Das Private ist politisch« in Erinnerung gerufen, mit der vor allem die Frauenbewegung jahrelang operiert hat. Das ist der richtige Ansatzpunkt für die neuerliche Diskussion sowohl um den Begriff der Selbstbestimmung als auch um die eugenische Indikation.

Die Forderung der Paragraph-218-Bewegung – und das gilt erst recht nach dem furchtbaren Ausgang des Memminger Prozesses – muß die alte bleiben: Ersatzlose Streichung des Paragraphen 218! Da kann und darf es keine Diskussion geben. Diskutiert werden muß aber eine Frage, die bisher mit der an sich richtigen Weigerung, die Abtreibungsgründe von Frauen zu diskutieren, vom Tisch gefegt wurde: Warum gehen Frauen zur humangenetischen Beratung und pränatalen Diagnose?

konkret 06/89, S. 25

Bernd Siegler

Vom Atlantik bis an die Wolga

Deutsche Hegemonie über eine Großmacht Europa ist das politische Ziel der rechtsextremistischen Parteien, die sich jetzt zur Europa-Wahl stellen. Ihre gegen die »Wodka-Cola-Kultur« der alten Großmächte gerichtete Ideologie findet sich auch in programmatischen Erklärungen von CDU/CSU- und SPD-Politikern

Die Rechten in Europa machen mobil. Die Europawahl am 18. Juni wird von ihnen zur »Schicksalswahl« stilisiert, »Deutschland zuerst« prangt es in unvermeidbarem Schwarz-Rot-Gold von den Plakatwänden, »Europa – Ja, diese EG – Nein« und »Deutsche Interessen haben Vorrang« in schlichtem Weißblau. Drei rechtsextreme Parteien befinden sich auf Stimmenfang: neben den »Republikanern« und der mit der NPD liierten »Deutschen Volksunion – Liste D« auch die militante »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP). Pünktlich lieferte die FAP ihre 4.000 Unterschriften beim Bundeswahlleiter ab und wurde in der ersten Sitzung des Bundeswahlausschusses zugelassen, ungeachtet ihrer »Rotes Pack an die Wand« skandierenden Anhänger.

Drei Parteien – und alle wollen in etwa das gleiche: Vorfahrt für Deutschland, Ausländer raus, Wiedervereinigung als Friedenssicherung, Schluß mit der Vergangenheitsbewältigung, Zerschlagung der Sowjetunion und eine »Weltmacht Europa« unter deutscher Hegemonie. Alle haben in den letzten Jahren gelernt und es verstanden, ihre Inhalte unverfänglich klingen zu lassen. Wenn die REPs heute sagen »Andere Völker achten wir, unser Volk aber lieben wir«, die NPD dagegen das »Recht auf kulturelle Identität« auch für Ausländer reklamiert, die DVU »ganz besonders das türkische Volk respektiert, aber Deutschland darf keine zweite Türkei werden«, und die FAP Deutsche und Türken zum »gemeinsamen Kampf gegen Kommunismus und Rassenmischung« auffordert, meinen alle das gleiche: »Ausländer raus«.

Seit dem Scheitern der NPD an der 5-Prozent-Klausel bei den Bundestagswahlen 1969 begann sich eine ideologische Strömung innerhalb der Rechten durchzusetzen, die sich als »Nationalrevolutionäre« oder »Neue Rechte« bezeichnet. Motto: Weg von der Rechtfertigung des Hitler-Faschismus und damit befreit vom Ruch des Ewiggestrigen, hin zu einer mit wissenschaftlichen Erkenntnissen aufpolierten und an aktuelle Verhältnisse angepaßten Ideologie des »nationalen Sozialismus« mit der Option auf ein »Großeuropa«.

»Rechts, das muß in Zukunft heißen: nicht reaktionär, sondern fortschrittlich; nicht bürgerlich, sondern sozialrevolutionär; nicht antiintellektuell, sondern bewußte Einbeziehung der Rationalität in die Politik; nicht staatsnationalistisch, sondern im Sinne eines modernen europäischen Sozialismus.« Dies klagt der Nationalrevolutionär Gerd Wallmann 1969 in dem rechtsextremen Monatsblatt »Nation Europa«, der Zeitschrift »im Dienste der europäischen Neuordnung«, als ideologische Erneuerung ein. Chefdenker der »Neuen Rechten« wie z.B. Wolfgang Strauss, Michael Meinrad, Fritz Joß und vor allem Henning Eichberg nahmen Ansätze aus den 50er Jahren auf und thematisierten in den Publikationen »Junges Forum«, »MUT«, »Nation Europa«, den »Deutschen Monatsheften« und in dem vom Träger des »Adenauer-Preises« Armin Mohler herausgegebenen neokonservativen Magazin »Criticon« die »geistige und sittliche Erneuerung«, die »nationale Wiedergeburt Deutschlands«, die »organische Weltordnung« und die »Großeuropa-Konzeption«. Dabei griffen sie auf Argumentationsmuster der französischen »Nouvelle Droite« und deren Chefideologen Alain de Benoist zurück. Mohler selbst gilt als Mitbegründer der wichtigsten Organisation der französischen Neuen Rechten, der »Groupement de Recherche et d'Etudes pour la Civilisation europeénne« (GRECE). Seit 1971 darf sich der bundesdeutsche Generalsekretär von »Nouvelle Ecole«, dem theoretischen Organ der GRECE, François-Xavier Dillmann unter dem Pseudonym François Dirkser in »Criticon« neben CDU-Autoren ausbreiten.

Im Mittelpunkt der Ideologie dieser »Neuen Rechten« steht die »europäische, okzidentale Zivilisation der Weißen«, denn – so Henning Eichberg – »nur eine Zivilisation hat seit etwa 2.500 Jahren einen von nur seltenen Stagnationen oder Regressionen unterbrochenen Fortschritt auf den Gebieten der Technik und Wissenschaft verzeichnen können«: Der »Europide« als den »Negriden« und »Mongoliden« überlegene Rasse. Damit die Geschichte Europas wieder »die faszinierende Geschichte einer Überlegenheit« wird (Pierre Krebs vom deutschen GRECE-Ableger, dem Thule-Seminar in Kassel), muß es gegen die »imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion« und den »egalitären Universalismus« kämpfen. Dieses »nivellierende« Weltbild sei dem Wesen des Europäers nicht adäquat, konstatiert Eichberg, der sich rühmt, mit seinen Ideen auch zum Gesprächspartner für Linke interessant geworden zu sein. Zunächst 1978 als Diskussionspartner von Rudi Dutschke in »das da – avanti«, dann ein Jahr später in »Ästhetik & Kommunikation« und schließlich 1982 im Spontiblatt »Pflasterstrand« durfte Eichberg seine nationalrevolutionären Theorien und Ergüsse zur »nationalen Identität« verbreiten.

Gegen den »Egalitarismus« setzt die »Neue Rechte« das »Prinzip der Ungleichheit«, beruhend auf einem biologistischen Weltbild, wonach die in der genetischen Vielfalt wurzelnde Ungleichheit nicht aufhebbar sei. Der Mensch sei vielmehr ein triebbestimmtes Wesen, dessen genetische Anlagen dominieren. Sowohl der Kampf um Raum (»Territorialtrieb«) als auch die Schaffung einer hierarchischen Ordnung (»Dominanztrieb«) werden als triebgesteuert und damit natürlich und human angesehen. Alle egalitären Ansätze (ob Christentum, Liberalismus oder Marxismus) widersprechen daher der Natur des

Menschen. Um den Nachweis zu führen, daß der größte Teil des menschlichen Verhaltens angeboren ist, bemüht die »Neue Rechte« Genetiker, Ethnologen, Psychologen, Anthropologen und Biologen. Allen voran der Verhaltensforscher Konrad Lorenz, der Psychologe Arthur Jensen (Mitglied im Beraterkreis der rassistischen Zeitschrift »Neue Anthropologie«) und der Psychologe Hans Jürgen Eysenck (Mitglied im Patronatskomitee der »Nouvelle Ecole« und Autor in der »Nationalzeitung«).

Die hierarchische Ordnung mit Leistungseliten im Inneren entspricht einem völkischen Rassismus nach außen. Gemäß dem Prinzip eines »Ethnopluralismus« (getrenntes Nebeneinander der Völker, um deren Verschiedenheit zu bewahren) müsse zusammen mit den Fremden gegen die fortschreitende Auflösung der völkischen und kulturellen Vielfalt gekämpft werden im Sinne eines »Befreiungsnationalismus«. Gegen die »imperialistischen Supermächte« USA und UdSSR (»Die Befreiung setzt die Zerschlagung der Sowjetunion voraus«, W. Strauss) favorisieren die Ideologen der »Neuen Rechten« den sogenannten »Dritten Weg« eines »nationalen, europäischen Sozialismus in Großeuropa« zur Erhaltung der »Europiden«. »Gewachsene Nationen« werden in diesem »Großeuropa« erhalten bleiben, doch die Führungsrolle Deutschlands ist dabei unbestritten. Eichberg spricht von Deutschland als dem »Herzen Europas«, Benoist vom »natürlichen Gravitationskern Europas« und für den »Criticon«-Autor Hans Dietrich Sander (Chefredakteur der »Deutschen Monatshefte« und Vorstandsmitglied der rechtsextremen »Gesellschaft für freie Publizistik«) fällt die Schirmherrschaft »automatisch der stärksten europäischen Nation wie von selbst zu«. Angesichts der Aussicht auf eine »Weltmacht Europa« wird de Benoist pathetisch. Er glorifiziert Europa als »möglichen Höhepunkt vom Sein des Seienden über dem gähnenden Abgrund der zu kommenden Geschichte«. Doch zuerst muß Europa den status-quo nach 1945 geändert und die »innere Zersetzung durch die Wodka-Cola-Kultur« beendet haben.

Mit dieser geschlossenen Ideologie, bei der gesellschaftliche Probleme biologisiert und nationalisiert werden und im Endstadium die Großmacht Europa winkt, haben die »Neuen Rechten«, gerade was Konzeptionen des »Dritten Weges« anbelangt, weit über den rechtsextremistischen Bereich bis hin in Teile der Linken hineingewirkt. Teile der Friedensbewegung und der Ökologiebewegung erweisen sich als sehr anfällig für die neurechten Konzeptionen. Seit Jahren bemüht sich daher Eichberg, Umweltprobleme mit der nationalen Frage zu verknüpfen und die Abrüstungsdebatte auf die Frage der nationalen Souveränität der BRD zu reduzieren.

Im rechten Lager selbst haben sich die Nationalrevolutionäre weitgehend durchgesetzt. Selbst die bis dahin vergleichsweise altmodische NPD reagierte überraschend schnell. Schon 1978 forderte sie in ihrer Europakonzeption in lupenreiner neurechter Terminologie: »Die Freiheit der Völker Europas muß gegen den Imperialismus raumfremder Mächte und gegen die herrschende lebensfremde Ideologie des Marxismus und Liberalismus durchgesetzt werden.« Seit dem Bundesparteitag 1982 liegt für die NPD die Kriegsgefahr in der deutschen Teilung begründet. Sie fordert die »Anerkennung der Ungleichheit der Menschen«. Das 1987 verabschiedete Programm begründet schließlich ausländerfeindliche Politik mit dem »Ethnopluralismus«, spricht von der »antiimperialistischen Selbstbehauptung Deutschlands« und propagiert ein »Europa unter deutscher Führung als neue Kraft der Welt«.

Kein Wunder, daß die Liaison der Nationaldemokraten mit der einstmals so verhaßten DVU um den »Devotionalienhändler« Gerhard Frey parteiintern heftig umstritten war, zählt doch die DVU zum Spektrum der »alten Rechten«. Martin Mußgnug mußte schon sein Amt als NPD-Bundesvorsitzender in die Waagschale werfen, um in einer Kampfabstimmung das Bündnis perfekt zu machen. Nur mit diesem Bündnis kam die von 25.000 auf knapp über 6.000 Mitglieder geschrumpfte NPD an die Millionen des Münchener Verlegers Frey (»Deutsche Nationalzeitung«, »Deutsche Wochenzeitung«, »Deutscher Anzeiger«) heran. Frey kann es sich leisten, für die Europawahl 18 Millionen zu investieren und mit bundesweiten Postwurfsendungen (»persönliche Zustellung durch Ihren Postzusteller«, Kosten: 6 Millionen) Wahlkampf zu betreiben. Ob dieses anachronistische Bündnis Bestand haben wird, mit dem die innerparteiliche Unzufriedenheit in der NPD über den altrechten Partner DVU und das Schielen und Liebäugeln mit den ihnen ideologisch näherstehenden REPs eingedämmt werden soll, wird entscheidend vom Abschneiden der »Liste D« bei der Europawahl abhängen.

Obwohl die DVU vehement den »deutschen Nationalstaat« entsprechend dem »deutschen Wesen« fordert und auf die Proklamation eines »Großeuropa« verzichtet, hat auch Frey augenscheinlich von der »Neuen Rechten« gelernt. In der »Nationalzeitung« kritisiert Frey Adenauers Prämisse der Westeinbindung der Bundesrepublik als »Verrat an der Wiedervereinigung«. »Ausländer raus« heißt bei ihm in gutem neurechtem Deutsch: »Ausweisung von Scheinasylanten und kriminellen Ausländern – auch im Interesse aller rechtschaffenen Ausländer« und »Deutschland darf nicht zum Morgenland werden«.

Sowenig wie die REPs sind dem Verfassungsschutz die Organisationen der »Neuen Rechten« eine Beobachtung wert. Auch die Zeitschrift »MUT« verschwand ab 1984 klammheimlich aus den Verfassungsschutzberichten, nicht zuletzt dank der reputierten Autoren. Neben Funktionären der REPs gehören dazu u.a. Wolfgang Strauss, Konrad Lorenz, Golo Mann, Helmut Diwald, Herbert Gruhl, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Ursula Lehr und Tieflieger Rupert Scholz. Gerade die REPs bieten den Wissenschaftlern der »Neuen Rechten« in ihrem Parteiorgan eine Plattform für deren Propaganda und haben

Versatzstücke »neurechter Ideologie« in ihr Parteiprogramm übernommen. Danach ist der »zügellose Liberalismus« nicht nur verantwortlich für die »Zersetzung von Recht und Ordnung«, sondern auch für die »Zersetzung der Völker langsam aber sicher von innen heraus«. Die REPs beklagen deswegen »die zunehmende Verwahrlosung der geistigen und politischen Kultur in ganz Deutschland« und erklären gesellschaftliche Probleme zu nationalen. Der »Mangel an Patriotismus« bzw. »nationaler Identität« sei an allem Übel schuld. »Das Grundproblem aller Umweltzerstörung ist die Übervölkerung unseres Lebensraumes. Für Ausländer ist die Bundesrepublik keine Heimat, sondern Ausland. Wer seine Heimat liebt, wird sie nicht zerstören.« So einfach vollzieht der bayerische REP-Landesvorsitzende Neubauer das nach, was Henning Eichberg acht Jahre zuvor gefordert hatte: die Verknüpfung der Umweltfrage mit der nationalen Frage. Die REPs sprechen vom »deutschen Volk als Schicksalsgemeinschaft«, dessen »Lebensraum und Bestand« gefährdet seien.

Die selbsternannte »neue Kraft für Deutschland« schreibt Wesensunterschiede zwischen den Geschlechtern biologistisch fest. Der Frau sei es gegeben, »durch Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit zu schaffen« . Auch Pierre Krebs vom Thule-Seminar fordert ein klares Zurück an den Herd: »Die Frau soll endlich ihren männlichen Flitterkram verbrennen und das leuchtende Kleid der Mutterschaft wieder anlegen.«

Wichtigster Programmpunkt auch bei den REPs: Deutschland muß deutsch bleiben. Die Forderung nach Schnellrichtern an den Grenzen gegen Flüchtlinge hat sich inzwischen Bayerns Innenminister Stoiber zu eigen gemacht. Die Deutschtümelei der REPs (»Wir kämpfen für die deutsche Reinheit im Maßkrug, die saubere Wurst ohne Chemie und das saubere Kalbfleisch«) darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch ihnen eine Großmacht Europa vorschwebt. »Die illegale Zerstückelung des deutschen Volkes und seines Landes im Herzen Europas« berge eine Gefahr für den Weltfrieden. Ein »neues deutsches Selbstbewußtsein« müsse daher »zugleich ein europäisches« sein, und das wiedervereinigte Deutschland solle ein »starker und ehrlicher Partner in einer gesamteuropäischen Konföderation der Vaterländer sein«. Schönhuber läßt dabei keine Gelegenheit aus zu betonen, daß Europa mehr als die EG-Länder sei. Sein Blick geht gen Osten: »Prag, Budapest, das sind doch wahre europäische Städte.« Auch der REP-Vorsitzende prangert die »Coca-Cola-Kultur« und den »satten, verkommenen, verfressenen Westen« an.

Kein Wunder, daß die auf Seriosität bedachten REPs angesichts dieser Inhalte und Terminologie Beifall von rechtsterroristischer Seite bekommen. »In vielen Fragen stimmen Schönhuber und ich vollkommen überein«, betont Michael Kühnen in einem Interview mit dem Zeitgeist-Magazin »Tempo«. Kühnen macht sich dabei als Propagandist der »Neuen Rechten« verdient. Er will eine »neue Ordnung schaffen«, die auf »männerbündischen Prinzipien« beruht. »Die weibliche Kultur ist für die Frau da, die männliche für den Mann. Eine Berührung gibt es nur im Körperlichen, um die Art fortzupflanzen. Geistig brauchen wir sie nicht.« Kühnen entdeckt Sympathie für die Grünen. Als erste Partei hätten diese im Programm »die biologischen Gesetze des Lebens« verankert. »Wir unterliegen den Gesetzen der Natur – wie jede Raubkatze, wie jedes andere Lebewesen. Wenn wir das aus den Augen verlieren, degenerieren wir.« Ausländer sind für ihn »eine neue Art von Barbareneinfall«. Innenstaatssekretär Spranger vermag bei derlei Gedankengut »keine eindeutigen rechtsextremistischen Tendenzen« bei der FAP festzustellen. Sonst müßten in Zukunft einige seiner Parteikollegen im Verfassungsschutzbericht auftauchen: In einem Interview mit der »Nordsee-Zeitung« macht z.B. Unionsfraktionsvorsitzender Dregger klar, daß »Europa kein Ersatz für Deutschland« sein könne. Er will »keinen Schmelztiegel, in dem unsere nationale Identität verschwindet und unser Recht verloren geht, als Deutsche in einem deutschen Nationalstaat zu leben«.

Auch die Ministerin für Innerdeutsche Angelegenheiten, Dorothee Willms, knüpft die Wiedervereinigung unzertrennlich an die europäische Einigung. Sie beruft sich dabei auf den ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretär Freiherr von und zu Guttenberg (CSU): »Wer den deutschen Wiedervereinigungswillen auf rechtem Kurs halten will, der muß auf der Straße der europäischen Einigung voranschreiten.«

Auf dieser Straße schreiten nahezu alle Politiker gewaltig voran, ohne daß sie je gefragt werden, wohin der Weg sie führt. Für die »Eurorechte«, den Zusammenschluß der drei bisher im Europäischen Parlament vertretenen rechtsextremen Parteien (National Front, Movimento Sociale Italiano/Destra Nationale, die griechische »UPEN«) ist das dagegen klar. Sie wollen kämpfen für »einen europäischen Patriotismus brüderlicher Staaten« mit »europäischer Identität« und damit »gegen die Beherrschung durch uneuropäisierbare Gruppen und Rassenmischungen«. Die »Eurorechten« im Straßburger Parlament haben sich also die Wiederherstellung der europäischen Weltgeltung auf ihre Fahnen geschrieben.

»Ein Europa der Regionen, das handlungsfähige übernationale Strukturen aufbaut, wäre unschlagbar. Wir müssen dialogfähige Leistungseliten zustandebringen, wenn Europa überleben will.« Wer sich da Gedanken über die Überlebensfähigkeit Europas macht, ist nicht etwa de Benoist, Mohler oder gar Eichberg – Peter Glotz, der selbsternannte Vordenker der bundesdeutschen Sozialdemokratie, forderte beim Londoner Kongreß »Europe, our common house« die Erhaltung einer »europäischen Identität« gegen die »Verbreitung einer weltweiten nivellierenden Massenkultur aus den Vereinigten Staaten«. Auch sein Blick richtete sich gen Osten. Die »europäische Identität« umfasse ganz Europa: »Wir müssen im Hinterkopf behalten, daß Prag, Budapest und Warschau europäische Städte sind.« Brüder, zur Sonne, zur Freiheitlichen Arbeiterpartei...

konkret 06/89, S. 28

Georg Fülberth

Buch des Monats - Labor und Feldherrnhügel

Ernest Mandel: Das Gorbatschow-Experiment. Ziele und Widersprüche, Athenäum Verlog, Frankfurt am Main 1989, 288 Seiten, 38 Mark

Ernest Mandels Analyse des Gorbatschow-Experiments hält sich von zwei derzeit häufigen schnellfertigen Prognosen frei: Er sieht in dem Generalsekretär nicht den Messias eines neuen, nunmehr des wahren Sozialismus. Und: »Man sollte die Hypothese einer Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion ausklammern.« Letzteres ist mehr Verbot als Feststellung.

Mandel zählt Gorbatschow »zu den begabtesten und fähigsten Politikern des zwanzigsten Jahrhunderts.« Aus diesem Urteil spricht nicht Zuneigung, sondern Distanz, denn er verwendet »den Ausdruck 'Politiker' als Bezeichnung für eine Person, die unabhängig vom jeweiligen politischen Programm Macht ausüben will. Was hervorragende Politiker jedoch vor allem auszeichnet, ist ihre Fähigkeit, langfristig an einer Strategie festzuhalten, die den Interessen ihrer gesellschaftlichen Klasse oder Schicht dient.« Mit Gorbatschow reagiere »der 'modernistische' Flügel in der herrschenden Bürokratie, primär an der Erhaltung seiner Macht und seiner Privilegien interessiert, auf die Gefahren der Systemkrise und der sich konstituierenden öffentlichen Meinung.«

Mit dem Wort »Bürokratie« ist ein Zentralbegriff der Trotzkischen Schule eingeführt. Es handelt sich laut Mandel um eine »Gesellschaftsschicht (Klassenfraktion) mit spezifischen Eigeninteressen«, Subjekt und Nutznießerin einer »politischen Enteignung« des sowjetischen Proletariats, während das juristische Staatseigentum an den Produktionsmitteln erhalten blieb. Mandel charakterisiert die UdSSR als eine »Gesellschaft, die sich im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus befindet und noch nicht zu spontaner Reproduktion in der Lage ist.« (Damit räumt er aber implizit ein, daß eine Rückentwicklung zum Kapitalismus denkbar wäre. Zum Vergleich: Nach der industriellen Revolution war eine Wiederkehr des Feudalismus nicht mehr möglich.)

Die Krise dieser Gesellschaft und ihrer herrschenden Schicht wird in großer Breite referiert: rückläufiges wirtschaftliches Wachstum, Stagnation des Lebensstandards, Vergeudung von Arbeitszeit, überlange Wege zwischen Grundlagenforschung, Planung und Entwicklung einerseits, Serienproduktion andererseits; hohe Armutsrate; Alkoholismus; große Säuglingssterblichkeit; Korruption; Umweltzerstörung; Lähmung von Eigeninitiative. Solche Schäden greifen laut Mandel längst schon die Grundlagen der Bürokratieherrschaft selbst an. Zugleich artikuliert sich wachsender sozialer Protest. Gorbatschows Politik sei der Versuch, »diese Veränderungen zu kanalisieren und unter die Kontrolle der Bürokratie zu bringen – auch um den Preis, die Veränderungen voranzutreiben, falls dies das einzige Mittel sein sollte, einen Umsturz zu vermeiden.«

Das entscheidende Instrument hierfür sei die Perestroika. Mandel interpretiert sie als »effizientere Nutzung von Marktmechanismen im Rahmen der Planwirtschaft«. An den bisherigen Reformen Gorbatschows falle auf, »daß sie dem herrschenden System kein kohärentes Modell gegenüberstellen können.« Dominanz des Wertgesetzes lasse sich »unmöglich mit Planwirtschaft vereinbaren.« Aganbegjans Projekt einer »fortschreitenden Wiederherstellung des Marktes für Investitionsgüter, Kapital und Arbeit im Rahmen eines flexibleren Planes« müsse, falls konsequent durchgeführt, das kollektive Eigentum beseitigen: Ein Markt für Produktionsmittel sei »nur denkbar, wenn die Betriebe über ihre Investitionen entscheiden können. Das gelingt ihnen jedoch nur, sofern sie den Großteil ihrer Nettoerträge behalten dürfen, die damit zu Profiten würden.« Auf diese Weise aber werde das bisherige kollektive Eigentum an den Produktionsmitteln »durch Gruppeneigentum – eine Spielart des Privateigentums – ersetzt.« Ebenso könne »ein wirklicher Arbeitsmarkt nur funktionieren, wenn dauernd strukturelle Arbeitslosigkeit herrscht, also eine industrielle Reservearmee bereitsteht und damit das Proletariat von einer wirtschaftlich (ich sage bewußt nicht politisch) emanzipierten Klasse zu einer Klasse von ausgebeuteten Lohnempfängern wird.« Tatsächlich könne ein solcher Formationswechsel auch nicht im Interesse der Bürokratie liegen, da ihre Herrschaft die bisherige kollektive Eigentumsform zur Voraussetzung habe.

Als Ausweg nennt Mandel »eine auf Selbstverwaltung der Produzenten beruhende und durch sozialistische Demokratie mit unbegrenzter Öffentlichkeit und Mehrparteiensystem gestützte Planwirtschaft. In ihr würde die Bevölkerung in freier Wahl die Prioritäten der Konsum- und Produktionsentwicklung bestimmen. Einsatz und Verantwortungsgefühl würden nicht nur durch Konsumwünsche, sondern vor allem durch automatische Beschränkung der Arbeitszeit (des Arbeitsvolumens) sowie durch laufende Verbesserung der Lebensqualität bedingt.« Allerdings sei auch eine solche Lösung unvereinbar mit der Bürokratie-Herrschaft und deshalb nur in einer »politischen Revolution« gegen diese durchzusetzen.

Der innere Widerspruch der Perestroika hat ohnehin schon eine doppelte Opposition entstehen lassen: Die Forcierung des Leistungssystems führe zu Prämienverlusten für viele Arbeiter, die Gefahr der Arbeitslosigkeit werde real, die angekündigte Preisreform laufe »auf eine Umverteilung zu Lasten des Massenkonsums« hinaus. Mandel spricht von

arbeiterfeindlichen Aspekten der Perestroika. Dies erkläre, weshalb viele Belegschaften ihr ablehnend oder zumindest passiv gegenüberstehen. Zugleich verlieren breite Schichten der mittleren und höheren Bürokratie Jobs und Einfluß.

Die Negativkoalition, welche so von Anfang an zu erwarten war, suche Gorbatschow durch das Konzept »Glasnost« zu sprengen. Diese war also zunächst nur eine Art Herrschaftstechnik: Diskussionsfreiheit und Demokratisierung gaben den Teilen der Intelligenz und der Technokratie, die unter dem alten Regime schon auf Veränderung drängten, sowie den oppositionellen »Kleinmilieus« die Chance der öffentlichen Artikulation und lösten damit eine Dynamik aus, welche Hindernisse der Perestroika beseitigen sollten. Die Bewegung, welche dadurch entfesselt wurde, gehe inzwischen aber schon längst über diese begrenzten Zwecke hinaus und könne auf lange Sicht die Bürokratie-Herrschaft selbst zerstören. »Wahre sozialistische Demokratie, die Ausübung der politischen Macht durch das Volk und damit die faktische Macht der Sowjets, sind mit dem Einparteiensystem nicht vereinbar.«

In dem Augenblick, in dem Mandel dieses Ziel mit den aktuellen Bewegungen verbindet, verläßt er allerdings das Laboratorium des Analytikers und besteigt einen Feldherrnhügel. Von dort aus kommandiert er eine genuin sozialistische Opposition, über deren Stärke gegenwärtig nichts ausgesagt werden kann, die er aber gewiß überschätzt. Der Forderungskatalog, den er der »neuen sowjetischen Linken« vorschlägt (immerhin im Konjunktiv: »Im Sinne dieser realen Macht der Sowjets müßte man von nun an fordern...«) hat Hand und Fuß, er reicht von der Abschaffung der Zensur über die Befreiung aller politischen Gefangenen, die Einführung der habeas-corpus-Akte, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, Gewerkschaftsfreiheit und Streikrecht, Ausbau der Kindertagesstätten und Kindergärten, Vetorecht der in den Betrieben frei zu wählenden Frauenräte zu allen die Frauen betreffenden Entscheidungen bis zur vollen Selbstverwaltung und Selbstbestimmung aller Nationalitäten.

Mandels Urteil über die Außenpolitik Gorbatschows ist eher zurückhaltend. Sie sei »von einer doppelten Schwäche geprägt: der gegenüber dem Imperialismus und der gegenüber dem erwachenden eigenen Volk.« Dies veranlasse die sowjetischen Ideologen zu der illusionären, nicht von Analyse, sondern von Wunschdenken bestimmten »Vorstellung, daß ein Weltkrieg verhindert werden kann, ohne daß der Kapitalismus überwunden wird.« Allerdings resultiere daraus praktisch keine Kapitulation der UdSSR vor dem Westen. Es gehe vielmehr darum, »die Streitkräfte mit geringeren Kosten zu modernisieren, indem man die Ausgaben für das Nuklearpotential senkt und die technische Parität im Bereich der konventionellen Waffen wiederherstellt.«

Die Politik der UdSSR in der Dritten Welt habe zwei Aspekte: Einerseits sei der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan zu begrüßen, »ebenso ein Ende des nationalistischen Unterdrückungskrieges des äthiopischen Militärregimes gegen Eritrea.« Andererseits versuche die Sowjetunion in ihrem Streben nach Zusammenarbeit mit dem Westen »wichtige ökonomische Vorteile durch zahlreiche Zugeständnisse« bei der Regelung der sogenannten »regionalen Konflikte« zu erkaufen. »Die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, in Lateinamerika, Afrika und Asien, ist durch dieses Streben nach globaler Übereinkunft in Frage gestellt.«

Der Blick auf die kommunistische Weltbewegung zeigt ein Trümmerfeld. Die Perestroika bedeute »auch eine Umgestaltung der Beziehungen zu den 'Volksdemokratien'«. Dabei stehe letztlich die strategische Sicherheitszone in Ost- und Mitteleuropa zur Disposition. In Jugoslawien sei die Verbindung von Perestroika und Glasnost bereits gescheitert. Wenn die Sowjetunion ihre Versuche, in den Beziehungen zum Westen ökonomische Unterstützung durch politische Zugeständnisse zu erlangen, konsequent vorantreibe, müsse »die SED auch mit der Möglichkeit einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten rechnen – kein Wunder also, daß sie Druck auf Gorbatschow ausübt, nicht zu weit in diese Richtung zu gehen.«

Eine Annäherung zwischen China und der Sowjetunion werde nicht zu einer neuen Einheit der kommunistischen Weltbewegung führen, und die sogenannten eurokommunistischen Parteien hätten sich zunehmend »in die bürgerliche Gesellschaft und in den bürgerlichen Staat« integriert. Die Sozialdemokraten haben aufgrund der Politik Gorbatschows »nicht ohne Grund – den Eindruck, die Geschichte beschere ihnen eine glänzende Revanche für die Oktoberrevolution, für den Bolschewismus und für die Gründung der Kommunistischen Internationale.«

Die Zukunft der Revolution – »die in Osteuropa politischer, in Westeuropa gesellschaftlicher Natur sein wird« – hänge jedoch »weder von klugen Berechnungen noch von strategischen Projekten oder existentiellen Ängsten irgendeiner Partei oder Ideologen- bzw. Politikergruppe ab, wie mächtig diese auch erscheinen mögen. Ausschlaggebend ist doch vielmehr die Tiefe der Widersprüche, die real existierende Gesellschaften spalten, wobei die angehefteten Etiketten keine Rolle spielen. Die Zukunft der Revolution hängt davon ab, an welchem Punkt sich die Massen weigern werden, die ihnen auferlegten Bürden dieser Krisen zu ertragen, und wie stark sie sich mobilisieren lassen.«

Mandels Buch ist vor allem eine Momentaufnahme mit großer Tiefenschärfe. Er stellt sich nicht die Aufgabe, den historischen Formwandel der Apparat-Herrschaft zu analysieren. Die Bürokratie hat ja den Abbruch der revolutionären Bewegungen in Europa während der zwanziger Jahre und die Ermattung des sowjetischen Proletariats nicht verursacht, sondern ihre Dominanz war ihrerseits bereits eine Konsequenz daraus. »Sie sollte in den folgenden Jahrzehnten vielmehr

der Wächter des verstaatlichten Eigentums bleiben«: So urteilte einst Trotzkis Biograph Isaac Deutscher. Selbst die Breschnew-Periode kann nicht ausschließlich als Phase der »Stagnation« charakterisiert werden. Ihre ersten Jahre sind noch von außenpolitischer Dynamik und wirtschaftlichen Reformversuchen gekennzeichnet. Erst danach gewinnt der parasitäre Charakter der Apparate die Oberhand.

Die Dynamik der Stalin-Herrschaft läßt es nicht zu, sie nur mit dem Terminus »Bürokratie« zu belegen. Es empfiehlt sich, zusätzlich den Begriff »Despotie« heranzuziehen. Auf diese Idee ist u.a. schon Bahro gekommen. (Falls er, wie behauptet wird, heute spinnt, sagt das noch nichts über seine früheren Resultate.) Historische Analogien führen allerdings in die Irre, wenn man sie in voller Breite anwenden will und mehr von ihnen erwartet als ein Moment Wahrheit.

Der Despotie-Vergleich ist nur sinnvoll, wenn er mit der – meiner Meinung nach – bisher besten gesellschaftswissenschaftlichen Definition des Stalinismus verbunden wird: Der Soziologe Werner Hofmann erklärte ihn 1967 als »eine exzessiv machtorientierte Ordnung der Innen- und Außenbeziehungen einer Gesellschaft des erklärten Übergangs zum Sozialismus« (Werner Hofmann, Was ist Stalinismus? 2. Auflage, Heilbronn 1984, S. 29). Diese Formel zeigt zugleich den Unterschied zum gegenwärtigen Zustand der UdSSR, für den die von Mandel durchgehend angewandte Charakterisierung als Bürokratie-Herrschaft zweifellos angemessen ist. In beiden Fällen – »Stalinismus«, »Bürokratie« – handelt es sich also um Begriffe von begrenzter historischer Gültigkeit.

Die Verbrechen der Stalin-Herrschaft waren nicht die Voraussetzungen von deren Effizienz. Sie verhielten sich zu dieser langfristig kontraproduktiv, führten aber nicht in jedem Fall schon in dem Augenblick zur Katastrophe, in dem sie begangen wurden. Häufig sind sie mit einer zeitgleichen Notwehrsituation apologetisch amalgamiert worden – was erklären mag, daß sie zu Stalins Lebzeiten im Westen immer wieder einmal verdrängt wurden. Verbrechen dieser Art mögen mit dem Sozialismus unvereinbar sein, der Despotie aber sind sie nicht wesensfremd. Sie werden als solche überhaupt erst definiert durch die Anerkennung von Menschenrechten, welche ein solcher Herrschafts-Typ – vielleicht trotz gegenteiliger Deklarationen – im Grunde nicht kennt. Die Stalinsche Despotie und die auf sie folgende Bürokratie-Herrschaft von der Art Breschnews und Tschernenkos unterscheiden sich nicht nur als politische Formen voneinander, sondern auch in der Art der Anwendung und der Verletzung sozialistischen Rechts.

Dogmatisch ist Mandels Auffassung vom Zusammenhang zwischen Kapitalismus und atomarem Weltkrieg. Immerhin kann nicht ausgeschlossen werden, daß neue Formen internationaler kapitalistischer Vergesellschaftung das Risiko einer solchen Katastrophe so zu vermindern vermögen, daß sich das Verhältnis von kapitalistischem Krieg und kapitalistischem Frieden für längere Zeit wieder in seiner klassischen Form (ohne die unmittelbare Perspektive einer Apokalypse) stellt. Der Kapitalismus wird dadurch überhaupt nicht »friedensfähig«. Er nimmt seine militärischen Optionen lediglich auf einem anderen Niveau wahr.

Ein weiterer Schwachpunkt in Mandels Analyse ist die Beurteilung der Oppositionsbewegungen in Osteuropa und in der UdSSR. Ihre Breite reicht von borniertem Nationalismus bis zu den »Sozialistischen Klubs«. Historisch-materialistisch korrekt stellt Mandel fest, daß Massenbewegungen eine Voraussetzung jeder progressiven Veränderung sind. Ihre Stärke in Osteuropa und in der Sowjetunion liegt in ihrer Autonomie gegenüber Staat und Einheitspartei. Die Trotzkisten haben in Polen schon lange einen Narren an Solidarnosc gefressen. Irgendwer muß bei Gelegenheit ja wohl einmal die Selbstverständlichkeit aussprechen, daß Autonomie gegenüber Jaruzelski und Gorbatschow ideologische und politische Abhängigkeit von Bush und Johannes Paul sowie Besoffenheit durch Hoffnung auf den Western Way of Life einschließen kann.

Mandels »neue Linke« wird einen schweren Stand haben. Sie müßte in den meisten Volksdemokratien (für die Sowjetunion ist eine Aussage gegenwärtig schwierig) aus einer krassen Minderheitsposition heraus erst einmal erfolgreich um die Hegemonie kämpfen, soll die von ihm proklamierte »politische Revolution« nicht zur Konterrevolution werden und sein Sozialismus-Modell nicht lediglich eine regulative Idee für linke Bewegungen im Westen bleiben.

konkret 06/89, S. 32

Frank Fabel

Silberpfeil und Blitzkrieg

Daimler-Benz ist in den Motorsport zurückgekehrt. In bewußter Anknüpfung an die Silberpfeil-Legende rasen wieder silbrige Mercedes-Geschosse um die Rennstrecken der Welt. Zum vierten Mal in der Firmengeschichte paart sich das Rennsport-Engagement mit einer Ausweitung der Rüstungsproduktion. Zufall?

Als Anfang April Mercedes seine neuen Rennwagen zur Sportprototypen-WM im Auto-Feindstaat Japan präsentierte, war die Show perfekt. Die silbernen Flundern zogen alle Kamera-Augen auf sich. »Wenn Mercedes antritt, dann nur um zu siegen«, so Vorstandsvize Werner Niefer – und planmäßig siegten die »Silberpfeile« im japanischen Suzuka. Die Teamgefährten Schlesser und Baldi pilotierten den Mercedes souverän zum Erfolg; der Brite Acheson, als Schlußlicht des Feldes gestartet, fuhr gar auf Platz zwei vor. Das historische Zitat schien gelungen: Erinnerungen an die »Stern-Stunde von Reims« wurden wach. Damals hatten die »Silberpfeile« der Daimler-Benz AG bei ihrem Comeback 1954 auf Anhieb einen Doppelsieg errungen.

Gleichwohl, bei der historischen Reminiszenz hatte man planmäßig etwas vergessen. Firmensprecher ließen verlauten, man müsse das Publikum daran erinnern, »daß wir *auch noch* Autos bauen«, und zwar »die besten der Welt«. Eigentlich sei das ja klar, aber »wir müssen es *auch mal wieder* beweisen«. Was der Rüstungskonzern *sonst noch so* baut, dafür brauchen die PR-Leute des Rüstungsriesen in spe sicher keine Gedächtnisstütze. Für das *»mal wieder«* aber sollten die professionellen Image-Lifter doch mal bei den Haaren gezogen werden. Denn keineswegs »beweist« ein Sieg eines Sportprototypen, daß man »die besten Autos der Welt« baut. Diese Gleichung gilt im High-Tech-Rennsport schon lange nicht mehr. Weit mehr aber als mit den Serienautomobilen von Daimler-Benz hat das Motorsport-Engagement »mal wieder« mit den Aufrüstungsbestrebungen des Konzerns zu tun. Wie es so schön heißt: »Kontinuität der Firmenpolitik«.

Zum letzten Mal konnte diese Linie vom Rennwagen zum Serienauto vor dem ersten Weltkrieg gezogen werden. Damals produzierte Daimler noch maßgeblich Sportwagen für die Oberschicht. Nachdem im Sommer 1914 Mercedes ein denkwürdiger Dreifach-Sieg im Grand Prix von Frankreich gelungen war, schnellten die Auftragszahlen in die Höhe. Schon damals aber schilderte der Daimler-Generaldirektor Ernst Berge in einem Interview die Doppelgesichtigkeit des Motorsports aus Marken-Image und nationalem Prestige:

Dieser dreifache Sieg im Grand Prix war nicht nur ein ganz außerordentlicher automobilistischer Erfolg, er machte auch in politischen Kreisen nicht unbedeutenden Eindruck. Wenn es nicht unbescheiden wäre, den Grand Prix mit dem Weltkrieg in Beziehung zu bringen, so könnte man beinahe sagen: Der Grand Prix war der Auftakt zu den Kriegserfolgen der Deutschen.

In der Tat: Wäre der Krieg etwas Erhabenes, wäre es unbescheiden, den Grand-Prix-Sport mit den Weltkriegen in Beziehung zu bringen. Da er's aber nicht ist, können wir uns den Vergleich ruhig leisten. In aller Bescheidenheit: Mehr als einmal waren motorsportliche Erfolge der Auftakt zu einem Rüstungsboom bei der Firma unter dem Stern.

Freilich, aus dem Wettrennen nach Paris wurde nichts. Aber während die Kriegserfolge der Deutschen welkten, kletterten die Profite der Daimler-Motoren-Gesellschaft steil in die Höhe: Der »Fall Daimler« machte unangenehme Schlagzeilen. Der gute Stern auf allen Kriegsschauplätzen »zu Wasser, zu Lande und in der Luft« – so die hintergründige Symbolik des Dreizacks – hatte nicht nur mit dem Ruch des Kriegsgewinnlers zu kämpfen. Schon damals firmierte die Konkurrenz unter dem Signum der blau-weißen Kreissegmente, Zeichen für einen rotierenden Propeller: Die Bayerischen Motoren-Werke begannen ihre Karriere als Flugmotorenhersteller.

Weit davon entfernt, ein urtümliches menschliches Transportbedürfnis zu befriedigen, standen bei der Entwicklung des Automobils Motorsport und Weltkrieg Pate. In den Worten von Ernst Berge: »Für den Automobilismus war dieser Krieg die großartigste Propaganda, die man sich denken kann«.

Mehr als die Hälfte der 10.000 PKW des Deutschen Reiches im Jahre 1907 dienten als »Sportwaffe« der Aristokratie und des Geldadels. Aus den Herrenreitern waren Herrenfahrer geworden, aus den Herrenfahrern wurden – je nach Status – Panzergeneräle oder Kradmelder. Der Franzose Paul Virilio, der sich selbst einen »Geschwindigkeitsforscher«, einen »Dromologen« nennt, hat diese Kaste treffend als »Dromokraten« bezeichnet. Wenn sie sportiv durch die Dörfer brausten, waren sie Wegbereiter des technischen Fortschritts gleich auf zweierlei Weise: Sie erhoben das Automobil zum Status-Symbol auch für bürgerliche Schichten, und sie machten das gut-bürgerliche Wohnen an den Ausfallstraßen zusehends unmöglich: Wer etwas auf sich hielt, mußte ins Grüne ziehen und – Autobesitzer werden.

Für diesen schmalen Markt an Herrenfahrern, die ihre »Sportwaffe« für die Prestige-Kämpfe der oberen Zehntausend schärfen lassen wollten, produzierte Daimler auch noch in den 20er Jahren Sport- und Repräsentationsautomobile. Der 1926 aus den Firmen Daimler und Benz fusionierte Konzern verschlief die Entwicklung des billigen Massenautomobils.

Mit handwerklichem Stolz werkelte man weiter an Luxus-Karossen und Rennwagen. Als »Hoffnungswert« auf kommende Aufrüstungsprogramme schleppte man militärische Großmotorenprojekte über die Durststrecke des Versailler Friedens.

Bei so viel Ballast kam der Konzern in der Weltwirtschaftskrise arg ins Schlingern, 1932 gar an den Rand des Ruins. In dieser Zeit der tiefroten Zahlen erinnerte sich der Vorstand mit Wohlgefallen an die in sattem Immer-Grün strahlenden sportlichen Lorbeeren des Hauses. Beim »hochverehrten Herrn Reichskanzler« wurde man vorstellig und rief nach der helfenden Hand des Staates, um ein neuerliches Rennsportabenteuer zu finanzieren. Diese Hand war schon ausgestreckt – zum »Sieg Heil«.

Stärker noch als die militärische Nützlichkeit der Motorisierung stand Hitler die mobilisierende Wirkung der »Motorbegeisterung« vor Augen, wenn er von »der psychologisch gar nicht zu ermessenden Bedeutung« der Reichsautobahnen und »unseren Rennwagen« sprach. Zwar hatte der Führer keinen Führerschein, soviel aber hatte er doch gelernt: Ohne »jene gewaltige Propaganda für die Motorisierung unseres Volkes« würden seine Kriegspläne ebenso steckenbleiben wie die deutsche Offensive 1914. Die »ideelle Propaganda« »unserer allerbesten Rennwagen der Welt« sollte nicht nur zum Erwerb von »Weltgeltung« – so das ständig wiederkehrende Schlagwort Hitlers – dienen, sie hatte auch starke Vorbildwirkung für die »motorische Wehrertüchtigung« in der Motor-HJ und im Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps (NSKK). Alles gerann den Nationalsozialisten zu Metaphern der Bewegung Volkswagen – Autobahnen – Silberpfeil. Nicht umsonst bezeichnete sich die NSDAP als »die Bewegung«. »Sturzhelm gegen Stahlhelm getauscht!« So die abschließende Parole des Propaganda-Streifens zur Sechs-Tage-Fahrt 1939 mit dem sinnfälligen Titel »Männer in Leder«.

Die Daimler-Benz-Direktoren Nibel und Kissel rannten bei Hitler also offene Türen ein, als sie am 15. März 1933 den »hochverehrten Herrn Reichskanzler« darum baten, »eine Entscheidung dahin zu treffen, daß uns das Reich unterstützt« – und nicht jene »andere Firma, die sich mit dem Bau von Rennwagen noch nicht befaßt hat«. Diese andere Firma war die Auto-Union, die im Verein mit dem bei Hitler in hohem Ansehen stehenden Rennfahrer Hans Stuck und dem »genialen Erfinder« Ferdinand Porsche

gleichfalls um die Motorsport-Subventionen des Reiches buhlte. Der Mercedes-Narr Hitler bestimmte zwar, daß »die Mittel auf *die eine* Firma konzentriert werden müßten« (und nicht etwa auf »die andere«); der Reichsverkehrsminister Eltz v. Rübenach aber ging nach dem Gießkannenprinzip vor: Daimler-Benz erhielt für die Sportsaison 1934 ohne Vorbedingungen 800.000 Reichsmark; die Auto-Union wurde nach und nach mit einer halben Million bedacht. Der Reichsverkehrsminister wurde später entlassen; die Rennsportinvestitionen der Schwaben aber waren zu einem Drittel staatlich subventioniert.

Die deutschen Rennställe konnten also aus dem Vollen schöpfen. Binnen Jahresfrist entstand bei den Untertürkheimern ein Acht-Zylinder-Rennwagen mit Vier-Ventil-Technik und Kompressor nach der neuen internationalen Formel: Ohne Reifen, Schmiermittel und Betriebsstoff durfte der Grand-Prix-Wagen nicht mehr als 750 Kilogramm wiegen. Bei der Generalprobe aber brachte der Bolide zwei Pfund zuviel auf die Waage. Über Nacht mußte der Lack bis aufs nackte Blech abgeschmirgelt werden: Der »Silberpfeil« war geboren.

Manfred von Brauchitsch pilotierte das silbrige Geschoß zum Sieg beim Eifelrennen 1934. Die »Motorwelt« bejubelte den »ersten Rennwagensieg im Dritten Reich«. Etwas reservierter war da das NSKK-Organ »Deutsche Kraftfahrt«, das aus Verbundenheit mit der plebejischen SA vor dem »undeutschen Star-Unwesen« und der mondänen Atmosphäre des Grand Prix zurückschreckte: »Der Dank gebührt dem Führer – der Sieg gehört Deutschland!« Die Rennfahrer-Asse wurden vom NSKK-Organ zwar erwähnt, aber nicht gerade gefeiert.

Dankbar oder nicht – die Mercedes-Werbung mußte die Sporterfolge ins rechte Licht rücken. Markige Lettern verkündeten unter einem in imperialem Geltungsdrang den Erdball überschattenden Mercedes-Stern: »Taten von Weltgeltung waren und bleiben unser Prüffeld«. »Taten von Weltgeltung« war der aus den Hitler-Reden sattsam bekannte Terminus für Rennsporterfolge. Und bis heute ist und bleibt es erste Aufgabe der Automobilwerbung, dem Kunden einzureden, der Motorsport sei ein »Prüffeld« für seinen Wagen. Auf diese Weise wurde auch der sprichwörtliche »Mann mit Hut« am Mercedes-Volant ein wenig vom Duft der Motodrome umhaucht – ein Duft, in dem der Laie vielleicht nur verbranntes Gummi und ätzenden Alkoholtreibstoff wahrnimmt. Tatsächlich aber roch es hier schon nach Tankattacken und Bombenkrieg.

Freilich, nach dem Verfliegen des Geschwindigkeitsrausches hätte auch jedem Feierabend-Caracciola klar sein können, daß sein Serien-Gefährt wenig mit den Einzelstücken des Grand-Prix-Sports gemein hat. Einen Giganten wie den W 125, der im Endstadium weit über 600 PS abgab und auch ohne Stromlinienkarosse weit über die 300-km/h-Marke beschleunigte, beherrschte in ganz Europa nur eine Handvoll Fahrer. Der – nie wiederholte – Nachwuchslehrgang des Daimler-Benz-Rennleiters Alfred Neubauer demonstrierte das deutlich: ein Toter, mehrere hunderttausend Mark Sachschaden und ein fahrerflüchtiger Novize. Intern allerdings wurde die Untauglichkeit der Entwicklungen im Motorsport für die Erfordernisse

der Serie unverhohlen zugegeben. »Die Wege der Nutzanwendung von Motoren- und Fahrzeugteilen aus dem Rennwagenbau waren nicht mehr gangbar«, heißt es lakonisch in der Daimler-Benz-Firmenchronik aus dem Jahre 1961.

In der Öffentlichkeit ließ man anderes verlauten. Man brauche »schnelle Rennwagen als Vorläufer schneller Gebrauchswagen«, erklärte der Präsident des Reichsverbandes der deutschen Automobilindustrie, Geheimrat Dr. Allmers, auf der Automobilausstellung 1934. Und der Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzende Kissel setzte in seiner Meditation »Vom Sinn der Autorennen« noch eins drauf:

In allen Kulturländern der Erde erkennt man heute die Größe der in den deutschen Rennwagen verkörperten Leistung an. Daß dadurch auch die psychologischen Voraussetzungen für den Absatz deutscher Gebrauchswagen im Ausland sehr günstig beeinflußt werden, versteht sich von selbst.

Das Bild der Zahlen sieht anders aus: Die Exportquote des Unternehmens blieb weit hinter der der gesamten deutschen Pkw-Industrie zurück. So sackte der Anteil der exportierten PKW am Gesamtausstoß im erfolgreichen Rennjahr 1937 auf 13,7 Prozent, während der Durchschnitt des Deutschen Reiches schon bei 21,2 Prozent lag. Nicht einmal für die eigenen Produkte wurden die »psychologischen Voraussetzungen« für den Export geschaffen.

Die in der Öffentlichkeit gepriesenen Vorzüge des Motorsports trafen auf die Daimler-Benz AG nicht zu – weder die exportfördernde Wirkung, noch irgendein technologischer spill-over-Effekt für die Serie. Ja, warum treibt dann Daimler-Benz überhaupt Motorsport? Im Licht des Krieges betrachtet, ist die Antwort einfach:

1. Nicht wirklich mußten die Exportquoten steigen; es genügte dem Vorstand, mit der »uneigennützigen« Förderung des Exports via Motorsport ein Argument für die Bevorzugung bei den Rohstoffzuteilungen und Standardisierungsauflagen der beginnenden Kriegswirtschaft bei der Hand zu haben. Daß es sich bei dieser Exportförderung nur um eine psychologische, weil nicht vorhandene handelte, versteht sich nun in der Tat von selbst. Zwar ließ sich mit den überteuerten und veralteten Produkten im Ausland kein Staat machen, wohl aber ließ sich damit der NS-Staat ausstatten. Lag der Anteil der Daimler-Benz AG auf dem Binnen- und dem Exportmarkt meist unter 10 Prozent, so schnitt sie sich aus dem fetten Wehrmachtskuchen ein 40-Prozent-Stück. In den Gliederungen der Partei lag ihr Anteil zum Teil sogar noch höher. Der 2,6-Liter-Mercedes – in Deutschland nicht unter 7200 Reichsmark zu haben – konnte im Ausland noch nicht einmal zum halben Preis losgeschlagen werden. Während die Auslandsvertreter wegen der anhaltenden Exportflaute lieber gleich Urlaub machten, avancierte die veraltete Konstruktion 1935 zum Standard-Kübelwagen der Wehrmacht. SS und Gestapo fuhren lieber den 170 V, dessen Serienproduktion – die erste in der Firmengeschichte überhaupt – von der Reichswehr vorfinanziert war. Der Motorsport warb nicht für Export-, sondern für Staatsaufträge, genauer gesagt: für Terrorstaatsaufträge.

2. Mochten die superstarken Motoren der Silberpfeile auch für die zivile Serienfertigung ohne jede Bedeutung sein, so waren sie doch ein »Prüffeld« in einem ganz anderen Produktionsbereich, und es ist immer wieder erstaunlich, wie knapp sich die Firmenchronik an der Wahrheit vorbeimogelt: »Die überstark gewordenen Motoren der 750-kg-Formel führten zu einem Leistungsgewicht, wie es selbst im Flugzeugbau kaum erreicht wurde« . In der Tat ähnelte der Rennmotor in vielen Konstruktionsmerkmalen dem Flugzeugmotor. Das geringe Leistungsgewicht, vor allem aber die Entwicklung des Kompressors zum Schnell-Läufer fördern die Start- und Höhenflugeigenschaften eines Flugzeugs. Dem fähigen Konstrukteur Fritz Nallinger, der zwischen Rennstall und Konstruktionsbüro pendelte, war mit dem Flugmotor DB 601 der große Wurf gelungen. Mit dem DB 601 im Bauch kurvten die Messerschmitts über dem Ärmelkanal; mit dem DB 601 unter den Flügeln surrten die Heinkel-Bomber nach Guernica.

Dieser deutsche »Blitz«-Start wäre – nach dem Verbot jedweder Luftrüstung unter dem Versailler Vertrag – kaum vorstellbar gewesen, hätte es nicht den Motorsport gegeben. »Diese sogenannte 750-kg-Formel«, heißt es verklausuliert in der Firmenchronik, »wurde geradezu ein Musterbeispiel in der Schulung der Konstrukteure, in der Beherrschung der Materie«. Über Jahre konnten so Ingenieure auch ohne praxisnahe Nutzanwendung ihrer Erfindungen bei der Stange gehalten und motiviert werden. Daß es sich bei der »Beherrschung der Materie« um ein Teilstück der Vorbereitung des Angriffskrieges handelte, wird den meisten entgangen sein. Die Dreh- und Taumelspiele in den Motodromen machten den Schwindel perfekt.

Jedoch: Der in den Rennen erworbene technische Vorsprung, an Einzelstücken mit handwerklicher Akribie verwirklicht, war eben nur ein technischer und kein industrieller. Als das Rennmotiv des Blitzkrieges sich in der Weite der russischen Felder totlief, konnte es der Kleinbürger Hitler gar nicht fassen, daß der sowjetische T 34, ein in Massen fabrizierter Panzer mit Dieselmotor, sich dem »Panther« der Daimler-Benz AG überlegen erwies. Ein hochgezüchteter Benzinmotor taugt eben nur für die Rennbahn und nicht für den »Alltag« an der Ostfront. Daimler-Benz möge das beherzigen, wenn demnächst Silberpfeile zum Kampf um den im Zeichen der Perestroika ausgeschriebenen Grand Prix der Sowjetunion antreten – diesmal freilich zum Kampf um den Markt und nicht um den »Raum«.

Vom Silberpfeil zum Schnell-Bomber? Die Gleichung stimmt vorwärts wie rückwärts: Verhalf zunächst die im Rennsport erprobte Kompressor-Technik der Luftwaffe zu ungeahnten Höhenflügen, so beschleunigte umgekehrt die für den

Flugmotor entwickelte Einspritz-Pumpe die Silberpfeile der 50er Jahre – damals ein Novum im Rennsport. Der Weltkrieg-I-Pilot Nallinger und der Flugmotor-Konstrukteur Hans Scherenberg begossen an der Mercedes-Box das erfolgreiche Formel-I-Comeback. Ähnlich wie das »Fußballwunder von Bern« überwältigte die »Stern-Stunde von Reims« die zaghaften Vergangenheitsbewältigungsversuche der Bundesrepublik: Man war wieder wer, und man rüstete auf.

Der historische Wiederholungstäter Daimler-Benz hat aus der Geschichte gelernt: Soll ein neues fliegendes Goldenes Kalb am europäischen Himmel subventioniert werden – Airbus oder Jäger 90, egal – so laßt uns Rennen fahren: Das vertuscht und lenkt ab, und gleichzeitig hebt es unser nationales Prestige. Und während die Spoiler-Gemeinde auf den bundesdeutschen Autobahnen schon murmelt »sportlich, sportlich: ein Mercedes-Benz ! «, wird man in der Vorstandsetage daran gehen, die Historie, aus der man so trefflich gelernt hat, endgültig abzuschaffen: Man bewegt sich nur noch im Raum der frei fluktuierenden Symbole. Die Größe »nationales Prestige« ist zu einer von vielen in der Kalkulation geworden. Immerhin, noch kostet der Motorsport echtes Geld – sogar sehr viel Geld, wenn Daimler-Benz wie geplant 1993 die Formel-I-WM gewonnen haben wird.

konkret 06/89, S. 36

Klaus Croissant

Die Firma mit dem Gö-Ring

Weil die Salzgitter AG jene »uneingeschränkte Verfügungsbefugnis« über das Werksgelände behalten will, die ihre Vorgängerin dazu nutzte, die SS auf dem Firmengelände ein KZ für Zwangsarbeiter betreiben zu lassen, soll der Opfer der »Vernichtung durch Arbeit« nicht am Ort ihrer Leiden gedacht werden dürfen Und überhaupt »Ein klassischer Zusammenhang« zwischen Großindustrie und Nazi-Regime sei »nicht gegeben« Den Herren kann hier Nachhilfe erteilt werden

Am Rande, aber noch innerhalb des Fabrikgeländes der bundeseigenen »Stahlwerke Peine-Salzgitter AG« in Salzgitter liegt das frühere Konzentrationslager Drütte, einst eines von rund 70 Außenkommandos des KZs Neuengamme. Unter der Hochstraße für den motorisierten Werksverkehr, die hinter Tor I ins Zentrum des Stahlunternehmens führt, stehen noch heute jene vier Blöcke, die 1942-1945 um die dreitausend KZ-Häftlinge beherbergten. In jedem Block, je 12 Meter breit und 40 Meter lang, waren 700-800 Häftlinge auf Holzpritschen in vierstöckigen Reihen zusammengepfercht.

Noch sind die vergitterten Fenster zu sehen. Noch heute werden die KZ-Blöcke industriell genutzt, wenn auch nur für den Baubetrieb der Stahlwerke. Die vier Luftschutzbunker der SS, die den Appellplatz entlang dem Stacheldraht umgaben, ließ die Firmenleitung inzwischen beseitigen, die freigewordenen Flächen mit Rasen bepflanzen. Spurenvernichtung wenige Wochen vor einer Gedenkstunde, die auf Druck des Betriebsrates am Ort der Täter, vor der Kulisse der Werksanlagen, zum 40. Jahrestag der Befreiung Salzgitters vom Faschismus stattfinden sollte.

Aber auch ohne die alten SS-Bunker ist Drütte »in diesem unserem Lande« das einzige Industrie-KZ, dessen Baulichkeiten nahezu vollständig erhalten geblieben sind. Der gegenwärtige Besitzer, die »Stahlwerke Peine-Salzgitter AG«, ist aus der ehemaligen »Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring« hervorgegangen, kurz »Hermann-Göring-Werke« (HGW) genannt. Mit Berlin und später Watenstedt-Salzgitter als Verwaltungssitz wurde konzernweit unter einem Firmenzeichen produziert, das dem Familienwappen von Hitlers Reichsmarschall entlehnt war: einer stilisierten Faust, die den »Gö-ring« hält. 1944 beschäftigte der gesamte HGW-Konzern über 500.000 Menschen in 297 Unternehmen der Montan-, 94 der Rüstungs- und 19 der Schiffahrtsindustrie .

Während des zweiten Weltkriegs schufteten für das Industrie-Syndikat allein im Raum Salzgitter, der früheren »Hermann-Göring-Stadt«, 40.000 ausländische ArbeiterInnen, 10.000 Kriegsgefangene und 9.000 KZ- oder Strafhäftlinge. Das Industriegelände, auf dem das KZ Drütte errichtet wurde, gehörte zur HGW-eigenen »Hütte Braunschweig«, damals dirigiert von Dr. Paul Rheinländer als »Betriebsführer«. Ebenso wie ihre Vorgängerin sind die heutigen Stahlwerke Peine-Salzgitter Teil eines Staatskonzerns .

Dem Bundeskonzern »Salzgitter AG« gehören neben den Stahlwerken 121 weitere Industrie- und Handelsunternehmen an, darunter die »Salzgitter South Africa Ltd«, die »Dr. C. Otto Ltd« in Johannesburg und die »Salzgitter Industriebau GmbH«, die unlängst wegen ihrer Beteiligung am Bau einer Giftgasfabrik in Rabta/Libyen von sich reden machte.

Das Industrie-KZ Drütte ist ein Musterbeispiel für das enge Zusammenwirken von Wirtschaft und Nationalsozialismus. In Dienst gestellt während der letzten Phase des KZ-Systems im Oktober 1942, wurde der Einsatz der Häftlinge an dem gemeinsamen Ziel orientiert, die Rüstungsproduktion »bis zum Endsieg« zu steigern. Der verstärkte Häftlingsbedarf der Kriegsindustrie ließ die Zahl der Inhaftierungen und der Außenlager bereits bestehender Konzentrationslager in die Höhe schnellen. Wiesen die KZ im Dezember 1942 noch eine Gesamtbelegstärke von 88.000 Gefangenen auf, so waren es unter Einbeziehung der Außenlager im August 1943 bereits 224.000 und ein Jahr später 524.000. Innerhalb der gleichen Zeit wuchs die Zahl der Außenlager von vereinzelten »Außenkommandos« auf 1.634.

Auf Grund ihrer Konzerngeschichte spielten die HGW bei Planung, Durchführung und Forcierung der Zwangsarbeit durch KZ-Häftlinge eine wesentliche Rolle. Die erste HGW-Gesellschaft wurde im Ratskeller von Bad Salzgitter am 15. Juli 1937 als »Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten« gegründet. Als ihr oberster Chef fungierte der Generalbevollmächtigte für den Vierjahresplan der NS-Wirtschaft, Hermann Göring. Zum Vorstandsvorsitzenden hatte Göring seinen engsten Vertrauten, den Industriellen und Fabrikbesitzer Paul Pleiger ernannt. Pleiger wurde gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der HGW-Tochtergesellschaften. Über das nächstliegende Ziel der HGW waren Göring und Pleiger sich einig. Hitler selbst hatte in seiner Denkschrift zum Vierjahresplan erklärt, die deutsche Armee müsse in vier Jahren einsatzfähig, die deutsche Wirtschaft in vier Jahren kriegsfähig sein. Er konnte sich bei dieser kriegs- und wirtschaftspolitischen Aufgabenstellung auf einen Vorschlag des IG-Farben-Direktors Carl Crauch stützen. Crauch hatte Hitler einen Vierjahresplan zur Neuorganisation »der gesamten produktiven Kräfte« durch deren Eingliederung in einen »straff militärisch geführten wirtschaftlichen Organismus« vorgeschlagen.

Die HGW sollten für diese hehren Ziele zunächst die Erzlager im Salzgitter-Gebiet erschließen, verhütten und zu Stahl verarbeiten. Um die Ausbeutung der Erzfelder für die HGW zu sichern, ließ Görings Beauftragter Pleiger durch seinen Syndikus Dr. Georg Strickrodt die Eingliederung der Erzlagerstätten in die HGW vorbereiten. Aus Strickrodts Entwurf entstand die »Verordnung über den Zusammenschluß der Bergbauberechtigten«, die als »neues Ermächtigungsgesetz«

Hitlers Zustimmung fand. Die notwendigen Enteignungen von überwiegend landwirtschaftlich genutzten Grundstücken wurden von der HGW-eigenen »Großdeutschen Umsiedlungsgesellschaft mbH« nach der neugeschaffenen »Verordnung über Landbeschaffung« durchgeführt.

Bereits 1938 wurde das Gründungskapital der HGW von 5 Millionen Reichsmark unter Beteiligung von Privatindustrie und Banken auf 400 Millionen aufgestockt. Im Zweckverbund mit nationalsozialistischer Eroberungspolitik setzten die HGW ihre Expansion nach der Annexion Österreichs, der Besetzung der Tschechoslowakei und den ersten Angriffskriegen gegen Polen und Frankreich noch bis 1944 fort. Neugegründet, fusioniert, übernommen, geraubt, arisiert wurden möglichst Betriebe, die für Kriegsproduktion und Kriegsprofit nützlich erschienen, so etwa die »Österreichisch-Alpine-Montangesellschaft« in Wien oder die tschechischen Berg-, Hütten- und Eisenverarbeitungsindustrien einschließlich der Braunkohlezechen des Petschek-Konzerns, die die HGW-Führung anschließend gegen die rüstungsrelevanteren Steinkohlefelder der »Harpener Bergbau AG« des Flick-Konzerns eintauschte.

Das Ministerium für Bewaffnung und Munition, im Februar 1942 von Albert Speer übernommen und 1943 umbenannt in Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, wurde durch Konzernvertreter der »Reichsgruppe Industrie« wie Wilhelm Zangen (Mannesmann) und Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke) aufgebaut. Der saarländische Hüttenbesitzer Hermann Röchling verkündete stolz, die Industriellen stünden jetzt »am Steuerruder der Zeit«. Innerhalb der Industrie wurden »Hauptausschüsse« gebildet, die für die Konzentration der Produktion in »Bestbetrieben« verantwortlich zeichneten. Der Betriebsführer der HGW-eigenen Stahlwerke Braunschweig, Edmund Geilenberg, war nicht nur Leiter des »Hauptausschusses Munition«, sondern gehörte auch dem Industrierat des Oberkommandos des Heeres an, der zur Vorbereitung der Sommeroffensive 1942 an der sowjetischen Front gegründet wurde.

Nach dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie gegen die Sowjetunion im Winter 1941/42 stand fest, daß trotz massiver Deportationen ausländischer ArbeiterInnen aus den überfallenen europäischen Staaten, trotz Zwangseinsatzes von Kriegsgefangenen und der Dienstverpflichtung von Frauen eine Steigerung der Industrieproduktion vor allem im Rüstungssektor nicht zu erreichen war. HGW-Konzernchef Pleiger, 1941/42 zum Mitglied des Reichsrüstungsrates und Vorsitzenden der Reichsvereinigung Kohle, zum Treuhänder des Erzgebietes Lothringen/Luxemburg und zum Reichsbeauftragten für die gesamte Wirtschaft des Ostens aufgestiegen, drängte für die Rüstungsindustrie auf einen weitestgehenden Einsatz von KZ-Häftlingen. Die bisher dem SS-Führungshauptamt zugeordnete Dienststelle »Inspekteur der Konzentrationslager« wurde deshalb im März 1942 dem Wirtschaftsverwaltungshauptamt der SS (WVHA) unterstellt. Im Vordergrund stehen sollte nunmehr nicht mehr die Verwahrung von Häftlingen »aus Sicherheits-, erzieherischen oder vorbeugenden Gründen«, sondern die »Mobilisierung aller Häftlingsarbeitskräfte für Kriegsaufgaben (Rüstungssteigerung)«, heißt es in einem Schreiben des Leiters des WVHA, SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, an den Reichsführer SS, Heinrich Himmler.

Im Hinblick auf die geplante Munitionsfertigung im Hüttenwerk Braunschweig der HGW, die unter der Tarnbezeichnung »Aktion 88« laufen sollte, klärte Pleiger im September 1942 direkt mit Himmler ab, daß »Schutzhäftlinge in großem Maß« eingesetzt werden sollten. Industrieherr und Reichsführer SS waren sich freundschaftlich verbunden. Zur Gemeinschaftsgründung der HGW-Schlackenwerke in Linz schrieb Himmler dem »lieben PG Pleiger« im Oktober 1942: »Seien Sie doch so nett und weisen Sie Ihre Leute an, daß für alle Unternehmen Pleiger-SS fiftyfifty das heilige Grundgesetz ist... Heil Hitler. Herzlichst Ihr H. Himmler«.

Im gleichen Monat wurden HGW und SS über die geschäftlichen Aspekte des Häftlingseinsatzes im Rahmen der Aktion 88 handelseinig. HGW-Chef Pleiger, WVHA-Amtsleiter Pohl für die SS und der Leiter des SS-Dezernates »Arbeitseinsatz der Häftlinge«, Brigadeführer Dr. Kammer, kamen in der Hütte Braunschweig überein, »daß die Hermann-Göring-Werke zusammen mit der Schutzstaffel gemeinsam mit der Maßgabe einer hälftigen Gewinnbeteiligung eine Granatendreherei betreiben. Die Hermann-Göring-Werke stellen im Rahmen des Walzwerks der Hütte Watenstedt b. Braunschweig die Fabrikationsstätte einschl. sämtlicher erforderlicher Anlagen zur Verfügung, die Schutzstaffel stellt Häftlinge und Bewachungsmannschaften«. Eine Kontrolle der Gewinnvereinbarung war nicht vorgesehen. Die SS verließ sich vielmehr, so Pohl für das WVHA, »auf eine an ständige Geschäftsgebarung durch die Hermann-Göring-Werke«.

Am 18. Oktober trafen die ersten 50 Häftlinge aus dem KZ Buchenwald in der HGW-Hütte Braunschweig ein. Ihnen wurden die bisherigen Unterkünfte der polnischen Zwangsarbeiter in den Waschkauen unter der Hochstraße des Werks zugewiesen. Bis März 1943 wurden die Blöcke I und II, bis Ende 1943 Block III und bis Frühjahr 1944 Block IV des KZs Drütte fertiggestellt. Mit dem Bau von Reichsarbeitsdienstbaracken für die 100 SS-Bewacher, von vier Holztürmen und einer elektrischen Stacheldrahtumzäunung – Ladespannung 500 Volt – konnte das »KZ-Außenkommando Drütte« in Aktion treten. Zwischen November 1942 und Mai 1943 trafen die Häftlinge in Transporten von 227 bis 476 Personen ein, so daß Ende Mai 1943 ein Arbeitseinsatz von 2.627 KZ-Insassen im Hüttenbetrieb zu vermelden war. Bis September 1944 erhöhte sich die Zahl der eingesetzten Häftlinge auf 3.150.

HGW und SS schlossen über die Häftlinge des KZs Drütte eine Art Mietvertrag ab. Die HGW hatten danach für jeden »zur Verfügung stehenden Häftling« eine tägliche Vergütung von sechs Mark für Facharbeiter und von vier Mark für

Hilfsarbeiter zu bezahlen. Andere Vertragsbestimmungen sahen die kostenlose Versorgung der Häftlinge mit Medikamenten, Verbandsstoffen und Arbeitskleidung durch die HGW vor. Obwohl die HGW den Häftlingen selbst für ihre Arbeit keinen Lohn bezahlte, war HGW-Justitiar Strickrodt mit dem Häftlingsabkommen nicht ganz zufrieden. In einem Begleitschreiben zur Vertragsunterzeichnung bemängelte er für die HGW gegenüber der SS-Kommandantur des KZ-Stammlagers Neuengamme, daß der Vertragstext »in wesentlichen Punkten von dem Vertrag abweicht, den wir im November 1943 mit der Gestapo Braunschweig über das Arbeitserziehungslager 21 abgeschlossen haben«. Nach dem Hinweis auf den Gestapo-Vertrag gibt der Top-Jurist der Reichswerke seiner Hoffnung Ausdruck, daß die einzelnen Vertragsbestimmungen »jeweils im Hinblick auf höchstmögliche Arbeitsleitung der Häftlinge« ausgelegt werden sollen.

Die SS widersprach dieser Erwartung nicht. Hatte doch ihr Reichsführer Himmler schon 1942 die angesagte Umstellung der Industrie auf den »totalen Krieg« mit der Losung unterstützt, »asoziale Elemente« der »Vernichtung durch Arbeit« zuzuführen. Reichspropagandaminister Dr. Josef Goebbels, den Kohl vor nicht allzulanger Zeit mit Gorbatschow verglich, erklärte zustimmend, die Idee der Vernichtung durch Arbeit sei die beste. Die Überstellung von KZ-Häftlingen an die NS-Industrie stand nicht im Widerspruch zu den Plänen für eine Endlösung, die der Nazistaat für Juden und andere KZ-Insassen in seinen Vernichtungslagern vorgesehen hatte. Die Vernichtung durch Arbeit in der Industrie kennzeichnet vielmehr eine kriegsbedingte Variante des gesamten rassistischen und ideologischen Ausrottungsprogramms .

Vernichtung durch Arbeit bedeutete: Arbeitsfähige KZ-Insassen sollten bis zur vollständigen Ausbeutung ihrer Produktivkraft für die Industrie eingesetzt werden, ihre endgültige Vernichtung erst nach ihrer Arbeitsunfähigkeit erfolgen. Konkret: Häftlinge im KZ Drütte, die erkrankt und nach maximal sechs Wochen nicht wieder arbeitsfähig waren, wurden ins Hauptlager Neuengamme transportiert und von dort aus in die Vernichtungslager Lublin und Auschwitz geschickt. Für die ausgeschiedenen Häftlinge erhielten die HGW Ersatz durch neue, die nach ihrer Selektion in den KZ-Hauptlagern einem Außenkommando zugeteilt wurden. Die SS gab den HGW die Möglichkeit, »Facharbeiter durch Eignungsprüfung in den Konzentrationslagern selbst auswählen zu lassen«. Ein Angebot, das genutzt wurde.

Die HGW waren nicht nur der größte Abnehmer von KZ-Häftlingen, sie waren auch ihr größter Verbraucher. Die in ihren Betrieben eingesetzten Häftlinge hatten die geringste Lebenserwartung. Selbst bei den Häftlingen des Industrie-KZs der IG-Buna-Werke in Auschwitz-Monowitz, die vom Lagerkommandanten Höss des KZs Auschwitz selektiert und überstellt wurden, war die Todesrate erheblich niedriger. Für das KZ Drütte rechnete die SS mit einer durchschnittlichen Einsatzfähigkeit = Lebenszeit von nur 9 Monaten. Wegen der hohen Sterblichkeit gab der »Inspekteur der Konzentrationslager«, SS-Gruppenführer Glücks, die Anweisung, »mit allen Mitteln zu versuchen, die Sterblichkeitsziffer im Lager herunterzudrücken«.

Über Herkunft und »Haftgründe« der Lagerinsassen berichtet Gerd Wysocki: »Im KZ Drütte befanden sich in der Mehrzahl sowjetische Staatsangehörige, gefolgt von Franzosen, Niederländern, Deutschen und Tschechen, kleinen Gruppen von Jugoslawen, Ungarn und Dänen sowie vereinzelt Bulgaren, Griechen, Spanier und Letten. Seit Ende 1943 nahm die Zahl der inhaftierten Italiener zu. 1944 wurden 100 jüdische Häftlinge eingeliefert. Sie stammten hauptsächlich aus Polen, Deutschland und Balkanländern. Die jüngsten Häftlinge waren 15 Jahre alt, unter ihnen viele polnische Juden. Andere Häftlinge hatte man als politische Gegner bereits in den 30er Jahren in das KZ Dachau oder das KZ Buchenwald eingeliefert und für die Aktion 88 abkommandiert. Die meisten ausländischen Häftlinge inhaftierte man, weil sie auf der Flucht ergriffen wurden, weil sie die ihnen zugewiesene Arbeit verweigert hatten oder weil sie als Widerstandskämpfer in ihrem Heimatland Partisanengruppen unterstützt hatten«.

Die meisten Häftlinge wurden in der Granatenproduktion der Aktion 88 eingesetzt. Gearbeitet wurde im Zweischichtensystem von je 12 Stunden. Zeitweise lief ein Dreischichtenbetrieb, wobei die dritte Schicht von ausländischen Zivilarbeitern gefahren wurde. Diese Maßnahme diente offenbar dazu, die ungewöhnlich hohe Häftlingsausfallquote infolge von Entkräftung, Krankheit und Tod zu drücken und die Arbeitsproduktivität zu steigern.

Die Essensrationen waren so bemessen, daß die Häftlinge nicht allzu schnell arbeitsunfähig werden sollten. Wenigstens die durchschnittliche Einsatz- und Lebenszeit von 9 Monaten, von der die SS ausging, sollte gehalten werden. Eine schwierige Vorgabe bei einer Ernährung, die es möglich machen sollte, Knochenarbeit aus einer Art von dünnem Kaffee morgens, aus 3/4 Liter fleischloser Suppe mittags und aus 250 g Brot, 20 g Margarine, Marmelade und ab und zu 15 g Käse oder Wurst abends herauszupressen.

Während des Arbeitsprozesses erhielten die Häftlinge ihre Anweisungen von HGW-Beauftragten, insbesondere dem Betriebsleiter der Aktion 88, Walter Mehnert, und dem leitenden Oberingenieur der Hauptwerkstätten, Josef Wurm. Im übrigen unterstanden die Häftlinge der Befehlsgewalt der SS. Der Lagerkommandant des KZs Drütte sollte das Außenkommando nach dem Organisationsmuster des Hauptlagers Neuengamme führen: über seine Rapport- oder Arbeitsdienstführer und die Blockführer unter Mitwirkung von Funktionshäftlingen, den Lagerältesten, Blockältesten, Kapos.

»Prügel, Fußtritte und Hiebe mit dem Ochsenziemer gehörten für die Häftlinge zum Alltagsgeschehen«, schreibt Gerd Wysocki in seiner Abhandlung über »Zwangsarbeit im Stahlkonzern«. Mit 25 Ochsenziemer-Hieben über dem Block wurden Häftlinge bestraft, die während der Arbeitszeit rauchten, mit Zivilpersonen redeten oder Häftlingskleidung wuschen. Zahlreiche Häftlinge konnten sich von dieser »Sonderbehandlung« nicht mehr erholen und starben im Revier. Mißhandelt wurden die Häftlinge nicht nur von ihren SS-Bewachern, sondern auch von HGW-Angehörigen wie Mehnert und Wurm. Die Arbeitseinsatzleiter der Industrie konnten sich der Rückendeckung des Chefs der Walzwerkbetriebe, Dr. Wesseling, des Verbindungsmannes zur SS, sicher sein.

Verhängnisvoller als Schläge mit Latten, Fausthiebe oder Ohrfeigen wirkten sich allerdings die Anzeigen aus, die Mehnert und Wurm wegen Sabotage oder Arbeitsverweigerung gegen zahlreiche Häftlinge mit der Anregung erstatteten, die Todesstrafe zu verhängen. Der Lagerkommandant leitete diese Meldungen, die ihm die Bevollmächtigten der HGW übergaben, an das Reichssicherheitshauptamt – Amt IV, Gestapo – in Berlin weiter, das die beantragten Todesstrafen bestätigen mußte und bestätigte. Wysocki: »Die Hinrichtungen wurden als Erhängungen innerhalb des Lagerbereichs im Hüttenwerk vollstreckt. Außer der SS-Lagerbewachung und Gestapo-Beamten aus Watenstedt-Salzgitter und Braunschweig nahmen auch Vertreter der Abwehr und der Betriebsführung teil. Nachdem der Lagerkommandant das Urteil verlesen hatte, teilte die SS einige Häftlinge ein, die die Hinrichtung durchzuführen hatten. Ein Kapo legte dem Verurteilten den Strick um den Hals, während ein SS-Mann den Tisch, auf dem der Verurteilte stand, beiseite stieß. Nach offiziellen Angaben wurden nachweislich mindestens 9 Häftlinge auf diese Weise hingerichtet. Daß Häftlinge innerhalb des Lagerbereichs oder am Arbeitsplatz erschlagen oder erschossen wurden, kam noch häufiger vor. An manchem Tag erschoß die SS gleich mehrere Häftlinge: am 31. Dezember 1942 wurden vier Häftlinge 'auf der Flucht erschossen' und am 18. Januar 1943 fünf Häftlinge«.

Infolge der systematischen Unterernährung trotz schwerer körperlicher Überarbeitung erkrankten die Häftlinge rasch. Tuberkulose breitete sich aus. »Ausgemusterte« Häftlinge wurden von der Hütte Braunschweig wiederholt dadurch ersetzt, daß Fachleute der HGW sich ins KZ Oranienburg begaben, um dort inhaftierte Facharbeiter zur Vernichtung durch Arbeit im KZ Drütte zu selektieren.

Ein Häftling errechnete für 1944 anhand des Produktionsausstoßes von vier Pressen eine monatliche Fertigung von 288.000 Granatenrohlingen: eine Arbeitsleistung von 95 Prozent des Ziels, das sich Kriegsminister Albert Speer, HGW-Konzernchef Pleiger, Hütte-Braunschweig-Betriebsführer Dr. Rheinländer und Walzwerkleiter Dr. Wessling vor Aufnahme der Produktion im Rahmen des Programmes »Vernichtung durch Arbeit« gesetzt hatten.

Nach 1945 blieb die von den Alliierten verordnete Entflechtung und Demontage der Montanindustrie ein kurzes Zwischenspiel. Die Gründung der BRD im Zuge antisowjetischer Kreuzzugspläne und des Korea-Krieges lieferte günstige Rahmenbedingungen für einen Neuaufbau des Salzgitter-Konzerns. Die Vermögenswerte der Reichswerke wurden 1953 aus der Kontrolle durch die Alliierte Hohe Kommission entlassen. Damit ging die Zuständigkeit für die Neuordnung des alten NS-Industriekonzerns auf die Bundesregierung über. So kam es, daß im Verlauf der 50er Jahre an Stelle entflochtener Unternehmen ein neuorganisierter Montankonzern zum interkapitalistischen Konkurrenzkampf antreten konnte. Die alte Reichswerke-Dachgesellschaft des Montanblocks, die »AG für Berg- und Hüttenbetriebe«, firmiert seit 1961 unter ihrem heutigen Namen als »Salzgitter AG«.

In ungebrochener Kontinuität zu ihren nationalsozialistischen Vorläufern produzieren die Unternehmen des Salzgitter-Konzerns auch heute noch unter dem Zeichen von Hitlers Reichsmarschall. Das HGW-Wappen, einst einem Wettbewerb von Graphikern zur Stärkung der Symbolkraft deutscher Industrie entsprossen, präsentiert sich heute zumeist in verschämt abgewandelter Form: durch den »Gö-ring« zieht sich eine Eisenbahnschwelle. Nach Auschwitz wohl eher eine assoziative Präzisierung des alten NS-Firmenzeichens .

Konzernchef Paul Pleiger wurde nach Kriegsende im letzten Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß wegen Ausplünderung der besetzten Länder und der Organisierung von Zwangsarbeit in großem Stil zu 15 Jahren Haft verurteilt. Bereits 1951 wurde der Nazi-Industrielle vorzeitig entlassen und übernahm seine Maschinenfabrik in Sprockhövel. Die engsten Mitarbeiter Pleigers machten hingegen beim Wiederaufbau des einstigen HGW-Konzerns erneut Karriere.

Der Betriebsführer der noch 1944 in »Paul-Pleiger-Hütte« umbenannten Hütte Braunschweig mit dem werkseigenen KZ Drütte, Dr. Paul Rheinländer, hatte am Programm der Vernichtung durch Arbeit an maßgeblicher Stelle mitgewirkt. 1949 avancierte er zum Vorstandsmitglied der alten HGW-Stammgesellschaft »Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten« und blieb es bis zu deren Liquidation 1953. Aufsichtsratsmitglied der »Salzgitter Erzbergbau AG« 1950-1967 und der »Salzgitter Hüttenwerk AG« 1952-1953, stieg Rheinländer 1965 zum technischen Vorstand und Generaldirektor des Bundeskonzerns »Salzgitter AG« auf, eine Machtstellung, die er bis 1967 bekleidete. Der verdiente Nazi- und Bundesindustriemanager wechselte zum Abschluß seines erfolgreichen Lebens in das Amt eines Aufsichtsratsvorsitzenden der »Salzgitter AG« über. Die Technische Hochschule Braunschweig verlieh ihm den Titel eines »Ehrensenators«.

Edmund Geilenberg, der ebenfalls dem Pleiger-Freundeskreis angehörte und als Betriebsführer der HGW-Gesellschaft »Stahlwerke Braunschweig« sowie als Leiter des »Hauptausschusses Munition« und Mitglied des Wehrmacht-Industrierates Kriegsproduktion und Menschenvernichtung mit in Gang gehalten hatte, wurde 1955 Vorstandsvorsitzender der »Salzgitter Maschinen AG«. Er blieb dort bis 1963 Generaldirektor.

Der von Pleiger engagierte HGW-Chefjurist Dr. Georg Strickrodt, bekannt als harter Verhandler mit der SS über die finanziellen Aspekte des Häftlingseinsatzes, war als Reichswerke-Syndikus im »Bund Nationalsozialistischer Juristen« organisiert. Von der britischen Militärregierung wurde Strickrodt mit der treuhänderischen Verwaltung des Reichswerke-Vermögens beauftragt. Der tüchtige Rechtswahrer brachte es 1947 zum Finanzminister des Landes Niedersachsen und schließlich zum Rechtsprofessor.

Die unmittelbar Verantwortlichen für den Produktionsablauf der Aktion 88 im KZ Drütte, Josef Wurm und Willi Mehnert, wurden gemeinsam mit niedrigen SS-Chargen der Mißhandlung von Häftlingen angeklagt. Das britische Militärgericht verurteilte Mehnert zu 7 Jahren Haft. Wurm wurde freigesprochen. Wegen der mindestens 18 Häftlinge, die auf Grund der Anzeigen Wurms erhängt wurden, erklärte das Gericht, der Wille Wurms, die Häftlinge hinrichten zu lassen, habe zu seiner Verurteilung nicht ausgereicht.

Fast 40 Jahre dauerte es, bis die eigene Konzerngeschichte die Unternehmensführung der Stahlwerke Peine Salzgitter AG einholte. BürgerInnen schlossen sich zu einem »Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V., Salzgitter« und zu einem »Komitee zur Errichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte im ehemaligen KZ Drütte« zusammen. Diese Forderung wird seitdem nicht nur von Verfolgten-Organisationen und noch überlebenden Häftlingen des KZs Drütte getragen, sondern auch vom Gesamtbetriebsrat der Stahlwerke und dem Rat der Stadt Salzgitter, von DGB und Einzelgewerkschaften, von SPD, DKP und Grünen oder von Einzelpersönlichkeiten und antifaschistischen Initiativen wie dem »aktiven museum faschismus und widerstand« in Berlin.

Seit dem 22. Januar 1988 liegt auch eine schriftliche Forderung des Europäischen Parlaments vor, »die auf dem Gelände der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG im ehemaligen Konzentrationslager Drütte gequälten und zu Tode geschundenen Häftlinge durch Errichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte am Ort ihrer Leiden zu ehren«. Eingebracht von Brigitte Heinrich, vor ihrem Tod am 29.12.1987 Abgeordnete der Grünen, fand die Erklärung posthum eine Mehrheit von 262 Stimmen der 518 Euro-ParlamentarierInnen. Vorausgegangen war erstmals in der Geschichte des Straßburger Parlaments eine gemeinsame Veranstaltung der kommunistischen, sozialistischen und der Regenbogen-Fraktion. Initiiert von Brigitte Heinrich, las Hanne Hiob, Tochter Brechts, »letzte Briefe aus dem KZ«. Der Betriebsratsvorsitzende der Stahlwerke, Walter Gruber, rief dazu auf, »die letzte uns verbleibende Chance zu nutzen, um die Zwangsarbeit im Hitler-Faschismus und die enge Zusammenarbeit von Nazis und Rüstungsindustrie an einem historischen Ort darzustellen«.

Mit Schreiben vom 11. Februar 1988 unterrichtete der Präsident des Europäischen Parlaments, Lord Henry Plumb, den Vorstand der Stahlwerke, den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Bundesaußenminister Genscher als damaligen EG-Ratspräsidenten sowie Bundeskanzler Kohl über die Forderung der EG-VolksvertreterInnen. Allein die niedersächsische Staatskanzlei ließ sich zu einer Antwort herbei. Die Landesregierung in Hannover prüfe den Sachverhalt anhand einer dem Landtag vorliegenden Eingabe und werde »die von mehr als der Hälfte der Mitglieder des Europäischen Parlaments unterzeichnete schriftliche Erklärung in die Betrachtung einbeziehen«, teilte Staatssekretär Josef Meyer mit.

Eine positive Reaktion der politisch Verantwortlichen steht bis heute aus. Aussitzen heißt die Devise. Unterdessen versuchen die Industriegewaltigen und ihre Handlanger auf Regierungsebene, Mahnmal und Dokumentationsstätte möglichst weit weg vom Ort der Täter zu verbannen. Die Begründungen der Stahlwerke-Direktion lassen sich an Peinlichkeit schwerlich überbieten. So macht das Management etwa geltend, »betriebliche Zukunftsinvestitionen« würden eine Gedenk- und Dokumentationsstätte an Ort und Stelle nicht erlauben, der Vorstand müsse »uneingeschränkte Verfügungsbefugnis« auf dem Werksgelände behalten, der Opfer könne »auch anderswo« gedacht werden, das »Vorhaben« sei »unzumutbar für die Belegschaft« und – last but not least: ein »klassischer Zusammenhang zwischen Großindustrie und Nazi-Regime« sei »nicht gegeben« .

Welche Schritte denn der Ministerrat der EG zu unternehmen gedenke, um die Weiterführung eines nationalsozialistischen Firmenzeichens – jenes von einer eisernen Faust umschlossenen (Gö-)Rings – durch ein Unternehmen innerhalb der EG zu verhindern, wollten die grünen Abgeordneten Egbert Nitsch und Wilfried Telkämper wissen. Der Generalsekretär des Europäischen Parlaments, Luigi Mormino, teilte ihnen mit, ihre Frage sei nicht zulässig, weil schriftliche Anfragen sich »auf präzise Punkte beziehen müssen, die in den Tätigkeitsbereich der Gemeinschaften fallen«.

Die Stahlwerke-Direktoren und ihre Eigentümerin, die Bundesrepublik Deutschland, werden es dankend vermerkt haben. Die Produktion im Zeichen des Reichsmarschalls kann weiterlaufen.

konkret 06/89, S. 40

Termine

1. Juni, Eintägiger Proteststreik der Zivildienstleistenden gegen die zivil-militärische Verplanung ihres Zwangsdienstes und gegen ihren Einsatz als billiger Ersatz für qualifiziertes Personal im Pflegebereich. Kontaktadresse: Selbstorganisation der ZDL, Vogelsbergstr. 17, 6 Frankfurt 1, 069/498 0394

3. Juni, München. Bundesweite Demonstration gegen WAA in Wackersdorf, Atomprogramm und Repression.

8.-10. Juni, Hamburg: Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe, mit der die Initiative »Über die Zukunft der Gedenkstätte Neuengamme« ein vorläufiges Resümee ihrer Bemühungen ziehen will, Industrieunternehmen und staatliche Behörden dazu zu bewegen, Mittel zum Ausbau der KZ-Gedenkstätte zur Verfügung zu stellen, findet das Neuengamme Symposium 1989 zum Thema »Wirtschaft und Konzentrationslager« statt. Eine Podiumsdiskussion, an der auch Industrievertreter teilnehmen werden, und zwei Ausstellungen über »Hamburg und seine ehemaligen Konzentrationslager« und »Industrie, Behörden und Konzentrationslager 1938-45 – Reaktionen (auf die Ausbau-Initiative) 1988/89« flankieren das Programm. Kontakt: Klaus Frahm, Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur, Mittelweg 36, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040/414 097-0

10. und 11. Juni, Hamburg, HWP, von Melle Park 9. Veranstaltung der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts und der Hochschule für Wirtschaft und Politik zu 40 Jahre BRD: »Germany is our problem«. Schwerpunkte der Diskussionsrunden: »Ein Platz an der Atomsonne«, »Von der Volksgemeinschaft zur Sozialpartnerschaft« und »Ökonomie der Restauration«. Abschlußdiskussion mit Ralph Giordano, Rainer Trampert, Karl Heinz Roth, Heiner Lichtenstein.

7. bis 11. Juni, Westberlin, Evangelischer Kirchentag. Auf der zentralen Podiumsdiskussion zum Thema »Menschenrechte sind unteilbar« soll die ultrarechte »Internationale Gesellschaft für Menschenrechte« Möglichkeit bekommen, ihre gegen Befreiungsbewegungen gerichtete Propaganda zu präsentieren. Dagegen wird es Protestaktionen kirchlicher und außerkirchlicher Solidaritätsgruppen geben.

14. bis 18. Juni, Hamburg, Metropolis und 20. bis 25. Juni, Stuttgart: »Unterdrückt, befreit, verstaatlicht – Frauen im sowjetischen Film«. Im Rahmen dieser Retrospektive werden sowjetische Filme aus den 20er Jahren bis heute gezeigt. Als GesprächspartnerInnen sind sowjetische RegiesseurInnen und AutorInnen eingeladen.

16. bis 18. Juni, Wuppertal: Kongreß » 10 Jahre Revolution in Nicaragua – 10 Jahre Solidaritätsbewegung«. Es kommen ReferentInnen aus der DDR, Nicaragua, den Niederlanden und den USA. Am 17. Juni findet eine Podiumsdiskussion über »Die Entwicklung der Solidaritätsbewegung zwischen Internationalismusarbeit und alternativer Entwicklungshilfe« statt. Kontakt: Informationsbüro Nicaragua, Hofaue 51, 56 Wuppertal 1.

konkret 06/89, S. 41

Michael Schilling

Happy Birthday

Zur 800-Jahr-Feier des Hamburger Hafens hat der Senat ein »offizielles Jubiläumsbuch« von 318 Seiten herausgegeben, das nur deshalb ein Skandal nicht genannt werden kann, weil der Skandal weit mehr als ein Ereignis dessen Eignung voraussetzt, die Verluste, die seine Aufdeckung der einen Branche zufügt, bei der anderen, dem Handel mit bedrucktem Papier und elektronischen Zeichen, als Extraprofite hereinzuspielen. Um nicht weiter zum Wesentlichen abzuschweifen, der Fall:

»800 Jahre Hafen Hamburg« erzählt auf 144 Seiten die Geschichte des Hafens: von »1189 – Geburt eines künftigen Welthafens«, »Hamburgs Sieg über die Likedeeler«, »Hamburg und die Hanse«, »Gottorper Vergleich«, »Feuer in der Deichstraße« bis zu »Hamburg 2000 – Gute Prognose für den Hafen«. Auch die Vorgeschichte (»Kaiser Karls Griff nach Norden«, »Die Hammaburg zerfällt«, »Alsterburg contra Bischofsturm«) findet Platz. Auf Seite 76 stoßen die Autoren zum Kapitel »Nummer Drei der Weltrangliste« vor, in dem auch ein gewisser Hitler ein Mal genannt wird, vor dessen »Machtübernahme« die Stadt sich nicht habe »retten« können.

Daß und warum Hamburg zum »Mustergau« der Nazis promovierte, mußte unerwähnt bleiben, weil nur noch zehn Zeilen zur Verfügung standen, in denen Wichtigeres mitzuteilen war: nicht geradezu die »Endlösung der Judenfrage«, aber doch die »Lösung der Groß-Hamburg-Frage«, die, wie jene, »jahrelang nicht vorangekommen war«, damals aber »auch von den Gegnern der Nationalsozialisten positiv bewertet wurde... 1937 wurden in einem Groß-Hamburg-Gesetz eine Reihe preußischer Gebiete – als wichtigste Altona, Wandsbek, Harburg-Wilhelmsburg, aber auch eine Reihe kleinerer Orte wie Billstedt, Rahlstedt und Poppenbüttel – an Hamburg abgetreten«.

Hier endet die Geschichte. Der Stadtteil Neuengamme wird von Groß-Hamburg an die Amnesie abgetreten. Es folgt das Kapitel »Gefängnisstrafe für den Wiederaufbau«, das die Leiden des Hafenbeckens, der Lagerhäuser, Kaikräne, Liegeplätze etc beklagt und mit dem Satz beginnt: »Als der zweite Weltkrieg zu Ende ging, war Hamburg in seinem Lebensnerv getroffen...« Das heißt: Es folgt nicht sogleich, sondern erst zwei Seiten später, auf ein doppelseitiges Inserat, das ein tückisches Unbewußtes oder das bessere Bewußtsein eines Herstellers exakt auf jene Stelle gesprüht hat, unter deren Tünche die Senatshistoriker den Völkermord vergessen machen wollten: Eine Anzeige zugunsten von »Tradition... und Fortschritt«, aufgegeben von den »Hamburger Gaswerken«.

konkret 06/89, S. 43

Verena Krieger, Reinhard Kühnl, Claus Leggewie, Detlef zum Winkel, Dora

Konkret-Streitgespräch: Was tun mit den neuen Faschisten?

Zum Streitgespräch in der KONKRET-Redaktion: Verena Krieger ist ein der Sprecherinnen des Bundesvorstands der grünen Partei; Reinhard Kühnl ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg; Claus Leggewie lehrt Politikwissenschaften in Göttingen und hat ein Buch über die »Republikaner« geschrieben; Detlef zum Winkel, Journalist aus Frankfurt, schreibt u.a. für KONKRET und den »Arbeiterkampf«; Dora arbeitet im Antifa-Bündnis in Westberlin und kommt aus dem autonomen Spektrum

KONKRET: Bei den letzten Landtagswahlen haben rechtsextremistische Parteien erhebliche Stimmen und damit auch Sitze in den diversen Landtagen bekommen. Die öffentlichen Reaktionen waren so heftig wie hilflos. Vor allem über die Ursachen dieser Erfolge wird gestritten. Wo liegen sie?

Leggewie: Bemerkenswert ist weniger der Wahlerfolg, als daß so viele junge Leute die rechten Parteien wählen. Ich denke, darin kann man einen Normalisierungsprozeß sehen: Die Bundesrepublik hat in den letzten Jahren viele »Normalisierungsdebatten« erlebt: Wir müßten wieder ein normales Land werden, das ist regierungsoffiziös, aber auch von links verkündet worden. In vielen Ländern bestehen neben den großen »Volksparteien«, in denen alles drin ist, eigenständige Rechtsparteien. Den immer bestehenden »soziologischen Rechtsextremismus« hat man auf zehn bis fünfzehn Prozent geschätzt. Den hat die CDU/CSU und natürlich auch die SPD früher eingebunden als autoritären, nationalistischen Bodensatz. Jetzt gründen sich, unter dem Aspekt Normalisierung, wieder Parteien, die ihrerseits »aus dem Schatten Hitlers« heraustreten und sich zwischen der Union und den altrechten Sekten ansiedeln und eine Basis unter jüngeren Leuten haben. Das ist wie ein Symmetrieeffekt: Erst hat sich in den 70er Jahren auf der linken Seite etwas abgespalten, jetzt auf der rechten. Zur Dramatisierung besteht meines Erachtens kein Anlaß.

Dora: Die Analyse der Wahl der »Republikaner« in Westberlin zeigt, daß es nicht um »Normalisierung« geht, sondern um direkte Auswirkungen der Krisenpolitik der letzten Jahre: Abbau des sozialen Netzes, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot. Gewählt wurden sie hauptsächlich in Arbeiterbezirken, hauptsächlich von Leuten aus der Arbeiterklasse, den Hauptleidtragenden der Krisenpolitik. Das ist eine Reaktion darauf, daß die Leute auf der einen Seite diesen stärkeren existentiellen Druck abkriegen von der herrschenden Politik, von den bürgerlichen Parteien, auf der anderen Seite aber auch keine Möglichkeiten sehen, sich dagegen zu wehren. Dort, wo die Linke und die Gewerkschaften kaum vertreten sind, wo die Erfahrung des gemeinsamen Kampfs und der Solidarität fehlt, haben die »Republikaner« die meisten Stimmen bekommen. Etwa in Neubausiedlungen, wo die Isolation unter den Leuten besonders groß ist und wo soziale Strukturen kaum noch vorhanden sind. Da haben die »Republikaner« die Angst und Unsicherheit der Leute aufgegriffen, zu einfachen Erklärungsmustern verarbeitet und dafür viele Stimmen bekommen. Auch bei den Jugendlichen waren es hauptsächlich Arbeiterjugendliche. Auch das hat konkrete Gründe: Sie haben kaum eine berufliche Perspektive, haben keine Wohnung und finden nichts, womit sie sich identifizieren können. Die »Republikaner«, d.h. insgesamt die extreme Rechte und die Neonazis, bieten ihnen wieder die Möglichkeit, sich mit irgendetwas zu identifizieren, was Stärke ausdrückt, was Lösungsmöglichkeiten zeigt, was ihnen eine Art von Selbstbewußtsein zuspielt, den Stolz darauf, Deutscher zu sein.

Die Grundlage für ihre Erfolge ist ein Rassismus in der Bevölkerung, der die letzten zwei Jahre in erheblichem Maße zugenommen hat, gerade in den Arbeitervierteln und besonders unter den Jugendlichen. Das ist natürlich eine direkte Auswirkung nicht nur der Politik der Rechtsextremen und der Neonazis, sondern auch der bürgerlichen Parteien und ihrer rassistischen Ausländerpolitik. Hinzu kommt, wie Kühnl ganz richtig gesagt hat, daß mit der Tradition des Nazifaschismus hier in den Köpfen nie aufgeräumt wurde und deshalb die Leute, wenn es ihnen schlecht geht, latent immer empfänglich sind für eine Sündenbocktheorie, für einfache Erklärungsmuster wie z.B.: Die Ausländer sind schuld. Und eine solche Politik hat die CDU gemacht und vorher die SPD. Das ist eigentlich die wichtigste Ursache für die Erfolge der faschistischen Parteien.

Krieger: Das Problem ist, daß im Moment ein allgemeines Geschrei stattfindet über die Wahlerfolge von »Republikanern«, NPD und DVU, und daß das den Blick verengt auf die parlamentarische Präsenz von Rechtsradikalen und Neofaschisten. Wir müssen uns fragen, woher das Potential derer kommt, die ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild oder eine neofaschistische Ideologie haben oder dafür anfällig sind. Die hatten das ja schon vorher im Kopf. Da liegt für mich eigentlich das Problem. Die Frage der parlamentarischen Repräsentanz ist im Verhältnis dazu von untergeordneter Bedeutung. Das Problem ist, daß es da eine Kontinuität gibt und keinen Bruch. Das kommt in der ganzen Diskussion viel zu kurz.

Ich finde es auch problematisch, die Ursachen auf materielle Verelendung zu reduzieren, also auf Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Natürlich spielen soziale Verelendungsprozesse als Folge von Modernisierung eine starke Rolle, eine veränderte Kultur und mangelnde Identifikations- und soziale Bezugsmöglichkeiten. Es ist kein Zufall, daß es vor allem Neofaschisten sind, die da Angebote haben, die im Moment die Linke offensichtlich nicht hat; daß es dann eben eine

Protesthaltung gebe von Leuten, die bisher CDU oder SPD gewählt haben und jetzt »Republikaner« oder NPD wählen, ist eine Verharmlosung, weil es sich nicht nur um Protest handelt, sondern um die Bestätigung bereits vorhandenen faschistischen Bewußtseins. Wenn es überhaupt ein Protest ist, dann eigentlich eher in dem Sinne, daß es ein Protest ist gegenüber den nichteingelösten Versprechungen der CDU-Regierung. All das, was sie mit der Wende versprochen hat, kann sie jetzt nicht einlösen – auch aufgrund der Notwendigkeit, im Modernisierungsprozeß mitzumischen. Daß der Protest nicht nach links, sondern nach rechts geht, liegt daran, daß das funktioniert über eine Radikalisierung dessen, was bereits vorher in den Köpfen war und was von der CDU massiv propagiert worden ist. Da sind eindeutig faschistische Elemente drin: Opferbereitschaft, Volksgemeinschaft usw., während ein Protest, der nach links geht, einen radikalen Bruch mit herrschender Ideologie notwendig macht.

Zum Winkel: Ich möchte erst einmal alles bezweifeln, was bisher an Thesen vorgebracht worden ist. Wir müssen scheinbare Gewißheiten im Umgang mit diesen rechtsradikalen Phänomenen problematisieren. Das fängt an mit dem Begriff der Normalisierung. Da es nun einmal notwendig für jede rechtsextreme Strömung einen Bezug auf die deutsche Vergangenheit gibt, da ein Rechtsextremismus ohne die Erfahrung des Nationalsozialismus völlig undenkbar ist, muß ich also dieses Element immer mitdenken. Da geht mir der Begriff der Normalisierung äußerst schwer über die Lippen.

Leggewie: Der ist doch alternativ gemeint, beschreibend gemeint: Es ist Normalisierung vor dem Hintergrund nicht herstellbarer Normalität.

Zum Winkel: Der Begriff der Normalisierung wird immer gekoppelt mit einem Verweis auf andere westeuropäische Länder, und dieser Verweis hat etwas Beruhigendes an sich.

Leggewie: Ich finde es überhaupt nicht beruhigend, eher beunruhigend. Die »Republikaner« nicht allein als Verlängerung der deutschen Geschichte zu begreifen, heißt doch nicht, daß man Rechtsextremismus leichter beurteilen kann. Er ist in der Tat ein Phänomen, das man in vielen, fast allen westeuropäischen Gesellschaften beobachten kann, und eure Analyse von Modernisierung und Modernisierungsverlierern trifft ja genauso in Frankreich, Österreich, Belgien, Skandinavien usw. zu. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte kommen da allerdings ganz spezifische Elemente in rechtes Protestverhalten hinein, das ist klar.

Ich bin auch, wie Detlef, sehr dafür, Scheingewißheiten zu problematisieren. Fangen wir also mal mit den hier verwendeten Begriffen an: Faschisten, Neofaschisten, (Neo)Nazis. Natürlich gibt es durchgängige Traditionslinien, aber mit solchen Etiketten macht ihr es euch sehr einfach. Schon wenn man »braun« sagt, hat man einen antifaschistischen Gratiseffekt. Das ist heute eine Neue Rechte, die nachfaschistisch ist, und das ist unser Problem.

Zum Winkel: Das zweite Schlagwort: aus dem Schatten Hitlers heraustreten. Diese Parole wird sowohl vom rechten Flügel der CDU benutzt als auch von »Republikanern« und NPD. Was kann eigentlich mit dieser Metapher gemeint sein? Gemeint ist doch nicht ein Bruch mit der faschistischen deutschen Vergangenheit, sondern gemeint ist: Wir wollen uns die faschistische Vergangenheit nicht immer als Negativum zurechnen lassen; wir wollen auch die positiven Seiten dabei sehen. Schönhuber titelt ja sein Buch nicht »Heute-mache-ich-etwas-völlig-anderes«, sondern er sagt: »Ich war dabei«, bei der Waffen-SS – wer wagt es, mich zu kritisieren. Mit diesem Ich-war-dabei, mit diesem positiven Bezug auf die Waffen-SS und seine Erfahrungen dort erzielt er eine bestimmte Popularität. Und so müßte die Metapher ja eher lauten, er tritt wieder in den Schatten Hitlers hinein.

Leggewie: Der Fall Schönhuber liegt sogar noch komplizierter. Er sagt: Ich war dabei, aber er sagt auch, daß das natürlich ein Fehler war und der Nationalsozialismus ein Unrechtssystem. Er hat in seinem Buch, in dem er sich zu seinen jugendlichen Eskapaden in der Waffen-SS bekennt, das gesamte Distanzierungsvokabular drauf, das die Bundesrepublik in vierzig Jahren entwickelt hat. Schönhuber ist gewissermaßen antifaschistisch auf dem laufenden, bewegt sich im übrigen aber wieder an faschistoides Denken heran, vor allem an die »Volksgemeinschaft«. Unter anderem Namen meinen aber viele Populisten in diesem Land, auch linke, genau das: Volksgemeinschaft.

Zum Winkel: Ich gebe auf diese taktischen Distanzierungen nicht so viel. Rechtsextremismus tritt natürlich immer in zeitgemäßer Form auf, er paßt sich an. Er sucht seine Parolen zu aktualisieren. Er sucht natürlich auch nach einer gewissen Modernisierung. Aber in allererster Linie haben wir es wirklich mit einem festen Bodensatz zu tun, der in die Zeit des deutschen Faschismus zurückgreift. Wir haben es mit denselben Stereotypen zu tun, wir haben es mit denselben Vorurteilen, Emotionen, denselben Ressentiments zu tun. Das ist für mich der Hauptaspekt gegenüber einigen Aktualisierungen und kosmetischen Veränderungen.

Ich finde es auch bemerkenswert, daß wir Linken in den Debatten um die deutsche Vergangenheit selbstverständlich etwa Ralph Giordano zustimmen, wenn er sagt, hier ist eine ganze Menge vom Dritten Reich hinüber gerettet worden in die BRD, nicht nur Machtstrukturen, sondern auch Herrschaftseliten und -ideologien, Verhaltensweisen, Stereotypen, Traditionen. Das ist innerhalb der Linken d'accord. Wenn aber eine rechtsradikale Gruppierung sich dieser faschistischen Möglichkeiten bemächtigt und diese faschistischen Potentiale zum Ausdruck bringt, die einzelnen Versatzstücke wieder zu einem mehr oder weniger schlüssigen System zusammenführt, dann sagen wir, man mache es sich viel zu einfach, wenn

man das nur im Rahmen der deutschen Vergangenheit sehe; das seien ganz neue Erscheinungen. Das scheint mir ein bemerkenswerter Widerspruch zu sein, und diesen Widerspruch führe ich auf Abwehrreaktionen zurück.

Krieger: Es ist eine unzutreffende Beschreibung, wenn du sagst, die Rechte in Deutschland müsse sich immer auf die deutsche Vergangenheit beziehen. Dahinter steckt die Vorstellung, daß der deutsche Faschismus eine Urform ist, von welcher alles abgeleitet wird. Alles, was irgendwie historisch zu einem späteren Zeitpunkt auftritt, ist dann höchstens maskiert, aber im Grunde wieder dasselbe. Dafür gibt es meiner Ansicht nach keine Begründung, und du lieferst damit ja auch keine Erklärung dafür, warum gerade jetzt und nicht zu einem anderen Zeitpunkt »Republikaner« und NPD wieder gewählt werden, warum sie es zwischendurch nicht wurden. Du hast damit ja noch gar nichts erklärt.

Es gilt erst einmal zu analysieren, welchen Charakter diese Ideologie hat, die jetzt nicht nur von Schönhuber, sondern auch von anderen produziert wird, und inwieweit sie jetzt nicht nur die maskierte Variante des Nazismus ist, sondern eine zeitgemäße Variante von Faschismus. Wir sollten das, was z.B. im Umfeld dieser Zeitschriften »Nation Europa«, »Mut« produziert wird, oder das, was Schönhuber erzählt, auch ernst nehmen in dem Sinne, wie es gesagt wird, und nicht immer nur als verkleidete Variante. Die Ideologie der »Republikaner« ist auch so gefährlich, da brauchen wir nicht immer noch den nazistischen Hintergrund hineinzuinterpretieren.

Zum Winkel: Aber dieser Rückgriff ist doch nicht etwas, was künstlich in die Debatte eingebracht wird, sondern es ist einfach Tatsache, daß es keinen Rechtsextremismus ohne Hitler gibt. Wie sollte es auch?

Kühnl: Wenn man sich das Mobilisierungsmodell der extremen Rechten in der BRD anschaut, basiert es im Wesentlichen auf zwei Motiven: Nationalismus im allgemeinen und Emotionalisierung gegenüber Ausländern, Asylanten usw. im besonderen. Das sind natürlich Ideologieelemente, die auch im ganz normalen Ideologiehaushalt der etablierten bürgerlichen Parteien vorhanden sind. Da ist jahrzehntelang den Leuten eingebleut worden, daß wir ohne neue nationale Identität seelisch zugrunde gehen und daß wir die Wiedervereinigung brauchen, weil wir nur dann eine richtige nationale Identität entwickeln können, und dann wird die erste Strophe des Deutschlandliedes den Kindern wieder eingetrichtert, »von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt«, und der damalige Wirtschaftsminister Lambsdorff sagte: »Die Ausländer belasten unseren Arbeitsmarkt«.

Da wurden Weltanschauungen produziert, die von radikalen Bestrebungen aufgenommen und weitergeführt werden können. Die können normalerweise, wie wir wissen, integriert werden über längere Zeit von den etablierten Parteien, aber unter bestimmten Bedingungen können sie nicht mehr integriert werden, besonders dann, wenn ein zunehmender Problemdruck entsteht und wenn man von den etablierten Parteien den Eindruck gewinnt, die setzen das ja gar nicht um, die nehmen das ja gar nicht ernst. Die haben Erwartungen, Hoffnungen geweckt, die sie jetzt nicht einlösen. So entsteht eine starke Tendenz bei den Leuten, die das nun ernst genommen haben, was man ihnen jahrzehntelang gesagt hat, die sich also wirklich identifizieren mit dieser nationalistischen und konservativ-reaktionären Ideologie, sich einer politischen Kraft zuzuwenden, die das nun ganz konsequent aufnimmt und die auch die reale Durchsetzung verlangt.

Trotzdem würde ich nun sagen: Obwohl da der Boden bereitet ist von der ganz normalen bürgerlichen Ideologie, muß man doch die Frage stellen, mit welcher Radikalität das jetzt weitergedacht und mit welchen Methoden des politischen Kampfes die Realisierung versucht wird. Da würde ich schon anraten, daß man dann auch Abstufungen wahrnimmt. Auf der ideologischen Seite: Es macht schon einen Unterschied, ob diese Ideologieelemente, die ich eben nannte, Nationalismus, Konservatismus, bei den bürgerlichen Parteien vermengt sind mit und damit auch relativiert sind durch liberale Momente oder durch christlich-humanistische Elemente oder ob sie sozusagen autonom geworden sind, sich verselbständigt haben und damit natürlich auch eine neue Qualität gewonnen haben. Zweitens sind das ja dann auch Bestrebungen, die auf eine Steigerung dieser Elemente hinaus wollen. Eine von Hitlers Lieblingsvokabeln war »rücksichtslos«. Rücksichtslos muß das jetzt zu Ende geführt werden, ideologisch wie auch praktisch, d.h. ohne Rücksicht auf rechtsstaatliche Barrieren, ohne Rücksicht auf Opfer und sonstige Konsequenzen.

Wenn sich so etwas dann verselbständigt hat, X hat das natürlich auch Rückwirkungen auf andere konservative, bürgerliche Parteigruppierungen. Ich will darauf aufmerksam machen, daß die »FAZ« dieses Problem schon vor fünf Jahren reflektiert hat. Als in Frankreich damals die Nationale Front mit fast 11 Prozent gute Wahlerfolge hatte, hat die »FAZ« gefragt, wie man sich denn Le Pen gegenüber verhalten soll, und darauf geantwortet, daß die bürgerlichen Parteien jetzt einen Teil dieser Ideologie selber übernehmen müßten, weil sie sich ja offensichtlich als erfolgreich erwiesen habe. Die zweite Empfehlung der »FAZ« war, daß man sie auch nicht isolieren dürfe, sondern einbeziehen müsse in ein politisches Bündnis, um die Linkskräfte effektiver bekämpfen zu können.

Theoretisch und prinzipiell läuft mein Plädoyer darauf hinaus, in der Realität vorhandene Unterschiede dann auch tatsächlich begrifflich unterschiedlich zu fassen. Ich plädiere auch dafür, daß man mit dem Faschismusbegriff ganz vorsichtig und restriktiv umgeht, daß man wirklich als Faschismus nur etwas ganz Präzises bezeichnet, daß man Übergangsformen wahrnimmt, wo noch unterschiedliche Momente da sind, wo sich unterschiedliche Ideologien und

Traditionen miteinander vermischen und dadurch natürlich auch relativiert werden. Auch sollte man diese unterschiedlichen Gruppierungen dann unterschiedlich behandeln, zunächst einmal in der Einschätzung.

Leggewie: Ich denke auch, daß eine Gegenstrategie gut beraten ist, wenn sie in der gegenwärtigen Situation genau hinguckt und nicht reduziert. Wenn wir das Ganze schon Antifaschismus nennen wollen, immer noch, dann aber mit der notwendigen Selbstkritik in Bezug auf die höchst inflationäre und lässige Verwendung des Begriffs Faschismus und erst recht Nationalsozialismus. Die »Republikaner« Neonazis zu nennen, ist entweder eine Verharmlosung des Nazismus von damals oder eine Verharmlosung der »Republikaner« heute. Sie sind nämlich viel mehr.

Zum Winkel: Wenn ich ganz genau hingucke, dann sehe ich, wie lebendig die Vergangenheit in diese Gegenwart hineinwirkt. Denn an all dem, was hier genannt worden ist an einzelnen faschistischen Verhaltensmustern, Denkkombinationen, Emotionen, Radikalisierungen, an all dem kann ich überhaupt nichts Neues entdecken, es sind Versatzstücke des Nationalsozialismus, die uns in unterschiedlicher Intensität und unterschiedlicher Aktualisierung neu entgegentreten. Nun ist die Frage, inwieweit die verschiedenen rechtsextremen Gruppierungen und ihre Wähler diese faschistischen Elemente zusammenbündeln und wo sie einstweilen ihre Grenzen ziehen. Zunächst beharre ich darauf: Daran ist nichts Neues und selbst der Begriff Neonazi ist für mich eigentlich schon eine kleine Lüge, denn ich habe nie verstanden, was an den Neonazis Neo sein soll.

Leggewie: Es ist doch, trotz aller unbestrittenen Kontinuität, ein gewaltiger Unterschied, ob man eine nationalsozialistische Herrenrassenideologie und damit einen Herrschafts- und Vernichtungsanspruch auf der ganzen Welt formuliert oder ob man, wie die neue Rechte, von der ethnopluralistischen Vorstellung einer multikulturellen Gesellschaft von rechts ausgeht, in der sich alle Kulturen nebeneinander entwickeln können. Das ist doch wohl etwas Neues und es nützt nichts, immer zu wiederholen, daß es Nazis, Nazis, Nazis sind. Aber laßt uns endlich darüber reden, was eigentlich aus den Analysen folgt.

Dora: Es stimmt, daß sie unterschiedliche Strategien und Ideologien haben, zwar in derselben Richtung, aber mit unterschiedlicher Radikalität. Aber sie arbeiten sich gegenseitig in die Hände. So hat z.B. die FAP oder eine Kühnen-Truppe die Funktion, neonazistisch oder terroristisch aufzutreten, immer mal wieder verboten zu werden und damit die anderen als Parteien zu legitimieren, die auf der FDGO stehen und dann ja nicht so schlimm sind, so wie die »Republikaner« oder die NPD. Das heißt, daß der bürgerliche Staat sich erst einmal als antifaschistisch zeigen kann, weil er was gegen Rechtsradikale unternimmt, und daß zugleich diese sogenannten gemäßigten, neokonservativen, rassistischen Parteien damit legitimiert werden in der Öffentlichkeit. Es wird hier sehr viel über diese Differenzierungen geredet. In Wirklichkeit geht es um Arbeitsteilung. Als die Republikaner ihre Wahlstände in Berlin gemacht haben, haben sie sich Leute von der FAP gezogen, die für den Schutz sorgten. Früher hat die NSDAP sich die SA gezogen, um Terror auszuüben.

Kühnl: Wenn man nach den Ursachen fragt, dann liegen die sicherlich nicht darin, daß es vor 50 Jahren hier einen Faschismus gegeben hat und daß das unter der Decke immer weiter tradiert worden ist, sondern die Hauptursachen liegen in dem gegenwärtigen Problemdruck und in der Art und Weise, wie das von den Individuen verarbeitet werden kann. Antifaschismus möchte ich das trotzdem nennen, womit wir uns da zu befassen haben, denn der Kampf gegen den Krieg kann bekanntlich nicht erst dann beginnen, wenn der Krieg da ist, und der Kampf gegen den Faschismus kann nicht erst beginnen, wenn der Faschismus da ist, sei es in Gestalt eines Gesellschaftssystems, sei es in Gestalt einer Millionen umfassenden Massenbewegung, sondern dieser Kampf muß da beginnen, wo ideologische und politische Potentiale erkennbar sind, aus denen sich vielleicht real faschistische Tendenzen und Gefahren ergeben können. In diesem Stadium bereits muß der antifaschistische Kampf geführt werden. Dieses Stadium ist allerdings in der kapitalistischen Gesellschaft ein permanentes, weil diese Gesellschaft aus sich heraus ständig solche realen Probleme und Ideologieangebote erzeugt, auch wenn sie sich vielleicht über längere Zeit hin zunächst einmal integrieren lassen in das bestehende Parteiensystem.

Zur Frage der Gefährlichkeit: Muß man denn unbedingt angeben, welches der gefährlichere und welches der ungefährlichere Gegner ist? Kann man nicht einfach sagen, die Gefährlichkeit ist von unterschiedlicher Art? Die Gefährlichkeit, die von der FAP ausgeht, ist eine spezifische. Die Gefährlichkeit, die von den »Republikanern« ausgeht, ist eine andere, aber ebenfalls beträchtliche. Und die Gefährlichkeit, die von den Unionsparteien ausgeht, ist auch eine spezifische, und die unterschiedlichen Arten von Gefährlichkeit erfordern unterschiedliche politische Verhaltensformen und Strategien.

Krieger: Natürlich hat jede Gruppierung ihre spezifische Gefährlichkeit, wobei die gängige Vorstellung, daß die FAP schlimmer als die »Republikaner« sei, unzutreffend ist. Dahinter steckt die klassische kleinbürgerliche Vorstellung, derzufolge Prolo-Jugendliche, die sich als Skins organisieren und herumprügeln, störender wirken als Nadelstreifen-Faschisten, die bürgerliche Umgangsformen beherrschen. Wogegen ich mich wende, ist die Vorstellung, die Gefährlichkeit rechtsextremistischer Gruppierungen bemesse sich nach ihrer Gewalttätigkeit oder ihrem Umgang mit der Verfassung. Diese Vorstellung geistert nicht nur durch die bürgerliche Presse, sondern grassiert auch im linken und grünen Spektrum.

Leggewie: Die ist bei mir auch verbreitet. Ich finde es nämlich wichtig, ob es im rechten Lager Leute gibt, die zu Gewalt und Terror bereit sind, und ob es da Leute gibt, die nicht nur den Buchstaben der Verfassung, sondern auch einen bestimmten Konsens, der 40 Jahre einigermaßen gehalten hat, aufkündigen wollen. Ich kann mir vorstellen, warum im grün-alternativen Spektrum und im Antifa-Lager damit Probleme bestehen, denn das beinhaltet natürlich auch die eigene Definition des Verhältnisses zu Gewalt und zum Verfassungskonsens.

Zum Winkel: Da wird wieder vorausgesetzt, daß es einen nichtfaschistischen Konsens in dieser Gesellschaft vierzig Jahre lang gegeben hat, auf den man sich heute noch berufen könne und der diese Rechtsextremisten von vorneherein in eine aussichtslose Minderheitsposition drängt. Ich denke, daß das 40 Jahre lang ein Scheinkonsens gewesen ist, der zumindest von einem ganz starken Flügel der Konservativen mehr oder weniger proforma aufrecht erhalten worden ist, und wo man dann 1983 bei der sog. Wende eindeutige Versprechungen gemacht hat, allmählich davon runterzukommen, z.B. von dem negativen Geschichtsbild.

Da sehe ich die Ursachen etwas anders als Kühnl. Er hat gesagt, daß die Hauptursachen in der gegenwärtigen Problemlage liegen, und vorher war auch von materieller Not und sozialem Elend die Rede. Von diesen Wählern der Republikaner und der NPD hungert doch niemand. Es ist auch nicht richtig zu behaupten, daß es hauptsächlich die Arbeitslosen seien, die jetzt aus Verzweiflung zu diesen Parteien laufen. Im Gegenteil sind es Leute, die eine relativ intakte materielle Situation haben und bei denen es keineswegs die Wohnungsnot oder die Arbeitslosigkeit ist, die sie zu solchem Verhalten treibt.

Ich finde schon, daß solche sozialen Ursachen eine Rolle spielen müssen bei unserer Analyse, aber sie dürfen nicht überbewertet werden. Eine mindestens ebenso große Rolle spielt das, was man als Geschichte der Mentalitäten bezeichnen könnte, als Geschichte der Entwicklung des Denkens der Menschen, und da ist in der Tat 1983 eine entscheidende Marke gesetzt worden. Damals ist gesagt worden, wir wollen wieder einen positiven Bezug zur deutschen Vergangenheit haben, und wer einmal so anfängt, der verneigt sich auch in Bitburg vor SS-Gräbern, und wer sich vor SS-Gräbern verneigt, der wird mit dem Antisemitismus immer wieder spielen, wie es ja die Konservativen gemacht haben, inklusive Kohl, und wer mit dem Antisemitismus spielt, der hat dann auch nicht mehr das geringste Argument, wenn Schönhuber das entsprechend verschärft, wenn er sagt, daß sich die jüdische Gemeinde verhielte wie die fünfte Besatzungsmacht usw. Das ist aber nicht aus der Wohnungsnot zu erklären.

Leggewie: Ich glaube auch, daß dieses beliebte ökonomische Elendsargument viel zu kurz greift. Wer sagt, daß die Neue Rechte aus der Wohnungsnot ihren Profit zieht und die Linke keine entsprechenden Identifikationsangebote gemacht hat, behauptet damit: Das da sind eigentlich unsere Leute! Nun sind sie, leider, Faschisten geworden und den »Republikanern« auf den Leim gegangen. Da muß man sich erst mal drüber klar werden, wen die Linke da eigentlich »zurückholen« will. Sind das arme Opfer einer bestimmten sozialen Lage, einer bestimmten Verführung? Oder sind das Täter? Sind sie Leute, die genau wissen, was sie tun? Sind das Leute, die man deswegen auch als »gefährlich« einstufen muß?

Die Täter-These läuft immer auf die linke Kammerjäger-Perspektive hinaus: Nazis raus! Wir müssen sie vernichten, um es mal ganz drastisch zu sagen. Wir besorgen die soziale Hygiene in diesem Land. Die Opfer-These landet bei der Sozialarbeiter- und Pädagogen-Haltung. Das sind alles fehlgeleitete Menschen. Wir müssen ihnen neue Vorstellungen vermitteln. Sie brauchen die linke Leitlinie...

Dora: Es stimmt einfach nicht, daß es den Leuten nicht schlecht geht, die die »Republikaner« gewählt haben. Beispielsweise in Berlin-West. Es gibt wirklich Leute, denen es sehr dreckig geht, auch finanziell. Ihre Angst hat konkrete Gründe. Der Konkurrenzdruck ist unheimlich scharf geworden, gerade für die. Es sind Leute hauptsächlich mit niedrigem Bildungsstand, hauptsächlich Leute mit ungarantierten bzw. gar keinen Arbeitsverhältnissen. Es sind Jugendliche an Berufsschulen, wo laut Umfragen teilweise 40 Prozent die »Republikaner« gut finden. Das muß uns doch zu denken geben.

KONKRET: Antifaschismus als Forderung nach höherer Sozialhilfe?

Dora: Nein, aber die Linke muß sich überlegen, wie sie überhaupt Kontakt zu diesen Leuten kriegt. Es muß verstärkt darum gehen, soziale Probleme, Tagesprobleme der Arbeiterklasse, besonders auch der Arbeiterjugendlichen, aufzugreifen, Lösungsmöglichkeiten, Forderungen zu entwickeln, gemeinsam mit ihnen zu kämpfen, sei es nun in den Betrieben, sei es in den Stadtteilen, gerade in den Arbeiterstadtteilen, überhaupt ihnen mal Erfahrungen möglich zu machen von Solidarität und der Möglichkeit, sich wehren zu können, nicht abhängig zu sein von einer Partei, die für sie irgendwelche Lösungsstrategien fährt, sondern ein gewisses Selbstbewußtsein zu entwickeln, daß sie sich auch gemeinsam wehren können.

Es geht nicht nur um Kampf auf der Straße, sondern ganz stark um einen politischen Kampf gemeinsam mit den Leuten. Auf der anderen Seite natürlich auch konkret gegen Neonazis und gegen die Bedrohung auf der Straße. Das ist ja auch nicht nur ein Furz, der irgendwo in den Köpfen von Linken entsteht, sondern das sind die Erfahrungen vieler Jugendlicher und Erwachsener in U-Bahnen, Stadtteilen, Schulen, daß sie angegriffen werden, daß sie zusammengeschlagen werden. Deshalb müssen wir uns auch organisieren, um uns gemeinsam gegen die Nazis zu wehren.

Kühnl: Wenn ich vorhin gesagt habe, die Entwicklungen seien zu erklären aus der gegenwärtigen Problemlage, dann war damit gemeint, sie sind nicht einfach zu erklären aus einem Weiterwirken vergangener Ideologien und Traditionen. »Gegenwärtige Problemlage« war nicht so zu verstehen, daß sie allein aus materiellem Elend erklärt werden müßte. »Gegenwärtige Problemlage« umfaßt sehr viel. Das umfaßt natürlich Bedrohungsgefühle, die aus sozialen Deklassierungs-Prozessen resultieren und weit verbreitet sind. Das umfaßt aber auch ganz andere Probleme. Bedrohungsgefühle können resultieren aus Fragen der geistigen und seelischen Existenz, aus der Sinnfrage: Was ist das denn für ein Leben, wie kann ein menschenwürdiges, ein sinnerfülltes Leben aussehen? Was ist denn das für eine Gesellschaft, in der sich alles nur ums Geld dreht? Dann kommt die extreme Rechte und sagt: Wir haben Ideale, bei uns gehts ums Vaterland. Es gibt vielfältige Problemlagen und Bedrohungsgefühle, und darauf versucht die Rechte eine Antwort zu geben in ihrem Sinne, und ich denke schon, daß es Aufgabe der Linken wäre, Antworten zu geben auf die real vorhandenen Probleme und Bedrohungsängste. Sie muß offenlegen, wo die Ursachen liegen, sie muß zeigen, wo Schritte getan werden können, und sie muß für die Individuen erfahrbar machen, daß die Linke in der Lage ist, von ihren Inhalten und Zielen, aber auch von ihren Kommunikationsformen her, aus dieser vielfältigen Misere herauszuführen.

Krieger: Wähler oder Anhänger rechtsextremer Gruppierungen sind Täter in dem Sinne, daß sie das auch ernsthaft meinen und wollen, was dort propagiert und abgestimmt wird. Sie sind nicht irregeleitete Schäfchen, die irgendwie vom rechten Pfad abgekommen sind und denen man nur die Augen öffnen muß über das, was sie da getan haben. Opfer sind sie in dem Sinne, daß tatsächlich bei Jugendlichen ein guter Teil derer, die sich begeistern können für Skins oder Kühnen oder »Republikaner«, sich vor zehn Jahren in Friedensinitiativen und Jugendzentrumsinitiativen engagiert hätte. Die Momente, die ihre Begeisterung auslösen, nämlich Gewalt, Halblegalität, Kameradschaft, Heimat, Zugehörigkeitsgefühl, das sind – auf links übersetzt – Momente wie Solidarität, Subversivität, Aktionen. Und deswegen glaube ich, daß es teilweise richtig ist zu sagen, daß sie eigentlich »unsere« Leute sind. Wir haben sie aber nicht mehr.

Leggewie: Also du meinst: eigentlich linke Kundschaft?

Krieger: Ich denke, daß gerade das Erstarken der Rechtsradikalen unter den Jugendlichen im Grunde ein Zeichen ist für die Krise der Linken und ihrer verlorengegangenen kulturellen Hegemonie, die zumindest teilweise in dieser Gesellschaft existierte infolge der oppositionellen Bewegungen, die es in der BRD in den letzten Jahrzehnten immer wieder geschafft haben, so etwas wie eine politische Kultur zu entwickeln, die in weite Teile der Gesellschaft hineingewirkt haben.

Das, was die Alternativbewegung der 70er Jahre an Attraktivität hatte, auch für Jugendliche, das ist mittlerweile kaputt, das existiert nicht mehr. Die ganze Kultur der lila Latzhosen und der Bots, wo eigentlich Lebensgefühl, Lebensstil und politische Meinung sehr eng zusammenhingen, das existiert nicht mehr. Ich denke, daß die Grünen an diesem Prozeß mitgewirkt haben durch ihre Verbürgerlichung und Verparlamentarisierung. Allerdings sind das sicherlich nicht die einzigen Ursachen. Die Frage nach Antifaschismus oder einer neuen antifaschistischen Strategie ist für mich deshalb unter anderem auch die Frage: Ist es überhaupt möglich, eine neue eigene politische Gegenkultur zu entwickeln?

KONKRET: Statt Aufklärung über Faschismus ein alternativ-kulturelles Angebot zur Identifikations-Findung?

Krieger: Natürlich steht Aufklärung an erster Stelle; ich glaube nur nicht, daß wir damit allein den Ursachen für das Erstarken rechter Tendenzen wirksam begegnen können. Emotionalität konnten Faschisten schon immer besser mobilisieren als Linke, das ist immer schon ein Schwachpunkt der Linken gewesen. Ich denke aber, daß es Möglichkeiten gibt, Emotionalität zu mobilisieren, ohne daß das zwangsläufig autoritär oder faschistoid ist.

Leggewie: Da wird mir ganz schummrig...

Krieger: Das kann ich verstehen. Aber es ist falsch zu glauben, daß alles, was mit Identifikation und Emotionalität zu tun hat, per se rechts und gefährlich ist. Das bedeutet, daß wir da eine Lücke lassen, wir geben da etwas freiwillig an die Rechten, ohne das Menschen aber nicht leben können. Die Alternativbewegung hat sich auch ganz stark immer darüber definiert, daß sie eigene Lebenszusammenhänge hatte. Wenn die Programmatik nicht irgendwie korrespondiert mit dem, was auch erlebbar ist, dann wird man keine Chance haben, überhaupt noch etwas zu bewegen.

Zum Winkel: Was der alte oder traditionelle Antifaschismus anbietet, ist mindestens so attraktiv wie das, was jetzt an neuen Überlegungen in die Diskussion gebracht wird. Ich bin im Übrigen überzeugt, daß es sich nicht im mindesten um neue strategische Uberlegungen handelt, sondern daß es exakt die gleichen Diskussionen sind, die auch in der Weimarer Republik geführt worden sind, und das bestätigt meine Auffassung, daß man immer wieder diesen Bezug auf die deutsche Vergangenheit herstellen muß.

Sind diese Leute, die jetzt rechtsradikal wählen, irgendwie unsere Kundschaft, die bloß leider irregeleitet wäre? Nein, nein und abermals nein. Genau mit dieser Vorstellung hat die KPD ja versucht, der NSDAP die Mobilisierung streitig zu machen. Das ist gescheitert. Ich muß mir also aus den Erfahrungen der Niederlage von 1933 vor Augen halten, was in der Bevölkerung gewinnbar ist und was nicht. Damit will ich nicht sagen, daß sich eine solche Niederlage notwendig wiederholen muß. Das, was wir als progressiven oder revolutionären Faktor bestimmen, das muß tatsächlich dort seine

ganz scharfe Grenze finden, wo die Leute faschistisch wählen – und heute um so mehr, denn heute wählen sie ja nicht eine völlig neue, unbekannte Geschichte, sondern sie wählen faschistisch vor dem Hintergrund von Auschwitz.

Deswegen wird es überhaupt nicht möglich sein, den Leuten, die dafür empfänglich sind, Alternativangebote zu machen etwa so, als ob der linke Kollektivismus ein Angebot für Leute sein könnte, die auf Heimat, Nation und Familie abfahren. Angesichts der deutschen Erfahrung sträubt sich in mir alles, in einen Wettbewerb einzutreten, wer die bessere Sinnstiftung und die besseren Politideale im Rahmen eines deutschen Vaterlandes an solche Leute weitergeben könnte. Es gibt keine linke Übersetzung für konservative Werte. Da muß ich als Linker und als Antifaschist mir der Gefahren bewußt sein, die darin liegen, daß ich Emotionen für Politik instrumentalisieren will. Was wir wollen, ist doch tatsächlich eine Gesellschaft, in der nicht mit Hilfe des Ressentiments politisches Gewicht erzielt wird.

Dora: Welches Ressentiment meinst du ?

Zum Winkel: Diese rechte Masche, die Emotionalität, das Ressentiment, das Vorurteil, den Haß für die Politik zu mobilisieren. Ich glaube auch, daß hier Dinge vermischt werden, die auseinandergehalten werden müssen. Verena sagt, die Linke hat auch Emotionalität und Lebenszusammenhänge für die Politik mobilisiert. Einer, der das immer ganz exzessiv vertreten hat, war Rainer Langhans, der gesagt hat, SDS genügt mir nicht, ich brauche Kommune I, und Rainer Langhans ist heute derjenige, der sagt, ich will Hitler überholen und Hitler entsprechend verbessern. Das ist für mich kein Zufall, sondern da landen eben solche Politikkonzepte.

Dora: Eine harte Aussage...

Zum Winkel: Das ist nur ein Beispiel. Nehmen wir das nächste, nehmen wir Rudolf Bahro, der sagt, der marxistische Politikansatz sei so abgehoben und abstrakt, der komme an die Leute nicht ran, wir müßten deshalb aus der Tiefe der deutschen Volksseele schöpfen. Zwei Jahre später folgt mit Notwendigkeit die Aussage, daß in der deutschen Volksseele nicht nur ein grüner, sondern auch ein brauner Kohl schlummert...

Krieger: Was unterstellst du mir da eigentlich? Du stellst Analogien her, mit denen du sagst, ich werde auch bei den Faschisten landen. Ich glaube, du weißt gar nicht, was du da sagst.

Zum Winkel: Ich habe das angesprochen, Verena, ohne daß ich dich auch nur im entfernten gemeint habe. Das ist eine Polemik gegen eine bestimmte Form emotionaler Politik. Ich meine auch die immer wieder gebrauchten Formeln: Die Leute wählen aus Angst, aus Bedrohung, aus Not oder aus einer Schwächesituation heraus diese rechtsextremen Parteien. Ich halte es für wahrscheinlicher, daß es nicht die Angst ist, die die Leute motiviert, sondern der Haß. Je mehr ihre Angst abnimmt, desto aggressiver und radikaler treten sie auf.

Dora: Und der Haß ist eine politische Konstante oder eine biologische Konstante, oder woher kommt der? Den mußt du doch gesellschaftlich erklären, den Haß. Wenn Individuen Haßgefühle haben, dann mußt du das auch erklären. Das ist doch eine abgeleitete Komponente, keine primäre.

Zum Winkel: Je weniger der Rassist zu befürchten hat, desto rabiater tritt er auf. Auf je weniger Widerstand ein Faschist stößt, desto offener tritt er hervor. Insofern sind es nicht die Angst und nicht das Schwächegefühl, sondern die Aggression, der Haß und das Stärkegefühl, die die Leute beflügeln. Die Entwicklung der BRD der 70er und 80er Jahre hat hauptsächlich einen Gewinn an imperialistischer Stärke gebracht. Und dieser Gewinn an imperialistischer Stärke, an Großmachtgefühl, an Überlegenheitsgefühl zieht notwendig auch den radikalen Nationalismus und Rassismus nach sich.

Krieger: Was folgt daraus? Es ist dir nicht gelungen zu begründen, weshalb ich zwangsläufig bei Rainer Langhans landen soll. Ich finde diese Unterstellung auch unhaltbar. Was bietest du im übrigen an? Ist Emotionalität Scheiße und Aufklärung alles? Was machst du mit den Leuten, die du als knallharte Rassisten beschreibst?

Zum Winkel: Die Parole »Nazis raus« ist eben nicht Ausdruck der Einfallslosigkeit oder der Plattheit des Antifaschismus, sondern zeigt, daß wir diese Strömung ausgrenzen aus unseren Vorstellungen von Demokratie. Das halte ich für richtig. Man muß deutlich machen: So etwas kann zu der Vorstellung von Gesellschaft, wie wir sie haben, nicht dazugehören. Man muß es erst recht vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit. Man muß, wenn Neonazis auftreten, sie in den Zusammenhang der deutschen Geschichte stellen.

Leggewie: Um die Übereinstimmung und den Dissens mit dir deutlich zu machen: Die Übereinstimmung besteht darin, daß ich das Verhalten rechtsextremer Wähler und Gewalttäter – daß ich das zutiefst verächtlich finde. Dagegen nehme ich eine politisch-moralische Gegenposition ein, zwecks Abgrenzung, genau wie du sagst. Du rufst auch nicht nach mehr Staat, der diese Gruppen jetzt verbieten soll, sondern nach einer gesellschaftlichen Gegenreaktion. Der Dissens: Bei dir läuft es auf eine ihrerseits militante Gegenstrategie hinaus. Das halte ich nun für den falschesten Schluß, den man überhaupt ziehen kann. Ich würde aus der Notwendigkeit, die Rechten zu bekämpfen, einen ganz anderen Schluß ziehen, und da stimme ich auch nicht mit deiner Würdigung der Geschichte des Antifaschismus überein. Du hast ja selber gesagt: Er ist gescheitert. Gescheitert ist er daran, in der Weimarer Republik genauso wie nach dem Krieg wie auch heute wieder, daß die Linke sich da vor allem mit sich selbst beschäftigt. Jeder von euch kocht hier doch sein Süppchen auf dem antifaschistischen Feuer.

Die Autonomen haben es im Prinzip aufs Kapital und die CDU, auf die »Nadelstreifenfaschisten« abgesehen, da sind die Rechtsradikalen nur ein Vorwand. Verena möchte gern die Grünen ein bißchen verantwortlich machen, und zwar ausgerechnet, weil sie sich zu stark parlamentarisiert haben. Und für die Linke, die sich in KONKRET zusammenfindet, ist Antifa ein prima Bindemittel, voller rhetorischer Radikalität, zwischen Autonomen, RAF-Sympathisanten, DKP-Renovierern und abgeschmetterten grünen Fundis.

Was daraus folgt? Eine Leistung wäre es, eine gesellschaftliche, also libertäre Alternative zu entwickeln, so wie es SOS Racisme in Frankreich versucht hat, und im übrigen möglichst große Teile auch der gemäßigten Rechten auf seine Seite zu bringen, inklusive von Teilen der CDU. Ich weiß, wie schwer das ist, beides, aber das wäre eine »antifaschistische« Leistung.

Dora: Es ist ein verächtliches Verhalten, dieser dumpfe Rassismus und Nationalismus. Natürlich ist es verächtlich. Trotzdem heißt das ja noch lange nicht, daß ich mich abgrenzen muß gegenüber Leuten, die erst einmal aufgehetzt sind und die diesem Rassismus aufsitzen. Ich grenze mich allerdings ab gegenüber neofaschistischen und faschistischen Gruppen, die diese Ideologie vertreten. Mit denen öffentlich zu diskutieren, wäre eine politische Aufwertung dieser Gruppen, darauf wollen sie ja hinaus. Diese Möglichkeit dürfen wir ihnen nicht geben.

Hier wird immer ein Widerspruch behauptet zwischen dem Eingehen auf Emotionalität bei Jugendlichen und Aufklärungsarbeit. Ich denke, das hat erst einmal einen Zusammenhang. Ich kann mich nicht hinstellen und Flugblätter verteilen und die Leute vollquatschen, ohne an Gemeinsamkeiten anzusetzen, auch kulturellen, emotionalen Gemeinsamkeiten und Bedürfnissen. Das muß in einem Kontext zusammenlaufen. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch Bewußtseinsarbeit machen gegen die rassistischen und frauenfeindlichen Vorstellungen in den Köpfen breiter Schichten und gerade der Arbeiterklasse.

Wo Klassenwidersprüche zugekleistert werden, genau da müssen wir reinhauen, da müssen wir sagen: Du hast Recht, daß du sauer bist, du hast Recht, daß du Haß hast auf deinen Arbeitgeber. Du hast nicht das Recht auf Haß gegenüber einem türkischen Kollegen. Antifaschismus heißt einfach auch, einen antikapitalistischen Kampf endlich zu führen und die rassistischen und faschistischen Elemente in die verschiedenen sozialen Kämpfe mit einzubeziehen und zwar von der Basis, von den Betroffenen her.

Leggewie: Was heißt denn bei euch Kampf? Wenn Autonome »Kampf« sagen, wird mir immer ganz übel, da höre ich immer Carl Schmitt durch: Freund – Feind . . .

Zum Winkel: Was willst du an Stelle des Kampfes gegen die Neonazis setzen?

Krieger: Hat er doch schon gesagt: Den Konsens der Demokraten mobilisieren. Das ist im Moment ja auch ein Interesse des bundesdeutschen Kapitals, daß diese rechtsextremistischen Gruppen nicht zu stark werden und daß eine bestimmte Form von Rassismus oder auch das reale Fernhalten von Immigranten nicht allzu sehr überhand nehmen. Das ist ja auch der Grund, warum Lambsdorff jetzt lieber Rot-Grün in Kauf nimmt, als mit denen da zu koalieren. Daß »die« Rechte oder »der« Staat ein Interesse daran hätte, daß die rassistischen Gruppierungen stark werden, das sehe ich im Moment überhaupt nicht, eher das Gegenteil. Die wollen genau diesen Konsens der Demokraten. Und insoweit funktioniert dieser Ansatz wahrscheinlich auch. Ich würde mich nur nicht damit zufrieden geben wollen, Antifaschismus als Produkt einer zufälligen und oberflächlichen Interessenidentität mit dem Kapital zu betrachten. Im Gegenteil: Man muß die instrumentelle Willkür, die unter der neuen Ausländerfreundlichkeit z.B. der »Wirtschaftswoche« steckt, angreifen, um überhaupt die Voraussetzungen für eine weiterreichende antifaschistische Strategie zu schaffen.

Kühnl: Ich möchte gerne noch einmal die Frage stellen, was das für Leute sind und wie wir mit ihnen umgehen. Sie sind sicher zu einem Teil Täter, zum anderen Teil in mancher Hinsicht auch Opfer. Sicherlich sind auch viele von ihnen von Haß getrieben. Aber ich möchte noch einmal meine Bestimmung betonen, daß es in erster Linie Suchende sind, die Probleme haben, die Bedürfnisse haben, die Hoffnungen haben und die Befürchtungen haben. Das hängt mit realen Erfahrungen zusammen. Das haben sie sich nicht bloß ausgedacht. Nun kommen einige zu dem Ergebnis, daß sie vielleicht bei der Wiking-Jugend Hoffnung finden können, Heimat, einen Ausweg für ihre realen Probleme. Wenn die Linke hier etwas bewerkstelligen will, dann muß sie an diesem Zentralpunkt anfassen. Sie muß Antworten auf die realen Probleme geben.

Die 12 Millionen Wähler der NSDAP – natürlich war das ein Potential, um das die Linke kämpfen mußte. Man konnte doch nicht sagen, 12 Millionen hoffnungslose Faschisten und weg damit! Das konnte doch nicht der Ausweg sein. Daß das damals gescheitert ist, das hing damit zusammen, daß es die Linke gerade nicht geschafft hat, sich als Hoffnungsträger für Millionenmassen suchender Menschen zu profilieren, weil sie zu defensiv war, weil sie gespalten war, weil sie unentschlossen war, weil sie kein klares Konzept hatte. Prinzipiell wären sehr viele von diesen 12 Millionen Menschen gewinnbar gewesen.

Die Grenze, wo wir sagen, da müssen wir sie frontal bekämpfen, ist nicht etwa dort, wo jemand eine solche Partei wählt. Auch solche Wähler sind für uns Menschen, um die man sich bemühen muß. Die Grenze würde ich anders bestimmen. Die Grenze liegt dort, wo sie organisiert auftreten. Denn wenn sie jetzt das Erlebnis haben, daß sie durchkommen, wenn sie

Erfolgserlebnisse und Bestätigungen haben, dann festigt das ihre Bindung an die Organisation und damit auch an die Ideologie. An dem Punkt, wo sie organisiert auftreten, wirken andere Mechanismen. Da kann man dann auch nicht mehr argumentieren, sondern da ist dann wirklich organisiertes und energisches Entgegentreten erforderlich.

Ich bin auch nicht der Meinung, daß der Antifaschismus in der BRD gescheitert ist. Man kann sich ja mal fragen, wie das kommt, daß in der ganzen langen Geschichte der BRD und nunmehr trotz einer fünfzehnjährigen ökonomischen Krise, die immerhin den Tatbestand aufweist, daß einige Millionen Menschen arbeitslos und einige andere Millionen akut von Arbeitslosigkeit bedroht sind, dennoch die extreme Rechte bisher kein Bein auf den Boden bekommen hat und daß nun auch die neuesten Wahlergebnisse meines Erachtens nicht unbedingt dramatisch sind. Ich würde auch als Aufgabe definieren, daß es in der BRD darauf ankommt, neben all dem anderen, was ich gesagt habe, einen Meinungsdruck zu schaffen, der es der CDU unmöglich macht zu sagen, na gut, wenn die Wahlerfolge haben, schließen wir mit ihnen ein Bündnis. Bisher ist es gelungen, einen solchen Meinungsdruck zu schaffen. Das scheint mir sehr wichtig zu sein. Erstens sind sie damit bei den Hessenwahlen auf den Bauch gefallen. Zweitens gab es innerhalb der CDU bisher nur ganz vereinzelte vorsichtige Stimmen, die gesagt haben, wir können eine Koalition mit den »Republikanern« nicht grundsätzlich ausschließen, sie sind sofort vom Parteivorstand zurückgepfiffen worden, weil jeder weiß, wenn die CDU - so etwas verlautbaren ließe, würde sie noch einmal einen erheblichen Teil ihrer Wähler verlieren – von Komplikationen in den internationalen Beziehungen mal ganz t abgesehen.

So sorgt das öffentliche Klima in der BRD bisher dafür, daß die CDU es sich nicht leisten kann zu sagen, mit denen gehen wir zusammen, und da sage ich, daß dieses öffentliche Klima nicht vom Himmel gefallen ist, sondern Resultat vieler demokratischer und sozialer Bewegungen, unter anderem aber auch einer gezielten antifaschistischen Arbeit ist, die man in meiner Terminologie ruhig auch antifaschistischen Kampf nennen kann. Ich würde auch der Arbeiterbewegung dringend empfehlen, an diesem Begriff des Kampfes festzuhalten, denn die Vorstellung einer Frontstellung, die dabei zugrunde liegt, die ist ja nicht ausgedacht, sondern die beruht auf real gegensätzlichen Interessen, die in der Gesellschaft da sind. Kapital und Arbeit stehen sich eben tatsächlich gegenüber.

Leggewie: Ich glaube, das ging gegen mich. Ich bin halt der Meinung: Antifaschisten sind wir sowieso mehrheitlich. Ich bin in der Tat der Auffassung, daß sich Antifaschismus in dieser Gesellschaft nach 1951/2 und erst recht in den 60er Jahren in einer bestimmten Weise verallgemeinert hat.

Daß es jetzt zu einer Neuen Rechten gekommen ist, ist eine fast logische Konsequenz zweier Tendenzen: Erstens einer politischen Entwicklung, die insgesamt eher nach links gegangen ist, und die produziert automatisch Gegenkräfte bei Leuten, die sich mit dem Rücken zur Wand fühlen und nicht mal dieses bißchen Wende bekommen haben von der CDU. Zweite Tendenz: Eine höchst erfreuliche »Durchmischung« dieser Gesellschaft, keineswegs nur mit Fremden, sondern überhaupt eine gewisse Unübersichtlichkeit im kulturellen

und sozialen Bereich. Aber das produziert natürlich eine Menge Probleme und auch Gegenreaktionen. Wenn die Linke jetzt die multikulturelle Gesellschaft propagiert, dann gehören, ob ich will oder nicht, auch die »Republikaner« und noch weiter rechts stehende Kräfte einfach dazu. Die kann man nicht wegskandieren, die sind da.

Zum Winkel: Du bist doch sicher auch der Ansicht, daß man diese Strömung der »Republikaner« und der NPD nicht unter den Begriff Kultur fassen kann. Kultur ist eine bestimmte humane Errungenschaft. Es ist genau das, wogegen sich diese Kräfte richten, diese Elemente der Barbarei, der Unkultur, was selbstverständlich schon aus Gründen der Selbsterhaltung bekämpft, möglichst minimiert werden muß. Oder bist du der Meinung, daß sie dazugehören?

Leggewie: Natürlich nicht in dem Sinne, daß ich es toll finde. Ich bin als Analytiker dieses politischen Systems einfach ganz kalt und zynisch: Rechtsextremismus, jetzt auch wieder parlamentarisch ausgebildet, ist vorhanden, je stärker die Tendenzen in die andere Richtung wirken: erstens Modernisierung auch der gemäßigten Rechten, zweitens Richtung multikulturelle Gesellschaft.

Krieger: Das Bemerkenswerte an eurer Argumentation ist, daß ihr bei extrem unterschiedlicher Argumentation zum selben Ergebnis kommt. Der eine sagt, daß wir im Grunde jetzt den Konsens der nichtfaschistischen Demokraten schaffen und es eben hinnehmen müssen, daß es ein faschistisches Spektrum gibt, und der andere sagt, wir müssen die ausgrenzen und in jeder Hinsicht hinhalten, totschweigen, kaputtmachen: Das sind zwei unterschiedliche Ansätze, die in der Konsequenz immer darauf hinauslaufen, dieses Potential als gegeben hinzunehmen und auch nichts dafür zu tun, daß sich daran etwas ändert.

Ich bin aber nicht bereit hinzunehmen, obwohl ich die These erst einmal teile, daß es einen Trend zu dieser Normalisierung gibt. Ich halte es für notwendig und für die Aufgabe der Linken, daran zu arbeiten, daß dieses Potential nicht selbstverständlich dort bleibt, wo es ist, sondern daß es durchaus möglich ist, den Kampf um die Köpfe zu führen, und daß das auch ganz wesentlich ist, gerade weil diese saubere Aufteilung in 13 Prozent Rechtsradikale und einen irgendwie demokratischen Rest nicht funktioniert.

Zum Winkel: Man kann in der Tat nicht einfach alle, die sich nicht faschistisch betätigen, immer gleich ins Lager des Antifaschismus ziehen. Eine antifaschistische Offensive hat es in dieser bundesrepublikanischen Gesellschaft gegeben ab 1968. Diese antifaschistische Offensive kam aus einer extremen Minderheitenposition. Es war nicht zufällig, daß es damals hieß, wir sind eine kleine radikale Minderheit. Man hatte eine ganz realistische Einschätzung, wen man in diesem Kampf gegen faschistische Traditionen als Bündnispartner dazurechnen konnte und wen nicht. Leggewie schlägt jetzt vor, mehr oder weniger von einem Mehrheitskonsens gegen diese Rechtsextremisten auszugehen, während Verena Krieger sagt, daß es immerhin ein vehementes Interesse des Kapitals gegen die Ausbeutung des Rassismus gebe. Ich bin mir da nicht so sicher. Auch hier liegt wieder ein Stück desselben Fehlers, den die KPD vor 1933 gemacht hat. Als die KPD etwa ihre Sozialfaschismustheorie aufgestellt hat, hat sie ernsthaft nicht damit gerechnet, daß das, was die NSDAP in ihrem Programm angekündigt hat, zur Politik der herrschenden Kreise werden könnte. Trotzdem wurde es zur Politik der herrschenden Kreise. Diese Möglichkeit ist von uns noch nicht genügend ernst genommen worden. Es stellt sich wirklich die Frage, ob nicht auch das Kapital mittelfristig sich diese Option offenhält, nämlich einen Mehrheitsblock aus Konservativen und Rechtsradikalen. Ich glaube, daß das eine sehr ernsthafte politische Perspektive ist, die uns vor andere Herausforderungen stellt.

konkret 06/89, S. 52

Michael Scharang

Das Wunder Österreich Ein Sittenbild

1

Als ich mit meinen Eltern unmittelbar nach Kriegsende mit dem Zug zur Großmutter fuhr, mußten wir uns am Semmering, dem Grenzpaß zwischen der Steiermark und Niederösterreich, einer umständlichen Kontrolle unterziehen.

Die Umständlichkeiten begannen damit, daß die Grenze Demarkationslinie hieß, im Ohr des Kindes ein rätselhaftes Wort. Unter Linie konnte ich mir gerade noch etwas vorstellen, ich hatte dieses Wort gehört, aber sicher nie verwendet; ich weiß noch, wie ich es, zwei Jahre später, in der Schule zum erstenmal und widerwillig aussprach. Denn unser Wort dafür lautete Strich. Wir bevorzugten es schon deshalb, weil man eine Linie unlogischerweise »ziehen« mußte, während man den Strich einfach »machen« konnte, mit Ausnahme des Schlußstrichs; den jedoch gibt es in Österreich ohnedies nur in der Redewendung, denn in der Wirklichkeit ist hier noch nie unter irgend etwas ein Schlußstrich gezogen worden.

Wir machten Striche, weiße mit kleinen Kalkbrocken, rote mit Ziegelsplittern, und stellten so im Hof, auf der Straße, aber auch auf dem Boden des Luftschutzstollens, wenn dieser nicht zu stark frequentiert war, große Felder für ein Ballspiel oder kleine zum Tempelhüpfen her.

Charakteristisch für diese Striche war deren kurze Lebensdauer, täglich mußten sie neu gemacht werden, und selten geschah das an derselben Stelle.

Ganz anders stellte ich mir eine Linie, zumal eine Demarkationslinie vor, insbesondere jene, der wir uns nun näherten: von Dauer; daß sie nicht jeder Regen wegwäscht- von weitem sichtbar; und, vor allem, von jedermann respektiert – nicht wie unsere Striche, um die sich niemand scherte.

Lang kann es nicht mehr dauern, bis wir dort sind, sagten meine Eltern. Sie waren schon oft über den Semmering gefahren, öfter zwar mit dem Motorrad als mit dem Zug, dennoch kannten sie jeden Tunnel und jedes Viadukt dieses grottenbahnähnlichen Wunderwerks; von der Demarkationslinie aber wußten auch sie nur, daß sie irgendwo über den Paß gezogen worden war, wo genau, darauf waren sie selbst gespannt.

Dann wurde unsere Aufmerksamkeit abgelenkt. Der Zug hielt in der britischen Zone, Soldaten durchstreiften gelangweilt die Waggons, mehrere Male, wahrscheinlich, um sich die Zeit zu vertreiben; hierauf fuhr er weiter in die sowjetische Zone und hielt wieder, abermals Soldaten, abermals Kontrollen.

Auf dieser kurzen Fahrt mußten wir die Demarkationslinie passiert haben.

Großmächtig wird sie nicht gewesen sein, sie wird auch weder golden noch silbern geglitzert haben, sonst wäre sie mir aufgefallen, trotz meiner Unaufmerksamkeit. Dennoch ärgerte ich mich, sie übersehen zu haben, denn daß an ihr, der Linie mit dem rätselhaften Namen und dem pompösen Klang, gar nichts dran gewesen sein soll, will ich nicht glauben.

2

Die ausländischen Soldaten, welche durch Waggons schlenderten, um sich Inländer anzuschauen, hatten erst vor wenigen Monaten als Soldaten der Anti-Hitler-Koalition Österreich vom Faschismus befreit, was nur dadurch möglich war, daß der Faschismus in Österreich selbst besiegt wurde. Das paßte der Mehrheit der Österreicher gar nicht; damals schon wären sie lieber befreit worden, ohne daß man dem Faschismus ein Leid zufügt. Langfristig ging dieser Wunsch ja in Erfüllung; damals nicht.

Aus Rache nannte der Volksmund die Befreier Besatzungssoldaten oder Besatzungsmacht, wobei er nur nachzureden brauchte, was das offizielle Österreich schamlos vorsagte: dieser Klüngel, beteiligt bereits am Zugrunderichten der Ersten Republik, der nun den Grundstein legte für das Zugrundegehen der Zweiten. Wie immer erreichte die Schamlosigkeit ihren Gipfel in Wien. Die Rote Armee, die diese Stadt befreite, wobei zahlreiche sowjetische Soldaten ums Leben kamen, galt hier nie als Befreierin, wohingegen die Naziarmee, als sie Österreichern das Leben kostete, als Befreierin bejubelt wurde.

Wenn der offizielle Antifaschismus in diesem Land sich einmal besonders hoch aufschwang, behandelte er die unbeliebten alliierten Befreier wenigstens verbal gleich mit den geliebten nationalsozialistischen Okkupanten, als Mächte, die auf dem freiheitsliebenden, sich nach Unabhängigkeit verzehrenden Österreich lasteten. Die letzte Möglichkeit zu solcher Infamie bot sich am Tag, an dem Österreich durch die Unterzeichnung des Staatsvertrages unabhängig wurde, und in der Tat, der damalige Außenminister, der zu Unrecht nur als Alkoholiker in die Geschichte eingegangen ist, nutzte sie voll: »Ein siebzehn Jahre dauernder, dornenvoller Weg der Unfreiheit ist beendet.« Siebzehn Jahre Unfreiheit, sagte er und warf die sieben Jahre Schreckensherrschaft der Nazis und die zehn Jahre Präsenz der Alliierten, die jener Herrschaft ein Ende

gesetzt hatten, in einen Topf, in Anwesenheit der vier unterzeichnenden Außenminister eine unüberbietbare Peinlichkeit. Zum Glück verstanden die kein Deutsch und hörten auch den Übersetzern nicht zu.

Ihr österreichischer Amtskollege war jedoch noch lange nicht fertig. Nachdem er die Vertreter der vier Signatarmächte beleidigt hatte, drohte er auch noch der übrigen Welt. »Österreichs Volk«, sagte er, »geht heute aber auch mit dem festen Vorsatz der Pflichterfüllung für die ganze Welt an die Arbeit.« Vom österreichischen Volk konnte der Minister aus Rücksicht auf die Wählerstimmen der alten Nazis nicht sprechen, so redete er von Österreichs Volk, was etwas ganz anderes bedeutet.

Sodann bringt er, damit die Peinlichkeiten sich nicht nur aneinanderreihen, sondern auch noch überschlagen, den Tag, an dem das angeblich republikanische und demokratische Österreich seine Unabhängigkeit erhält, geschmackvollerweise in Zusammenhang mit einem der niederschmetterndsten Ereignisse der Menschheitsgeschichte, mit dem Wiener Kongreß: »Es zeigt die große Tradition der österreichischen Handwerkskunst, daß dieselbe Firma, die bereits die Verträge des Wiener Kongresses gebunden hat, auch heute dieses neue Vertragswerk handwerklich ausgestaltet hat.«

Hinter der anbiedernden Anekdote steckt die Weisheit des Staatsmannes, der das Bürgertum, das ihn delegiert hat, nicht einfach nur mit dem Verhandlungsergebnis: einem freien Land, konfrontieren kann. Denn diesem Bürgertum ist Freiheit schlechthin so suspekt, daß es auch der eigenen nicht über den Weg traut. Daß ihm die Kundschaft nicht wegläuft, obwohl er ihr die Freiheit bringt, daß ihm die Außenminister der Siegermächte nicht weglaufen, obwohl er ihnen ins Gesicht sagt, was er denkt, läßt ihn schließlich »mit einem Dank an den Allmächtigen« tief aufatmen. Letzterer, der damalige Bundeskanzler, hielt ebenfalls aus diesem Anlaß eine Rede, die nur als historisch zu bezeichnen zu niedrig gegriffen wäre. Heute kann man sagen, daß der Allmächtige auch allwissend war. Während der sowjetische Außenminister voll Befriedigung und in einem Ton, als hätte er den Österreichern etwas abgerungen, verkündete: »Österreich erklärt, daß es eine dauernde Neutralität einhalten wird«, sprach der österreichische Kanzler im Radio zu seinen Landsleuten von einem Staatsvertrag, »der das Schicksal Österreichs auf Jahrzehnte entscheidet«, womit er schon am Tag der Vertragsunterzeichnung voraussagte, daß die dauernde Neutralität nur Jahrzehnte halten wird. Eine Zeit, die nun abläuft.

Wenn die dauernde Neutralität dem Ausbau Europas zum tüchtigsten imperialistischen Zentrum der Welt, neben dem das chaotische Amerika und das disziplinierte Japan verblassen, geopfert wird, bricht Österreich keinen Vertrag, denn der damalige Kanzler hat ihn unzweideutig limitiert. Es hörte ihm nur niemand genau zu; oder nur seinesgleichen; und seinesgleichen erfüllt nun auch seine Voraussage.

3

Zu den beliebtesten Zwecklügen zählt, daß Politiker lügen. Die Vorstellung vom Politiker, der von Berufs wegen lügen muß, ist längst veraltet. Sie stammt aus einer Zeit in welcher der Politiker sich direkt an die Öffentlichkeit wenden mußte; heute hat er dazu die Medien, die ihn zwar zitieren, aber nicht beim Wort nehmen. Der Journalist ist nur nebenher interessiert an dem, was der Politiker sagt, denn sein Beruf verlangt, daß er selbst etwas zu sagen hat, und zwar nicht irgend etwas über Gott und die Welt, sondern etwas darüber, was der Politiker gesagt hat.

Vor der Zeit der Medienindustrie, als der Politiker über keinen Schutzschild vor der Öffentlichkeit verfügte, mußte er schon deshalb lügen, weil er die Wahrheit, daß er von den wirklich Mächtigen nur vorgeschickt wird, nicht aussprechen durfte.

Das hat sich geändert. Neben der Politik entwickelten sich im vorigen Jahrhundert Journalismus und Wissenschaften in einer quantitativ unglaublichen Weise, so daß Politik und Religion, die traditionellen ideologischen Säulen, nicht mehr die gesamte Last des Überbaus tragen mußten. Die Politik rückte deshalb näher ans Zentrum der Macht, und der Politiker emanzipierte sich von der Marionette zum Kompagnon. Er besitzt die Macht nicht, doch hat er direkt daran Anteil: Privilegien und Sold sind fürstlich.

Zu seinen neuen Privilegien gehört, nicht mehr lügen zu müssen. Wie so vielen anderen Entwicklungen hat Hitler auch dieser endgültig zum Durchbruch verholfen. Wenn es auch genug Fäden gab, an denen er hing, so befand er sich doch so nahe am Zentrum der Macht, daß er sich als Ehrenmann gerieren konnte, auf dessen Wort Verlaß war. So offen er mit Mord drohte, so verläßlich verübte er ihn dann auch.

Die Weltöffentlichkeit, an beides noch nicht gewöhnt, reagierte empört; als Echo vernahm sie den Aufschrei der nationalsozialistischen Presse, die sich darüber empörte, daß die Welt den Führer schon wieder böswillig mißverstand. Dieses Verhältnis zwischen dem Führer und seinen Medien wurde dann beispielhaft für die gesamte nachfaschistische Öffentlichkeit.

Natürlich erscheint diktatorische Herrschaft anders als pluralistische, die sich nicht nur in mehrere Machtzentren, sondern auch in Haupt- und Nebenzentren aufgliedert, denen die entsprechende Politik zugeordnet, der wiederum die entsprechenden Medien vorgeordnet sind. Das Führerprinzip, weil zu eng gefaßt, mußte vorläufig ad acta gelegt werden; für das deutsche Kapital die alleinige Weltherrschaft zu beanspruchen, war ein hanebüchenes Konzept. Dem jedoch recht

ähnlich ist das neue, welches zur Zeit in Europa, dem ältesten und fruchtbarsten Boden für Welteroberungsgelüste und Faschismus, heranreift und demzufolge der Europäischen Gemeinschaft gelingen soll, was Deutschland versagt blieb.

Die Politiker leugnen das gar nicht, und Herr Maxwell stampft bereits eine Art gesamteuropäischen »Völkischen Beobachter« aus dem Boden, der den Eurofaschismus als neues Gemeinschaftsgefühl besingt und diejenigen, denen dabei das Herz nicht aufgeht, als pervers bedauert. Die Österreicher finden diesen Schund als Beilage der »Presse«; so schafft man sich hier rechtzeitig die Chance, später einmal als Beilage des Maxwell-Blattes existieren zu dürfen.

4

Maxwell gehört zu jenen Humanisten, die Ernst Jandl so charakterisiert: Sie »sind die Vorhut und Nachhut jedes totalitären Systems. Sie sind die Bewahrer der ewigen Werte während der unübersichtlichen Zwischenzeiten von Demokratie, Pluralismus, Liberalität. Der Moment, da sich die Nachhut zu Vorkämpfern wandelt, ist nicht abzusehen, doch ist ihm vorzubeugen«.

Die Literatur versucht diesen Moment hinauszuzögern, indem sie die Menschen beschwört, ernst und wörtlich zu nehmen, was in der Politik gesagt wird; der Journalismus, der die Politik nicht wörtlich nimmt, sondern interpretiert und damit verharmlost, führt jenen Moment unweigerlich herbei.

Nur der unfähige Politiker lügt, und nur der unfähige Journalist schreibt die Wahrheit. Es ist den Menschen ein Trost, aus den Medien zu erfahren, die Politiker hätten ihnen eine bessere Wirklichkeit versprochen, als jene, in der sie leben. So können sie sich wenigstens belogen und hintergangen fühlen.

Der treueste Komplize von Macht und Politik ist der Aufdeckungsjournalist, der aus geradezu pathologischer Angst vor Veränderung das System schützt, indem er sogar dessen kleinsten Unregelmäßigkeiten nachgeht, die Verantwortlichen, auch die höchstgestellten, aufspürt und dem Gericht zutreibt. Am liebsten wäre ihm, er verfügte neben seiner Schreibmaschine auch noch über ein kleines Straflager.

Moralisch auf einer noch niedrigeren Stufe als der Spürhund der Nation steht das Gewissen der Nation. In manchen Ländern geben sich sogar Schriftsteller dazu her; in Österreich haben sich die guten Autoren bis jetzt erfolgreich dagegen verwahrt, die schlechten erwiesen sich selbst für diese Rolle als unfähig. So muß die österreichische Nation zurzeit mit einem Notbehelf vorliebnehmen, mit einem Gewissen in Gestalt der österreichischen Seele, die wiederum in Gestalt eines landauf, landab durch Vortragssäle röhrenden Psychiaters auftritt.

Eine neue Einrichtung in Österreich sind die Oberschwätzer der Nation. Sie mußte eilends geschaffen werden, als sich auch hier, gegen jede Voraussage, eine Intelligenz herausbildete, die ihrem Namen sogleich alle Ehre machte, indem sie sich, wie anderswo auch, in eine fortschrittliche, eine liberale und eine konservative gliederte. Da bekanntlich eine solche Intelligenz nichts dringender braucht als einen Halt, galt es, für sie einen zu suchen.

Man entschied sich, ohne nachzudenken und ohne eine andere Wahl zu haben, für die zwei größten Oberschwätzer der Zweiten Republik, für Ernst Fischer und Friedrich Heer. Der fortschrittlichen Intelligenz, die es mit dem Urchristentum und dem Urkommunismus hält, stellte man den Katholiken Friedrich Heer zur Verfügung, der konservativen, die mit der Kunst liebäugelt, den Kommunisten Ernst Fischer, dessen ästhetische Schriften in dem Satz gipfeln, daß die Kunst alles darf und nichts muß; oder alles muß und nichts darf; oder dringend muß, aber nicht darf; oder zwar darf, aber nicht muß; oder etwas in dieser Art.

Die liberale Intelligenz, welche sich nach eigenem Bekunden dadurch auszeichnet, daß sie zwischen zwei Stühlen zu sitzen vermag, fühlt sich geistig zwischen den beiden Oberschwätzern äußerst wohl.

Damit diese drei Intelligenzen nicht morsche Knochen kriegen vom Stubenhocken, müssen sie mindestens einmal im Monat, nach Möglichkeit öfter, gemeinsam hinaus ins Leben, wo sie mit dem Dauerschwätzer der Nation konfrontiert werden, einem Mann namens Schulmeister, der in medizinischen Kreisen berühmt ist für seinen Rede- und Schreibdrang, welcher einzigartig sein soll auf der Welt. Anders wäre es nicht zu erklären, daß das Bundesdenkmalamt eigens für ihn eine Tageszeitung am Leben erhält.

In der exerziert er der Intelligenz vor, wie man geistige und militärische Aufmarschpläne auch in Form von Zeitungsartikeln herstellen kann, was neulich zu dem Tagesbefehl führte, »daß Österreich nur zu sich kommt, wenn es über sich hinausgeht«. Die letzten Jahrzehnte, getrennt von Deutschland, durfte Österreich bestenfalls über sich hinauswachsen; nun, die Wiedervereinigung vor Augen, lassen sich schon konkretere Pläne schmieden. Wie alle großen Geister wagt auch Schulmeister sich an eine exakte Bestimmung Österreichs. »Es liegt«, mutmaßt er, »am Schnittpunkt zwischen West und Ost, zwischen Nord und Süd.« Leider mußte es bei der Mutmaßung bleiben, da sich herausstellte, daß es bestenfalls einen Schnittpunkt *von* zwei oder mehreren Linien oder Himmelsrichtungen gibt und daß es sich bei dem Schnittpunkt, der *zwischen* den Himmelsrichtungen liegt, nur um einen Ort der Hoffnung handeln kann, der Hoffnung eines Österreichischen Liberalen, die Kenntnis deutschnationalen Sprachschatzes komme bereits der Kenntnis der deutschen Sprache gleich.

Daß dem Journalisten im Wissenschaftler, insbesondere im Historiker, ein Bruder im Geiste zuwuchs, zeigte sich schon lange nicht so deutlich wie in der Affäre Waldheim. Weil beide sich ausschließlich auf die Vergangenheit des Bundespräsidenten konzentrierten, gehört diese Affäre nun auch der Vergangenheit an. Wer nicht aus dem gegenwärtigen Erscheinungsbild eines Zeitgenossen, in dem alle Schichten des Lebens durchschimmern, zu lesen versteht und besessen nur auf sogenannte belastende Fakten aus ist, wird bestenfalls im Kreis gehen und dabei das Subjekt, über das Aufklärung zu geben wäre, zum Objekt bloßer Neugier degradieren.

Die tiefe Grube, welche Journalisten und Historiker in Waldheims Vergangenheit geschaufelt hatten, nützte der, um jenes erstaunlich unerschütterliche Fundament hineinzusetzen, auf dem seine gegenwärtige Existenz steht. Schriftsteller und Künstler verhielten sich in der Regel klüger. Sie stöberten das Scheusal auf, weil sie es nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart suchten.

»Wir kennen von dem Bewerber um unser höchstes Volksamt nur seine Weise zu sprechen, und diese ist das einzige, wodurch er uns gegenwärtig geworden ist. Seine Vergangenheit, wie auch immer diese gewesen sein mag, hat ihre Gegenwartsgültigkeit durch seine Sprache von jetzt.

Viele gibt es in Österreich wie ihn, doch kaum je war solch ein Mensch anmaßend genug, einem Volk vorstehen zu wollen – oder doch, einmal, vor fünfzehn Jahren, als derselbe Waldheim, schon damals Kandidat, den unsterblichen Spruch tat: 'Die Unterstellung, ich sei Nationalsozialist *oder gar Jude,* muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen! '«

Peter Handke, dem diese Einsicht zu danken ist, formuliert sie merkwürdigerweise in einer Sprache, die dem Vorzimmer jenes Präsidenten zu entstammen scheint, den sie gerade schilt.

5

Nachdem der Zug auf dem Semmering auch in der sowjetischen Zone angehalten hatte, zeigten die Inländer, die seit kurzem wieder Österreicher hießen, abermals ausländischen Soldaten Ausweise, die Identitätskarten genannt wurden, ein Wort, das es nur im Österreichischen gibt und für das man sich wohl im Zeichen des neuen Patriotismus, um den man nicht herumkam, entschieden hatte.

Personalausweise oder Reisepässe, die auch die Nationalität festhalten, gab es noch nicht; der Bürokratie war schließlich nicht zuzumuten, daß sie sich von einem Tag auf den andern von großdeutsch auf klein Österreich umstellte. So handelte es sich vorerst nur um einen Ausweis mit *Lichtbild,* wie die Behörde heute noch zu formulieren beliebt, und dem Namen. Damit sollte unter anderem den ausländischen Soldaten die Suche nach Naziverbrechern erleichtert werden. Daß die sich ausgerechnet hierherbegeben, um identifiziert zu werden, davon dürften auch die Soldaten nicht ausgegangen sein; jedenfalls bestanden ihre Kontrollen hauptsächlich darin, ratlos durch die Waggons zu spazieren. Offenbar erhofften sie sich von den Inländern andere als nur abweisende Reaktionen; sie mußten anfangs Illusionen gehabt haben, und die mit dem schlechtesten Ruf, die sowjetischen Soldaten, mußten Österreich sogar mit Kultur assoziiert haben. Sie konnten es nicht besser wissen mit ihrer lückenhaften Bildung, die bedingt war durch die langen und schweren Kriegsjahre. Sie konnten nicht wissen, daß der Österreichische Kulturmensch in ihnen das vollkommene Gegenteil eines Kulturmenschen sah.

Das rief eine Ratlosigkeit hervor, die im Oktober 1945 zu einer an Wahnsinn grenzenden Verzweiflungstat der Roten Armee führte, als diese die damals gigantische Summe von zwei Millionen Schilling für den Wiederaufbau der Wiener Oper spendete und außerdem Baumaterial und Transportmittel zusagte, nicht ahnend, daß sie damit nichts für ein Wiederaufleben der Kultur, aber alles für die Fortsetzung der Barbarei tat.

Für die reichsdeutschen Völkermörder und Kriegsverbrecher, unter denen sich unverhältnismäßig viele Österreicher befanden, galt gerade der Besuch der Wiener Oper als der ideale geistige und seelische Ausgleich. Jenem Teil der deutschen Herrenrasse, der nun zwangsläufig zur österreichischen mutierte, nicht für alle Zeiten die Wiener Oper zu nehmen, wäre schon mehr als großzügig gewesen; ihr diese Oper aufbauen zu helfen, konnte nur dazu führen, daß Nazidirigenten, Nazisänger, Naziregisseure hier eine zweite, noch glänzendere Karriere starteten und daß ihre Gönner und Bewunderer, die neuen Österreichischen Herrenmenschen, Abend für Abend in dieser Oper allein durch ihre Anwesenheit alles schändeten, was je mit Kunst und Kultur in Zusammenhang gebracht worden war. Bezeichnend auch, wie man der Spenderin dankte: mit zunehmender Verleumdung und Verachtung.

6

Die ausländischen Soldaten hatten zum Einfangen der Nazis ein großmaschiges Netz aus Demarkationslinien über das Land gelegt, denn es sollten nur die großen Nazis gefangen und bestraft werden. Nun ist es eine biologische Spezialität des Österreichischen Herrenmenschen, daß er zwar, wenn es um ein Verbrechen gegen gewöhnliche Menschen geht, über sich

hinauswächst, dann aber, will man ihn dafür zur Verantwortung ziehen, bis zur Unsichtbarkeit zusammenschrumpft. Der Biologe spricht deshalb von der schrumpfgermanischen Rasse.

So verwandelten sich die ganz großen Nazis in kleine, die mittleren in ganz kleine, die kleinen in Mitläufer und die Mitläufer in Widerstandskämpfer. Und fast alle schafften es, durch das Netz zu schlüpfen.

Kaum waren sie durch, setzte sich der Verwandlungsprozeß in umgekehrter Richtung in Gang, so daß ich, als ich im Herbst 1951 in der Nachbarstadt Bruck an der Mur ins Gymnasium kam, nicht nur einen gefängnisähnlichen, unglaublich häßlichen Bau vorfand, sondern auch die dazu passenden Aufseher, die man aber nicht als Herr oder Frau Aufseher ansprechen durfte. Sie verbreiteten nach außen, insbesondere den Eltern der Kinder gegenüber, die Behauptung, sie seien hier als Lehrer tätig, und erlaubten sich sogar den Scherz, sich als Professoren titulieren zu lassen.

Von den Kindern nahm ihnen das niemand ab, nicht einmal der Sohn des Brucker Apothekers, der daheim auf absoluten Gehorsam gedrillt worden war und der jeden Tag das Bild des Bundespräsidenten bespuckte, das im Klassenzimmer hing. Wir paar von der Nachbarstadt, die wir unsere Eltern immer nur mit dem höchsten Respekt von diesem Präsidenten reden hörten: er wohne in einer kleinen Gemeindewohnung und fahre mit der Tramway ins Büro, wollten den Buben daran hindern, verprügelten ihn auch einmal, doch ließen wir das sein, nachdem er, aus Angst vor weiteren Schlägen, erzählt hatte, daß er im Auftrag seines Vaters spuckte, der ihn fürchterlich schlagen würde, käme er dem Befehl nicht nach.

Ja, Befehl hatte er gesagt, der arme Trottel. Heute ist er einer der höchsten Beamten im Bezirk, zuständig für den Wildwasserverbau. Die Schäden durch Wildwasser sind seitdem ins Unermeßliche gestiegen; was er dadurch gutzumachen versuchte, daß er die Tochter des Bürgermeisters heiratete.

Wir hatten auch den Grund fürs Spucken wissen wollen. Er hatte keinen. Wir drohten ihm wieder. Tage später: Nach Dingen, die mit Befehlen verbunden seien, dürfe man den Vater nicht fragen. Und die Mutter wisse nur so viel, daß der Bundespräsident ein General des Kaisers war. So einer habe es sicher nicht nötig gehabt, Sozialist zu werden. Und wenn schon Sozialist, hätte er sich dafür schämen sollen und nicht auch noch Bundespräsident werden. Mehr wisse seine Mutter nicht.

Erwachsene, wie sie in der Bürgerstadt Bruck ihr Unwesen trieben, hatte ich in der nur fünf Kilometer entfernten Stadt, in der ich lebte, gewiß auch gesehen, aber vereinzelt, denn in der Arbeiterstadt wagten es damals die Nazis noch nicht, schon wieder forsch und rudelweise aufzutreten.

Dort aber war schon der Lehrkörper des Gymnasiums völlig verkrätzt von alten, zähen Nazis und ein paar gemütlichen Schlägertypen austrofaschistischer Prägung; letztere standen durch die Gunst der Stunde natürlich obenauf. Dennoch vermochten die Nazis mit ihrem immer noch zu allem entschlossenen Blick auf ihre christlichen Kollegen herabzuschauen.

Diese Bande, die, wäre die Verfassung der Republik jemals in Kraft getreten, allein schon wegen unverblümter Nazipropaganda ins Gefängnis hätte wandern müssen, fühlte sich nun, in der Demokratie, keineswegs als Außenseiter, im Gegenteil, sie erfreute sich beim Brucker Bürgertum höchsten Ansehens, bei den Kaufleuten und Beamten, bei den Ärzten und Rechtsanwälten, für die allesamt es nie ein Ende der Nazizeit gegeben hatte.

Und so verstand ich mit zehn Jahren zum erstenmal: Was hier stattfand, war tatsächlich Wiederaufbau; verstand, warum die Politiker, gegen die man sich nicht mehr Gehör verschaffen konnte, fortwährend das Wort »Wiederaufbau« brabbelten; verstand, warum der Vater immer unwirscher abschaltete, wenn er im Radio dieses Wort hörte. Hier wurde nicht neu aufgebaut, hier wurde wiederaufgebaut.

7

Was dem Kalender nach unmöglich schien, war politisch möglich: die Mittelschule in den fünfziger Jahren zu absolvieren und dennoch als Mittelschüler die Nazizeit zu erleben. Halbtags zumindest. Die Schule Feindesland, die Schulbank ein Unterstand, in den man sich duckte vor der Ignoranz, den menschenfeindlichen Ansichten, der sadistischen Phantasie, der man besonders ausgesetzt war, wenn man aus dem Nachbarort kam, der verrufenen Industriestadt, und aus einer Arbeiterfamilie, einer antifaschistischen noch dazu. Deshalb nach der Schule auf dem schnellsten Weg nach Haus, mit dem Fahrrad, alle Abkürzungen nützend.

Die Professorinnen verfolgten mich jedoch bis in die Träume. Nicht jede gleich, und nicht jede einzeln, sie störten meinen Schlaf sozusagen fraktionsweise. Die einen traten wächsern und glatt, in nonnenhafter Tücke in den Traum, wo sie alsbald ihre Beine spreizten, zu meiner ungeheuren Erregung, obwohl ich wußte, daß sie es nicht lüstern, sondern boshaft taten. Ich konzentrierte mich ganz auf eine Frau, es war egal auf welche, sie waren einander zum Verwechseln ähnlich, starrte gebannt auf die Schenkel, als könnte ich sie so öffnen, und tatsächlich, da leuchtete sie mir, eingebettet in Schamhaare, entgegen, eine derbe doppelte Naht, wie auch meine Bergschuhe eine hatten, am Übergang vom Oberleder zur Sohle; eine doppelt zugenähte katholische Fut.

Oder aber es setzte mir die andere Fraktion zu, die Lauten, Zynischen. Zähnefletschend näherten sie sich mir, der ich im Bett lag, stiegen über mich hinweg, standen auf meinem Brustkorb, auf meinen Armen, auf meinem Hals. Also konnte ich sie nicht zurückdrängen und mußte untätig mitansehen, wie sie ihre Zähne in Elvis Presley hineingruben, der über meinem Bett hing, jedoch nicht das Papier von der Wand, sondern das Fleisch aus seinem Körper rissen. Als das Blut auf mein Gesicht heruntertropfte, konnte ich mich endlich befreien. Wach saß ich im Bett und hatte mich bald zurechtgefunden, da dieser Traum der Wirklichkeit

gar nicht fern war: die Furien haßten Elvis Presley unendlich.

Die Katholikinnen hielten sich in diesem Punkt zurück. Vielleicht hatten sie damals schon, Anfang der fünfziger Jahre, im rebellischen Rock'n'Roll-Sänger die spätere Madonna von Las Vegas erkannt.

8

Nachdem die ausländischen Soldaten, die Demarkationslinien und die Identitätskarten aus Österreich verschwunden waren, schuf man sich eigene Soldaten, eigene Trennlinien und eine eigene Identität – wobei man auf letzteres besonders stolz ist, weil es schön klingt und wenig Sinn ergibt.

Ich bin Österreicher, weil ich hier geboren wurde, hier aufwuchs, hier lebe. Wozu brauche ich noch eine österreichische Identität? Um bei einem neuen österreichischen Nationalismus mitzumachen, der einerseits masochistisch unter dem deutschen Druck stöhnt, andrerseits davon träumt, diesen Druck weitergeben zu können, an Jugoslawien, an Ungarn, an die Tschechoslowakei?

Es war also bereits die Zeit der gewöhnlichen Personalausweise angebrochen, als ich mich wiederum in den Zug setzte und über den Semmering fuhr, diesmal gleich bis Wien, um dort die Universität zu besuchen: mit Hoffnungen, die ich selbst bald als völlig unbegründet erkannte.

Warum sollte es an der Wiener Universität wesentlich anders sein als am Brucker Gymnasium, warum sollte sich dort auch nur die Spur eines geistigen Lebens herausgebildet haben, wo doch an der Universität, dem höheren Rang der Schule entsprechend, nicht wie im Gymnasium die kleinen, verbissenen Nazis den Ton angaben, sondern die großen, souveränen, die ebenso geduldig eine Gefängnisstrafe abgesessen hatten, wie sie dann darauf warteten, bis der Staat soweit wiederaufgebaut war, daß er sie nötig hatte, weil er den alten Schwachsinn wieder brauchte.

Mich regte das damals weniger auf als heute: Ich hatte jede Form des Schulbetriebs satt, wollte ungestört lesen und schreiben. Das immerhin war möglich, nachdem klopfende und schreiende Nachbarn mir das Geigenspiel rasch abgewöhnt hatten. Mehr Möglichkeiten gab es allerdings nicht. Ging man von dem Buch, das man las, oder von dem Text, den man schrieb, weg, hinaus in die Großstadt Wien, saß der durstige Geist bald auf dem trockenen. Man traf zwar auf unzählige Menschen, die, ganz offiziell, ordentlich angestellt, richtig bezahlt, geistig tätig waren, das allerdings mit der strengen Auflage, dem Geist dabei das Wasser abzugraben.

Unter diesen Umständen erwies es sich als sinnvoll, weil einzig erträglich, die Wohnung selten zu verlassen. Der Schritt, Schriftsteller zu werden, ergab sich dann von selbst.

Michael Scharangs Sittenbild stammt aus dem soeben erschienenen Band »Das Wunder Osterreich oder Wie es in einem Land immer besser und dabei immer schlechter wird« – Essays, Polemiken, Glossen, 198 Seiten, Europaverlag, Wien

konkret 06/89, S. 58

Hans-Christian Ströbele

Das Wunder bleibt

In ihrem Buch »tazsachen« (Konkret Literatur Verlag) haben Oliver Tolmein und Detlef zum Winkel die Geschichte der Berliner »tageszeitung« beschrieben und politisch bewertet. Mit dem Ergebnis ihrer Untersuchung ist Ströbele, Mitgründer des alternativen Zeitungsprojekts und Mitglied des Vereins »Freunde der Tageszeitung«, nicht einverstanden: »Bannstrahl vom hoben linken Podest«

»tazsachen«, das erste einer Reihe von Büchern über die »taz« und ihre Geschichte, ist eine bitterböse Abrechnung mit der »taz« – oder besser: mit dem linken radikalen Anspruch der »taz«, noch besser: mit einem Teil der undogmatischen Linken in der BRD.

Die Autoren Oliver Tolmein und Detlef zum Winkel haben nicht nur die inzwischen erschienenen fast dreitausend Ausgaben der »taz« sehr gründlich durchgesehen und ausgewertet, sondern auch Materialien aus der Gründungsphase, wie das »Prospekt Tageszeitung« von 1978, durchgesehen. Sie haben allerdings fast nur festgehalten, was in ihrem Raster, »die taz hat schon immer linke Ansprüche verraten«, hängengeblieben ist. Das liest sich stellenweise wie der Durchmarsch der selbsternannten »Paradiesvögel«, also der, die mit links und radikal eigentlich nie was am Hut hatten, die von Anfang an eine alternative »FAZ« wollten und nun endlich in der »taz« eine Hierarchie mit alternativen ChefInnen installieren konnten.

Falsche, unrichtige Zitate oder nicht zutreffend geschilderte Ereignisse sind mir nicht aufgefallen. Nur – mit dem wirklichen Gang der politischen Auseinandersetzungen in der »taz«-Geschichte, den Niederlagen und Siegen der verschiedenen Fraktionen hat das, was mit dem Buch bewiesen werden soll, nur am Rande zu tun.

Wäre die »taz« 1988 an den Grundsätzen der Gründungsinitiativen und der tazler der ersten Jahre gemessen worden, dann wäre das interessanter und auch erheblich Erhellender geworden. Z.B. die Berichterstattung über des Kanzlers Besuch in Moskau im Herbst vergangenen Jahres. Von dem gab es nichts Wesentlicheres zu berichten, als daß Kohl den Gorbi mit der deutschen Frage zu nerven versuchte. Trotzdem füllte eine Woche lang ausführliche Hofberichterstattung die Zeitung und noch an hervorragender Stelle. Gerade aber über solche offiziellen Politreisen wollte die »taz« anders berichten. Angemessen wäre ein Zweizeiler gewesen, etwa: Kohl immer noch in Moskau.

Ein anderes Beispiel hätte die jahrelang betriebene einseitige Parteiblattpolitik in der Berichterstattung und Kommentierung der »taz« zugunsten der Realos bei den Grünen sein können. Die Hymnen auf Otto und Joschka und alles, was nach Realos aussieht, das Runtermachen von Ditfurth und Trampert und aller radikaleren linken Positionen bei den Grünen, bis hin zur Empfehlung, die Grünen in dem Land, in dem die Realos nicht das Sagen hätten, nicht zu wählen, das ist mit dem Gründungsanspruch der »taz«, kein Linienblatt, parteilich, aber kein Parteiblatt einer Fraktion im linken Spektrum zu sein, nicht zu vereinbaren.

Aber nicht da haken Tolmein und zum Winkel ein, sondern es muß schon schleichender Antisemitismus, Rechtsradikalismus, Verherrlichung blutrünstiger Diktatoren wie Idi Amin und Khomeini oder die kalkulierte Machtergreifung alternativer ChefInnen sein, womit die »taz« gegeißelt werden soll. Der Reihe nach:

Das Buch beginnt mit einer ausführlichen chronologischen Darstellung der Konflikte in der »taz« von der Amnestiedebatte in der 2. Nullnummer 1978 bis zur Einsetzung einer »Chefin« 1988. Erst fand ich es spannend. Vieles lebte in der Erinnerung auf, was auch mich intensiv beschäftigt und umgetrieben hatte: Die Diskussion über die Verteidigung von »Vergewaltigern« durch linke Anwälte etwa. Jahrelang hatten wir nichts dabei gefunden. Dann fand ich mich mittendrin in der »taz«-Diskussion. Oder die Besetzungen der »taz« durch Leute, die mir politisch nahestanden, die Diskussionen über Pornographie und Peepshows oder wie immer wieder das Geld fehlte, um die »taz« über die nächsten Monate zu bringen.

Von Seite zu Seite wurde ich dann aber immer ärgerlicher. Es war wie vor Gericht, wenn der Ankläger das Leben des jugendlichen Angeklagten Revue passieren läßt, um an der langen Reihe von Krisen und Konflikten aufzuzeigen, daß der Angeklagte schon immer schlecht war und zum Kriminellen neigte.

Auch in der Darstellung der Lebensgeschichte der Angeklagten »taz« durch die Autoren fehlt das Positive, was zu der Heranwachsenden gehört: Bis heute hat es die Heranwachsende geschafft, sich von Abhängigkeiten von Banken, vom Staat, von sonstigen Kapital- und Anzeigengebern freizuhalten. Sie ist groß geworden, aber unabhängig und selbstverwaltet geblieben. Sie ist die einzige Tageszeitung links von der Mitte, die nach dem Krieg geboren ist und überlebt hat. In dem Plädoyer gegen die »taz« suche ich nahezu vergeblich eine Erklärung oder auch nur eine Darstellung dieser Phänomene. Die Autoren bringen es sogar fertig, die erfolgreichsten linken Kampagnen der letzten Jahrzehnte, an denen die »taz« nun mal maßgeblichen Anteil hatte, die Spendenkampagne »Waffen für El Salvador« und »Vobo 83«, damit abzutun, die seien auch nur von Einzelnen getragen worden bzw. nicht linksradikal gewesen.

Nicht nur CDUler, die gegen die Kampagnen nach staatlichem Eingreifen gerufen haben, haben das anders gesehen. Die Spendenkampagne »Waffen für El Salvador« ist vor Erscheinen des ersten Aufrufs ein halbes Jahr lang »taz«-intern heftig diskutiert und danach immer mit großen Mehrheiten der tazler beschlossen worden. In der Kampagne gelang es zum ersten Mal, Sammlungen für Waffen für revolutionäre Zwecke in der BRD gesellschaftsfähig zu machen.

Wenn Vobo 83, die Gesetzesgehorsamsverweigerung von Millionen gegen die Volkszählung entgegen der Propaganda aller etablierten Parteien und Organisationen, dieses Aufmucken von Millionen gegen den Obrigkeitsstaat, dieser für die BRD für undenkbar gehaltene emanzipatorische Akt nicht »links« war – was ist dann links? Die Autoren des Buches wären glaubwürdiger gewesen, wenn sie wenigstens diese Kampagnen der »taz« als linkes Verdienst ans Revers geheftet hätten.

Da wundert's nicht, wenn hinter jedem Problemlösungsversuch der »taz«, nur die reaktionäre Seite ausgemacht wird. Sicher, die »taz«-Initiativen haben in den ersten Jahren des täglichen Erscheinens der Zeitung nach und nach ihre Tätigkeit eingestellt. Aber mit einer Intrige gegen den linken Basisanspruch der »taz« hatte das nichts zu tun. Vor allem objektive Gründe führten zu dem Abschied von den Inis. Auf Dauer war es den nur während der Freizeit und weit weg von der Zentrale Arbeitenden nicht möglich, den Anschluß an die Notwendigkeiten der täglichen Zeitungsproduktion zu halten. Über lange Zeit ist viel ausprobiert worden, Bezahlung eines Teils der Initiativler, Zur-Verfügung-Stellung von Technik und Büro, Austausch der Leute mit der Zentrale; aber es hat nicht geklappt, jedenfalls nicht auf Dauer.

Das Wunder der Inis bleibt. Aus dem organisatorischen Nichts der undogmatischen Linken und der Alternativszene sind 1977/78 innerhalb weniger Monate in fast allen großen Städten von Kiel bis München, von Berlin bis Köln Dutzende von Inis entstanden, die die »taz« geschaffen haben. Wie das möglich war, warum es gelang – dem nachzugehen hätte sich gelohnt. Das Buch erwähnt die Inis nur im Zusammenhang mit ihrem Ableben.

Zwar stimmt es, daß die »Paradiesvögel« in der »taz« immer mal wieder versucht haben, sich in Scene zu setzen und die »grauen Mäuse« zurückzudrängen; daß die in der »taz«, die schon immer mit dem Vorbild LIBERATION liebäugelten, hierarchische Strukturen durchsetzen, Chefs etablieren und den Einheitslohn kippen wollten. Nur sie sind damit fast durchweg gescheitert. Der einzige tazler, der vom Kollektiv in den ersten Jahren gekündigt wurde, war einer von denen, und ein halbes Dutzend von ihnen ist wegen Perspektivlosigkeit ihrer Position in der »taz« freiwillig gegangen. Die Geschichte der »taz« ist eine Kette von Abstimmungsniederlagen solcher Positionen, bis ins Jahr 1989. Das hätte sich gelohnt, in dem Buch aufzuzeigen. Aber dann hätte auch dargestellt und bewertet werden müssen, daß die »grauen Mäuse«, die »Basisfreaks«, die Linken in der »taz« mit ihren Siegen nichts anzufangen wußten. Woran das wohl lag? Dazu hätte ich vom ehemaligen tazler Tolmein gern etwas gelesen.

Es trifft auch zu, daß die Einführung der neuen Techniken immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen meist zwischen Redaktion und Geschäftsführung und den Leuten der Technik geführt hat. Die neuen Techniken haben sich auch immer durchgesetzt. Das steht in dem Buch zu recht. Aber es darf nicht übersehen werden, daß die »taz« ihre Existenz als überregionale Tageszeitung den neuen Techniken, Fotosatz, Datenfernübertragung, verdankt. Zehn Jahre früher wäre die »Tageszeitung« mangels geeigneter Techniken so nicht zu realisieren gewesen. Das wäre es wert, dargestellt und diskutiert zu werden. Unerörtert bleibt in »tazsachen« auch, daß die neuen Techniken zwar jeweils eingeführt, aber niemand in den technischen Abteilungen entlassen wurde. Ganz im Gegenteil ist der Personalstand in diesen Abteilungen sogar um 50 Prozent angestiegen. Das zu hinterfragen, wäre interessant gewesen.

Es mag sein, daß die inhaltlichen Diskussionen etwa über Pornographie oder Frauentaz nicht das Gelbe vom Ei waren. Aber es mußte doch nicht gleich antilinks und reaktionär sein, für Pornographie in der Zeitung einzutreten oder gegen die reine Frauenzeitung zu sein. Seit die neue Linke befreite Sexualität entdeckt hatte, war auch für Linke die Grenzziehung zwischen Pornographie und demonstrativ freier Sexualität ein Problem. Und was die Frauentaz angeht, so ist sie Ende 1983 nur deshalb nicht realisiert worden, obwohl das »taz«-Plenum sie beschlossen hatte, weil die Frauen sich dazu mehrheitlich nicht in der Lage erklärten.

Die Besetzungen der Redaktionen sind auch Ausdruck davon, daß die Szene gerade an die »taz« ihre Ansprüche richtet, die »taz« also ernstnimmt. Wenn die »taz« diese Probleme nicht gehabt hätte, dann wäre sie unwichtig, dann wäre sie mit ihrem Anspruch, links und radikal zu sein, nicht ernst genommen worden. Wehe der linken Zeitung, der all das nicht passiert. Sie ist zumindest langweilig.

Was dann folgt in dem Buch, hat mir zunächst wirklich unverhofft neue Einblicke in Sprache und Inhalte der »taz« eröffnet. Das zusammengetragen zu haben, bleibt verdienstvoll, auch wenn mich die Schlußfolgerung, die »taz« sei rechtsradikal, entsetzt und empört.

Die Bezeichnung einer Disco als »gaskammervoll« in der »taz« von 1988 war offenbar kein einmaliger Ausrutscher. Auschwitz wurde in der »taz« penetrant mit »ss« geschrieben und Nazi-Worte wie »KZ« und »Endlösung« werden geradezu inflationär gebraucht in »taz«-Artikeln über Argentinien, Ost-Timor, Armenien oder über einen Prozeß gegen Brigitte Heinrich. Das ist blamabel, dumm, unüberlegt und geschichtslos, das sagt auch was über Nazirelikte in unserer Sprache, aber – bitte schön – deshalb ist die »taz« doch nicht rechtsradikal.

Die langen Artikel von Syberberg in der »taz« habe ich nie gelesen. Ich hätte es tun sollen, dann hätte ich mich damals schon geärgert. Das muß ich dem entnehmen, was »tazsachen« aus den Artikeln zusammengeschrieben hat. Das mag dumme gewollte Provokation sein, aber das ist doch nicht rechtsradikal.

Sympathien in der »taz« für Idi Amin oder Pol Pot werden behauptet. Aber belegt wird allenfalls der gescheiterte Versuch der »taz«-Autoren, mit dem, was die beiden Diktatoren ihren Völkern angetan haben, differenzierter und reflektierender umzugehen als die übliche Presse. Sympathien in der »taz« für Khomeini, unter dessen Regie sich das iranische Volk des Schah-Regimes und gleich auch noch des US-amerikanischen imperialistischen Einflusses entledigte, ja. Von damals aus gesehen zu recht. Von heute aus geurteilt, schon damals zu unrecht, wie nicht nur in dem Buch belegt wird. Aber wenn die Autoren Mängel der Iran-Berichterstattung und Fehleinschätzungen von Khomeini und der iranischen Revolution in der »taz« auf den neuen Anti-Internationalismus à la Cohn-Bendit zurückführen, machen sie es sich zu einfach. Jahrzehntelang aufgestaute Hoffnungen gerade der Linken auf eine revolutionäre Befreiung des iranischen Volkes mögen den Blick getrübt haben, so daß nicht rechtzeitig erkannt wurde, was sich im Iran anstelle des Schahregimes etablierte.

»tazsachen« provoziert Widerspruch, von Kapitel zu Kapitel. Das macht den Wert des Buches aus. Aber auch berechtigte Kritikpunkte rechtfertigen den Bannstrahl vom hohen linken Podest nicht.

Mit den Militanten unter den Linken hatte die »taz« von Anfang an ihre Schwierigkeiten. Deren Ansprüche und Erwartungen hat sie nicht erfüllt, konnte und wollte es auch gar nicht. Aber nirgendwo kommen – nicht nur in Hungerstreik- und Kommandoerklärungen – auch diese Linken so ausführlich überregional zu Wort wie in der »taz«, und nirgendwo wird über politische Prozesse so ausführlich berichtet und kommentiert. Das gilt auch für die Berichte über die Schüsse an der Startbahn West und deren Folgen. Gerade an Hand dieses Beispiels versuchen die Autoren über viele Seiten nachzuweisen, daß die »taz« sich in die vorverurteilende Berichterstattung der anderen Zeitungen eingereiht hat. Vergeblich.

»tazsachen« provoziert Verteidigung so stark, daß die Heranwachsende »taz« schon wieder zu gut wegkommt. Aber das haben Verteidigungsplädoyers wohl so an sich. Es gibt gute Gründe, mit der »taz« ganz heftig ins Gericht zu gehen – gerade weil das, was das Wesen der »taz« ausmacht, häufig nicht links und schon gar nicht radikal ist – aber doch bitte nicht so.

konkret 06/89, S. 60

Franz Lerchenmüller

Großburgwedel und die Gelbe Flut

Während hierzulande die Gebärfreudigkeit mittels Prämien, Anti-Abort-Stiftungen und ganzseitigen Anzeigen stimuliert wird, damit die Renten auch in 50 Jahren noch finanziert werden können, soll der Inder doch bitteschön auf seine Alterssicherung in Form zahlreicher Nachkommen verzichten: zehn Anmerkungen und fünf notwendige Ergänzungen zur Apokalypse

1. Ozonloch, Aids, atomarer Winter – in der Bestenliste der Untergangsszenarien der Menschheit wird sich dank des Mai-Berichts der UNO eine Katastrophenversion für ein paar Wochen wieder ganz nach vorn schieben, die schon seit Jahren einen festen Platz unter den Horrorvisionen einnimmt: die »Bevölkerungsexplosion«. Eine Menschheitskatastrophe eben. Droht.

2. Menschheitskatastrophen haben ihren Namen daher, daß der satte und gesunde Teil der Menschheit, der sich gern für die ganze hält, feststellt, daß es ihm in irgendeiner Form ans Leder gehen könnte. In diesem Fall warnen seine Meinungsführer, daß es Gefahren von der Menschheit abzuwenden gelte, »auch im eigenen Interesse«. Zu streichen ist: »auch«.

3. Menschheitskatastrophen »drohen« stets. Hungerödeme, Anämie, Eiweißmangel, TBC, Diarrhoe, Malaria existieren bereits. Da allerdings nicht die Menschheit, sondern nur Neger und Schlitzaugen damit fertig werden müssen, fallen sie nicht unter besagte Kategorie.

A. De□ □□che □ ng□ □e, e□ □ □a□ nlich f□ i□ ch a□ □ den Sech□ ige□ Jah□ en e□ b□ eiteg, ein Me□ □: Den mee□ □ be□ fl□ □e□ da□ Land, W□ ge □ m W□ ge □ □ □ l□ he□ ein, □ m Fach□ e□ kh□ □ □ e□ □ nen, an die Fe□ □ gel ngen Zulus, □ □ hi□ □ ie□, ka□ i□ □, le□ □ ak□ ank, gie□ ig. Alle□ Wei□ e e□ □ □ ink□ en. Im Ende ein Men Lichhei□ □ angeb□ □ chen. Ein He□ □ ch□ eckenhee□, f□ □ da□ die A□ □ lan□ en□ lage bl□ □ ein ha□ □ , f□ ll V□ be□ da□ L □ nd f□ i□ □ alle□ □ a□ □ ekahl. Viele H□ nde, die nach dem □ be□ f□ ll□ en Reen□ □ □ □ b□ □ m Keneif□ n b□ ingen. Te□ mi□ en. Z□ gb□ □ cke h□ ch. L□ ken dich□. Ne□ □ □ □ nenb□ mben in K□ i□ engebie□ e? S□ □ □ e□.

4. Woher die Ängste rühren: Fünf Milliarden Menschen leben derzeit auf der Erde. Jede Minute nimmt diese Bevölkerung um 150 Menschen effektiv zu; in elf Jahren werden es also runde sechs Milliarden sein, 80 Prozent von ihnen in den Ländern der Dritten Welt. Indien wird mit einer Milliarde dann China mit seinen 1,2 Milliarden fast eingeholt haben.

Essen wird noch knapper, sauberes Trinkwasser noch weniger vorhanden, die Zahl der Kinder, die pro Tag an Hunger sterben, noch dekorativer sein. Die Böden, sofern nicht weggeschwemmt oder davongeweht, sind ausgelaugt und überweidet, die Wüste dringt vor, Wälder und Bäume sind weitgehend abgeholzt, und drei Milliarden Menschen fehlt das Brennmaterial, um vernünftig zu kochen oder sich zu wärmen.

B. D□ ch □ □ h□ end □ be□ all ge□ e□ g□, em□ fangen □ nd geb□ □ en □ i□ d, □ □ i□ b□ de□ De□ □ □ jede Familie 2,2 e□ □ e□ gen, □ m die Be□ □ lke□ □ ng□ □ ahl ge□ ade n□ ch □ □ hal□ en, 1,3 □ ind e□ in der BRD. Al□ ein□ ige□ □ □ an□ ig be□ □ lke□ □ ng□ □ eich□ □ en S□ aa□ en de□ E□ de bi□ □ □ m Jah□ 2000 □ □ ei Milli □ nen Ein□ □ hne Milli□ nen □ □ m 12 a□ f den 17 Pla□ □ □ □ □ □ ckgefallen □ ein. 2030 □ ind e□ m□ gliche□ □ ei □ en □ □ n □ eben 47 M Milli□ nen A□ □ l□ nde□ □ ch□ n einge□ echne□, die dann f□ nf□ ehn P□ □ □ en□ de□ W□ hnbe□ □ lke□ □ ng a□ □ machen, ach□ P□ □ □ en□. Eine En□ □ ickl□ ng, die den Re□ □ de□ Wel□ □ nd □ □ □ allem die Nachba□ □ □ fa□ □ lich bie□ e□ im Land □ elb□ □ Anla□ □ □ manche□ lei A□ fge□ eg□ hei□. □ Ra□ □ □ helVe□ □ ali□ i□ n□ be□ □ □ □ □ Rheini□ che Me□ k□ □ □ eine 17-□ eilige Se□ ie □ be□ den □ Be□ □ lke□ □ ng□ □ e□ fall□ .

5. Zwischen zehn und dreißig Milliarden Menschen, je nachdem, in welchem Verhältnis »intensiver Handelsdüngereinsatz« und »ökologische Tragfähigkeit« gegeneinander abgewogen werden, könne die Erde Nahrung und Wasser bieten, behaupten Agrarökonomen. Nicht etwa zu viele Kinder werden geboren – die Produktionssteigerungsraten sind zu gering!

Bei ihnen herrscht noch Optimismus vor, ein Optimismus, der auf Zahlenspielereien gründet, die weder je bewiesen noch widerlegt werden können; Optimismus, der auch gefragt war, als die Reagan-Regierung 1984 ihre Zahlungen an den UNO-Bevölkerungsfonds (UNFPA) einstellte, um nordamerikanische Abtreibungsgegner zufriedenzustellen; Optimismus, der den Kern der Marketingphilosophie der agrochemischen Industrie aus- und es ihr möglich macht, den Verkauf von Hybridsaaten, Dünger und Pestiziden in die Dritte Welt humanistisch zu verbrämen. Zukunft ist möglich – Royal Dutch Shell ist ihr Wegbereiter!

6. Ein ähnlich haltloser Optimismus scheint allerdings auch denen zu eigen, die meinen, das Wachstum der Menschheit stelle kein Problem dar; zu einem solchen werde es lediglich aufgrund der Tatsache, daß ein Fünftel derselben den Rest armfresse.

Denn wenn China, wo unter Mao Geburtenkontrolle noch als Völkermord gegolten hatte, seit 1971 eine sehr rigide Bevölkerungspolitik verfolgt, darf getrost davon ausgegangen werden, daß es sich nicht klammheimlich dem Kalkül des US-Imperialismus gebeugt, sondern Konsequenzen aus eigenen Erfahrungen gezogen hat: Unbegrenzt wachsende Menschenmengen führen ab einem bestimmten Punkt in einer Region zu einer Verschlechterung der Versorgung des Einzelnen und zu irreversiblen ökologischen Schäden. Überbevölkerung ist nicht lediglich eine von den Staaten des Westens zum Problem ernannte und in ihrem Sinn instrumentalisierte Erscheinung. Aber auch.

7. Schuldige! Der kritische Deutsche hat, der Kurie sei Dank, hier ja doch den Papst samt Enzyklika »Humanae vitae«, der durch die Welt jettet und arme Indiofrauen davon abhält, ihrer Menschheitspflicht nachzukommen und keine hungrigen Mäuler mehr in die Welt zu setzen. Doch was machen wir damit?: In Indien, mit seinen siebzehn Millionen Zuwachs pro Jahr, in China, in Bangladesh und Indonesien spielt die katholische Kirche keine große Rolle. Im katholischen Brasilien, in dem Pessare bis 1987 verboten waren, sank der Geburtenüberschuß in den letzten Jahren beachtlich. Der Einfluß der katholischen Kirche auf die demographische Entwicklung ist unerheblich, einfach weil bei keiner anderen Glaubensgemeinschaft die Diskrepanz zwischen offizieller Lehre und dem Verhalten der Schäflein so groß ist wie bei den 900 Millionen Katholiken. Was keinen Woityla entschuldigt.

C E□ □□ h□en die □ffen□lichen Bedenken in de□ B□ nde□□e□ □ blik, die □k□ □ fla□ □ange□ be□□effend, ja nich da□ e□ □n□ in d□ei□ ig, □ie□□ig Jah□en an F□e□ nden, Nachba□n, Ge□□□□ch□□ a□□eb□ □ n□□e Gefah □ e□den □ielmeh□ K□ nden, Facha□bei□e□, Mie□e□, Sch□ le□, Ren□en□ahle□ □nd S□. Wa□ □l S□a□ g□b□ □ m ge k□ nf□ige W□ hle□gehen □eine□ Un□e□□anen dahe□ k□ mm□, i□□ in Wi□klichkei□ die eng□□□ d□□ hendem Ve Mach□.

D□ ch e□ □ i□d □ich □□ helfen □ i□□en.

Ga□ nich□ meh□ hin□e□ □□□gehal□ene□ Hand □□□□agie□en □□□□e a□f ih□en Tag □ngen, ob □ ein Ve b □ dem□ g□a□ hi□ che L□ cke□ □chnell □□□□fen □□□de. Und nich□□□n □ngefch□en □ea□ □elb□ ag□nden F□ ak□i□ nen, in kla□e□ Mi□ ach□□ ng de□ V□ lk□□ illen□, eine□ ge□ i□n□n □Be□ nderf□hei□ i da□ W□□□ □ e□den n□ ch geb□a□ ch□: T□ □ken an die O□□f□□ n□.

8. Indien führte vor, was ein Staat, unterstützt vom Westen, mit seinem Volk anzustellen vermag, wenn es ihm zu schnell wächst. 1976 wurden mehr als sieben Millionen Männer unfruchtbar gemacht; Kredite wurden als Sterilisationsanreize gezahlt, es gab Kopfprämien für Ärzte, Sterilisierungscamps, Tausende starben an Operationsfolgen.

Die Bevölkerung wuchs. Wächst. Jeder weiß, warum. Aber einzusehen, daß Kinder für Arme notwendige Unterstützung im Alter und zusätzliche Arbeitskräfte darstellen, auf die sie nicht einfach verzichten können, ist eins. Ein Land so umzukrempeln, daß diese Art der Vorsorge überflüssig würde, ganz etwas anderes.

Aus den indischen Erfahrungen zogen Bevölkerungsplaner den Schluß, es anderswo (und zunächst auch in Indien) mit »integrativen Methoden« zu versuchen. Enorme Summen lassen sich Organisationen in den USA, Japan und der BRD »ihr« Modell Thailand kosten: Mittels Donald-Duck-Filmen, T-shirts und Aufblaswettbewerben sei es dem populären Verhütungsmanager Michai gelungen, in einer an sich prüden Gesellschaft das Kondom zu entmystifizieren. Ob die fröhlichen Massensterilisationen zum Geburtstag des Königs, die Symbole an den Häusern, die die Art der dort betriebenen Verhütung anzeigen und »Incentives« der Art: »Gewinnen Sie neue Verhüter und Sie erhalten Rabatt bei der Kreditrückzahlung!« der thailändischen Seele eignen und nur dem eurozentrierten Betrachter aufgepfropft erscheinen, sei dahingestellt. Erfolgreich im Sinne der Unterstützer ist die Kampagne: vordergründig, weil das Bevölkerungswachstum von 3,3 auf 1,8 Prozent gesenkt wurde; tatsächlich, weil es dabei »integrativ« gelang, zahlreiche Bauern zu veranlassen, ihre Subsistenzwirtschaft aufzugeben, Tapioka für den Export anzubauen und damit die Abhängigkeit vom Weltmarkt in ein paar weiteren hinteren Winkeln durchzusetzen.

D. B□iefe, die de□ □ei□ □e□□□□ □k□ e□□ a bei de□ De□ □□chen We□ h□ nge□hilfe ei

la□□en keinen Z□ eifel, □ □ □□ die De□ □□chen □ich ih□e W□ hl□ i□ igkei□ en. □ea □ □an□□en □□hig □□□□ daf□ □ □□ □□□gen, da□ e□ nich□ □□ □iele □ e□den, □ei'□ mi□ □be□ dem Skal□□ell□ □□en, □ei'□

Dabei d□ □fen die Hilf□manage□ □ gan□ l□ □ □ □ich'□ nich□ □e□□ch□ eigem, nur mich die □e lei□ be□ahl□e P□e□□ef□eihei□ □ □ch□ n mal □ be□ die □nge□ech□e Wel□□ i□□ iehaf□ □nd die d□ ng lenede Sch□ ldenla□ □.

□□ la□□□nd nich□□□ de□□lich alle□ding□, □nd bi□□e keine Namen. Ih□e□ Lage bn□nden inaikend □ einge Z□□ammena□bei□ mi□ dem BMZ □nd e□□ich□ a□f□□aa□liche Gelde□ □ beghilflgen eni A□ich elien an ebendie□ S□aa□, da□ Un□innige □eine□ T□n□ endlich ein□□□ehen □nd ab□□□□ellen □ □ □gdie chaffen i ch geradde □ F□□□be□□ehen inh□ mane□, □ ide□□innige□ Ve□h□l□ni□□e □□ ga□an□ie□en.

9. Ein Recht, das jeder Frau, jedem Mann zusteht: die Vorgänge in ihren Körpern zu kennen; selbst zu bestimmen, wann und wieviele Kinder sie in die Welt setzen möchten und ob und welcher Verhütungsmittel sie sich ansonsten bedienen wollen. So weit, so richtig, das Credo der Entwicklungstheoretiker. Idealerweise stellen also westliche Experten auf Anfrage lediglich Geld und Know-how zur Verfügung, informieren, versuchen vor allem auch Männer für Verhütung zu gewinnen, geduldig, unaufdringlich, ohne Zwang. So weit, so falsch der schöne Schein.

Denn seit sich gezeigt hat, daß auch die Geburtenkontrolle mit sozialen Verzierungen nicht den erhofften schnellen Erfolg hat, ist die rein technologisch ausgerichtete Bevölkerungsverhütung wieder auf dem Vormarsch, forciert durch die Anstrengungen der Pharmakonzerne, sich diese Märkte der Zukunft nicht entreißen zu lassen, die ihnen zugleich als Riesenlaboratorium dienen.

Ob Regel, wie Kritikerinnen wie Maria Mies meinen, oder Ausnahme, wie Bonner Offizielle behaupten – an Frauen in der Dritten Welt werden Verhütungsimplantate und Antischwangerschaftshormone getestet, ihnen werden Kontrazeptiva verabreicht, die westliche Gesundheitsministerien dem weiblichen Teil ihrer Bevölkerung lieber nicht zumuten.

In Bangladesh stapeln sich die Pillen- doch ihre Anwendung ist zu wenig kontrollierbar, Sterilisation, nunmehr hauptsächlich von Frauen, verdrängt zunehmend andere Arten der Verhütung; Sterilisation, die mit einem Sari oder ein paar Pfund Weizen erkauft wird: In Hungerzeiten steigt die Zahl der Freiwilligen beträchtlich an.

E. Die F□□de□□ng, die b□nde□de□□□chen Hilf□□□gani□a□i□nen □All bei ihre ka ellen, du die□e a) ledigli Wide□□□□□che □□klei□□e□e □de□ b) in ein Fa□ □hne B□den flie□e, kann m, de□ jemand einfall□□□□ge e□ g□□en Schlach□e□ □de□ den □e□□□a□en□□ □□digen □ k□laden □□ finden. Wie□ anda□e Nahei□□ng□hilfe P□□jek□h□ be□ei meh□ al□ Alm□□en, ja □□ga□ in i□gendeine□ F□□m de□ A□fl□e Schngi de□ Ge□al□□e□ Wel□ma□k□□ein k□nn□en, de□ lei□□e□ □ich die □iel g□□□e□e F□echhei□: E□ l□g□

10. »Wo die existenziellen Grundbedürfnisse nicht befriedigt sind, ist das Bevölkerungswachstum hoch. Wo aber die Geburtenraten rasch sanken, war festzustellen, daß sich (...) bei den folgenden sozialen und wirtschaftlichen Begleitumständen etwas getan hatte: Säuglings- und Kindersterblichkeit; Bildung und Ausbildung insbesondere der Frauen; Prioritäten in den entwicklungspolitischen Maßnahmen, die vor allem den unteren Einkommensschichten zugute kommen; integrierte Familienplanung« (Ansgar Skri□ *a:* □ Zviele Menschen?«). Nichts geht ohne Bodenreform, Alphabetisierung, Gesundheitsnetz – aber geht dann die Zahl der Kinder automatisch zurück?

Jahrelang hat die chinesische Regierung versucht, mit Gehaltszulagen bzw. -einbußen, mit an Geburtenkontrolle gebundenen Pachtverträgen, sogar mit öffentlich ausgehängten Listen der Willigen und Widerborstigen die Beschränkung auf ein Kind pro Familie durchzusetzen (was wiederum, da viele Eltern nur Söhne für Nachkommen halten, zu Millionen von Abtreibungen, Aussetzungen und auch Neugeborenenmorden geführt haben soll). Im April dieses Jahres erklärte China diese Politik für gescheitert. Insbesondere auf dem Land sei die Zahl der Kinder zu hoch; neue Anläufe zur Geburtenkontrolle würden dringend erforderlich.

Söhne als Garanten eines ordnungsgemäßen Begräbnisses, Fruchtbarkeit als Ausdruck der Manneskraft und des Gesegnetseins der Frau, Kinder als Geschenk des Himmels – Traditionen und Bewußtseinsinhalte überdauern und bestimmen das generative Verhalten oft noch generationenlang, nachdem die materiellen Lebensverhältnisse sich geändert haben.

F Und □□ m□nden die □ng□□e de□ De□□□chen, □a□ da□ F□□□□flan□□ng□□d□hal□ende□ange□ich□□ ei Men□chhei□□ka□a□□□□ □he angeh□, in gan□ □n□e□□chiedliche E□□ a□□□ngen an □ich□□nd die ande□ei Ro eigenen □a□□i□□i□chen Im□lika□i□nen ga□ nich□ be□ □□□. W□h□end im Land die A elf□P□ch□fien, An□i-A S□if□□ngen □nd gan□□ei□igen An□eigen □ iede□ ange□□achel□ □ e□den □□□k, dami□ □ie Alg amen□ Ren□en□e□□iche□□ng nich□ eine□ Tage□ □ne□□ch□ inglich □ i□d, m□ch□en□e□ □ndeine Al□ee□□c□ e□□iche namen□ Nachk□ mmen□chaf□ □e□□ich□en. □ be□□e□□ □dne□e In□e□e□□en gehen □□□.

konkret 06/89, S. 63

Oliver Tolmein

Die Umschuldung

Daß sein Held als Bevölkerungsbiologe für die Nazis arbeitete und deren Atombombenprogramm unterstützte, stört den sowjetischen Schriftsteller Daniil Granin wenig – schließlich hat Timofejew-Ressowski sich Stalin verweigert. Der von bundesdeutschen Linken hochgelobte biographische Bericht »Der Genetiker« zeigt, wie auf dem Altar des Antistalinismus die historische Wahrheit geopfert wird

»Die Wissenschaft handelt mit Wissen, gewonnen durch Zweifel. Wissen verschaffend über alles für alle, trachtet sie, Zweifler zu machen aus allen. Der Kampf um die Meßbarkeit des Himmels ist gewonnen durch Zweifel; durch Gläubigkeit muß der Kampf der römischen Hausfrau um Milch immer aufs neue verloren gehen. Die Wissenschaft, Sarti, hat mit beiden Kämpfen zu tun. Eine Menschheit, stolpernd in einem Perlmutterdunst von Aberglauben und alten Wörtern, zu unwissend, ihre eigenen Kräfte voll zu entfalten, wird nicht fähig sein, die Kräfte der Natur zu entfalten, die ihr enthüllt. Ich halte dafür, daß das einzige Ziel der Wissenschaft darin besteht, die Mühseligkeiten der menschlichen Existenz zu erleichtern«.
Galileo Galilei in Bertolt Brechts Leben des Galilei

Schon die dürren biografischen Daten aus dem Leben der Hauptfigur des Romans von Daniil Granin lassen dessen Brisanz ahnen: Nikolai Timofejew-Ressowski, genannt Ur, war einer der bedeutendsten Genetiker der 30er und 40er Jahre; 1925 wurde er von der Sowjetunion an das Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin-Buch entsandt; er weigerte sich angesichts der stalinistischen Säuberungsaktionen 1937 in sein Heimatland zurückzukehren, forschte im Dienst des NS-Regimes weiter, wartete aber 1945 in der zerbombten Reichshauptstadt auf den Einmarsch der Roten Armee, statt eine Professur in den USA anzunehmen. Er wurde in der Sowjetunion kurzzeitig inhaftiert und anschließend für Jahre verbannt – konnte aber weiter forschen und wurde noch vor seinem Tod 1981 zur Legende.

Der Perestroika-Anhänger Granin, der Timofejew-Ressowski persönlich gekannt hat, hat mit dem bereits 1987 in der UdSSR erschienenen und jetzt in deutscher Übersetzung vorliegenden »Der Genetiker«, der mehr ein ausgeschmückter Lebensbericht als ein Roman ist, versucht, seinen Helden als Stalinismusopfer zu rehabilitieren. Durch umfangreiche Recherchen bei Kollegen Ressowskis, in Archiven der DDR und der Sowjetunion gelang es ihm, etliches an entlastendem Material über das Leben seiner Hauptfigur im nazistischen Deutschland zutage zu fördern. Ressowski, erfahren wir, hat im Kaiser-Wilhelm-Institut Flüchtlinge beschäftigt, hat Juden gerettet und NS-kritische MitarbeiterInnen gedeckt. Sein Sohn Foma war, wenngleich ohne seinen Vater ins Vertrauen zu ziehen, in einer antinazistischen Widerstandszelle aktiv – er wurde kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner im Konzentrationslager Mauthausen ermordet.

Mehr als für das nazistische Umfeld, in dem Timofejew-Ressowski seine Forschungen betrieb, interessiert sich Granin für die Haltung, die er dort einnahm: Das Verhältnis von Schuld und Wahrheit, wissenschaftlichem Ethos, Scharlatanerie und Moral, so wird angekündigt, soll das eigentliche Thema des Buches sein. Und tatsächlich rückt Granin die Konsequenz und Unbeirrbarkeit, mit der Timofejew-Ressowski sowohl in der Sowjetunion als auch in Deutschland, während der Stalin-Ära wie im »Tausendjährigen Reich« seine Forschungen betrieb, in den Mittelpunkt der Geschichte. Aus der Perspektive des Bewunderers beschreibt er minutiös die wissenschaftlichen Fortschritte von «Ur«, listet sorgfältig seine Auftritte bei internationalen Kongressen auf und erwähnt immer wieder die großen menschlichen Qualitäten dieses »Fossils, das sich alles bewahrt hat, was es in unserem Volk an Werten gab: Kunstsinn, Vielseitigkeit, Persönlichkeit – er war wie ein Rettungsanker«.

Was Granin bewogen haben muß, dieses Buch zu schreiben, wird in dessen zweiter Hälfte deutlich, wo er beschreibt, wie rigoros in der stalinistischen Sowjetunion der pseudowissenschaftliche Lyssenkismus durchgesetzt wurde, demzufolge es weder Gene noch Chromosomen gibt. Lyssenkos »neue proletarische Biologie« basierte auf der Behauptung, daß Erbanlagen bei Pflanzen, Tieren und Menschen ausschließlich durch Erziehung und Umwelteinflüsse bestimmt würden. Während Granin die gesellschaftliche Realität des nazistisch beherrschten Deutschlands nur mit wenigen Sätzen streift (»Das Leben in Buch verlief wie in allen anderen wissenschaftlichen Zentren dieser Art weiterhin in Zurückgezogenheit und Beständigkeit«), beschreibt er ausführlich und eindrücklich, wie die politischen Entwicklungen in der Sowjetunion die wissenschaftlichen entscheidend beeinflußten. Über die Jahre schworen, angesichts von Amtsenthebungen, Verfolgungen und Deportationen, immer mehr sowjetische Genetiker ihren wissenschaftlichen Erkenntnissen ab und bekannten sich zur Staatsdoktrin des Lyssenkismus. Nur wenige zumeist mit Timofejew-Ressowski zusammenarbeitende oder mit ihm befreundete Forscher weigerten sich, dem Druck nachzugeben; sie wurden ihrer Ämter enthoben, aus der Akademie der Wissenschaften ausgeschlossen, manche auch deportiert und umgebracht.

Granin unternimmt allerdings keinen Versuch zu erklären, wieso im Nationalsozialismus weiterhin das, was er als »reine Wissenschaft« ansieht, betrieben werden konnte, in der stalinistischen Sowjetunion dagegen die Interessen des Parteiapparats die Entwicklungslinien der Forschungsarbeit verzerrten. Die Freiheit, die Wissenschaftlern wie Timofejew in Deutschland angeblich gelassen wurde, interessiert Granin nur als Folie, vor der der Terror, der gleichzeitig in der

Sowjetunion gegen Abweichler von der offiziellen Doktrin ausgeübt wurde, noch krasser erscheint und so die für die Rehabilitierung notwendige Erklärung und Entschuldigung für Timofejews Weigerung liefern kann, 1937 in die Sowjetunion zurückzukehren.

Die fatale Konsequenz dieser parteiisch akzentuierenden, selektiven Geschichtsschreibung: Der Nationalsozialismus erscheint im Vergleich zum Stalinismus als die weniger schreckliche Variante eines an sich gleichartigen, totalitären Regimes. »Timofejew ist eine der größten Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts, der beide Arten von Totalitarismus erlebt hat«, resümiert dann auch Raissa Orlowa in der »taz« den Roman. Weder sie noch die zahlreichen anderen KritikerInnen, die sich in bundesdeutschen Zeitungen ausnahmslos begeistert über den »Genetiker« auslassen, hat Granins Darstellung der unbeschränkten Arbeitsmöglichkeiten eines sowjetischen Biologen im Deutschland der dreißiger und vierziger Jahre erkennbar stutzig gemacht. Während keine Rezension die Gelegenheit ausläßt, ein paar abfällige Bemerkungen über den Lyssenkismus, den Timofejew so entschlossen bekämpft hat, einzuarbeiten, wird nicht mit einem Wort auf die Funktion der Biologie, besonders der Genetik für die rassenhygienische Ideologie des Nationalsozialismus eingegangen. Was für ein Schindluder bei dieser Stalinismus-Bewältigung mit der Geschichte des Nationalsozialismus getrieben wird, verdeutlicht ein Blick auf die wissenschaftliche Arbeit, die Timofejew tatsächlich für das Deutsche Reich getrieben hat: Er forschte in dieser Zeit zwar vor allem über Gen-Mutationen bei Drosophila-Fliegen, er übertrug die dabei gewonnenen Erkenntnisse aber auf die genetische Entwicklung des Menschen. Der Hamburger Arzt und Historiker Karl Heinz Roth hat sich in einer ausführlichen, im Sammelband »Der Griff nach der Bevölkerung« (Greno-Verlag) nachzulesenden Studie mit den Arbeiten des sowjetischen Wissenschaftlers in Berlin-Buch beschäftigt und ihn als einen der führenden Bevölkerungsbiologen des Dritten Reiches identifiziert.

Die in Granins Buch gelobten Arbeitsbedingungen im Kaiser-Wilhelm-Institut hatten die Genetiker im nazistischen Deutschland nämlich mit – in der Logik der Regierenden: guten – Gründen: Die auf den Menschen übertragenen Ergebnisse ihrer bahnbrechenden populationsgenetischen Arbeiten an Drosophila-Fliegen lieferten die im Vergleich zu den alten mendelschen Erbregeln und einer noch älteren Rassentheorie moderne und in ihren Konsequenzen sehr viel weiterreichende wissenschaftliche Grundlage für die Auslese- und Ausmerzkonzepte der Nazis. Und das keineswegs ohne Wissen oder gar gegen den Willen der Forscher. Roth belegt mit ausführlichen Zitaten aus Arbeiten von Timofejew-Ressowski beispielsweise für die Zeitschrift »Der Erbarzt«, daß dieser rassenhygienische Kontrolle befürwortete und sogar ausweiten wollte: weil häufig auch scheinbar rezessive, also nicht vererbbare Mutationen in Wirklichkeit schwach dominant, also doch vererbbar seien. Die Qualität des menschlichen Erbguts, so Timofejew-Ressowski, sei stärker gefährdet als die von tierischem Erbgut, weil »vor allem bei den zivilisierten Völkern (die natürliche Auslese) viel weniger intensiv ist, und dadurch die Bedingungen für das Erhaltenbleiben und für die Verbreitung sogar stark pathologischer Mutationen noch günstiger sind«.

»Die Rationalität des Vernichtungsdenkens«, resümiert Roth, »verdankt sich einer durch diesen Paradigmenwechsel erzeugten allgemeinen Alarmstimmung über den drohenden Untergang des menschlichen Erbguts. Ihr Katastrophismus führte zu einer erkenntnistheoretisch gerechtfertigten Radikalisierung der humanbiologischen Praxis«. Voraussetzung für diese Entwicklung war allerdings ein extrem begrenzter Blickwinkel auf die komplexen Ökosysteme in der Natur, dem die Entwicklung positiver gesellschaftlicher Prozesse von der Bewahrung einer »guten« biologischen Basis abhängig zu sein schien.

Granins Lebensbericht über Timofejew-Ressowski hat, darauf hat eine Rezension des in der Sowjetunion umstrittenen Romans in der Wochenzeitung «Literaturnaja Rossija« hingewiesen, noch einen weiteren weißen Fleck: Den Wissenschaftlern der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde nach Kriegsbeginn die Aufgabe gestellt, eine Atombombe zu entwickeln – ein Vorhaben, über das Timofejew als leitender Mitarbeiter informiert gewesen sein muß. Die Aufgabe seiner Arbeitsgruppe, das belegen Publikationen und Forschungsberichte, war es, Probleme des Schutzes von Organismen vor ionisierender Strahlung zu lösen. Timofejew hat in diesem Zusammenhang mehrfach gemeinsam mit Physikern der Rüstungsfirma Auer-Gesellschaft, die Uran für die Atombombenforschung gewann, Aufsätze veröffentlicht, darunter auch einen über die Injizierung radioaktiver Substanzen in den menschlichen Blutkreislauf .

Daß Granin über die Beteiligung seines »Helden« am rassenhygienischen Diskurs der Nazis kein einziges Wort verliert, ist schwer verständlich. Erklärbar wird dieses skandalöse Vorgehen nur durch Granins Bemühen, Timofejew-Ressowski um jeden Preis als Opfer des Stalinismus und des Lyssenkismus zu rehabilitieren. Entschuldbar wird es dadurch nicht – zumal angesichts der intensiven Recherchen des Autors nicht einmal angenommen werden kann, daß ihm die Veröffentlichungen in »Der Erbarzt« oder im nazistischen Standardwerk «Handbuch der Erbbiologie des Menschen« entgangen sind. Der Pahl-Rugenstein-Verlag wirbt zwar für den Roman mit dem Verweis auf heftige Kontroversen, die er in der Sowjetunion bei seinem Erscheinen ausgelöst hat – über deren Inhalt verrät er in dem Buch aber nichts, und er hält es auch nicht für nötig, den an entscheidender Stelle durch Auslassungen beschönigenden Text durch Zusatzinformationen oder wenigstens eine Erklärung zu Timofejew-Ressowskis tatsächlicher Rolle für die Entwicklung der NS-Rassenhygiene bzw. seines Engagements im Rahmen des deutschen Atombombenprogramms zu ergänzen.

Die selektive Wahrnehmung der historischen Wahrheit korrespondiert mit dem wissenschaftstheoretisch konservativen, um nicht zu sagen reaktionären Kern des Buches, der seinen Ausdruck in einer klischeereichen, vor Allgemeinplätzen strotzenden Sprache findet. »Heiter«, »anständig«, »genial« – das sind die Eigenschaften, die Granin seinem Helden immer wieder zuerkennt und mit denen er erklärt, wieso dieser sich der Anpassung an die stalinistische Doktrin verweigerte. Er wird nicht müde, Urs Jovialität, seine Phantasie, seinen Witz zu loben – Feinde habe er keine gehabt, nur Neider und wissenschaftlich irregeleitete Feiglinge. Aber auch das habe Timofejew weder beirren, noch sein wissenschaftliches Vorankommen beeinträchtigen können: »Außer seiner großen Begabung besaß Ur noch eine Gabe: Glück. Kommt aber Glück zur Begabung, feiert die Natur ein Fest! Ich vermute sogar, Glück gehört zu den Merkmalen der großen Talente, kann sie manchmal fast zu Genies machen. Glückspilze kommen einem oft mit abergläubischen Sprüchen wie: Glück hat auf die Dauer nur der Tüchtige. Das stimmt und stimmt auch wieder nicht. Dem Glückspilz nimmt man einfach alles ab, bei ihm legt sogar der Hahn Eier«. So banal Granin hier sprachlich daherkommt, so oberflächlich bleiben seine Reflektionen über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, den Verrat der Forscher an ihrer Arbeit, den Kampf um die eigene Moral und die Suche nach der Wahrheit. Granin bleibt einem platten Gut-Böse-Schema verhaftet: die mutigen und die feigen, die guten und die schlechten Wissenschaftler. Die Dimension des Scheiterns, die das Abschwören darstellt, die Ängstlichkeit, die auch bei denen bleibt, die sich zum Durchhalten entschließen, die Zweifel, die bei beiden bleiben – das Ausmaß dieser politischen und wissenschaftlichen Katastrophe wird in Granins Buch nicht vorstellbar.

Er hat dafür auch keinen Maßstab, weil er nicht den Zusammenhang von wissenschaftlicher Erkenntnis und dem gesellschaftlichen Kontext sieht, in dem sie gewonnen wird, sondern das Ideal einer aus diesem Kontext befreiten Wissenschaft feiert. »Ur steht für einen Typ von Wissenschaftler, der politische und gesellschaftliche Zusammenhänge leugnet, dem es ohne Karriere-Interessen nur um seine Forschung geht, um Erkenntnis, Wahrheit, Verantwortung«, resümiert der »Vorwärts« in seiner Besprechung des Romans, und statt zu reflektieren, daß Verantwortung und Wahrheit gesellschaftliche Kategorien sind, macht er die Rolle rückwärts: »Es mag naiv oder befremdlich wirken, ein fast 'idealistisches' Wissenschaftsverständnis präsentiert zu bekommen. Doch hat Timofejew nicht am Ende recht behalten? Gegenüber den Opportunisten im eigenen Land und vor internationalen Entwicklungen, die heute systemübergreifende Lösungen existenzieller Probleme dringend erforderlich machen?«

»Timofejew war, wie Granin ihn zeichnet, genau der richtige galileiische Forschertyp für die Morgenröte einer neuen Wissenschaft« – die Begeisterung der »Deutschen Volkszeitung« für den Roman und seinen Helden zielt in die falsche Richtung: Die literarische Figur Galilei ist durch Widersprüche geprägt, sie gewinnt neue Erkenntnisse, verrät sie durch ihre gesellschaftliche Praxis (das Abschwören) und reflektiert diesen unlösbaren Zusammenhang von Politik und Wissenschaft. Granins Timofejew verkörpert dagegen eher den Oppenheimerschen Forschertyp: Er ist der Spezialist, der weniger von der gesellschaftlichen Dimension seiner Wissenschaft verstanden hat (oder auch verstehen wollte) als in diesem Fall die Nationalsozialisten. Seine Opposition gegen den Stalinismus gründet sich auch nicht auf eine Ablehnung der liquidatorischen Praxis, sondern resultiert lediglich aus der Beeinträchtigung seiner unmittelbaren Arbeit. Ein Stalinismus, der die biologischen Erkenntnisse Timofejews zu nutzen gewußt hätte, hätte ihn nicht zum Gegner gehabt. Die politische Bilanz von Timofejews Wirken, und damit auch der unkritischen Arbeit seines Biographen Granin, fällt deswegen noch weitaus negativer aus als die Oppenheimers, der, wenngleich viel zu spät, immerhin eine Ahnung von den katastrophalen Folgen seiner Forschung bekommen hat.

konkret 06/89, S. 66

Berndt W. Wessling

Hammer und Sichel

Allenfalls am Rande und geradezu unwillig wird von Historikern und Biographen die Tatsache erwähnt, daß Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky prominente Mitglieder von Freimaurerlogen gewesen sind. Dabei hat maurerisches Gedankengut ihr schriftstellerisches und politisches Engagement wesentlich mitgeprägt

Am Abend des 4. April 1919 fahren vor dem Hamburger Hotel »Zu den drei Ringen« am Klostertor diverse Kraftdroschken vor, denen feierlich im Cutaway gekleidete Herren mit hohen Zylinderhüten auf dem Kopf entsteigen. Die Chauffeure sind es gewohnt, allwöchentlich die »Beerdigungsgesellschaft« zu dem hochgeschossigen Bau zu fahren und dicke Trinkgelder zu kassieren. Unter den Herren sieht man stadtbekannte Gesichter: von Senatoren, Ärzten, Apothekern, Professoren, Dichtern und Opernsängern, Kaufleuten und Reedern. Doch es gilt nicht, in dem Hotel das Fell eines Verstorbenen »zu versaufen«. Man strebt vielmehr einem im hinteren Trakt des Mittelgeschosses liegenden Saal zu, in dem sich die Freimaurer treffen, denn so nennen sich die würdevoll bekleideten Besucher, die sich im Entrée begrüßen und mit Lederschurzen, weißen Handschuhen, Schärpen und Abzeichen bekleiden.

Es gibt diverse Logenhäuser und »Tempel« in der Hansestadt, in denen ungezählte Logenvereinigungen tagen, »reguläre« und »irreguläre«, solche, die von den übergeordneten Großlogen anerkannt werden, und solche, die ohne deren Billigung insgeheim »arbeiten«. In Hamburg stand die Wiege des deutschen Freimaurertums. Hier wurde am 6. Dezember 1737 in dem Gasthaus »Taverne d'Anglettere« die »Loge d'Hambourg« begründet, später in »Absalom zu den drei Nesseln« umbenannt (unter diesem Namen existiert die Loge auch heute noch). Mitglied der Logen konnte und kann »jeder Mann von guter Moral, Pflichtbewußtsein und humanistischer Gesinnung« werden. Frauen haben im allgemeinen keinen Zutritt. Man hält sich an die »Alten Pflichten«, die den Menschen zu Selbsterkenntnis, Toleranz und Bruderliebe führen sollen, was völkerverbindende Gesinnung einschließt.

Am Abend des 4. April 1919 findet in den »Drei Ringen« eine sogenannte Aufnahme-Loge statt, denn bei den Gremien der Loge »Menschentum« hatte sich ein »Suchender« gemeldet: Carl von Ossietzky, geboren 1889, Schriftsteller, Mitglied diverser pazifistischer Vereinigungen, ein »Linker«. Für ihn bürgte unter anderen der Bremer Pfarrer Emil Felden, der sich längst von der »Dogmenkirche« gelöst hatte, eine monistische Naturreligiosität propagierte, über Ibsen und Nietzsche predigte, mit führenden Sozialdemokraten befreundet war, eine »Arbeiterkirche« installierte und als linker Reichstagsabgeordneter neben Quidde für den Radikalpazifismus eine Bresche schlug. Felden, Mitarbeiter des »Vorwärts« und der »Schaubühne« (nachmals »Weltbühne«), hatte die »gleichgesinnten« Aktivitäten des jungen Ossietzky mit Wohlwollen registriert, und als dieser für das Amt des Sekretärs der Friedensgesellschaft in Berlin ins Auge gefaßt wurde, gewann der umtriebige Bremer Pastor »den Mann mit dem Prophetenblick« für seine Loge, die jener Großloge »Zur aufgehenden Sonne« unterstellt war, der auch diverse Logenvereinigungen in Berlin zugehörten, zum Beispiel die Loge »Zur Morgenröte«, bei der sich bald zwei für Ossietzkys weiteren Lebensweg wichtige Männer aufnehmen ließen: Siegfried Jacobsohn und Kurt Tucholsky.

Alle drei (Ossietzky Jacobsohn und Tucholsky) vermutet kaum jemand bei den als elitär, reaktionär und judenfreundlich verschrieenen Freimaurern, denen der »Kaiserliche Quartiermeister«, Hitler-Wegbereiter, Putschist und »Theosoph« Erich Ludendorff nachsagte, sie seien »Volksschädlinge erster Güte«, »Satanskinder«, »Demagogen«">jüdische Bankrottmacher«, die den Ruin des Vaterlandes Anno 1918 herbeigeführt hätten und Deutschland »verjudeten«, »vertierte Intellektuelle«. In das völkische Horn Ludendorffs blasen dann auch die Nazis, denen es freilich nahezu unbekannt bleibt, daß die »drei Schmutzbolzen aus der roten Weltbühne« (Goebbels) Logenbruderschaften unterhalten. Lediglich Tucholskys Kontakte zu einflußreichen Pariser Logen und dem »Grand Orient de France« in der zweiten Hälfte der Zwanziger werden ruchbar und mit zum Anlaß genommen, ihn des »internationalen jüdischen Weltverschwörertums« (Alfred Rosenberg) zu bezichtigen.

Auffallend ist, daß alle bisherigen Ossietzky- und Tucholsky-Biographien die Logenzugehörigkeit der beiden unterschlagen oder bestenfalls in einer Fußnote als unbedeutsames Faktum der Vita anmerken. Dabei sind nicht wenige literarische und journalistische Arbeiten von »Oss« und »Tucho« gänzlich auf der maurerischen Basis gewachsen. Wobei man wissen muß, daß in den Logen des Großlogenverbandes »Zur aufgehenden Sonne« keineswegs jene christlich inspirierte Freimaurerei betrieben wurde, wie sie von den meisten »regulären« Johannis-Logen gefordert wurde. In Ossietzkys Loge »Menschentum« trafen sich Freigeister wie der Soziologe und Philosoph Max Weber, der Oberpräsident von Ostpreußen August Winnig, der prominente Schauspieler Louis Barnay, der Flugingenieur Paul Köhne, der Germanist Walter A. Berendsohn, die Sozialdemokraten Wilhelm Pieck und Alfred Henke, der »rote Petrus« Emil Felden, die international bekannten Mediziner Unna und Fränkel, der Philosoph Cassirer.

»Menschentum« hatte eine Vorgängerin: die »Hansa«. Diese »Reform-Loge« war einst von Wilhelm Liebknecht, August Bebel, dem Dirigenten Julius Stockhausen und dem Opernmanager Bernhard Baruch Pollini begründet worden. Der

Überlieferung nach gab dieser Gründerstamm der Großloge die Bezeichnung »Zur aufgehenden Sonne«. Und damit wurde die »Ideologie« der Loge festgeschrieben: Brüder, zur Sonne, zur Freiheit...

Sozialistische und monistische Ideen flossen bei »Menschentum« und »Morgenröte« zusammen. Nicht wurde – wie bei den christlichen Logen – Gott als der oberste und größte aller Baumeister verherrlicht. Hier gab es keine Gottesvorstellung, keinen Bekenntniszwang. Da die christlichen Logen keine Juden aufnahmen, war deren Zudrang bei den »Reform-Logen« groß. Anstatt der Bibel lag beim Meister vom Stuhl ein weißes, »reines« Buch auf. Der sogenannte Logenteppich, der rituelle Bedeutung hat, enthielt keine christlichen Insignien, wohl aber die »Instrumente der Arbeiterbewegung«, wie es bei Emil Felden heißt. Und das waren Hammer und Sichel. Ossietzky war – nach eigener Aussage – ein »geradliniger Atheist« in jenen Jahren. Er hatte Haeckel in Jena besucht und dessen monistische Lehren angenommen. Wenn er auch kein »linkes« Parteibuch besaß, so schlug sein Herz doch »in diesem natürlichen Parteitakt«. Als er nach Berlin kam, unterstützten ihn die »Brüder« aus den Logen. Der Hamburger Kaufmann Schnorbus zahlte seinen Umzug.

Angeblich kannte er Tucholsky schon vorher. Das mag sein, denn der war ebenfalls nicht ohne das Betreiben Emil Feldens zu den Freimaurern gestoßen, der ihn übrigens auch getauft hatte, nachdem er »aus dem Judentum ausgetreten war«.

Die »Reform-Logen« opponierten heftig gegen die christlichen, denen beispielsweise der Locarno-Minister Gustav Stresemann, der »umgetaufte« Kritiker Alfred Kerr, der »völkisch-bedeckte Sozialdemokrat und republikanisch abstinkende Kriegshetzungsminister Groener« (Tucholsky) angehörten. Erst wenn man weiß, daß hier zwei grundverschiedene maurerische Lager aufeinanderstießen, begreift man, mit welchen Tiraden, Finessen und Abstrusitäten die »Verwalter der Humanität« (Berendsohn) aufeinander losgingen. Stresemann propagierte zum Beispiel (in der »Vossischen Zeitung« vom 6.6.1926) eine »maurerische Liga, die durch Glaube, Schönheit und Stärke überzeugt und durch hohes Ethos die Kanalschächte des Atheismus und der sozialistischen Anarchie zuwirft...«, während Ossietzky bisweilen ganze Absätze aus den reformistischen Leitlinien seiner Loge in seine publizistische Essayistik übertrug. So übernimmt er in seinem Aufsatz »Der Anmarsch der neuen Reformation« vom 4.4.1919 einen ganzen »Block« aus der Präambel seiner Logensatzung, wenn er schreibt: »Wir müssen den Menschen schaffen, der über keine Tradition mehr stolpert. Wir müssen den Menschen schaffen, dem kein Staat, keine Partei mehr befehlen darf: Du sollst töten! oder: Du sollst dich töten lassen! Wir müssen den Menschen schaffen, frei in seinem Gewissen, von keiner Instanz beeinträchtigt. Wir müssen den autonomen Menschen schaffen, durch nichts gebunden als durch das Bewußtsein, daß Millionen sein Schicksal teilen...«.

Unter diesem Aspekt färbt sich die Politik der »Weltbühne«-Macher ganz anders ein. Da schlug nicht nur ein auf die deutsche Identitätsfindung ausgerichtetes Bewußtsein zu Buche, da standen völkerverbindende, sozialistische Interessen im Vordergrund. Stresemann und sein Logenbruder Aristide Briand wollten, wie Berendsohn sagt, den »traditionellen, eingeengten, kapitalistischen, von der Großindustrie gegängelten politischen Verbund«. Durch die Arbeit der sozialistischen »Reform-Logen« sollte dagegen »die Macht des vierten Standes auf der Basis von Freiheit und Gleichheit manifestiert werden«.

Daß nicht ausschließlich parteipolitische, parteiideologische Interessen Tucholsky, Ossietzky und Jacobsohn (die de facto seit 1924 zusammenarbeiteten) geleitet haben sollen, schmeckt den Chronisten nicht, die nur einspurig (und oft sehr schmalspurig) parteipolitisch weitergedacht haben. Und die darauf aus sind, jene für ihre Geschichte(n) auszuwerten. Die DDR-Historiker wissen längst um das maurerische Standbein der Genannten. Doch solche Ablenkung von der staatstragenden Ideologie paßt nicht in ihr Konzept, wie denn die etablierten Linken in der BRD im Traum nicht daran denken, ihren stichwortgebenden, ausgeplünderten, sich nicht mehr wehren könnenden »Vordenkern« zu gestatten, sich auch auf der maurerischen Ebene zu treffen, auf der sich nach ihrer – der etablierten linken – Ansicht (und das war schon die Ansicht Ludendorffs und der Nazis!) lediglich Geschäftemacher, Erzkonservative und Kapitalisten treffen.

Die Geschichte der »aufgehenden Sonne« ist noch nicht geschrieben, der Einfluß Bebels, Ossietzkys, Tucholskys, Max Webers oder Siegfried Jacobsohns auf diese sozialistische maurerische Bewegung kaum analysiert, kaum bewertet, kaum zur Kenntnis genommen. Im »Grand Orient de France«, der wohl einflußreichsten und wichtigsten maurerischen Organisation dieser Zeit, werden die »deutschen Apostel« hoch in Ehren gehalten und als »Väter der Idee« apostrophiert. Jean Paul Sartre war Mitglied des »Grand Orient«, und er war es, der seinen »Bruder Carl von Ossietzky« mit Voltaire verglich und der es nie begriff, auf welche Weise die Deutschen den »Franziskus Ossietzky« zu Tode marterten. »Einen Voltaire verhaftet man nicht«, sagte Sartre, dessen »Brüder« aus den freidenkerischen Logen Europas alles daran gesetzt hatten, den »Gefangenen von Esterwegen« zu befreien, und als das nicht glückte, ihm den Friedens-Nobelpreis verleihen zu lassen, ein Unterfangen, das »Wirkung zum Leben« (Heinrich Mann) zeigen mußte.

Gern weichen die Chronisten (Ossietzkys und Tucholskys) dahingehend aus, daß sie sagen: Gott ja, sie mögen ja irgendwann mal Freimaurer gewesen sein, haben aber doch im Verlauf ihres Lebens mit der Sache kaum etwas zu tun gehabt. Irrtum! Tucholsky hat, was seine geschiedene Witwe Mary und ihr Spruchsprecher Raddatz plump unterschlagen, durchaus emsig über seine maurerischen Tätigkeiten berichtet. Ossietzky war da verschwiegener. Dafür haben aber integre Persönlichkeiten wie Berendsohn second-hand dokumentiert. Berendsohn wußte auch, daß sich die Friedhofswärter und die SS-Leute, die bei der anonymen Urnenbestattung Ossietzkys die wenigen Blumen wegzuräumen hatten, über einen

mächtigen Strauß von Akazienzweigen wunderten, den der Krankenhausarzt des Verstorbenen, Dr. Dosquet, niedergelegt hatte. Das Akazienblatt aber ist das Symbol solcher Logen wie »Menschentum« und »Morgenröte«, denen – wie Berendsohn sagt – »die Crème der deutschen linken Intelligenz« angehörte.

konkret 06/89, S. 70

Georg Heinzen

Mach's mit Martini

Wie kommt der Eisschrank aus dem Pepsi-Cola-Spot in Jonathan Kaplers Film »Angeklagt«, und was hat Woody Allen mit der 5-Minuten-Terrine von Maggi zu tun? Einige Bemerkungen zur Dialektik von Vor und Hauptprogramm im Kino

Die meisten Kritiker rezensieren Filme wie Bücher oder als ob sie sie ganz für sich allein in einer Peep-Show-Kabine gesehen hätten. Ohne Tütengeknister und rollende Bierflaschen, ohne Publikum, das an den falschen Stellen lacht oder sich vor lauter Ergriffenheit an den Nachspann klammert, um nicht schon wieder in eine westdeutsche Fußgängerzone hinaus zu müssen, wo man sich doch gerade an das Leben in einer südafrikanischen Township gewöhnt hat. Und erst recht interessieren sich solche Kritiker nicht für das Kino-Vorprogramm, diesen Niagarafall aus Wildpferden, Sex und Popmusik. Dabei liegen doch schon gut zwanzig Minuten Kino hinter uns, wenn das letzte Langnese-Eiskonfekt verkauft ist, wenn das Saallicht verlöscht und sich der Vorhang öffnet, wenn das Tobis-Huhn sein Ei legt und der Metro-Goldwyn-Mayer-Löwe brüllt. Wenn es endlich losgeht.

Wir haben ein gutes Dutzend Werbefilme gesehen, oft keine Minute lang, aber ausgestattet mit allen wichtigen Merkmalen der »richtigen« Spielfilme, denen sie immer ähnlicher werden. Und diese Entwicklung erkennt man daran, daß man oft gar keinen Unterschied mehr erkennen kann zwischen einem Werbespot, der für ein Produkt wirbt, und einem Trailer, der für einen neuen Film wirbt: Ein junges Paar macht Schluß. Spot oder Trailer? Der Junge nimmt ihre Fotos von der Wand, und sie die seinen. Dabei sind sie beide im Bild, denn sie werden in der Mitte zusammenmontiert. Der Schnitt im Film ist der Riß in ihrer Beziehung. Spot oder Trailer? Jetzt geben die beiden Statements ab. Er: »Wie sie sich anzieht, unmöglich!« Sie: »Wie der Typ aussieht, schrecklich!« Nun ziehen sie, im Leben getrennt, aber auf der Leinwand vereint, fast die gleichen Klamotten an. Spot oder Trailer? Sie schauen in ihre Kühlschränke: leer! Sie verlassen ihre Wohnungen, und wenig später finden in einer Bar die beiden Herzen wieder zueinander vor einem Eisschrank voll Pepsi-Cola. Warum sich trennen, wo man soviel Gemeinsames hat?, lautet der abschließende Slogan, an dem wir endlich erkennen, daß es sich um einen Werbespot handelt und nicht um einen Trailer für einen neuen Beitrag zum westdeutschen WG-Kino, wobei sich der Spot allerdings dessen Strukturen bedient. Es gibt Helden, mit denen wir uns identifizieren können, es gibt eine kleine Geschichte, und es gibt einen Konflikt. Und es geht zunächst nur darum, um das Ende einer Liebe, und überhaupt nicht um das Produkt, für das geworben wird.

So fällt diese kleine Episode auf den aufnahmebereiten Boden unserer gespannten Erwartungen, die eigentlich auf den Hauptfilm gerichtet sind, dem wir entgegenfiebern. Und deshalb können wir, so wenig wir uns von den Bildern auf der Kinoleinwand losreißen können, uns dagegen wehren, daß wir uns mit der Problematik dieses Pepsi-Spots beschäftigen. Wir wollen nämlich wissen, wie diese Story ausgeht, wir wollen den Schluß erfahren. Aber die Stories der Spots gehen alle gleich aus. Denn ganz egal, was passiert, ob sich eine Frau beim Fallschirmabsprung über der Sahara die Fingernägel lackiert, ein Mann mit seinem Motorboot einen Bootssteg voller Freizeitkapitäne überspringt oder ein Hubschrauber im Millimeterabstand vor der Staumauer des Hoover-Damms aufsteigt, am Ende stürzt die rasch entwickelte Aktion in den unglaublich banalen Moment zusammen, wo ein Altbier gezapft wird oder sich jemand eine Filterzigarette anzündet. Zum Schluß wird immer ein Produkt präsentiert.

Diese Strukturschwäche der Spots, daß sie ein dramatisches Nichts sind, kompensieren ihre Produzenten durch das Aufblähen ihrer Form. Da wird eine ganze Rinder-Herde durch das Marlboro-Country getrieben oder im Camel-Urwald eine riskante Rettungsaktion inszeniert: Eine giftige Schlange hat einen Indio gebissen. Der Camel-Filter-Mann fliegt ihn trotz aufgeweichter Piste und schlechter Sicht ins Missionshospital. Aber das ist schon wieder Geschichte, ein Stück gute alte Zeit, denn der große Wertewandel hat nicht nur Weichholzmöbel, das Autorenkino und den Deutschen Gewerkschaftsbund aus den Zeitgeist-Charts geworfen, sondern auch den philanthropischen Camel-Mann mit Minipli. Der neue Camel-Filter-Mann leitet sein Existenzrecht im Urwald nicht von irgendwelchen idealistischen Motiven ab, sondern zieht sein Ding ganz für sich allein durch. Er landet mit seinem Wasserflugzeug, raucht eine Zigarette und startet wieder. Wobei er von der Kante eines Wasserfalls abhebt, und da müssen die Stunts der nachfolgenden Spielfilme erst mal mithalten. So hat es selbst Camel nicht mehr nötig, seine Zigaretten mit einem Hauch von Nächstenliebe zu verkaufen. Man ist, was man ißt oder raucht oder trinkt oder trägt. Und das bedarf keiner ideologischen Rechtfertigung mehr, wie ein Spot von Armani zeigt, der ähnlich wie der Pepsi-Spot funktioniert, aber viel radikaler ist: Man sieht eine junge Frau mit kurzen Haaren an einer Schreibmaschine sitzen. Im Off spricht eine Frauenstimme einen Kinderreim in englischer Sprache. Die Frau schaut von ihrer Arbeit auf, stützt den Kopf in die linke Hand und beobachtet einen Mann, der mit einem Baby spielt. Jetzt hebt der Mann das Baby von seinem Schoß auf, denn es hat ihn vollgepinkelt. Die Frau hält sich die Hand vor den Mund und lacht. Und dann kommt als einzige Erklärung der Schriftzug Armani. Und das bedeutet nichts weiter, als daß dieses junge Paar mit Kind einfach Armani ist, so wie andere Katholiken sind, Mudjaheddin oder Marxisten.

So wird im Kino-Vorprogramm nicht nur für Haarspray und Postsparbücher geworben, sondern auch für Ideologien, selbst wenn die Ideologie darin besteht, daß es keine Ideologie mehr gibt, und die Dinge einfach nur noch das sind, was sie sind.

Aber abgefüllt mit Sony, TDK und Baccardi kann man den Hauptfilm nicht mehr visuell nüchtern anschauen und vergleicht ganz unwillkürlich Gena Rowlands in »Eine andere Frau« mit den Frauen, die man vorher in der Werbung gesehen hat, ganz egal, wie dieser Vergleich ausfällt.

Aber die meisten Kritiker verschließen vor all dem die Augen, und das hängt vielleicht damit zusammen, daß auf Festivals und Presse-Previews ganz vornehm auf die Werbung verzichtet wird. Aber mit der Wirklichkeit des Kinos hat das nichts zu tun. Denn ob es einem paßt oder nicht, ob man sich durch die Werbung unterhalten fühlt oder genötigt, sie ist ein Teil des Kinos. Und der 5-Minuten-Terrine-Mann von Maggi, der die Packung immer falsch herum öffnet, sieht nicht nur ein bißchen wie Woody Allen aus und besitzt dessen deutsche Synchronstimme, damit wir unsere Liebe für Woody Allen auf Maggi übertragen, sondern er ist tatsächlich die häßliche Kehrseite von Allen und allen anderen, die ökonomische Seite des Kinos, eine Realität, der alle Filme ausgeliefert sind. Denn ob »Die Kommissarin« oder »Daddy's Cadillac«, ob Kunst-Kino oder Kid-Film, durch das Fegefeuer des Vorprogramms müssen sie alle hindurch. Was liegt also näher, statt sich zu ärgern, das Vorprogramm als ästhetischen Maßstab für den Hauptfilm zu benutzen? Zu schauen, ob es nach der Eispause so weitergeht wie vorher oder nicht?

Probieren wir das doch mal an einem Film aus, der nicht in den Programmkinos läuft, sondern in den Kino-Centern vor vornehmlich jugendlichem Publikum, an »Angeklagt« von Jonathan Kaplan, für den Jodie Foster als Darstellerin der Sarah gerade einen Oscar bekommen hat: Sarah, Anfang 20, lebt am Rand irgendeiner amerikanischen Großstadt in einem Wohnwagen und arbeitet als Bedienung in einem Fast-Food-Laden. Nach einem Streit mit ihrem Freund lernt sie in einer Bar einen netten Mann kennen, trinkt mit ihm, flippert mit ihm, flirtet mit ihm, aber als der Typ ihr unter den Rock greift, sagt Sarah Stop! Zu spät, der Mann ist heiß und außerdem tödlich beleidigt. Er vergewaltigt Sarah auf einem Flipper, und nach ihm tun es noch zwei andere Typen, während ihre Kumpels sie dabei anfeuern. Sarah geht zur Polizei, aber die Vergewaltiger bekommen milde Strafen, weil Sarah bekifft war und angetrunken, aufreizende Klamotten trug und sich ebenso verhalten hatte. Aber durch dieses Urteil fühlt sich Sarah nochmal vergewaltigt. Sie überredet die junge Staatsanwältin, ihren Fall neu aufzurollen, und diesmal kommen auch die Typen in den Knast, die die Vergewaltiger angefeuert haben, deren Strafe sich automatisch verlängert. So weit die Geschichte.

Der Film beginnt mit einer Außenaufnahme der Bar, in der die Vergewaltigung stattfindet. Aber es könnte auch noch ein Bild aus dem Werbespot für die Levis 501 Jeans sein, der gerade im Vorprogramm gelaufen ist, wo dieser Junge mit dem stahlharten Blick die Jeans aus dem Kühlschrank nimmt. Das Mädchen in diesem Levis-Spot ist übrigens der gleiche Typ wie Sarah, die sich allerdings nach der Vergewaltigung ihre langen blonden Haare abschneidet. Nachdem der Vorspann gelaufen ist, kommt aus dieser Bar aber kein männliches Jeans-Modell heraus und steigt auf sein Motorrad, sondern stürzt, in zerfetzten Kleidern, schreiend und voller blauer Flecken, Sarah heraus. Schlagartig wird es ganz ruhig im Publikum. Und nun zertrümmert dieser konventionelle Hollywood-Film, an dem nicht nur die Freunde der immanenten Filmkritik eine ganze Menge finden können, was kritikwürdig ist, Stück für Stück die Fassade der schönen neuen Welt, die vorher die Werbung aufgebaut hat. So gibt es in »Angeklagt« auch einen Kühlschrank, wie den, in dem das Pepsi-Pärchen seine Gemeinsamkeit aufbewahrt und der Levis-Typ seine coole Jeans. Aber in »Angeklagt« bewahrt Sarah dort den Stoff auf, mit dem sie sich vor den Foltern der Erinnerung in Sicherheit bringt. Es gibt in diesem Film auch so einen netten Jungen, der so aussieht wie der nette Junge, der im Vorprogramm den Startset der Stadtsparkasse präsentierte. In »Angeklagt« rammelt er kräftig mit am Flipper, aus Angst, kein richtiger Mann zu sein.

Es gibt noch mehr überraschende Doubletten: Wie bereits erwähnt, arbeitet Sarah als Kellnerin in einem Schnellimbiß und trägt eine ähnliche Uniform, wie die freundliche Kollegin aus dem Spot von Pizza-Hut. Aber in Sarahs Laden sitzen an den Tischen, anders als in dem Spot, keine netten, freundlichen Leute, die eine gute Zeit haben, sondern hockt ein unzufriedenes Pärchen. Und während Sarah aus dem Fernsehen erfährt, daß ihre Vergewaltigung laut Gerichtsbeschluß gar keine Vergewaltigung war, beschwert sich dieses Pärchen, vielleicht weil die Liebe vergangen ist oder der Ölpreis steigt oder aus Angst vor den Ayatollahs bei Sarah über zu

wenig Käse auf der Pizza und das falsche Salat-Dressing. Und es gibt noch mehr von solchen Vorher-Nachher-Effekten. Vorher, in der Werbung, räkelten sich ein paar Modells an einer Strandbar, und im Off seufzte eine Frauenstimme: »Mach's mit Martini!« Als sich nachher Sarah genauso lasziv bewegt wie die Martini-Damen, fallen die Männer in der Bar über sie her und machen es mit ihr ohne Martini, sondern abgefüllt mit Budweiser und einem ganz infernalischen Selbsthaß im Bauch, als ob sie Sarah dafür bestrafen wollten, daß sie zu der Martini-Party nicht eingeladen sind. Und in diesem Krieg der zukurzgekommenen Männer gegen die unerreichbaren Frauen wird all das zur Waffe, was vorher noch Lustgewinn garantierte: Das kleine Stückchen kleiner Unterschied, das im Langnese-Spot der Anlaß war zu augenzwinkernder eindeutiger Zweideutigkeit, und auch der Pick-up eines Zuschauers von Sarahs Vergewaltigung, der sie damit auf einem Parkplatz bedrängt, und auf diese Weise das schöne Allrad-Offroad-Freiheits-Image aus der Werbung zertrümmert. So widerlegt dieser Film Szene für Szene die Behauptungen des Vorprogramms und bringt auf diese Weise die Wahrheit ans Licht. Denn ohne Vorprogramm gäbe es diese Dialektik gar nicht.

Aber das Vorprogramm bietet noch eine weitere Chance. Es befreit das Kino von der Aufgabe, immer neue visuelle Sensationen bieten zu müssen, weil diese Arbeit die Spots übernehmen. So kann sich das Kino in seinen Mitteln beschränken, wie es zum Beispiel Oliver Stone und Eric Bogosian in »Talk Radio« getan haben. Sie haben im Vertrauen darauf, daß unsere visuelle Sozialisation abgeschlossen ist, verzichtet, die ganzen Typen zu zeigen, die da beim Radio anrufen, um sich über Juden, Schwule und Nigger auszukotzen. Deshalb müssen wir die anonymen Stimmen im Off aus unserem eigenen Archiv bebildern, und so entsteht dieses Kino nicht mehr auf der Leinwand, sondern im Kopf.

Aber wahrscheinlich ist dieser Optimismus ganz unbegründet. Und daß »Talk Radio« in den USA ein Flop geworden ist, zeigt, daß eine immer größere Zahl von Zuschauern nicht mehr bereit oder in der Lage ist, einem Kino zu folgen, das nicht alles zeigt, was es zu sagen hat. Und natürlich versucht die Branche diesem Bedürfnis entgegenzukommen, indem die Werbespots nicht nur den Hauptfilmen immer ähnlicher werden, sondern auch die Hauptfilme den Werbespots. Und die fortschreitende Aufhebung von Vor- und Hauptprogramm durch immer mehr Product Placement bedeutet nicht nur, daß in den Spielfilmen überall Marlboro-Päckchen herumliegen, sondern daß viele Spielfilme ein einziger langer Werbespot sind. Und das ist das Kino für das neue visuelle Proletariat.

konkret 06/89, S. 73

Peter Körte

»Vive de Gaulle«

Während »Tee im Harem des Archimedes« des algerischen Regisseurs Charef hierzulande zum Kultfilm wurde, sind die übrigen Kino-Produktionen der in Frankreich lebenden arabischen Minderheit bei uns nahezu unbekannt geblieben. Das Hamburger Low Budget Film Forum hat sich vorgenommen, dieses Defizit auszugleichen

»Komisch, daß du nie in Algier warst.« »Ich war auch nie in Berlin, Rom oder Tokio«, antwortet Ali aus Clichy Marie aus Algier. Als sie ihm sagt, sie sei Jüdin, zuckt Ali nur mit den Schultern. Weit mehr macht ihm zu schaffen, daß die NASA seine Bewerbung für eine Astronautenausbildung im fernen Houston nicht beantwortet.

Vom Aufstieg in Amerika, vom Blues und endlosen Highways träumen auch Abdenour und Karim. Ali, Karim und Abdenour, die Helden in Merzak Allouaches Film »Un amour à Paris« und Rachid Boucharebs »Baton rouge«, sind Beurs, Kinder eingewanderter Maghrebiner. Sie sind in Frankreich geboren, haben meist einen französischen Paß und die gleichen Träume wie ihre hellhäutigen Altersgenossen. Rund eine Million Beurs leben heute in Frankreich, mit Eltern und Verwandten zählen »les Arabes« über zwei Millionen. Eine Minderheit, von der spätestens seit dem »Marsch für die Gleichheit« (1983) ganz Frankreich Notiz genommen hat. »Beur« ist ein vertrackter Begriff, die Verkehrung einer Verkehrung. Er stammt aus der sogenannten Verlan-Sprache, deren Name sich aus einer Verdrehung von »l'envers«, zu deutsch: »Gegenteil«, herleitet. Ein Begriff, der zur Situation der Beur paßt.

Hierzulande kennt man in der Regel nur einen Beur, der strenggenommen gar keiner ist, da er in Algerien geboren wurde: Den Regisseur Mehdi Charef, dessen »Tee im Harem des Archimedes« (1985) zum Kultfilm wurde. Zwei weitere Low Budget-Produktionen hat der Autodidakt, den die Gattin von Costa Gavras entdeckte, inzwischen abgeschlossen. Beide laufen derzeit auch in der BRD. Charef, dessen erster Film von Beur und französischen Jugendlichen in Pariser Vororten erzählte, ist den Randgruppen treu geblieben: Ein alternder Transvestit ist die Hauptfigur in »Miss Mona« (1986), ein autistischer Bäckerjunge in »Camomille – Versteckte Leidenschaft«, und beide leben sie an der Pariser Peripherie.

Der Erfolg Charefs hat französische Kritiker zu optimistischen Analysen beflügelt. »Nachdem er eine Rolle war, ist der Araber eine Persönlichkeit geworden. A star is beur«, resümierte ein Cinéast. Ein wenig vorschnell, denn die Bedingungen, unter denen die Beurs Filme machen, sind längst nicht so strahlend. »Unser Bild im französischen Kino ist Reflex unserer sozialen Position«, sagt der Regisseur Abdelkrim Bahloul. Und zu der gehören für die Maghrebiner immer noch rassistische Diskriminierung und soziale Ungleichheit. Ihre Identitätsprobleme bleiben ungelöst: Längst ohne Bezug zur Heimat ihrer Eltern, fühlen sie sich auch in Frankreich fremd. So ist auch das cinéma beur ein Kino zwischen zwei Kulturen. »Die Franzosen sind durch den Algerienkrieg immer noch traumatisiert und verdrängen die Geschichte unserer Befreiung völlig. Instinktiv weisen sie Filme zurück, die dieses Thema oder die Probleme der Beurs behandeln«, sagt ein algerischer Kulturfunktionär.

An Mahmoud Zemmouri läßt sich dieser Befund illustrieren. Der gebürtige Algerier, der in Paris ein Restaurant betreibt, erfreute mit seinem Erstling »Prends 10.000 balles et casse-toi« (1981) Publikum und Kritiker gleichermaßen. Eine algerischstämmige Familie kassiert 10.000 Francs Rückkehrprämie und begibt sich back to the roots, in die algerische Kleinstadt Boufarik. Pariser Dünkel und Borniertheit von Boufarik prallen aufeinander. Die »Heimkehrer« werden als »immigrés« tituliert, ihre beiden halbwüchsigen Kids – er in Lederkluft, sie in Stöckelschuhen und hautengen Jeans – als »Travolta« und »Fifi rouge à lèvres«. Am Ende nötigt eine Gruppe selbsternannter Sittenwächter die Familie zum Rückzug.

Nach dieser bissigen Komödie, die weder die borniert-reaktionären Kleinstädter noch die großkotzigen Kleinbürger aus Paris schont, fiel Zemmouri mit seinem zweiten Film, »Les folles années du twist« (1986), trotz guter Kritiken beim Publikum durch. In Algerien ist der Film bis heute verboten. Warum, ist Zemmouri bewußt: »Man spielt nicht mit der Revolution und ihren Mythen.« Die beiden algerischen Twister, die er während des Befreiungskrieges Anfang der sechziger Jahre in karierten Hemden und Jeans durch die Kleinstadt schickt, fühlen sich eher vom Rock'n Roll als von der »Front de liberation National« (FLN) angezogen. Die zwei Stenze werden von einer grotesken Personnage eingerahmt: Ein ordensgeschmückter Rentner, der dauernd »Vive de Gaulle« brüllt, verängstigte Spießer, die vor den FLN-Kämpfern nicht minder zittern als vor der französischen Operettenarmee, deren Ortskommandant den Spitznamen Monsieur John Wayne trägt. »Nachhilfeunterricht über einen wenig ruhmreichen Abschnitt französischer Geschichte«, heißt es im Vorspann; freilich ohne trockene Didaktik, dafür mit Sarkasmus und nadelfeinen Bosheiten. Da streift etwa, während es aus den Lautsprechern tönt: »Frankreich will den Frieden geben«, die Kamera ganz beiläufig über eine Ladenmarkise mit der Aufschrift »Charcuterie« (Fleischerei).

Nach diesem Film hatte Zemmouri große Probleme, neue Gelder aufzutreiben. Dennoch konnte er 1989 »De Hollywood à Tam – Antenne Couscous« fertigstellen, eine womöglich noch schwärzere Komödie. Mittels riesiger Parabolantennen holen sich algerische Kleinstädter amerikanische TV-Serien ins Haus. Nicht ohne Folgen: Der fiese Gemüsehändler

kostümiert sich als JR, und Kojak und Columbo tun sich zusammen, um seinem dunklen Treiben ein Ende zu setzen, wobei auch ein anämischer Rambo, ein Handwerker mit Mr. Spock-Frisur und weitere Tele-Imitateure mitwirken.

Die Tabuisierung des Algerienkriegs bekam auch Okasha Touita zu spüren. »Les sacrifiés« (1982) schlug ein verdrängtes Kapitel des Algerienkriegs auf, die algerischen Bruderkämpfe in den Elendsquartieren der Pariser Vorstädte. Der Film erzählt die Geschichte des Friseurs Mahmoud, der nach Frankreich kommt und auf Seiten der FLN erst gegen konkurrierende Gruppen, dann gegen »les harkis« (frankophile Algerier, die nach der Unabhängigkeit auswanderten) kämpft. Nach seiner zweiten Verhaftung dreht Mahmoud durch, versinkt schließlich in Apathie. »Die Geopferten«, einer der eindringlichsten Filme des cinéma beur, floppte an den Kinokassen. Mit der Folge, daß Touitas zweiter Film, »Le rescapé« (1988), bislang nur in Algerien zu sehen war. Die französische Zensurkommission witterte eine Verklärung der Drogenszene und gab ihn erst ab 18 Jahren frei. Ein geradezu lächerlicher Vorwurf. Am ehesten mit einem Film wie Uwe Frießners »Das Ende des Regenbogens« zu vergleichen, zeichnet »Der Überlebende« mit viel Sympathie für die Figuren, aber nüchtern und ohne Outcast-Romantik, ein Porträt dreier Maghrebiner-Generationen: Youssefs, eines jungen Beurs, der in die Drogenszene gerät, seines Vaters, eines alten Harkis, und eines Polizeiinspektors, der beide zu verstehen versucht.

Die Diskrepanz zwischen Kritikerlob und Publikumsgunst macht sich allerdings auch bei weniger brisanten Themen bemerkbar. Merzak Allouache erlitt mit dem erwähnten »Un amour à Paris« (1987) trotz Prämierung in Cannes und bekannter Gesichter wie Juliet Berto und Daniel Cohn-Bendit kommerziellen Schiffbruch. Der amour fou zwischen Marie und Ali, ihre Abkapselung von der Umwelt ist zugleich Metapher für den gesellschaftlichen Ort der Beurs.

Noch härter sind die Produktionsbedingungen freilich für die jüngeren, »echten« Beur-Filmer. Farid Lahouassa etwa hat mit »La poupée qui tousse« (1985) einen beeindruckenden Kurzspielfilm in Schwarzweiß gedreht: Eine melancholische Studie über das Auseinanderbrechen einer algerischen Kleinfamilie in Paris, mit knappen Dialogen und einer zwingenden Licht-und-Schatten-Dramaturgie in der Tradition des »poetischen Realismus«. Lahouassa hat seitdem jedoch, wie andere vielversprechende Debütanten auch, keinen Film mehr realisieren können.

Als Ausnahme muß dagegen Rachid Boucharebs Kassenerfolg »Baton Rouge« (1985) gelten. Der neonbunte Jugendfilm über ein Reklame-Amerika mit dem Geschmack von Freiheit und Abenteuer endet damit, daß Abdenour und Karim, aus den USA zurückgekehrt, ein fast food-Etablissement auf Kredit eröffnen. Obgleich ziemlich glatt und oberflächlich ins Bild gesetzt, ist »Baton Rouge« ein aufschlußreicher Film: Wegen der Selbstverständlichkeit, mit der die beiden Beurs und ihr weißer Kumpel Mozart sich zur Kleinunternehmerkarriere inspirieren lassen. »A star is beur«, das ist eben nur die halbe Wahrheit, wie auch die Integration der Beurs nur eine partielle ist. »Sie fühlen, daß sie sich integriert haben, aber nicht integriert worden sind«, schreibt die Soziologin Juliette Minces.

Qualitativ und stilistisch überaus heterogen, bleiben die Arbeiten des cinéma beur Ausdruck einer kollektiven Situation. »Weil wir die Deformationen, denen das Bild unserer Gemeinschaft in der Kinolandschaft unterliegt, konstatieren, fühlen wir uns gedrängt, wieder und wieder darüber zu sprechen«, erläutert Bahloul. Solange Le Pen so vielen »guten« Franzosen aus der weißen Seele spricht, wird es den Beur-Filmern schwerfallen, sich diesem Druck zu entziehen. »Eines Tages«, sagt Bahloul jedoch mit trotzigem Optimismus, »wird ein Regisseur maghrebinischer Herkunft geniale Filme machen, die nichts mit den Maghrebinern zu tun haben.«

Im Rahmen des 4. Europäischen Low Budget Film Forums in Hamburg werden vom 7.-11. Juni rund 20 Kurz- und Langfilme von Vertretern des cinéma beur gezeigt, darunter auch die hier erwähnten Beiträge.

Einige der Regisseure werden in einer Diskussionsrunde über das cinéma beur berichten. Es handelt sich um die erste Retrospektive dieser Art in Europa.

konkret 06/89, S. 75

Jan Schmidt

Sinn ohn´ Form - Gegenöffentlichkeit

Wer etwas über bundesdeutsche Gegenöffentlichkeit erfahren will, reist am besten nach Amsterdam: ins Internationale Institut für Sozialgeschichte, wo das ID-Archiv, das in der BRD selber keine Fördermittel auftreiben konnte, den wohl umfangreichsten Bestand linker deutschsprachiger Zeitungen, Zeit- und Flugschriften zur Verfügung stellen kann. Eine kurze Übersicht und einen ersten Einblick vom heimischen Schreibtisch aus ermöglicht aber auch das jetzt in der BRD erhältliche **»Verzeichnis der Alternativmedien«,** das die ID-Leute gerade neu herausgegeben haben. Sortiert nach Postleitzahlgebieten, Themen und Namen werden dort etwa 1000 Zeitungen, Radioinitiativen und Videogruppen vorgestellt. Wer mehr als Erscheinungszeitraum und Schwerpunktthemen von »Nett-Zwerg« erfahren will, wem der Name »Interim« Rätsel aufgibt und wer wissen will, wie ausgerechnet in Siegen mit EXX eine der interessanteren linken Zeitschriften überleben kann, findet auf den ersten 64 Seiten etliche lesenswerte Aufsätze. Hier wird über den Versuch »experimenteller Dokumentarfilm«, den die Medienwerkstatt Freiburg gestartet hat, berichtet; ein Interview mit den MacherInnen der halblegalen Szenezeitschrift »Interim« und ein Aufsatz über Zensur in der BRD skizzieren die zunehmenden Schwierigkeiten, linke Öffentlichkeit herzustellen. Hier fehlt allerdings eine kritische Betrachtung der anderen Ursache der allmählichen Zerstörung der linken Zeitungslandschaft: Viele ehemals oppositionelle Zeitungen interessieren sich heute eher für Pressefrechheit, als daß sie im Interesse einer Pressefreiheit, die über das bürgerlich akzeptabel erscheinende Maß hinausginge, publizierten. Besonders offensichtlich werden die entsprechenden Schwierigkeiten am Beispiel der aktuellen Berichterstattung zum laufenden Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand und der eng daran gekoppelten Auseinandersetzung um autonome Seiten im redaktionellen Teil vor allem der «taz«. Ein Rückblick auf die Konzeption und den Kurs der eingestellten Zeitschriften »linkeck«, »Anschläge« und »Autonomie« runden den Band ab.

Wer sich derzeit über die linke Diskussion antifaschistischer Perspektiven informieren bzw. an ihr beteiligen will, hat Pech gehabt. So schnell, wie die Rechtsradikalen derzeit Stimmen gewinnen, kann die Linke ihr durch langjähriges Desinteresse in Sachen Antifaschismus angehäuftes strategisches Defizit nicht beseitigen. Immerhin: Die »Volksfront gegen Reaktion und Faschismus« hat rechtzeitig zur Europawahl eine kleine Broschüre veröffentlicht, die über die gleichartigen Programmaussagen von DVU-Liste D und »Republikanern« informiert und die starke Einengung der antifaschistischen Aktivitäten auf den Aspekt des Rassismus kritisiert. Der deutsche Chauvinismus, die alten europäischen Großraumwirtschaftspläne, der Angriff auf soziale Standards und der europaweite Ausbau des staatlichen Repressionsapparats müssen ihrer Meinung nach ebenfalls ins Zentrum der antifaschistischen Arbeit gerückt werden.

»Durch die Wüste« heißt eine ziemlich umfangreiche Schrift, deren AutorInnen den Anspruch haben, »mehr als nur eine Rechtshilfebroschüre« geschrieben zu haben. Das stimmt zumindest insofern, als weit mehr als die üblichen Demoflugblatt-Tips (Telefonnummer des Ermittlungsausschusses dabei haben) versammelt sind. An einzelnen Punkten hat das AutorInnenkollektiv aus Anti-Repressionsgruppen auch versucht, grundsätzliche Fragen anzugehen, beispielsweise, wie ein politischer Prozeß geführt werden kann (und sollte). Dabei fällt vor allem die zurückhaltende Bewertung der verschiedenen Strategien positiv auf: »Grundsätzlich für falsch halten wir z.B., Angeklagte, die sich dazu entschlossen haben, keine Prozeßerklärung abzugeben und sich nur 'juristisch' zu verteidigen, als opportunistisch, anbiedernd und fast schon 'auf der anderen Seite stehend' zu bezeichnen und damit auszugrenzen«. Die Sympathien des AutorInnen-Kollektivs gehören allerdings eher der »offensiven Strategie«, die durch Abgabe von Prozeßerklärungen »die Angeklagte zur Anklägerin« macht. «Durch die Wüste« thematisiert staatliche Repression sowie mögliche und unmögliche Reaktionen darauf so umfassend und präzise, daß es auch für Leute außerhalb der Szene eine wichtige Lektüre ist: die Kriminalisierungsschwelle ist mittlerweile niedrig genug, so daß es auch für Nicht-Militante wichtig sein kann, zu wissen, daß weder Bankschließfächer noch Anwaltskanzleien sichere Aufbewahrungsorte für Papiere welcher Art auch immer sind, oder wie man sich, einmal festgenommen, auf der Wache oder gegenüber StaatsanwältInnen verhält. Tips und Informationen gibt es auch für die Vorbereitung von «Turnschuhaktionen« oder, aufgrund neuer, aus dem Startbahnverfahren gewonnener Erkenntnisse, über die moderneren Überwachungstechniken des Staatsapparats.

Jan Schmidt

ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam) (Hg.), Verzeichnis der Alternativmedien, 224 Seiten, Edition ID-Archiv, 25 Mark.

Volksfront (Hg.), Faschisten kandidieren für Neuordnung Gesamteuropas, 28 Seiten, 2.50 Mark, zu beziehen über GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5 Köln I

Autorinnenkollektiv aus Anti-Repressionsgruppen, Durch die Wüste – mehr als nur eine Rechtshilfebroschüre, acht Mark (plus Porto). Zu bekommen im linken Buchhandel oder über Umweltzentrum Münster, Scharnhorststraße 57, 44 Münster

(Bestellungen nur gegen Vorkasse)

konkret 06/89, S. 76

Eckhard Henscheid

Musikplaudertasche

Ich bin kürzlich extra nach München gefahren, mich im Herkulessaal da von zu überzeugen: Der knapp 65jährige Carlo Bergonzi singt noch schöner Belcanto als zuletzt in Frankfurt der 62jährige. Singt schöner, einnehmender, einspinnender, einlullender, bezirzender, verführender, unwiderstehlicher.

Die jüngere Jugend ist überhaupt etwas ziemlich Dummes.

&

Auf mein penetrantes Flehen (in KONKRET 4/89) hin hat sich die Berliner Urania-Filmbühne kürzlich erbarmt und jenen Opern-Dokumentarfilm, nach dem ich seit zwanzig Jahren vergeblich fahndete und gierte, den Salzburger »Don Giovanni« von 1953, für eine einzige Abendvorstellung wiedergebracht; noch eine Bildungsreise erwirkend und zur Seligkeit von uns Altschwärmern sowie zum Nutzen der wenigen zurechnungsfähigen Nachgeborenen.

Der Film war zusammengestopselt aus den verfügbaren noch halbwegs brauchbaren Kopien, als solcher wird er vielleicht doch eines Tages den wünschenswerten Video-Weg beschreiten – und die Sache fand statt in Anwesenheit der heute 89jährigen seinerzeitigen Festspiel-Zerlina Erna Berger – und ausgerechnet sie aber erweist sich im Kontext des filmisch wie regielich vergessenswerten, des sängerdarstellerisch aber von Cesare Siepi über Otto Edelmann bis hin zu Lisa della Casa summa summarum großartigen Operndokuments als ein Schmerzenskind; als eine – reichliche Unerträglichkeit.

So lieblich sie sehr wohl singt. Und nicht, daß die Berger damals mit 53 nicht mehr die allerjüngste Bäuerin und Hochzeiterin war: Es ist vielmehr das, jenseits einer zieren Sopranglockenstimme, Unerotische schlechthin, das in ihr vorstellig wird, herumspringt und merkwürdig verdrehte Grimassen schneidet. Jedes deutsche Stadttheater läßt heutzutage von Zerlinas Teleologie und Archetypik immerhin einiges sich schwanen, es steht ja auch satt bei da Ponte und Mozart und spätestens bei Adorno (»Huldigung an Zerlina«): dies Laszive, durchaus Lüsterne, das u.a. in seiner eigenen Emanzipationsahnung besteht, in der schmelzenden Ambivalenz auch von Naturkind und künftiger Bürgerin sich entfaltet. Bei Berger aber artikuliert ebendiese Erotik sich in ein paar nicht einmal kindlichen, sondern zurückgeblieben händepatschenden, infantilen Drehhüpfern und albernen Augenrollereien.

Geprägt wurde das Weltbild der Sängerin nach 1930 durch die Staats- und Städtische Oper Berlin. Ob da wohl etwelche Affinität sichtbar wird von nationalsozialistischer und erotischer Regression, Inferiorität, habitueller Bekloppheit? Ich gebe es zu bedenken und stelle dies mein Anfangsverdachts-Material den forschungsfreudigeren Teilen der Sexualwissenschaft gern zur Verfügung.

&

Wohl erstmals Mozarts Oper (»Don Giovanni«) besang außer den weiblichen Augen präziser schon die Wimper (ciglio); Puccini (»Turandot«) als vermutlich erster nicht nur die damals noch gleichfalls fast unentdeckten Frauenbeine (gambe), sondern (»Edgar«) sogar die höchst obskurlasziven Knie (ginocchi). Verdis »Ernani« blieb es vorbehalten, erstmals an der Heldin Elvira die Grübchen zu bestaunen – allerdings: leider nur in der Übersetzung von Josef Ritter von Seyfried: »Liebesgötter im Grübchen am Kinn« sieht der Ritter hausen, wo das Original F. Maria Piaves nur fad in einen Toast auf »la rara beltà« ausbricht.

Was ihm da wohl großmächtig Orgiastisches durch den sonst so seyfriedlichen Kopf gesurrt sein mag, dem übersetzenden Ritter und vielleicht ja letzten der Troubadoure? Was auch immer, wir wollen ihn schon anbetrachtlich seiner letzten Endes recht absenten Grübchen ehren, ja sein ansonsten zu Recht sehr sterbliches Andenken mit liebesgöttlichen Putten heiterst umschwirren lassen.

&

Aberaber, veranstaltende Stadt Frankfurt! Man kann doch »Auschwitz – Szenen eines Kulturvolks« nicht mit Puccini eingedenken! Nämlich die Erinnerung an den Beginn des Frankfurter Auschwitz-Prozesses vor 25 Jahren mittels eines Plakats pflegen, welches da ausgerechnet die »Madame Butterfly«-Schmalzette »Un bel di vedremo« abdruckt! Mit einer »delikaten Weißwurst« (Richard Strauss) also den Holocaust ! ?

Auschwitz, o Stadt Frankfurt, hat in Wahrheit mindestens mit Schönberg, wenn nicht mit Ligeti und Stockhausen eingedacht zu werden! Da pfiff aber unter Wallmann/Brück betroffenheitsästhetisch noch ein anderer Wind! Sapperlot! Selbst kristallnachtmäßig ging da unterhalb von Adorno gar nichts! Zum Donnerwetter! Hauff! Cohn-Bendit! Was soll denn das??

Puccini. Tz tz tz...

&

Als seine seinerseits erste musikpolitische Amtshandlung hat W. Momper (SPD) den Sänger H. Belafonte zum Ehrenbürger der Stadt Berlin geschlagen. Eine strategische Energieleistung der rotgrünen Frontstadtfront, ahoi!

PS: Und dabei hatte doch auf den ersten Anschein hin alles noch eher für U. Lindenberg gesprochen.

PS 2: Aber der war dann im Endeffekt eben doch nicht weltweit genug.

&

Zwei der stattlichen himmelblauen Bände Briefwechsel Robert Schumann sind im Verlag Stroemfeld/Roter Stern inzwischen erschienen – sobald der dritte und abschließende da ist, werde ich ein Jahr lang blau machen und mich ausschließlich mit dem Wesen Schumann beschäftigen.

Ach, aber ach, ein Jahr reicht ja nicht. Eigentlich bräuchte man zwei Leben: Eins für Schumann, eins für den Rest.

&

Es war schon ein guter Psycholog, der 12jährige Mozart: »Ach! ganz allein voller Pein stets zu sein«, jammert die verlassene Bastienne, und viermal drehen sich die drei dazugehörigen Töne jammrig walkend um sich selber. Es ist die ewige und ewig und einen Tag gleiche und starre Leier der Vereinsamten und, häufiger noch, der die Vereinsamung wie den Teufel Fürchtenden; ihre fixe Idee.

&

Nur damit das nicht so leicht wieder in Vergessenheit gerät: »Gorbi, das macht mir Sorgi« (Wolf Biermann, 1989).

&

Nachdem Ostern und Weihnachten, so reimte Brecht, am meisten einbrachten, waren an Pfingsten die Geschenke am geringsten – und J. S. Bach hielt sich dran: Üppig schweift sein Weihnachtsoratorium, immerhin knapp die Hälfte Weg zieht das Osteroratorium seine Bahn – aber ein Pfingstoratorium war ihm schon nicht mehr der Mühe Wert.

&

»Du hörst es zu jeder Stunde, du hörst es an jedem Ort«, zwitschern und säuseln in einem wundersamlichen Mendelssohnschen Frauen-Duett Rita Streich und Maureen Forrester (Etcetera ETC 1010) im Zuge einer Heine-Vertonung – und genau so ist es. Seit Ende März schon. Langsam werde ich wahnsinnig. Ach was, bin es längst.

&

»Oktoberernte '86: Ein Landmann auf dem Traktor läßt sich und seine Pflugschar von Schlagermusik bedudeln. Ein paar Kilometer weiter sägen zwei Waldarbeiter zum Radio-Popkonzert einen Stamm entzwei. Was Wunder, daß die Fahrkartenschalter im Nürnberger Hauptbahnhofs-'Reisezentrum' immer verlassener erscheinen: Hinter einer verschiebbaren Wand etwas im Hintergrund wogt wonnig Dixieland.«

So stand's in meinen »Sudelblättern« von 1987 – und schon stimmt's eventuell nicht mehr so ganz. In der Vorweihnachtswoche 1988 wurden die Schalterstunden meiner heimischen Stadtsparkasse einerseits gänzlich unverheimlicht, andererseits überaus naheliegend mit den rasch wechselnden Weisen »Süßer die Glocken nie klingen« und »Es ist ein Ros' entsprungen« usw. überzuckert – und verunheimlicht. Handelt sich's um eine fortschreitend ungescheute Öffentlichkeit der neueren Arbeit-Freizeit-Verschmelzungen im Sinne Baudrillards? Oder im Gegenteil doch eher um einen Rückfall aus den schon erklommenen avantgardistischen Höhen reiner kantischer Absichtslosigkeit und Zweckenthobenheit von Kunst, eine Rückwende hin zu schon fast vergessener vorkapitalistischer Intentionalität von Reklame im voraufgeklärten Glauben an irgendwelche fad unterschwelligen (»süßer«, »klingen«) Suggestiv- und Langzeitwirkungen?

»Es wird ihnen doch«, mit Karl Valentin für den Fortschritt der Musik wie der Gesellschaft zu bangen, »es wird ihnen doch nichts passiert sein?«

&

Der oberste, für Musik zuständige »Spiegel«-Schmock, Klaus Umbach, wünscht der Karriere der »Star-Geigerin« Anne-Sophie Mutter zur Reifung was:

»Um in der Musik alle menschlichen Spuren aufzudecken und im Menschen die musikalischen Seiten wachzurufen, braucht diese verdammt begabte junge Frau endlich« –

(einen Rammler wie endlich auch Steffi Graf? Aber den hat A.-S. Mutter ja seit kurzem schon, in Gestalt eines Jet- und Society-Rechtsanwalts Wunderlich, wie Klaus Umbach nicht müde wird uns zu unterrichten. Der ist freilich schon 53. Also eventuell zur Abwechslung und weiteren Reifung – Umbach als Nebenstecher selber? Aber nein:)

» – ein Gran Sand in der Feinmechanik ihrer Psyche, einen kurzen Kälteschock für die sonst so wohltemperierte Karriere, wenigstens ein paar Schrammen auf der Schokoladenseite des Erfolges. Erst wenn ihr Spiel jene Nuancen dazugewinnt, die nicht unter dem Druck von Hengsthaaren« –

(Also doch Umbachs schrammende Sackhaare? Aber neinneinnein:)

» – von Hengsthaaren, sondern als Ausdruck von Lebenserfahrung entstehen, erst wenn der Bogen nicht mehr nur das Werkzeug einer perfekten Handwerkerin ist, sondern zum Seismograph einer empfindsamen Frau taugt, erst dann hat Anne-Sophie Mutter die letzten Eierschalen des Wunderkindes abgeworfen.«

Und sollte dem Umbach dann für diesen Tip wenn schon nicht ihre zweite Unschuld so doch einen Knochen hinwerfen. Als Seismographen einer echt guten Co-op. Doch, so 20 Mark ist Umbachs Tip der Mutter ganz bestimmt ja wert.

Konkret 06/89, S. 82

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

20. April 1989

Wollen wir, die leicht hüftsteifen Antifaschisten, daß irgendwelche dahergelaufenen deutschen respektive ausländischen Eltern ihre Balger am 20. April 1989 nicht in die Schule schicken, weil angeblich die Neo-SS die Brut vom Unterricht wegfängt und zerstückelt? Nein, das wollen wir leicht hüftsteifen Antifaschisten nicht. Sondern wir wollen, daß die angeblich verunsicherten deutschen respektive ausländischen Eltern ihre Bälger am 20. April 1989 gefälligerweise in die Schule schicken, (daß man da nichts lernt, gehört jetzt nicht hierher), weil nämlich keinste Neo-SS die Brut vom Unterricht wegfängt und zerstückelt. Und wir hüftsteifen Antifaschisten sagen, daß die Feigheit vor der nichtexistierenden AngSSt das so mit schäbigste ist, was die Aftergeschichte von Auschwitz so kennt.

Ich kann ja Hitler einigermaßen, also stimmlich-gestisch, nachmachen. Und da dachte ich mir, ich mach mal übern Rundfunk eine Ansprache Hitlers an seine alten und an seine neuen Nazis. Nach. Keine einzige ARD-Anstalt wollte das Ding. Da ging ich zur Karikatur der Konkurrenz. Radio Hamburg interessierte sich für, sagte dann aber, full feig, ab. Radio »Hamburg okay« sendete, schnitt aber das Fettgedruckte rums raus.

Ich frage Sie: Ist das noch ein Leben?

Deutsche Volksgenossen! Hier spricht Euer Führer Adolf Hitler. Ich werde heute einhundert Jahre alt. Deswegen werden viele von euch sentimental. Meine treuen alten Nazis legen den Badenweiler Marsch auf den Schallplattenspieler **und erinnern sich an die drei Tage Sonderurlaub nach den erregenden Erschießungseinsätzen in Weißrußland. Meine jungen Nazis gehen noch einmal mit dem Trockenrasierer über den kahlen Schädel, spicken den Baseballschläger mit Nägeln, ziehen die stahlplattenbefestigten Treter an und gehen auf Ausländerhatz.** Deutsche Volksgenossen! Das freut mich, das ehrt mich. Daß ihr mich verehrt. Wie kommt es? Daß ihr mich verehrt? Das kommt daher, daß euch von einem höheren Wesen als ich eines bin ins Gehirn geschissen worden ist. Er hat die Autobahnen gebaut, sagt ihr. Ihr Dummköpfe! Ich habe sie nicht gebaut, es waren deutsche Arbeiter, die sie gebaut haben. Und ich habe sie bauen lassen, nicht damit ihr mit euern lächerlichen Blechkübeln drüberbraust, sondern daß ich meine Truppen für meinen Krieg schneller bewegen konnte. Er hat die Arbeitslosigkeit beseitigt, sagt ihr. Ihr Arschlöcher! Die Arbeitslosen habe ich in die Rüstungsindustrie gesteckt, die Rüstungsarbeiter waren die ersten Gefallenen meines Krieges. Nachts konnten die Frauen auf die Straße gehen, ohne überfallen zu werden, sagt ihr. Ihr Rindviecher! Wie konnten die deutschen Frauen nachts auf die Straße gehen, ohne von Bomben aus den angloamerikanischen Flugzeugflotten überfallen und ohne von der Musik der Stalinorgel belästigt zu werden? Was habe ich wirklich geleistet? Was sind meine historischen Verdienste? Ich habe fünfzig Millionen Kriegstote auf dem Gewissen. Ich habe sechs Millionen Juden umbringen lassen. Ich habe die halbe Welt angezündet. Ich habe dieses blöde deutsche Reich, das meiner nicht würdig war, in Stücke gehauen. **Ich habe deutsche Männer, deutsche Frauen, deutsche Kinder, deutsche Greise verheizt wie Lumpen oder Reisig.** Ich habe aus sanften deutschen Dachdeckern und aus netten Kinderärzten Bestien in SS-Uniform gemacht. Ich habe aus dem deutschen Menschen den räudigen-reißenden Wolf herausgekitzelt. Und wie ich fertig war mit Deutschland, und es nichts mehr zu versengen und zu verbrennen gab, weil alles schon ein brennender rauchender Klumpatsch war, habe ich, euer allmächtiger Führer, mich aus dem Staub gemacht und bin von der Verantwortlichkeit desertiert wie ein ganz gewöhnliches feiges Schwein. Deswegen, deutsche Volksgenossen, verehrt ihr mich auch heute noch. Deswegen sagt ihr am Stammtisch: Der Adolf müßte wieder her. Ich, der ich das deutsche Reich in Stücke gehauen habe, ich, der ich den deutschen Menschen in eine Bestie verwandelt habe, ich müßte wieder her. Gegen die Arbeitslosigkeit und gegen die Ausländer und damit die Frauen wieder nachts auf die Straße können. Deutsche Volksgenossen! Laßt mich das noch einmal sagen: Ihr verehrt mich auch heute noch und nach alledem, weil euch ein höheres Wesen als ich eines bin ins Gehirn geschissen hat. RÜHREN.

Nun zu Neuss

Ja, die deutsche Volkszeitung. Die ausgeschlafne. Kaum war Neuss tot, rief sie mich an, die deutsche Volkszeitung, und befahl: Tomayer, Nachruf machen, und zwar bißchen plötzlich, weißt ja, wir haben einen enormen Vorlauf und dann ist auch noch Pfingsten also: hopphopp. Und ich? Gehorchte. Denn es ist einfacher, Gott zu lästern als der deutschen Volkszeitung einen Neussnekrolog auszuschlagen, wenn Sie wissen, welche Partie ich meine. Nun also nach dieser kleinen Vorrede zur Hauptsache, zu Neuss, beziehungsweise seinem Tod. Wie heißts-. Te Mundgeruch nur vivil. Aber das ist bei Wolfgang nicht nötig. Denn Wolfgang war der Kumpelsten einer. Insofern nur Gutes, das aber reichlich. Zum Beispiel: Wolfgang war zeit seines Lebens Spitze. Reicht das? Reicht? Sehr gut. Nun, dann können wir ja zu den paar Kleinigkeiten kommen, die in diesen Nachruftagen die Runde drehen wie blinde Esel in der Getreidemühle. Also: Neuss habe sich einen der beiden Zeigefinger abgeschossen. Behaupten Lügenblätter wie Petra, Sankt Pauli Nachrichten, Spiegel undsoweiter.

Quatsch. Wolfgang hat sich den linken Zeigefinger mit Salzsäure amputiert. Die Salzsäure war in einer NS-Feldflasche, und wer ihm das Zeug verschafft hat, das weiß weder Gisela, noch Salvatore noch Horst Mahler, sondern: Tut mir leid, ICH weiß es. Wer weiß sonst was nicht? Bröckers. Weil Wolfgangs Mutter nicht ihm, sondern MIR das Krankenblatt des Reichssicherheitshauptamtes, in dem die Verstümmelung festgehalten ist, gegeben hat. MIR, nicht Kühn oder Fummelfunke oder einem ixbeliebigen Sender, damit das mal klar ist für die Neussforschung.

Was noch? Richtig: Lange bevor der Feminismus aufkam, hörte Wolfgang auf, den Weibern eine zu scheuern, wenn sie ihm dumm kamen. Dasselbe gilt fürs Autofahren. Wolfgang wußte, daß Autofahren Scheiße ist, und ließ in den letzten Lebensjahren seinen Jaguar stehen. Noch was zu den Frauen um Wolfgang. Er hatte sie oft und toll berührt, bevor er dann eines Tages sagte: Das muß nicht sein, daß man die Frauen oft und toll berührt, ich geh in den Schneidersitz, und die Sexualität kann mich am Arsch lecken. Da war er ganz anders als zum Beispiel der erste Bundespräsident, der, ein Greis!, der blutjungen Renger nachstellte. Wolfgangs Stärke waren seine Witze. Zum Beispiel die über Wehner. Freilich rächte sich das, wie aller Witz sich nicht auszahlt. Denn Wehner, jetzt nach Wolfgangs Tod in seinem schwedischen Austragshäusl gefragt: »Herr Wehner, können Sie sich an Herrn Neuss erinnern«, sagte: »Sind Sie mir nicht bös, aber ich kann mich nicht erinnern, ich hab nämlich Zucker«.

Positiv an Wolfgang wird immer bleiben, daß man, solang man selber irgendwie am Leben ist, von Wolfgang so gut wie alles lernen konnte. Negativ ist, daß man so gut wie nichts von ihm lernen konnte. Wenn Sie wissen, welche Partie ich meine. Ach, daß ichs nicht vergesse: Wolfgang ist ja auch gestorben. Da ich persönlich von diesem Vorgang keine Ahnung habe, fragte ich den Arzt. Der sagte mir, der Tod sei häufig mit Wehdam und der sogenannten Angst vor ihm verbunden. Auch komme es dabei zu entsetzlichen Ausscheidungen, Gerüchen undsoweiter, desgleichen Geräuschen wie Stöhnen, Jammern u.ä. Leider hat Wolfgang nicht ein Kamerateam des benachbarten SFB, anrufen können, um es zu bitten, das Sterben eines deutschen Kabarettisten zu filmen, denn Wolfgang hat ja kein Telefon in der Wohnung. Droste berichtet, daß eine Schickse von der Westberliner »BZ« sich vor Ort bei den Umstehenden erkundigt habe, wie Wolfgang beim Sterben gekleidet war und ob man über den Mageninhalt was wisse. Mit diesem Menschenskind habe ich Fühlung aufgenommen. Die kuck ich mir mal an.

Da Wolfgang einerseits tot, andrerseits es aber auch schon geschehen ist, kann ich ihn nicht bitten, den gravierendsten Fehler seines künstlerischen Lebens nicht zu machen: Das Gespräch mit Weizsäcker in der SFB-Talkshow. Also, wie er es führte, so restlos ohne das geringste Gespür für das Nötige, also ohne Zähne, statt mit einer Leihbrücke im Maul, und in seinen Gruftiklamotten, statt im taubenblauen MdB-Einreiher, und langweilig »schlagfertig«, statt dem Weizsäcker monoton bis Sendeschluß die Frage zu stellen: Sagen Sie mal, was gibt es eigentlich an einem Kriegsverbrecher, auch wenns der Papa ist, herumzuverteidigen?

Schade, daß Wolfgang weg ist, aber wir guten Menschen westlich von Sezuan müssen ja alle einmal weg. Und es gibt, Wahrnehmungstechnik hin, Einbildung her, kein Wiedersehn nach dem letzten Schnaufer. Sondern Brecht hat sowas von recht:

Laßt euch nicht betrügen

Daß Leben wenig ist

Schlürft es in vollen Zügen

Es wird euch nicht genügen

Wenn ihr es lassen müßt.

Ende der Durchsage.

Intern

Piwitts Hernahme des auch außerhalb des Promotionsgeschehens in bezug auf Tittenanmache am Arbeitsplatz stille Erkenntnislaune verschaffenden Buches der Kollegin Ingrid Klein namens »Zonenrandgebiete« kann denn dann doch nicht, obwohl? nein, grade weil Hermann-Peter vom sausenden brausenden Ruf umschwirrt ist, die gelungenste Kreuzung von Marxistleninistökologist und Vollblutdichter zu sein, hingenommen werden. Ich kann doch, Hermann-Peter, die Führungsoffizierin der Zeitschrift »Literatur konkret« nicht, wie es in diesem Heft geschieht, als Stichwortgeberin für was ausbeuten. »Nach drei vergeblichen Versuchen innerhalb einer Woche ... « soll es Dir nicht gelungen sein, das Buch der Kleinschen so zu würdigen, daß mer weiß, was drin steht? Schmarren, Piwitt, alter marxistischleninistischökologistischer Stadtparkkauz: Dann rüste halt ein paar von Deinen fünfblättrigen Pausenzeichen in Deinem Feuilleton ab, und schon hast Du Platz für eine stinknormale Rezension des Klein-Werkes. Kannst es doch, Hermann-Peter, hast es doch schon öfter wie dreimal bewiesen.

Zum Schluß: Rauchen

In dem von den Frauen Christel Dormagen und Ingrid Klein zubereiteten »Buch für Raucher«, das im Konkret Literatur Verlag erschienen ist, stehen Geschichten, eine schöner wie die andere. Da ich über andere nicht verfügen kann, biete ich die folgende eine an. Eine von zehn. Und - eine schöner wie die andere. Doch lesen Sie selbst. *Wie Brecht einmal die Weigel anpaffte*

Eines Tages, Brecht probte gerade mit der Weigel die Courage, kam Pieck mit einem riesigen Paket ins Ensemble. Brecht, ungehalten wegen der Störung, denn er war mit der Weigel Leistung, den Courage-Karren zur Melodie Von Ulm nach Metz von Metz nach Mähren V-effektiv zu ziehen, überhaupt nicht zufrieden, wollte ihn schon vom Inspizienten rauswerfen lassen, da rief ihm Pieck, den Anschiß ahnend, geistesgegenwärtig zu: Brecht, ich bring Ihnen Ihre Gardine!

Des Stückeschreibers Miene, eben noch dunkel wie die schwarzen Wälder, aus denen ihn seine Mutter in die Städte getragen, hellte sich augenblicks auf. Endlich. Die Gardine.

Knapp und präzis gab er der Technik Anweisung. Wie nun das schöne, leichte, luftige, anmutige Ding hing, griff Brecht beglückt in die Herztasche seines Maojacketts, um das als Occasion auf dem Flohmarkt von Soho erworbene Silberetui mit den geliebten Villiger Stumpen hervorzuholen. Da sagte die Weigel in ihren schweren Plünnen und im Geschirr des Marketenderwagens: Brecht, rauch er mir die schöne Gardine nicht grau.

Doch da hatte der Augsburger das schlichte Sturmfeuerzeug, das ihm Charles Laughton als kleines Thankyou für das Gedicht garden in progress gelassen, schon entflammt, und wie er den ersten Zug aus dem Stumpen getan und die graublauen Schwaden von seinen schmalen Lippen in den Schnürboden geschickt, da warf er der Weigel einen Schweigfraublick zu, daß sie, die nie, solange sie als standhafter Kranich der unsteten Wolke Brecht beigegeben, auch nur eine Silbe über den Nikotinabusus des Gefährten verloren, sich widerspruchslos fügte. Das Thema Rauchen im Ensemble kam erst gut fünfunddreißig Jahre nach diesem denkwürdigen Tag wieder auf, als die BE-Büfetteuse Sibyll-Ingelore Frock-Rasenthal, eine evangelische Widerstandsaktivistin, am Schwarzen Brett in der Mitarbeiterkantine einen Generalaufruf gegen das Rauchen am Schiffbauerdamm anbrachte; Rauchen, hieß es da, sei nicht nur schädlich, sondern Christus habe auch nicht geraucht.

konkret 06/89, S. 84

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

Der Taxifahrer ist ein Dunkelhäutiger. Das zögerliche Manöver einer Kraftfahrzeugführerin vor ihm kommentiert er mit den Worten, daß Frauen nicht ans Steuer gehörten; und kann sich vor Ärger gar nicht mehr einkriegen danach. Und dabei riecht er so vernichtend nach Schweiß, daß ich wenigstens bis zum Aussteigen an der These festhalte, 'Schwarze' röchen strenger als 'Weiße'.

Soviel zum Thema: Frauen, Piwitt und andere Neger.

*

»Ist auch des Großhirns Decke schmal/Im Stammhirn herrscht Neandertal« . – Nach drei vergeblichen Versuchen innerhalb einer Woche etwas über Ingrid Kleins ahnungsvoll-bissige Dokumentation des Falles (Stichwort: 'Busengrapscher') Hecker zu schreiben (»Zonenrandgebiete«, Galgenberg-Verlag, Hamburg): Höchste Zeit, daß wir nun ganz schnell auch Frau

Rebfrau als Präsidentin des BKA kriegen und Frau Frauhausen als Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank! Quotierung im Management von Banken und Versicherungen mahnt denn eben auch ZDF's 'Mona Lisa' an. Also ran an den Durchmarsch! Daß es endlich mit der Emanzipation losgehen kann, spätestens dann, *danach...*

*

Möglichkeiten, sich als Bürgerschreck unvergeßlich zu machen: Für Hamburg: Die Probleme des 19. Jahrhunderts am Beispiel Oberösterreichs von heute als die eigenen erkennen.

Für München und Umgebung auf dem Theater: Gottvater verzweifelnd darüber, daß die Menschen noch immer an den Scheißdreck glauben, den er Ihnen vor 2000 Jahren als ahnungsloser Jüngling offenbart hat. Anschließend dessen Kreuzigung in Gestalt eines Schweines als gerechte Strafe für die Erschaffung des homo sapiens, homo erectus bilzingslebenensis, wenigstens.

Und was tun wir stattdessen? Studieren weiter den Wirtschaftsteil der »FAZ« getreu dem Wahlspruch, mit dem seinerzeit Poona Neuankömmlinge überrascht haben soll: »There is no substitute for hard work.«

*

Für 45 Prozent aller kürzlich befragten erwachsenen Bundesbürger ist Hitler ein großer Staatsmann gewesen.

81 Prozent sind gegen eine Zusammenlegung der politischen Gefangenen der RAF und nehmen damit billigend in Kauf, daß sie isoliert krepieren.

Und alle lieben sie Curd Jürgens als 'Schinderhannes'.

Vom Schinderhannes schreibt sein Zeitgenosse Spieß, er sei ein schlechter Staatsbürger, aber ein guter Mensch gewesen. Und weiter: Er habe »seine Verbrechen in eine Art von System« gebracht, das »den Grad ihrer Verderblichkeit minderte, denn es ist gewiß, daß Verbrechen, aus Wohltätigkeit und Herzensgüte begangen, .. gewiß die mildernde Nachsicht des Richters . . . verdienen« (nach: Manfred Franke: Schinderhannes, Wagenbach-Verlag) .

Das System des Johannes Bückler hieß 'großmütiger Räuber'. Das der RAF ist politischer und heißt 'antiimperialistischer Kampf'. Und es ist nicht darum unmoralischer als das des Schinderhannes, weil die Armen und Elenden *heute* ein, zwei Kontinente weiter weg wohnen.

Da brüten sie an Tresen herum und haben es eben den Politikern und Geldbonzen noch dreikantig geben wollen. Da fiebern und leiden sie im Kino mit Piraten, Rächern der Enterbten und Einzelgängern, die auf eigene Faust und notfalls mit Dynamit Gerechtigkeit erzwingen wollen. Und sind sie wieder im Joch: Kopf ab! Daß vernichtet gehören die, die sich erlauben, was man sich selbst verbietet!

Daß die, die machen, wovon man selbst nur im Suff oder vor der Glotze träumt, am Ende noch Helden wären? Und also man selbst ein Feigling? Wäre ja noch schöner!

*

Für keinen je modernen Kunstbegriff der letzten 135 Jahre hat der Kapitalismus schneller und leichteren Herzens optiert als für den, von dem Beuys hoffte, daß er den Kapitalismus werde überwinden helfen: nämlich seinen.

Was Wunder, daß von den Talenten, die er – jeder Mensch ist ein Künstler! – massenhaft lostrat, nur eins tatsächlich sich hat vergeßlich machen können: die Kunst, Reiche abzuzocken. Und was kratzte es die schon. Man gönnt sich den Spaß. Und daß ihnen *den* eben der muntere Kostabi gründlich verdirbt? Und wenn schon. Was fallen die Beuys &

Kommandantisten als Investitionsruinen schon groß ins Gewicht, gemessen an den Denkmälern, die sich kapitalistischer Gestaltungssinn selbst setzt? Kalkar – um nur im Land zu bleiben – Wackersdorf, Gorleben. . . Sie, und nicht die windigen Geldpapiere der jeweiligen Saison-Kunst, werden von der Größe ihrer Zeit künden. Und davon, wie eigen Kunst doch immer Vergeudung ist...

Was, schließlich, ist eine Fettigkeit von Beuys schon gegen die Land-Art zur See des Öls von Exxon! Ein Fliegenschiß.

*

A., ein Freund, seit vielen Jahren ohne Arbeit, erzählt, wie er auf dem Wittgenstein-Kongreß in Frankfurt sich zeitweilig nur zwei Meter entfernt von dem Philosophen Habermas befunden habe. Wahrscheinlich, fügt er hinzu, der einzige Arbeitslose, dem H. je nahegestanden hat.

*

Wie gut, wenn man jemanden hat, der ab und zu gern mal ins Theater geht. Da bleibt einem vieles erspart... »'Ritter, Dene, Voss'? Wunderbare Schauspieler! Und eine himmlische Stelle über Brandteigkrapfen...Sonst? Dünnpfiff ohne Ende...Die meiste Zeit selig geschlummert... Und jedesmal beim Aufwachen gleich nochmal glücklich darüber, nichts versäumt zu haben«...

*

»Wo nämlich das Faustrecht herrscht, gilt nur, wer die Macht hat, als maßvoll und rechtschaffen« (Tacitus: »Germania«). Und was haben wir uns abgequält damals, vor zwanzig Jahren, zu erklären, was denn 'repressive Toleranz' sei!

*

Apokryphes aus dem Jahr 1989:

Von den drei großen humanistischen Weltverschwörungen des Abendlands, die die Interessen von Benachteiligten und Unterdrückten verfochten mit dem Ziel eines allgemeinen Glücks, scheitert, nach dem Christentum und der bürgerlichen Aufklärung eben auch der proletarische Internationalismus: 1. an der knebelnden Einverleibungsfähigkeit der alten Mächte, die jahrhundertelang bis heute die Erträge der Natur und der menschlichen Arbeitskraft fast der ganzen Erde in wenigen Staaten zu Kapital haben aufhäufen können, 2. am schlechten Gedächtnis der Armen, und 3., daran, daß unter denen, die Arme zu neuen Menschen hatten erziehen wollen, der neue Mensch selbst nicht eben verbreitet war.

Inseln, immerhin, halten sich noch. Kuba, Albanien, die DDR. Versprengte Sozialdemokraten und Grüne, wenn sie schlecht geschlafen haben, spielen beim Schminken, resp. beim Rasieren mit dem Gedanken, im Fall ihrer Regierungsverantwortlichkeit bei den Banken vorstellig zu werden, die genannten Staaten als Soziotope ausweisen zu dürfen.

*

Gerissen wie mich vor vielen Jahren Ovids »Metamorphosen« haben, nun aber, E-Musiker aller Länder, vereinigt Euch! zum 250. Geburtstag von Karl Ditters von Dittersdorf für die zwölf Sinfonien nach Ovid! Darunter die erstaunliche »Rettung der Andromeda«, worin es schon grad so ein bißchen quellenselig pastoral zugeht wie in Beethovens Nr. 6. Ach, wie gern, daß man sich einmal von einer so rundum Entfalteten wie Diana auf den Tod verwunden ließe! Statt, in Zukunft, von Frau Frauhausen von der DB.

*

»Senioren für Europa« wirbt die SPD in Hamburg. Seltsame Hoffnung darauf, daß die Kolonialregimes der Erde von einst und jetzt endlich unschlagbar senil zusammenrücken. . .

konkret 06/89, S. 86

Revolutionäre Zellen

»Im Herz der Bestie«

Am 9. Mai 1989 haben die Revolutionären Zellen Anschläge auf das Verwaltungsgericht Düsseldorf und das Oberverwaltungsgericht Münster durchgeführt. Sie haben damit ihre 1986 begonnene Anschlagserie für »freies Fluten« und gegen die restriktive Ausländer- und Asylpolitik fortgesetzt. Im folgenden dokumentieren wir die Erklärung, mit der sie ihre Aktionen begründet haben

Soziale Revolution gegen imperialistische Flüchtlingspolitik!

Sie machen sich nicht selbst die Hände schmutzig. Sie beteiligen sich nicht selbst an Folterungen, Vergewaltigungen oder Hinrichtungen, etwa von kurdischen oder tamilischen Frauen und Männern. Dennoch – ihre Arbeit ist ein blutiges Geschäft. Sie sind ein kleines, aber wirksames Rad im internationalen Klassenkrieg gegen die Armen der 3 Kontinente. Ihre Waffe ist das Asylrecht. Ihr Schutz die Anonymität des Justizapparates: die Richter an den Asylkammern der westdeutschen Verwaltungsgerichte .

Wenn überhaupt was über die rassistischen Praktiken der Gerichte bekannt wird, sind es die ganz spektakulären Fälle – etwa der Tod eines Schwarzen aus Sierra Leone, der, nachdem er von der 18. Kammer des Düsseldorfer Verwaltungsgerichtes ausgesondert worden war, in seiner Heimat von seinen Verfolgern ermordet wurde – der Täter: Richter Fix. Die Geschwindigkeit und Präzision, mit der dieser Richter an der »Horrorkammer« abschlägige Urteile gegen Flüchtlinge fällt, hat in Deutschland Tradition. Der zynische Kommentar seines Dienstherren: Der Tod des Schwarzafrikaners sei letztlich ein »schicksalhaftes Geschehen«.

Der alltägliche Horror, die Normalität ist die Aussonderung der Flüchtlinge aus dem Trikont – die Verweigerung ihres Existenzrechts.

Der weitaus größte Teil der weltweit zwangsmobilisierten Flüchtlinge sind Frauen. Die meisten von denen, die es trotz Abschottung der Metropolen überhaupt schaffen hierherzukommen, sind Männer. Es ist angesichts des 5-jährigen Arbeitsverbotes, Bewegungsverbotes, dem Leben in Lagern, der ständigen Unsicherheit ein zweifelhaftes Privileg – aber immerhin noch besser als die Lebensbedingungen der Frauen und Kinder, die in den Flüchtlingslagern der Armutszonen der Welt täglich um ihr Überleben kämpfen müssen – wie z.B. die kurdischen Flüchtlinge in der Türkei, die vor den deutschen Giftgasgranaten aus dem Irak fliehen mußten.

Die Flüchtlingsfrauen, die sich hier nicht als Prostituierte in Bordellen wiederfinden oder als Ehefrauen verkauft werden, sondern ihr Recht auf Leben in Form von Asyl einklagen, haben ganz schlechte Karten: Sexistische Gewalt ist vor den Gerichten in der BRD kein Fluchtgrund – trotz Folter und Vergewaltigung an Frauen aus dem Widerstand oder von sozialen Minderheiten.

Wird Folter an politischen Gefangenen z.B. aus der Türkei von den Gerichten hier nur als normale Verfolgungsmaßnahme im Staatsschutzinteresse bezeichnet, so charakterisiert das Oberverwaltungsgericht Münster in einer Grundsatzentscheidung sexistische Gewalt gegen Frauen als allgemeine Verfolgungsmaßnahme, die nicht gegen Frauen als Geschlecht gerichtet sei. In diesem konkreten Fall entschied dieses Gericht gegen eine Frau aus Sri Lanka, weil eine Vergewaltigung, als ganz normale Erscheinung in Bürgerkriegssituationen, kein individuell einklagbares Recht auf Asyl begründen würde. Wenn Flüchtlingsfrauen überhaupt ein Aufenthaltsrecht zugebilligt wird, dann als Ehefrau eines anerkannten Mannes.

Es ist die Verachtung gegenüber den Frauen, die ihnen hier wie dort als Sexismus gegenübertritt. Der Angriff auf die weibliche Identität ist aber auch die Angst der Herrschenden vor dem zunehmenden weltweiten Widerstand von Frauen – dem Widerstand der Besitzlosen, der alle Machtverhältnisse zum Einsturz zu bringen droht.

Wir haben heute am Oberverwaltungsgericht Münster und im Verwaltungsgericht Düsseldorf Sprengsätze gezündet, weil alle, die sich an der Aussonderung und Kontrolle von Flüchtlingen und ImmigrantInnen beteiligen, wissen sollen, daß auch sie die Solidarität der Unterdrückten treffen kann.

Wir haben inzwischen gelernt, daß die imperialistische Flüchtlingspolitik nicht geschlechtsneutral ist. Wenn Männer in der Metropole den Kampf gegen institutionalisierte Formen männlicher Macht aufnehmen, dann nicht unter dem Vorzeichen einer angeblichen Gleichheit. Das wäre nichts anderes, als der Ansatz zu einer neuen Dimension des Betrugs. Denn als Metropolenmänner sind wir selbst Teil des Problems, Profiteure der sexistischen und rassistischen Machtstrukturen. Deshalb ist unser Kampf für die Aufhebung aller Gewaltverhältnisse mit Sicherheit erstmal ein widersprüchlicher Prozeß. Der Bezug auf den weltweiten Widerstand von Frauen und Farbigen muß aber praktisch werden und hier die institutionalisierten Formen des Rassismus und Sexismus angreifen – Solidarität ist ein Kampfbegriff.

Wir knüpfen heute an unsere Kampagne gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik an, die wir begonnen hatten, als im Sommer 86 die rassistische Mobilisierung gegen Flüchtlinge als Hetzkampagne gegen »Wirtschaftsflüchtlinge« und

»Überfremdung« einsetzte. Ergebnis dieser wohlinszenierten Staatskampagne waren die verschärften Lebensbedingungen für Flüchtlinge und die dichten Grenzen. Die rassistische Ausländerpolitik hier ist Teil einer globalen Bevölkerungs- und Sozialpolitik gegen die arm gemachten Massen der 3 Kontinente. Sie richtet sich gegen ihren Versuch, ihr Recht auf Leben und Existenz hier in den imperialistischen Zentren zurückzufordern. Sie ist aber auch Teil der Sozialpolitik hier zur Neuzusammensetzung der Klasse. Die rassistisch vermittelte Klassenspaltung und der Sexismus sind die einzigen ideologischen Kampfmittel der Herrschenden zur Ablenkung von den sozialen Folgen der kapitalistischen Umstrukturierung, dem Angriff auf den Soziallohn, der Entgarantierung der Arbeitsverhältnisse, den miesen Jobs zu Niedriglohnbedingungen, dem Arbeitszwang für Soziempfänger, die Aussonderung der Alten und Kranken.

Die Propagierung der Kleinfamilie, die Kampagne der Rechten gegen den § 218, die Einführung der neuen Reproduktionstechniken sind Teil des Angriffs auf die Identität von Frauen, die sich auch hier zunehmend patriarchalen Strukturen verweigern und widersetzen.

Die Bevölkerungs- und Sozialpolitik ist von ihrem Charakter her sozialdarwinistisch. Das Prinzip der Auslese und Ausmerze wird schon daran deutlich, wie die Verschärfung des Ausländerrechts und die Durchsetzung der Gen- und Reproduktionstechnologien propagiert werden. So sind in der Begründung für ein europäisches Forschungsprojekt »Prädiktive Medizin« offen eugenische Kriterien benannt worden. Im ersten Entwurf für ein neues Ausländerrecht wurden nationalistisch völkische Kriterien in den Gesetzestext wiedereingeführt. Dieser Entwurf verdeutlicht nur die Essenz der Ausländerpolitik: die Abschottung der Herrenmenschen vor den unnützen Essern, den Farbigen des Trikonts und gleichzeitig ihre Verwertung als Arbeitsvölker. Nach den Plänen für das neue Ausländerrecht wird es für die schon vor der Zeit vor dem Anwerbestop 73 hier arbeitenden ImmigrantInnen minimale Verbesserungen geben, für alle anderen gibt es keinen gesicherten Aufenthalt. Die Bestimmungen sind so vage gehalten, daß die Ausländerbehörden, je nach den Erfordernissen des Arbeitsmarktes und politischem Wohlverhalten, befristete Arbeitserlaubnisse erteilen können. Die Defacto-Flüchtlinge sollen konsequent abgeschoben werden.

Die Aufnahme von hunderttausenden von Flüchtlingen aus Osteuropa steht gegenüber der restriktiven Ausländerpolitik nicht im Gegensatz: Die Aussiedler werden zum begehrten Objekt zur Sicherung der Niedriglohnpolitik, analog der Adenauerschen Flüchtlings- und Vertriebenenpolitik in der Nachkriegszeit. Sie werden aber auch selbst zum Objekt des Rassismus in der Gesellschaft.

Die Tatsache, daß an den Grenzen der BRD heute ein NSDAP-Mitgliedsbuch mehr gilt, als die Folterspuren am Körper einer Farbigen, weist auf die Kontinuität europäischer Großraumpolitik seit dem NS hin.

So ist die Vereinheitlichung der Flüchtlingspolitik zum Schmiermittel zur Durchsetzung der Vereinigten Staaten von Europa geworden, des Europa der Bullen und Bonzen, im Interesse der Multis. Gegenstand vieler Konferenzen und Verträge im Vorfeld des europäischen Binnenmarktes, wie TREVI und Schengener Abkommen, waren immer die Vereinheitlichung der Sicherheitsapparate und die Ausländerpolitik. Es geht dabei um nicht weniger, als den Entwurf einer modernisierten Innen- und Sozialpolitik im europäischen Großraum. Dabei sind die einheitlichen Mechanismen zur Zwangsmobilisierung der Arbeitskräfte aus den angrenzenden Armuts- und Aufstandsregionen des Nahen Ostens (einschließlich der Türkei) und Nordafrikas von besonderer Bedeutung.

Wir hatten unsere Kampagne gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik im Herbst 86 als Vorschlag an die gesamte autonome und sozialrevolutionäre Linke in der BRD formuliert.

Wir gehen nach wie vor davon aus, daß Antiimperialismus in der Metropole nur konkret werden kann, wenn er sich auf gesellschaftliche Konflikte hier bezieht und sich ins Verhältnis setzt zu einem möglichen Klassensubjekt in der Metropole und gleichzeitig zu den Kämpfen der Massen in den 3 Kontinenten. In diesem Zusammenhang sehen wir auch unsere Aktionen gegen transnationale Konzerne hier zur Unterstützung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika.

Auch wenn unser Vorschlag nicht massenhaft praktisch aufgegriffen wurde, so waren die Auseinandersetzungen um die Kampagne gegen das Treffen des internationalen Mordkartells in Berlin ein wichtiger Schritt zur Entwicklung eines antiimperialistischen Bewußtseins der Linken.

Daß der Feind aber nicht schläft, ist schon nach den Schüssen an der Startbahn deutlich geworden. Die Schüsse waren nur der Auftakt einer Verfolgungswelle, mit der der Staat versucht, all die politischen Ansätze der letzten Jahre und die Entwicklung des militanten Widerstandes seit Anfang der 80er einzudämmen. Durch den permanenten Belagerungszustand, die Ausweitung der Antiterrorgesetze, den verstärkten Einsatz geheimdienstlicher Mittel, ist die radikale Linke seitdem auf sich selbst zurückgeworfen.

Die Repression wird aber nicht im Protest gegen die Repression selbst gebrochen, sondern durch die Verankerung sozialrevolutionärer Politik.

Die politische Entwicklung in diesem Land, insbesondere die Wahlerfolge neofaschistischer Gruppen, haben uns darin bestätigt, daß antiimperialistische Politik in der Metropole nur dann eine Perspektive hat, wenn sie gleichzeitig auch eine

Antwort ist auf die sozialen Fragen. Das Herz des Staates ist das Bewußtsein der Unterdrückten – Revolution ist ohne den Kampf um die Köpfe der Menschen nicht denkbar.

Wir hatten nie die Illusion, daß Teile der proletarischen Jugend, der Frauen, der Arbeitslosen oder andere Teile der Gesellschaft rasch gemeinsame Interessen mit Flüchtlingen und ImmigrantInnen entwickeln würden, dafür greifen der Sexismus und der Rassismus nur zu gut. Antiimperialismus muß aber genau dort angesiedelt sein und diesen Knoten durchschlagen.

Den Befreiungskampf der Frauen und Farbigen in den drei Kontinenten aufgreifen –

Den antiimperialistischen Kampf im »Herz der Bestie« führen!

Revolutionäre Zellen

konkret 06/89, S. 90

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Der Bundeskanzler hat gesagt:

Wir nehmen unsere Geschichte ohne Wenn und Aber an

und sein Zirkusdirektor hat, die Ehrung der Gräber von SS-Leuten betreffend, hinzugefügt, ein Volk vertrage es nur schwer,

unversöhnt mit den Toten zu leben.

Aber wenn ich euch jetzt hinterfrage, auf welchem Bio-Acker dieser Klein-Kohl vom Annehmen ohne Wenn und vom Unversöhnten und Aber gewachsen ist, seid ihr bloß wieder sauer bzw. echt betroffen.

Das Beste was wir haben, namentlich Kurt Bartsch, Jurek Becker, F.C. Delius, Jürgen Fuchs, Günter Grass, Ingomar von Kieseritzky, Katja Lange-Müller, Christoph Meckel, Wolfgang Menge, Herta Müller, Leonie Ossowski, Klaus Schlesinger und Peter Schneider, hat gegen die Wahl des Günther von Lojewski zum Intendanten des SFB mann/frauhaft protestiert:

Wir sind es ja gewohnt, daß ein der CDU genehmer Kandidat diesen Posten einnimmt. Daß nun aber ein landesweit bekannter Scharfmacher, ein schlichter Reaktionär den Sender in den Griff nehmen soll, darin sehen wir eine an Provokation grenzende Herausforderung.

Gut gegeben! Bravo! (Wenngleich der letzte Halbsatz der landesweit bekannten Weichspüler über die Provokation und die Herausforderung als Maßstab für die versammelten, bis zur Beinahe-Nominierung für den Nobelpreis reichenden Sprachkenntnisse eine an Powerteh grenzende Armut verrät.)

Wer eine ordentliche »Tageszeitung« machen will, muß am Montagfrüh und also bevor ihm etwas dazu einfallen konnte, den meinungsbildenden Kommentar zum sonntäglichen Wahlausgang im Blatt haben. Keine leichte Übung, Klaus Hartung, oder? Oder:

Eine Wahl und eine Abwahl, ein Triumph des kontaktgehemmten Paars SPD/AL und eine Niederlage der Parteien insgesamt. Regierungswechsel, Rebellion des Wählers gegen eine blasse Vereinnahme des Regierenden und gegen das depressive Beschwören der richtigen Inhalte...

Dochdoch, so geht's, das schreibt sich wie von selbst dahin, und wenn kein Kohlepapier den eiligen Stuhl hemmt, flutschen die restlichen 35 Zeilen à 60 Anschläge nur so durch. Den Mangel an Strenge des Gedankens macht der Überfluß an der des Geruchs reichlich wett.

Charlotte Wiedemann ist eine Journalistin, die ihre Gedanken normalerweise ohne gröbere Zwischenfälle zu Papier bringen kann. Schreibt sie aber an jener ominösen Stelle der »Tageszeitung«, die dem Hartung zusteht, kommt sie unter den genius loci:

Vor allem diese drei Elemente machen den Hintergrund der Modernisierungsdiskussion aus. Sie verzahnen sich dabei auf widersprüchliche Weise: Einerseits ist die Herausbildung eines europäischen Pfeilers ... erwünscht, andererseits sägt dieser Prozeß an der US-Hegemonie.

Wer sägt? Der Prozeß der widersprüchlich um den Pfeiler verzahnten Elemente. Das leuchtet ein. Aber jetzt, da ich's für die Analphabeten zusammengefaßt habe, wird dem Hartung ein Licht aufgehen: Aha, eine Sympathisantin der Strommastenfäller.

Martin Walser schleift unermüdlich die Ruinen seiner besseren Vergangenheit:

Der historische Prozeß richtet sich nach dem Bedürfnis. Ja, er entsteht sogar aus ihm. Also liegt es wirklich an uns allen... Wir dürfen, sage ich vor Kühnheit zitternd, die BRD sowenig anerkennen wie die DDR. Wir müssen die Wunde namens Deutschland offenhalten.

Wie das andere Organ, dessen Namen man in so guter Gesellschaft nicht ausspricht. Martin der Kühne aber ahnt gar nicht, was er da sagt: Wenn der historische Prozeß aus dem Bedürfnis von uns allen entsteht, wie Walser weit über Marx hinausgreifend normiert, müßte er auch vor ca. fünfzig Jahren so entstanden sein, als das Bedürfnis der Deutschen die Juden sowenig anerkannte wie die Bolschewiken. Ja, wenn morsche Knochen zittern,

und sei es vor Kühnheit, geht der Rest der Menschheit besser in Deckung.

Der Piper-Verlag informiert:

Liebe Leserinnen und Leser der Serie Piper-Taschenbuchinformation, im Monat März begehen wir das Osterfest. Anlaß, sich kritisch mit der Person des Pontius Pilatus auseinanderzusetzen.

Diesen »Anlaß« laß ich mir rahmen. Er wird mich auf meine alten Lohnschreibertage gut ernähren.

Zum fünfundzwanzigjährigen »Berufsjubiläum« des Dichters hat der »Buchreport« dem Günter Wallraff einen Köder hingehalten:

Wie wäre es einmal mit einem Roman?

Da haben sie aber nicht mit seiner Bescheidenheit gerechnet:

Ich stehe einem Roman prinzipiell nicht ablehnend gegenüber. Aber zunächst will ich meine Arbeit in der gewohnten Weise fortsetzen.

Eigentlich schade. Aber er hat, auch wenn er mir nicht damit droht, einen Roman schreiben zu müssen, noch Träume:

Ich träume immer davon, eine Rolle zu finden, mit der ich identisch werde.

Mich fragt ja keiner – aber ich fand ihn in der Rolle des Karl Kraus-Preisträgers schon ziemlich identisch.

In Frankfurt haben Neonazis die Karl Marx-Buchhandlung angezündet. Buchhändler und Verleger wollen dagegen demonstrieren. Im Verlauf der Ereignisse begab sich auch dieses:

Auf einer Pressekonferenz wandten sich insbesondere der Frankfurter Multikulturdezernent Dany Cohn-Bendit und K D. Wolff vom Verlag »Roter Stern« gegen jegliche Zensur. Diese libertäre Geisteshaltung bedeute zwangsläufig auch die Akzeptanz rechtsradikaler Bücher und Publikationen. Man müsse auch für eine Aufhebung des Verbots von Hitlers »Mein Kampf« eintreten.

Daß das erste, was einem zum Brandanschlag auf eine Karl Marx-Buchhandlung einfällt, die Forderung nach Aufhebung des Verbots von Hitlers »Mein Kampf« ist, kann man libertäre Geisteshaltung nennen. Auch mir bleibt schließlich nichts übrig, als mich dieser Bezeichnung anzuschließen, denn alle andern, die mir noch dazu einfallen, werden zu teuer.

In der Farbanzeigen-Beilage der »Zeit« füllt ein M. Horx den knappen, aber als Umfeld verkauften und deshalb irgendwie zu füllenden Raum zwischen »Chantillon, der große vin du pays«, »Lufthansa« und «Der neue Lancia Thema« (die Werbewirtschaft kreist den Leser auf Bedürfnisse ein, die sie an einem ideellen Gesamtraddatz ausgemacht haben muß) mit dem mittelscharfen Senf der Fa. Kühne & Söhne:

Wie viele aus ihrer Generation, die für die Achtundsechziger-Revolte zu jung, für den Punk aber zu alt waren, hat C. zur Frage der Berufsidentität stets ein gebrochenes Verhältnis gehabt.

Sie hat nämlich, wie die G. und ich wissen und ohne Anrufung eines mittleren Mythos und einer Musikrichtung sagen würden: nex gscheits glernt.

Vier Fußnoten:

Dem Unfug, Studenten und Studentinnen zu StudentInnen zu kondensieren, kann ich nicht länger wehren. Es sei: Beischläfer heißen ab heute KonkubInnen.

Zum Thema »Die Linke säuft« ein letztes Wort: Es gibt kein richtiges Leben in Flaschen.

Willi, acht Jahre alt, sagt, die pianistischen Fähigkeiten des Intendanten der Schleswig-Holstein-Festspiele betreffend, den er vor einem Jahr unter Menuhins Leitung das fünfte Klavierkonzert von Beethoven klimpern hörte: Der Gustav Gans spielt immer ganz falsch.

Erinnern Sie sich an Eberhard Knödler-Bunte, den Kulturmetropolen-Guru von Westberlin? Dann wird es Sie freuen zu hören, was aus ihm geworden ist: Kulturamtsleiter von Saarbrücken.